



**DIE RUSSISCHE
REVOLUTION 1917
IN DER AKTUELLEN DEBATTE**

Zum 90. Jahrestag der Russischen Revolution

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2007

Die russische Revolution 1917 in der aktuellen Debatte
Zum 90. Jahrestag der Russischen Revolution

**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

**DIE RUSSISCHE
REVOLUTION 1917
IN DER AKTUELLEN DEBATTE**

Zum 90. Jahrestag der Russischen Revolution

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2007

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V.
herausgegeben von
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Volker Hölzer

Band 9

Für finanzielle Unterstützung
danken wir der
Verbundnetzgas Aktiengesellschaft Leipzig (VNG)



ISBN 978-3-89819-271-2

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2007
Harkortstr. 10
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Editorial	9
I Aufsätze und Studien	11
Ernstgert Kalbe: Zur Permanenz der Russischen Revolution 1917. Revolutionstheoretische Sichten von zeitgenössischen Akteuren	13
Horst Schützler: Die Russische Revolution von 1917 in der russischen Historiographie heute	57
Sonja Striegnitz: Staatsduma und Konstituierende Versammlung: Parlamentarismus und Demokratie im Revolutionsgeschehen 1917/1918 in Rußland	105
Wolfgang Geier: Terror und Tugend – Jakobinismus und Bolschewismus	141
Eckart Mehls: Die russischen Revolutionen 1917 und die russisch-polnischen Beziehungen 1917–1920	167
II Dokumentationen	195
Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Einführung von Karl Radek (Zürich 1920) .	197
Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem VIII. Parteikongreß (8. bis 23. März 1919)	225

III Kritik und Information	253
Wolfgang Grabowski: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Realität oder Fiktion	255
Eckart Mehls: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der »IV. Republik« in Polen	279
Sonja Striegnitz: [Rezension zu] Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin. Berlin: R.O.S.S.I. 2006. 283 S., 93 Abbildungen	315
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen	319
Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen	329
Zu den Autoren dieses Bandes	335

Editorial

Im 90. Jubiläumsjahr der Russischen Revolution von 1917 legen wir den neunten Band von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« unter dem Titel »Die Russische Revolution in der aktuellen Debatte« vor. Von »Russischer Revolution« ist wegen der Permanenz der Revolution übergreifend vom Februar zum Oktober – und auch danach noch – die Rede, wobei sich diese sozial vom demokratischen zum sozialistischen Inhalt fortschreitend vertiefte, was den partiellen Wechsel der agierenden historischen Subjekte in sich einschloß. Da die »Sieger der Geschichte« ihre Legitimation regelmäßig historisch offensiv begründen, während die »Verlierer« ihre Niederlage gewöhnlich defensiv mit der Ungunst der Bedingungen erklären, wird es heute zunehmend schwieriger, geschichtlichen Verlauf und Ergebnisse des Revolutionsgeschehens von 1917 halbwegs objektiv und sachlich zu bewerten. Während im heutigen Zeitgeist die »demokratische Februarrevolution« und ihre bürgerlichen Vorreiter als in Übereinstimmung mit dem angeblichen Trend demokratischer Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gewürdigt wird, gilt für die »proletarische Oktoberrevolution« und deren kommunistische Akteure das Verdikt einer gewaltsamen und terroristischen Oktroyierung eines sozialistischen Modells der Gesellschaft, das a priori inhuman und perspektivlos gewesen sei. Dabei wird von der kraft- und ausweglosen Politik der »Provisorischen Regierung«, die im Regime des imperialistischen Krieges gefangen blieb, ebenso abstrahiert wie von dem Umstand, daß die Bolschewiki die Revolution vorantrieben, indem sie dem Hunger der Massen nach Frieden, Land und Brot folgten.

Die Logik des bewaffneten Klassenkampfes, bei dem sich die Revolutionäre des Oktober sowohl mit der inneren Konterrevolution wie mit der Intervention von außen, also einer Welt von Feinden konfrontiert sahen, führte dazu, daß sich spätestens seit dem »Frieden von Brest-Litowsk« der »rote Terror« gegen den »weißen Terror« richtete, wobei schwer zu rechten ist, wer wo und wann den ersten Stein warf.

»Revolutionsgeschichte« hält sich selten an »Revolutionstheorie«. Auch wenn erstere ohne letztere nicht denkbar ist, läuft der revolutionäre Prozeß – von vielerlei Faktoren geprägt – nicht selten aus dem Ruder.

Dennoch gibt »Revolutionstheorie« der revolutionären Aktion Richtung und Ziel vor; ihre Ergebnisse verhalten sich wie eine Diagonale zwischen Kräftepotential und Strategien im Parallelogramm der handelnden Kräfte.

Insofern führt kein Weg vorbei an der bedeutenden historischen Leistung W. I. Lenins als analytischer Theoretiker und politischer Strategie der Revolution, der sich zwar – wie viele zeitgenössische Revolutionäre – hinsichtlich der erhofften Perspektive der »Weltrevolution« mitsamt den schwerwiegenden Konsequenzen für Sowjetrußland irrte, jedoch nicht für die unsäglichen Verbrechen des Stalinismus verantwortlich zu machen ist, wie das im »Mainstream« der aktuell gebräuchlichen Interpretation sowjetischer Geschichte üblich wird.

Die Beiträge im vorliegenden Band widerspiegeln das teilweise sehr unterschiedliche Herangehen an die Russische(n) Revolution(en) von 1917, schon dadurch, indem sie sich verschiedenen thematischen Fragestellungen zuwenden.

Ernstgert Kalbe positioniert sich zu den revolutionstheoretischen Sichten führender Akteure auf die Russische Revolution, beginnend mit Plechanow und Lenin, fortgesetzt mit Radek und Bucharin und beendet mit Trotzki und Stalin.

Im Dokumententeil des Bandes bilden Radeks Kommentar zum Programm wie das Programm der KPR(B) von 1919 selbst ergänzende Schwerpunkte, was die weltrevolutionären Intentionen der bolschewistischen Führer deutlich macht.

Horst Schützler setzt in bewährter Weise seine gründlichen Analysen zur russischen Historiographie über die Russische Revolution fort, die er bereits in vorangegangenen Bänden unternommen hat, wozu auch hierbei eine zunehmend kritische Sicht der Ereignisse in der Literatur sichtbar wird. *Sonja Striegnitz* geht material- und kenntnisreich der Rolle wie den Intentionen von Staatsduma und Konstituierender Versammlung nach; dabei sollte man die grundsätzliche Haltung der Bolschewiki zu Konstituante und Sowjets hinzudenken.

Wolfgang Geier reflektiert historisch vergleichend über »Terror und Tugend« im »Jakobinismus« und im »Bolschewismus«, indem er dem strittigen Trend folgt, Terror und Tugend im Jakobinismus miteinander zu verbinden, während im Bolschewismus von Anbeginn Terror ohne Tugend dominant sei.

Eckart Mehls schließlich reflektiert quellenkundig über die komplizierten – und historisch wiederholt belasteten – russisch-polnischen Be-

ziehungen in den Revolutionsjahren von 1917 bis 1920, die im Frieden von Riga 1921 einen quasi vorläufigen Abschluß fanden.

Die revolutionsgeschichtlichen Beiträge verdeutlichen, daß auch unter den hier vertretenen Autoren verschiedene, ja gegensätzliche Sichten und Wertungen der Russischen Revolution bestehen, die – gemäß dem editorisch pluralistischen Grundsatz der »Leipziger Jahrbücher« – gleichberechtigt vorgetragen werden.

Der Band wird im Schlußteil zur »Kritik und Information« mit wahrlich informativen Beiträgen von *Wolfgang Grabowski* zur »GUS« (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten), die mitunter eher als Fiktion denn als Realität erscheint, sowie mit der subtilen Analyse von *Eckart Mehls* über die »Geschichtspolitik« im heutigen selbstbewußt-konservativen Polen abgeschlossen, die Einsichten in die – nicht nur dort – restaurativen zeithistorischen Prozesse gewährt. *Sonja Striegnitz* steuert eine Rezension über Helga Köpsteins verdienstvolle Ehrung der »sowjetischen Ehrenmale in Berlin« bei, die 2006 erschienen ist, und damit den so nötigen antifaschistischen Kontrapunkt setzt.

Wie üblich, beschließen bibliographische Angaben aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Gesellschaft für Kulturosoziologie den Band, welche die beachtlichen bildungspolitischen und wissenschaftlichen Aktivitäten beider Institutionen zur Entwicklung in Osteuropa in das Bewußtsein rufen.

Ernstgert Kalbe

Aufsätze und Studien

ERNSTGERT KALBE

Zur Permanenz der Russischen Revolution von 1917. Revolutionstheoretische Sichten von zeitgenössischen Akteuren

Wenn hier – schon in der Überschrift – wie im folgenden Beitrag von der »Russischen Revolution« die Rede ist, dann wegen der verschiedene Etappen einer übergreifenden, sich vertiefenden »Permanenz« dieser Revolution vom Februar zum Oktober 1917 – und übrigens auch noch danach – die sich sozialpolitisch vom anfangs demokratischen zum später sozialistischen Inhalt wandelte. Nicht der klassenmäßig unterschiedliche Charakter von Februar- und Oktoberrevolution soll etwa negiert, sondern der kontinuierliche Prozeß des Hinüberwachsens der einen in die andere Revolution soll damit betont werden.

In der aktuellen Diskussion um die russische Revolution von 1917 begegnen sehr widersprüchliche Aussagen und Wertungen, die mit dem inhaltlichen Verständnis von »Permanenz der Revolution« beginnen, sich mit der Deutung von »Sowjet-(Räte-)macht« und »proletarischer Diktatur« fortsetzen und mit der Interpretation von »sozialistischer Demokratie« enden. All diese strittigen Fragen begegnen bereits in der großen Arbeit von Rosa Luxemburg »Zur Russischen Revolution«, die heute gern als Steinbruch für den Beleg kritischer Positionen gegenüber den Bolschewiki genutzt und auf die historisch nicht eingeordnete Wiedergabe der Anmerkung reduziert wird: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit zum Privilegium wird.«¹

1 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 359.

Diese Aussage Rosa Luxemburgs ist indessen in ihre Gesamtsicht auf die historische Situation und die politische Strategie der Bolschewiki in der russischen Revolution eingebettet und korrespondiert mit einer insgesamt positiven Würdigung der bolschewistischen Politik; sie darf aus diesem Zusammenhang nicht herausgelöst und verabsolutiert werden.

Hinsichtlich der Permanenz von Revolution beruft sich Luxemburg auf die »Grundlehre« aller großen Revolutionen: »Entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächlichen Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.« In diesem Kontext konstatierte sie, daß sich die russische Revolution nach wenigen Monaten vor der Alternative stand: »Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin.«²

Die Doppelherrschaft von Provisorischer Regierung und Sowjets, die im Juli 1917 endete, warf die Frage nach dem »entweder – oder« der Macht auf.

Luxemburg kritisiert Kautsky und seine russischen Anhänger Dan und Zereteli, wohl auch Plechanow dafür, daß sie den bürgerlichen Charakter der ersten Revolutionsphase bewahren wollten, indem sie sich gemäß den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie auf die »noch fehlende Mehrheit« beriefen. Dagegen verteidigte Luxemburg die auf die Vertiefung der Revolution gerichtete Politik der Bolschewiki, die auf *Eroberung* dieser Mehrheit abzielte.

»Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.«³

Im Sinne der Permanenz der Revolution lösten die Bolschewiki damit die berühmte Frage nach der »Mehrheit des Volkes«, »die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt.«⁴

Bezüglich der Korrelation von proletarischer Diktatur und Sowjetmacht bestätigt sie den Bolschewiki, daß allein die Sowjetmacht die De-

2 Ebenda. S. 339.

3 Ebenda. S. 341.

4 Ebenda.

mokratie retten und die Revolution vorantreiben konnte: »Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets – dies war in der Tat der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit, in die die Revolution geraten war, das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Brachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.«⁵

Zum Zusammenhang von Diktatur des Proletariats und Demokratie räumt sie den Bolschewiki ausdrücklich ein, gegen den Widerstand konterrevolutionärer Kräfte »alle Maßregeln des Drucks« einzusetzen: »durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc., [...] um den Widerstand mit eiserner Faust zu brechen.«⁶

Aber sie widersprach zugleich der Sicht Lenins und Trotzki's auf die »formale Demokratie« als »Götzendienst«, wodurch der Unterschied zwischen sozialem Kern und politischer Form der »bürgerlichen Demokratie« verwischt werde, anstatt die politische Macht zu erobern und sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen: »Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.«⁷

Zum Kulminationspunkt in der Demokratiedebatte wurde die Stellung zur »Konstituierenden Versammlung«, deren Einberufung die Bolschewiki zuerst – gerade im Interesse der Vertiefung der Revolution – vehement gefordert hatten, während die »Provisorische Regierung« deren Wahl verschleppte. Deshalb verzögerte sich deren Einberufung schließlich sogar bis nach dem Oktoberaufstand. Daran zeigte sich erneut, daß eintretende Verschiebungen in der Konstellation der Klassenkräfte folgerichtig auch Veränderungen in der Haltung zu politischen Institutionen nach sich ziehen mußten.

Die am 12. (25.) November nach Listen vom September 1917 endlich gewählte Versammlung, die am 5. (18.) Januar 1918 zusammentrat, entsprach in ihrer Zusammensetzung (25% Bolschewiki, 50% Sozialrevolutionäre und 12% Menschewiki, 13% Kadetten u. a.) bereits nicht mehr dem zwischenzeitlich gewandelten politischen Kräfteverhältnis

5 Ebenda. S. 338.

6 Ebenda. S. 358.

7 Ebenda. S. 363.

nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (25./27. Oktober bzw. 7./9. November 1917). Als die »Konstituante« endlich mehrheitlich die Zustimmung zu den Dekreten des Kongresses über »Grund und Boden«, »Über den Frieden« und zur »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« ablehnte, d. h. existentiellen Grundsatzdokumente über den Fortgang der Revolution, wurde – und mußte – sie folgerichtig am 6. (19.) Januar 1918 vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee (ZEK) aufgelöst (werden).

Es ist zweckmäßig, sich in diesem Zusammenhang der Aussagen W. I. Lenins zu erinnern, der unmittelbar nach dem Oktoberaufstand anmerkte, daß die Konstituierende Versammlung die »höchste Form des Demokratismus« in der bürgerlichen Republik sei, während im Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft, für die Diktatur des Proletariats, die Republik der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eine »Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus« darstellt. Die »Konstituierende Versammlung«, die nach Listen der Parteien *vor* der proletarisch-bäuerlichen Revolution einberufen wurde, mußte mit dem Willen der werktätigen Klassen *nach* dieser Revolution in Konflikt geraten. Da die Interessen der Revolution höher als die formalen Rechte dieser Versammlung stehen, war »jeder direkte oder indirekte Versuch, die Frage der Konstituierenden Versammlung vom formalen, juristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges zu betrachten, Verrat an der Sache des Proletariats, bedeutet Übergang zur Position der Bourgeoisie.«⁸ Als sich die »Konstituierende Versammlung« anschickte, »alle akuten, alle herangereiften Fragen und Aufgaben, die ihr die Sowjets vorgelegt haben«, aufzuschieben, d. h. den Boden und die Naturschätze, die Verkehrs- und Produktionsmittel in die Hände des Sowjetstaates zu legen, »da antworteten wir, daß es keine einzige Minute Aufschub geben kann. Und durch den Willen der Sowjetmacht wird die Konstituierende Versammlung, die die Macht des Volkes nicht anerkannt hat, aufgelöst.«⁹ Zustimmung konstatiert Rosa Luxemburg, daß die Konstituierende Versammlung, deren Wahllisten lange vor der Wende des

8 W. I. Lenin: Thesen über die Konstituierende Versammlung. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 380f.

9 W. I. Lenin: Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung. In: Ebenda. S. 441.

Oktoberumschwungs aufgestellt wurden, »in ihrer Zusammensetzung das Bild der überholten Vergangenheit, nicht der neuen Sachlage spiegelte, so ergab sich von selbst der Schluß, daß sie [die Bolschewiki – E. K.] eben die verjäherte, also totgeborene Konstituierende Versammlung kassierten und [nach Vorstellung Luxemburgs – E. K.] ungesäumt Nachwahlen zu einer neuen Konstituante« ausschreiben sollten.¹⁰

Das taten Lenin und Trotzki jedoch nicht, da sie – unter Bezug auf die Pariser Kommune – anstelle parlamentarischer Demokratie eine andere politische Organisationsform der Gesellschaft, die Räte- bzw. Sowjetdemokratie setzen wollten, die proletarische Schichten gegenüber (klein-)bürgerlichen Schichten privilegierte – ähnlich den früheren feudal-bürgerlichen Zensus-Wahlssystemen, etwa dem Drei-Klassen-Wahlrecht, das de facto das Wahlrecht bestimmter sozialer Schichten im Machtinteresse herrschender Klassen beschnitt.

Die Kritik Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki bestand nicht schlechthin darin, daß sie die Konstituierende Versammlung auflösten, sondern darin, daß sie an deren Stelle kein den neuen Bedingungen entsprechendes demokratisches Wahlrecht setzten. Jedes Wahlrecht, so Luxemburg andererseits, »wie überhaupt jedes politische Recht ist nicht nach irgendwelchen abstrakten Schemen der ›Gerechtigkeit‹ und ähnlicher bürgerlich-demokratischer Phraseologie zu messen, sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist. Das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht sei eben auf die Übergangsperiode von der bürgerlich-kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform berechnet, auf die Periode der proletarischen Diktatur«,¹¹ wie sie einräumt; es müsse aber baldmöglichst korrigiert werden. Grundsätzlich hält Luxemburg somit an der Institution des allgemeinen, rechtsgleichen, parlamentarischen Demokratismus fest, was allerdings in einem kleinbürgerlich dominierten Land – wie dem damaligen Rußland – existentielle Gefahren für die sozialistische Umwälzung hervorrufen würde.

Die Bolschewiki präferierten dagegen das in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 entstandene Räte-System als Organisationsform der politischen Herrschaft. Schon in der demokratischen Revolution

10 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 353.

11 Ebenda. S. 356.

von 1905 hatte Lenin antizipiert, daß sich die Sowjets als Kampforgane des Proletariats und unterschiedlicher sozialer Verbündeter zu einer »provisorischen revolutionären Regierung« entwickeln oder eine solche bilden könnten, die ihre politische Macht *auch* »zur Einberufung einer wirklich vom ganzen Volk gewählt konstituierenden Versammlung« nutzen könnte.¹² Während der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917, bei einer veränderten Konstellation der Klassenkräfte, da sich die »Konstituierende Versammlung« als Hemmnis für die Vertiefung der Revolution erwies, setzten die Bolschewiki nunmehr auf die ausschließliche Macht der Sowjets als Repräsentant allein werktätiger Klassen und Schichten. Das zog eine Korrektur des Wahlrechts und des Wahlsystems nach sich, die das Wahlrecht wie die legislative und exekutive Machtausübung auf eben diese Klassen und Schichten beschränkte und der Bourgeoisie diese Rechte entzog. Die Sowjets, die nach einem *unterschiedlichen* Wahlschlüssel auf Produktions-, Kommunal- und Territorialbasis gebildet wurden, sollten die Funktion eines sozialistischen Macht-, Gesetzgebungs- und Verwaltungssystems ausüben. Die insgesamt noch ungenügende Reife des subjektiven Faktors der Revolution – der proletarischen Klasse – verhinderte, daß die Sowjets demokratisch funktionierten und sich statt dessen als administratives Kommandosystem der bolschewistischen Funktionärselite etablierten.

Insofern behielt Rosa Luxemburg letzten Endes mit ihrer Warnung vor den politischen Gefahren recht, die aus dem Verzicht auf allgemeine und gleiche Wahlen sowie darauf beruhender Vertretungskörperschaften erwachsen:

»Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, [...], und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer

12 W. I. Lenin: Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 10. S. 7f. und 9.

Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.«¹³

Diese prophetische Vorahnung erfüllte sich leider letztlich schlimmer als von Luxemburg befürchtet und kulminierte im Herrschaftsmodell des sogenannten »Personenkults« um Stalin, der – quasi in der russischen Tradition zaristischer Selbstherrschaft – die Sowjetdemokratie durch eine fast absolutistische Alleinherrschaft des Generalsekretärs ersetzte.

Der aktuelle Streit sollte sich nicht um die Frage parlamentarisches oder Sowjetsystem drehen – diese strukturelle Machtfrage war im Hinblick auf die sozialistische Revolution praktisch zugunsten eines Rätessystems entschieden – nicht nur in Sowjetrußland, sondern 1918/1919 auch in Deutschland und Ungarn – sondern vielmehr darum, warum bzw. unter welchen Umständen eine basisdemokratische Rätewacht zu einem quasi etatistischen und hierarchisch-bürokratischen Absolutismus der Macht, zur Allmacht der obersten Führungsetage mutieren konnte.

Gleichviel verteidigte Rosa Luxemburg die Politik Lenins und der Bolschewiki und hoffte, daß diese alsbald zu einer proletarischen Diktatur finden würden, die »in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung« bestünde, sobald sie vom Zwang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und damit verbundener Schwierigkeiten befreit wäre. Deshalb ist ihr Fazit zur russischen Revolution unstrittig solidarische Parteinahme für die Bolschewiki:

»Die Binsenweisheit, daß Revolutionen nicht mit Rosenwasser getauft werden, ist an sich ziemlich dürftig. Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkt und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus ist. Es hieße von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern. Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue (zu) dem internationalen Sozialismus wahrhaftig genug geleistet, was unter so verteufelt schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tu-

13 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 362.

gend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.«¹⁴

Heutigen Kritikern der bolschewistischen Politik, die – wie es scheint – von damals vermeintlich »normalen« Verhältnissen in Rußland ausgehen, schreibt Rosa Luxemburg weit vorausahnend ins Stammbuch, »eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande« wäre ein Wunder. Deshalb hätte das Problem in Rußland nur gestellt werden können. »Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden.«¹⁵

Rosa Luxemburg betonte ausdrücklich, daß die russische Revolution an die internationale Lage gebunden sei. »Daß die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten, ist gerade das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks und ihrer grundsätzlichen Treue, des kühnen Entwurfs ihrer Politik.«¹⁶ Insofern richten die jetzigen Kritiker eigentlich weniger über die damaligen Bolschewiki als – ungewollt – eher über die eigene Position im Gefolge der damaligen anti-sowjetischen Politik.

Ihre Sicht auf die Permanenz der Revolution in zweifacher Hinsicht, sowohl bezüglich der inneren wie der internationalen Umstände, unterscheidet Rosa Luxemburgs kritische Analyse der russischen Revolution grundsätzlich von deren heutigen Kritikern, die – trotz ihrer Berufung auf Luxemburg – nicht aus dem Blickwinkel der damaligen Situation und konkreten Bedingungen heraus urteilen, sondern nur vom letztlichen Ergebnis und somit ahistorisch allein von heutigen Gegebenheiten und Maßstäben ausgehen.

Der Wandel der Sowjets von basisdemokratischen Organen zu etatistischen Kommandostrukturen vollzog sich freilich frühzeitig, im Übergang von der euphorischen Vorstellung von sozialistischer Selbstverwaltung am Vorabend der Revolution zu den Notwendigkeiten der Machtausübung nach ihrem Sieg. Das ist sehr deutlich am Vergleich von Lenins

14 Ebenda. S. 364

15 Ebenda. S. 365

16 Ebenda. S. 334

Positionen in den Schriften »Staat und Revolution« und danach in »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« ablesbar.¹⁷

Übrigens fand und findet in der heutigen russischen Linken erneut eine Diskussion über Inhalte, Formen und die Kontrolle eines neuerlich angestrebten demokratischen Sowjetsystems statt, das die historischen Lehren beherzigen soll.¹⁸

* * *

Damit stoßen wir auf die methodologisch wie theoretisch entscheidende Frage, nämlich nach dem Maßstab für die Bewertung geschichtlicher Ereignisse und Prozesse. Meines Erachtens müssen zuerst die konkreten historischen Ausgangs- bzw. Wirkungsbedingungen einer Revolution mitsamt eventuellen alternativen Lösungswegen analysiert werden, bevor man retrospektiv die historischen Ergebnisse des revolutionären Prozesses, seine Grenzen und Möglichkeiten beurteilt. Dennoch stößt eine möglichst objektive und zugleich stets auch von politischen Interessen geleitete Bewertung auf erhebliche Schwierigkeiten:

Erstens, weil die Implosion des osteuropäischen Realsozialismus die Frage nach den wirksamen objektiven wie subjektiven Voraussetzungen für den revolutionären Übergang zum Sozialismus neu aufwirft;

zweitens, weil sich der Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Revolution 1917 unter schwierigen inneren und äußeren Verhältnissen vollzog: Die inneren Bedingungen waren gekennzeichnet durch sozialökonomische Rückständigkeit Rußlands, die äußeren Umstände

17 Siehe W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 395ff. – W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Ebenda. Bd. 27. S. 225ff.

18 Schon am 26. Dezember 1993 verabschiedeten linke marxistische Parteien: die Allunions-Partei der Bolschewiki, die Leninisten in der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, die Russische Kommunistische Arbeiter-Partei, die Russische Partei der Kommunisten, die Union der Kommunisten, eine gemeinsame »Deklaration über Absichten und Prinzipien der Kommunistischen Bewegung« in elf Programmpunkten, deren zweiter Punkt die »Schaffung von Sowjets der Werktätigen von unten bis oben durch Arbeitskollektive und örtliche Gemeinden der russischen Bürger als beste Form der Volksmacht« fordert (siehe Information Bulletin The Left and Workers' Movements in the former USSR. Moskau (1993)4/(1994)1. S. 16 bis 18. Zitat S. 17).

durch Kriegswirkungen und die deutsche Okkupation russischer Territorien nach dem »Frieden von Brest-Litowsk«, danach durch die militärische imperialistische Intervention – in Verbindung mit dem Bürgerkrieg – sowie durch das Ausbleiben der erwarteten Weltrevolution geprägt, wodurch die russische Revolution ohne internationale Unterstützung blieb;

drittens, weil sich der Aufbau bzw. revolutionäre Übergang zum Sozialismus folglich von Anbeginn unter Bedingungen einer internationalen Konfrontation und Auseinandersetzung der Systeme sowie bei einem für die sozialistische Umwälzung höchst ungünstigem Kräfteverhältnis vollzog, was Folgen für die politische Kultur, für den Umgang mit der Staats- und Demokratiefrage hatte, für Härte und Methoden des politischen und ökonomischen Klassenkampfes;

viertens muß man in Rechnung stellen, daß heute noch längst nicht sämtliche Sachverhalte und Dokumente über die damalige Politik von Personen und Parteien erschlossen sind, weshalb abschließende Urteile noch immer nur bedingt möglich sind.

Inhaltlich geht es um mehr als die in der Überschrift formulierte Frage, letztlich geht es um das aktuelle Verständnis des »Leninismus«, d. h. der Theorie und Politik Lenins unter verschiedenen Aspekten:

– ist »Leninismus« der »Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution«, bzw. weltweit gar einer »Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus« oder handelt es sich inhaltlich und begrifflich um eine teleologische Überdehnung des historischen Prozesses?

– ist »Leninismus« die Revolutionstheorie des Herankommens an die bzw. des Übergangs zur sozialistischen Revolution, d. h. des Zusammenhangs von demokratischer und sozialistischer Revolution, bzw. noch breiter des sozialistischen Aufbaus generell?

– oder ist »Leninismus« die konkrete Strategie und Politik der revolutionären russischen Partei für den Übergang zum und für den Aufbau des Sozialismus vor Ort, der entweder schon genuin scheitern mußte oder später stalinistisch deformiert wurde und schließlich am Kräfteverhältnis kollabierte?

– in welcher Epoche befinden wir uns gegenwärtig nach der vorrangig – aber nicht ausschließlich – selbstverschuldeten Implosion des Realsozialismus, der sowohl an genetischen Geburtsfehlern wie am realen Kräfteverhältnis der geschichtlichen Akteure scheiterte? In welcher historischen Epoche befinden wir uns dann heute? In einer Epoche der »imperialisti-

schen Globalisierung« oder schlicht einer »kapitalistischer Konterrevolution«?

– welches strategische Ziel steht für eine sozialistische Bewegung heute an? Was ist »demokratischer Sozialismus«, wie das in Programmen verschiedener linker Parteien als »Weg und Ziel« fixiert wird; *welche* Wege führen dorthin?

Die Beantwortung solcher Fragen kann nicht Sache eines/dieses Beitrags sein, der auch keine unmittelbare *Handreichung historischer Lehren* für gegenwärtige politische Konzepte vermitteln kann, sondern lediglich *historische Sachverhalte* und *Positionen* damaliger *historischer Akteure* aufarbeiten will, die Nachdenken über *politische Lehren* anregen und einfordern sollen. Diese Einschränkung gilt um so mehr, als sich »Permanenz der Revolution« auf einen zweifachen inneren (nationalen) und äußeren (internationalen) Prozeß bezieht, die hier – miteinander verwoben – zur Sprache kommen.

* * *

Der Versuch einer Aufarbeitung von Erfahrungen und Lehren der »Russischen Revolution« im oben genannten Sinne kommt an Lenin und seinem politisch-theoretischen Erbe nicht vorbei, obgleich der Rückbezug auf sein Werk suspekt geworden zu sein scheint.

Wenn man »Leninismus« und »Leninsche Revolutionstheorie« als Theorie und Methode der Gesellschaftsanalyse des Imperialismus und seiner Widersprüche, als Strategie und Taktik des Herankommens bzw. des Überleitens zur sozialistischen Revolution, also als Theorie und Praxis des Übergangs zur sozialistischen Umwälzung versteht, kann man »Leninismus« nicht auf die wichtigsten Arbeiten zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 verkürzen, obwohl sie in Lenins Theoriegebäude und Politikkonzeption einen zentralen Platz einnehmen.

Ich denke dabei zuerst an die »Aprilthesen« (Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution) und »Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution«, an »Die Lehren der Krise«, »Ist die Doppelherrschaft verschwunden« sämtlich im Band 24, sowie an »Der 18. Juni«, »Die Klassenverschiebung«, »Drei Krisen«, »Zu den Losungen«, »Die Lehren der Revolution«, »Über Kompromisse«, »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll« und »Eine der Kernfragen der Revolution«, alle im 25. Band, schließlich »Die Aufgaben

der Revolution«, »Die Krise ist herangereift« und »Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten« im Band 26 von Lenins Werken enthalten,¹⁹ die quasi Momentaufnahmen sowie den konkreten Aktionsplan im Übergangsprozeß von der Februar- zur Oktoberrevolution im Gesamtkomplex Leninscher Revolutionskonzeption darstellen.

Zu dieser Gesamtkonzeption gehören mehrere Analyse- und Politikbereiche:

Erstens Werke der Gesellschaftsanalyse: »Was sind die Volksfreunde« (1894), »Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland« (1896/1899), »Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen« (1912), »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (1916), sowie »Staat und Revolution« (1917);

Zweitens Werke zur organisatorischen, ideologischen und taktischen Grundlegung einer proletarischen Kampfpartei (Partei neuen Typs) am Vorabend der Revolution von 1905/1907: »Was tun?« (1902), »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« (1904) und »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution« (1905);

Drittens die bereits genannten Werke zur Strategie und Taktik des Übergangs von der demokratischen zur sozialistischen Revolution von den »Aprilthesen« bis zu »Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten« vom Herbst 1917;

Viertens Werke des unmittelbaren Übergangs zur sozialistischen Umwälzung, d. h. Reden und Dokumente des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses vom 26./27. Oktober 1917,²⁰ die Dekrete und Deklarationen »Über den Frieden«, über »Grund und Boden«, die »Nationalisierung der Banken«, die »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes«, das »Dekret über die Rechte der Völker Rußlands«, nachzulesen in Band 26, vor allem aber »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« vom März 1918 im 27. Band²¹ (zugleich als bedingte Abgrenzung zu »Staat und Revolution« von vor der Machteroberung), und später – 1921 – »Über die Naturalsteuer« zur Begründung der »Neuen Ökonomischen Politik« oder zum internationalen Bezug »Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution« (1922);

19 Siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. S. 3–8, 39–77, 201–204 und 445–448. – W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 101–103, 124–126, 166–171, 181–189, 227–244, 313–319, 327–377 und 378–386. – W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 69–121.

20 Siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 233–255.

21 Siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 225–268.

Fünftens aber muß man davon ausgehen, daß längst nicht alle relevanten Arbeiten der Mitstreiter Lenins zu Problemen und Verlauf der russischen Revolution veröffentlicht sind, so etwa die Arbeiten von Trotzki, Bucharin und Radek zu Problemen der Machtausübung, zum Verhältnis von Demokratie und proletarischer Diktatur, von Demokratie und Sowjets sowie zur ökonomischen und internationalen Politik.

Lenins Revolutionstheorie fußte auf der Einschätzung, daß nach dem Gemetzel des Ersten Weltkrieges die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen für die sozialistische Revolution international herangereift seien, daß Rußland als der Knotenpunkt aller imperialistischen Widersprüche den Anfang machen könnte, während die entwickelten kapitalistischen Länder baldigst nachfolgen und sich an die Spitze einer sozialistischen Weltrevolution setzen würden. Deziert verwies Lenin darauf, daß Rußland wieder ein – in sozialistischem Sinne – rückständiges Land sein würde, wenn die sozialistische Revolution in solchen entwickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland siegen würde.²²

Lenin erhob nicht den Anspruch, ein geschlossenes System der Theorie und Politik der sozialistischen Revolution zu begründen; der später verallgemeinerte Begriff des »Leninismus« ging vielmehr von der KPdSU und der Komintern aus. »Der Leninismus – das ist der Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, der Epoche des Zerfalls des Kolonialismus und des Sieges der nationalen Befreiungsbewegungen, der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus und des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft«, hieß es in den Thesen des ZK der KPdSU zum 100. Geburtstag Lenins.²³ Darin kam eine realitätsferne und euphorische Überschätzung der Omnipotenz der sozialistischen Revolution zum Ausdruck.

Lenin sprach dagegen von »internationaler Bedeutung« der Oktoberrevolution im »engeren Sinne«, d. h. der Wiederholbarkeit ihrer wesentlichen Grundzüge, und im »weiteren Sinne«, d. h. ihrer internationalen Auswirkungen, aber auch davon, »daß der Endsieg unserer Revolution

22 Siehe u. a. W. I. Lenin: Rede zum Jahrestag der Revolution. 6. November und Rede über die internationale Lage. 8. November. VI. Gesamtrussischer Sowjetkongreß. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 28. S. 131, 142f., 150 und 155f.

23 Siehe Thesen des ZK der KPdSU zum 100. Geburtstag W. I. Lenins. Moskau, Berlin 1970.

eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe.«²⁴

Was aber – wenn die inneren Bedingungen für die Revolution im eigenen Lande gegeben waren – wäre die Alternative zur Eroberung der politischen Macht durch die Bolschewiki gewesen? Das Abwarten auf günstigere Umstände?

Der englische Historiker *Eric Hobsbawm* macht darauf aufmerksam, das Abwarten angesichts der erwarteten internationalen Revolution der faktischen Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen gleichgekommen wäre. »Wenn eine Revolutionspartei die Macht nicht ergriffe, wenn der Augenblick und die Massen es fordern, was würde sie dann noch von einer nichtrevolutionären Partei unterscheiden?«²⁵ Zumal die Bolschewiki die Forderungen der Massen nach Brot, Frieden und Land nicht nur auf ihre Fahnen schrieben, sondern nach gegebenen Möglichkeiten erfüllten. *Hobsbawm* merkt als eigentliche Leistung Lenins und der Bolschewiki an, daß sie – im Gegensatz zur »Mythologie des Kalten Krieges«, die Lenin nur als Organisator eines Staatsstreiches verstand – vielmehr erkannte, »was die Massen wollten, und dementsprechend eben auch wußte, daß er führen mußte, indem er ihnen folgte.«²⁶ Lenins Programm zur »sozialistischen Transformation« Rußlands »war im wesentlichen das Wagnisunternehmen, die Russische Revolution in eine weltweite oder zumindest europäische Revolution zu verwandeln. [...] In der Zwischenzeit war Ausharren die wichtigste und im Grunde einzige Aufgabe der Bolschewiken.«²⁷

Einmal in Gang gesetzt aber blieb beim Ausbleiben der Weltrevolution nur die Möglichkeit entweder des Rückzugs, d. h. die Fahne einzuziehen und sich der Konterrevolution auszuliefern, oder – entgegen allen Schwierigkeiten – vorwärts zu stürmen und sich gegen eine Übermacht zu verteidigen. Welchen Weg wählt eine lebendige revolutionäre Bewegung, selbst auf die Gefahr hin, eigene postulierte politisch-moralische Werte zu beschädigen?

Sowjetrußland hat trotz aller Krisen und Katastrophen überlebt, »trotz deutscher Eroberung und diktierten Friedens, trotz des Verlustes ganzer

24 Siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 81. – W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 5f.

25 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1998. S. 88.

26 Ebenda. S. 86.

27 Ebenda. S. 88.

Regionen, trotz Konterrevolution, Bürgerkrieg, Interventionen ausländischer Armeen, trotz Hunger und Wirtschaftskollaps. In einer solchen Lage konnte Sowjetrußland einfach keine Strategien oder Perspektiven entwickeln, die über die Tag für Tag geforderte Entscheidung zwischen unmittelbarem Überleben und dem Risiko eines unmittelbaren Desasters hinausgingen.«²⁸

Insofern ging die spätere Vorstellung von einem fest umrissenen »Leninschen Plan des sozialistischen Aufbaus« – wenn man von einigen Grundaussagen absieht – wohl an den rasch wechselnden Ereignissen und Realitäten vorbei. Die historische Entwicklung nahm vielmehr einen Verlauf, der weit von Lenins Vorstellungen in den unmittelbaren Revolutionstagen entfernt lag und schließlich tragisch in das etatistisch-diktatorische Regime eines das sozialistische System deformierenden Stalinismus mündete.

Wer von heutigen linken Nachfahren aber glaubt, die damalige Situation und Politik mit der Elfe heutiger bürgerlich-demokratischer Spielregeln – soweit es sich überhaupt um solche handelt – und zudem in einer Phase globaler Offensive des Neoliberalismus zu messen, hat sich meilenweit von den selbstverständlichen Analysemethoden sogar des bürgerlichen Historismus, erst recht von der dialektischen Methode des historischen Materialismus entfernt.

* * *

Letztlich ging es in den politischen Auseinandersetzungen damals wie heute um ähnliche politische Grundfragen: die Rolle der demokratischen Revolution und die Haltung von Klassen und Parteien dazu, die Aufgaben des Proletariats in der demokratischen Revolution, Zusammenhang von demokratischer und sozialistischer Revolution, bürgerlicher Parlamentarismus oder Sowjetform politischer Machtausübung, Verhältnis von (Klassen-)Demokratie und (Klassen-)Diktatur als Inhalt und Form politischer Herrschaft und der entsprechenden Organisation der Gesellschaft. Nicht aber ging es um einen statischen Demokratiebegriff mit Ewigkeitsanspruch und von angeblich unbegrenzter Haltbarkeitsdauer.

28 Ebenda. S. 89.

Lenins Auseinandersetzung mit Plechanow – und in dessen Gefolge besonders mit Kautsky²⁹ – letztere soll uns hier nicht explizit beschäftigen – drehte sich besonders um die Funktion des Proletariats in der demokratischen Revolution und bei ihrer Hinüberleitung in die sozialistische Umwälzung.

Wohl hatten sich Lenin und Plechanow bei der gemeinsamen Ausarbeitung des Programms der SdAPR von 1903 darauf verständigt, daß das Proletariat in einer demokratischen Revolution zum Sturz des Zarismus sowohl seine selbständige Klassenposition bewahren als auch die politische Hegemonie ausüben müsse, da die Bourgeoisie dazu weder willens noch in der Lage sei. In der Frage der direkten Aufgaben wie der Fernziele der Revolution aber – d. h. bürgerlich-demokratische Republik bis zur Heranführung der demokratischen an die sozialistische Revolution – sowie an der prinzipiellen Haltung zur Diktatur des Proletariats und der Rolle einer proletarischen Kampfpartei schieden sich die Geister, was schließlich bereits 1903 mit dem II. Parteitag der SdAPR in London zur Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki führte.³⁰

Während Lenin in den Folgejahren das strategisch-taktische Konzept des Übergangs von der demokratischen zur sozialistischen Revolution entwickelte,³¹ blieb Plechanow bei seiner Meinung, daß die Bourgeoisie – angesichts der Rückständigkeit Rußlands – im Ergebnis der demokratischen Revolution die Macht übernehmen müsse, durchaus vorwärts gedrängt vom Proletariat.

Als Lenin wie Plechanow nach dem Februar 1917 nach Rußland zurückkehrten, ging diese Auseinandersetzung in die nächste Runde. Lenin legte seinen Plan des Übergangs von der demokratischen in die sozialistische Revolution in den bekannten »Aprilthesen« vor, während Plechanow seine Position in einer Artikelserie in der Zeitung »Jedinstwo« darstellte, deren Extrakt in einem »Offenen Brief an die Petrograder Arbeiter« nachzulesen ist. Plechanow schreibt, daß die russischen Sozial-

29 Siehe W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 28. S. 225ff.

30 Siehe W. I. Lenin: Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 6. S. 12–19. – W. I. Lenin: Bemerkungen zum zweiten Programmwurf Plechanows. In: Ebenda. S. 23ff.

31 Siehe W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 7. S. 197–430. – W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 9. S. 3–130.

demokraten in den letzten Monaten »oft an die Worte von Engels denken« mußten, wonach »es für die Arbeiterklasse kein größeres historisches Unglück geben kann, als die Eroberung der politischen Macht zu einem Zeitpunkt, an dem sie dazu noch nicht bereit ist.«³² Sie seien darum verpflichtet, sich die Frage zu stellen, ob die russische Arbeiterklasse zur Errichtung ihrer Diktatur in der Lage sei. Wegen der fehlenden ökonomischen Bedingungen müsse die proletarische Diktatur in Rußland als voraussetzungslos verneint werden. »Nein, unsere Arbeiterklasse kann die gesamte politische Macht noch lange nicht übernehmen, damit dies ihr selbst und dem ganzen Land zum Nutzen gereicht. [...] Unter der Bevölkerung unseres Staates bildet das Proletariat *nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit*. Es könnte die Diktatur aber nur dann erfolgreich verwirklichen, wenn es die Mehrheit bilden würde.«³³ Plechanow wendet sich gegen den weltrevolutionären Impetus der Oktoberrevolution, wonach der deutsche Arbeiter vollenden werde, was der russische Arbeiter begonnen habe. »Zweifellos ist Deutschland, ökonomisch gesehen, viel stärker entwickelt als Rußland. Die Deutschen sind der ›sozialen Revolution‹ näher als die Russen. Doch auch bei den Deutschen steht sie noch nicht auf der Tagesordnung. [...] Das heißt, der Deutsche wird nicht vollenden können, was der Russe beginnt. [...] Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur einen Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.«³⁴

Diese Sicht auf die russische Revolution von 1917 – und insbesondere auf die Oktoberrevolution – prägte auch Plechanows Position zur Konstituierenden Versammlung, die er als eine durch die demokratische Revolution legitimierte Repräsentanz der Macht ansah. Die Konstituierende Versammlung, die von den Bolschewiki und dem Rat der Volkskommissare auseinandergejagt wurde, habe »mit beiden Beinen auf dem Boden der Interessen der werktätigen Bevölkerung Rußlands« gestanden; ihre Verjagung »diktierte ihnen nicht die innere Logik einer von

32 G. W. Plechanow: Offener Brief an die Petrograder Arbeiter. In: G. W. Plechanow: 1917 – zwischen Revolution und Demokratie. Hrsg. von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa. Berlin 2001. S. 152.

33 Ebenda.

34 Ebenda. S. 153.

unabdingbaren Prinzipien befreiten Taktik. Sie wurde ihnen von der inneren Logik der von ihnen Ende Oktober praktizierten politischen Aktion diktiert. Nachdem sie die Macht erobert hatten, wollten sie natürlich nicht auf sie verzichten, falls die Mehrheit der Konstituierenden Versammlung nicht aus ihren Anhängern bestehen würde. Als sie sahen, daß die Sozialrevolutionäre die Mehrheit besaßen, beschlossen sie: Mit der Konstituierenden Versammlung muß so schnell wie möglich Schluß gemacht werden.«³⁵

Hierzu wäre nur anzumerken, daß die Bolschewiki die Sowjets als zukünftige Machtorgane seit der Revolution von 1905/1907 präferierten, während sich ihr zeitweiliges Eintreten für die »Konstituierende Versammlung« nach dem Februar 1917 aus der konkreten Spezifik der demokratischen Revolutionsetappe nach dem Sturz des Zarismus und ihres Übergangs zur Oktoberrevolution ergab.

Der wesentliche Inhalt des Programms des II. Parteitags der SdAPR von 1903 aber bestand darin, die Forderungen einer demokratischen Revolution bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu formulieren und sowohl das Wesen einer proletarischen Kampfpartei wie auch ihre Funktion als Hegemon in der demokratischen Revolution zu bestimmen. Dazu gehört insbesondere:

- *Charakteristik Rußlands als zwar rückständige, aber grundsätzlich kapitalistische Gesellschaft*, entgegen den Auffassungen von Volkstümlern, Sozialrevolutionären und Menschewiki
- *Bestimmung von sozialistischer (sozialer) Revolution und Errichtung der proletarischen Diktatur als strategisches Ziel*, entgegen der Beschränkung auf eine bürgerlich-demokratische Republik
- *Formulierung der nächsten Aufgaben und Ziele einer demokratischen Revolution unter proletarischer Hegemonie: Sturz des Zarismus, demokratische Republik, bürgerliche Rechte und Freiheiten*, was die Einberufung der Konstituierenden Versammlung und eine Verfassung verlangt
- *Durchsetzung grundlegender sozialer Forderungen und demokratischer Rechte, ein Sozialsystem, Arbeitsschutzgesetze und örtliche Selbstverwaltung*
- *Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaftsordnung und Gründung von Bauernkomitees* zur Unterstützung antifeudaler Forderungen der Bauern (bis zur Begünstigung der Dorfgemeinde).

35 Ebenda. S. 163f.

»In dem Bestreben, ihre nächsten politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, unterstützt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung, die sich gegen das in Rußland bestehende soziale und politische System richtet, sie lehnt aber entschieden alle jene Reformpläne ab, in denen jede Erweiterung der polizeilichen Bevormundung der werktätigen Massen als ein Schritt zur Lösung der sozialen Frage hingestellt wird.«³⁶

Als nächstes programmatisches Dokument der Bolschewiki muß man Lenins »Aprilthesen« nach seiner Ankunft auf dem Finnischen Bahnhof in Petersburg »Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution« bzw. in »Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution« verstehen, welche die strategischen Positionen und unmittelbaren Aufgaben für die Überleitung der demokratischen in die sozialistische Revolution in Rußland formulieren.³⁷

Ihren Inhalt könnte man wie nachfolgend knapp zusammenfassen:

- im räuberischen, imperialistischen Krieg keinerlei Unterstützung der Vaterlandsverteidiger, sondern Aufklärung über den Zusammenhang von Kapital und Krieg; ohne Sturz des Kapitals kein wahrhaft demokratischer Frieden;
- die Eigenart der Lage besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe, welche die Macht in die Hände des Proletariats und der armen Bauern legt;
- keinerlei Unterstützung für die kriegführende Provisorische Regierung; Entlarvung ihrer Versprechungen über den Verzicht auf Annexionen;
- Anerkennung der Tatsache, daß die Partei in den meisten Sowjets in der Minderheit gegenüber den kleinbürgerlichen Elementen ist; deshalb geduldige Aufklärung der Massen über ihre Bedürfnisse wie ihre Fehler sowie anhand ihrer Erfahrungen darüber, daß die *Sowjets der Arbeiterdeputierten die einzig mögliche Form* der revolutionären Regierung sind;
- kein zurück zur parlamentarischen Republik, sondern – von unten bis oben – vorwärts zur Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten. Abschaffung der alten Polizei, Armee, Beamten-schaft;

36 W. I. Lenin: Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 6. S. 18.

37 Siehe W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. Berlin 1959. S. 3–8. – W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. In: Ebenda. S. 41–77.

- zum Agrarprogramm: Konzentration auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten, Konfiskation des Gutsbesitzerlandes, Nationalisierung des Bodens, Verfügung durch die örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten; Schaffung von Musterwirtschaften aus großen Gütern;
- sofortige Verschmelzung aller Banken zu einer Nationalbank unter Kontrolle des Sowjets der Arbeiterdeputierten;
- keine Einführung des Sozialismus als *unmittelbare* Aufgabe, sondern nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten;
- sofortige Einberufung des Parteitags zur Änderung des Namens und des Parteiprogramms (zu Imperialismus und Krieg, Stellung zum Staat) sowie zur Berichtigung des veralteten Minimalprogramms;
- Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale.

Lenin entgegnete den Kritikern der Aprilthesen, wonach er »die Fahne des Bürgerkriegs inmitten der revolutionären Demokratie aufgepflanzt« habe, daß er vielmehr erklärt habe: »Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind die einzig mögliche Form der revolutionären Regierung, und daher kann unsere Aufgabe nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen [...]«³⁸

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Etappen des revolutionären Prozesses zwischen dem Februar und dem Oktober 1917 nachzuvollziehen, sondern lediglich die Zäsuren zu benennen, die Lenin vor allem in seinen Arbeiten »Der 18. Juni«, »Die Klassenverschiebung«, »Alle Macht den Sowjets«, »Drei Krisen«, »Zu den Losungen« und »Die Lehren der Revolution« analysiert.³⁹

Während der Doppelherrschaft von Provisorischer Regierung und Sowjets im Frühjahr 1917 orientierten die Bolschewiki auf die friedliche Entwicklung der Revolution unter der Losung »alle Macht den Sowjets«, die nach der Junikrise, infolge der Niederschlagung der Julidemonstration, auch nach der gescheiterten Militäroffensive Brussilows zurückgezogen wurde, um nach dem VI. Parteitag der SdAPR Ende Juli und der

38 Ebenda. S. 7.

39 Siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. Berlin 1960. S. 101ff., 124ff., 166ff., 181ff., und 227–244.

Zerschlagung des konterrevolutionären Kornilow-Putsches Ende August durch die Orientierung auf den bewaffneten Aufstand und damit erneut auf die Errichtung der Sowjetmacht ersetzt zu werden.⁴⁰

Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse, die vor und nach dem Sommer 1917 manifest wurden, sind an der Zusammensetzung des I. und II. Sowjetkongresses Anfang Juni bzw. Ende Oktober 1917 ablesbar. Während auf dem I. Sowjetkongreß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki eine stabile Mehrheit hatten – 285 PSR- und 248 Menschewiki-Delegierten standen 105 Bolschewiki gegenüber – waren auf dem II. Sowjetkongreß von anfangs 649 Delegierten 390 Bolschewiki, 160 Sozialrevolutionäre, 72 Menschewiki und 20 verschieden organisierte Internationalisten vertreten; die Zahl der Bolschewiki erhöhte sich durch nachreisende Delegierte bald sogar auf 472 Mandatsträger.

Nachdem die Bolschewiki, gestützt auf die Arbeiterklasse und im Bündnis mit der landhungrigen Bauernschaft, Ende Oktober 1917 die Sowjetmacht errichtet und dann mit der Politik des Kriegskommunismus ihre Existenz im Bürgerkrieg gegen die »weiße« Konterrevolution und gegen die ausländische imperialistische Intervention behauptete, rückte die Frage nach den programmatischen Linien der sozialistischen Umwälzung auf die Tagesordnung.

Diese Aufgabe erfüllte der VIII. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) im März 1919, der das von einer Kommission unter Leitung Lenins und Bucharins ausgearbeitete Parteiprogramm der sozialistischen Umwälzung beschloß,⁴¹ vorbereitet von Lenins Arbeit »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« vom Frühjahr 1918 und ergänzt durch die Schrift »Die große Initiative« vom Sommer 1919 – wohlgermerkt in der Periode des Kriegskommunismus, den die einen für eine erzwungene, andere für die normale Politik des Übergangs zum Sozialismus hielten,⁴² bevor die KPdSU zur NÖP übergang.

Lenin, der einen Entwurf des Programms der KPR(B) vorgelegt hatte, erstattete auf dem VIII. Parteitag im März 1919 sowohl den Bericht des Zentralkomitees als auch den Bericht über das Parteiprogramm, äußerte

40 Siehe W. I. Lenin: Marxismus und Aufstand. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. Berlin 1961. S. 4ff. – W. I. Lenin: Die Krise ist herangereift. In: Ebenda. S. 59ff.

41 Siehe Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem 8. Parteikongreß (18.–23. März 1919). Zürich 1920.

42 Siehe W. I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke. Bd. 29. Berlin 1961. S. 398–424.

sich dabei zu allen strittigen Fragen, u. a. zur Relation von Kapitalismus und Imperialismus, zum Verhältnis von Sowjets und Konstituante, zur sich wandelnden Bündnispolitik gegenüber der Bauernschaft, zum Umgang mit bürgerlichen Spezialisten, zur Politik gegenüber den Genossenschaften, zur Militärfrage, zum Bürokratismus, zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und natürlich zu den politischen und wirtschaftlichen »Hauptaufgaben der Diktatur des Proletariats in Rußland«, wozu breite und kontroverse Diskussionen stattfanden.⁴³

Beim Vergleich des Leninschen Entwurfs und der beschlossenen Endfassung des Programms fällt die inhaltlich weitgehende Übereinstimmung dieser Dokumente auf, was die Durchsetzung Lenins in strittigen Fragen bezeugt.

Dennoch lohnt dieser Vergleich, da er Aufschluß über die Motivation der Verfasser für gewählte Formulierungen bietet. Das betrifft z. B. die Debatte um die Sowjets als Grundlage des politischen Systems des Sozialismus.

Die damalige Sicht Lenins auf die Rolle von Sowjetsystem oder Parlamentarismus erscheint wie für die heutige Polemik um Konstituante oder Rätemacht geschrieben. So liefe der Unterschied zwischen bürgerlichem Parlamentarismus und der sowjetischen Demokratie darauf hinaus, »daß die erstere das Schwergewicht auf die feierliche und pompöse Proklamierung von allerlei Freiheiten und Rechten legte und es dabei in Wahrheit gerade dem größten Teil der Bevölkerung, den Arbeitern und Bauern, nicht gestattete, sie auch nur einigermaßen hinlänglich zu nutzen. Die proletarische oder sowjetische Demokratie dagegen legt das Schwergewicht nicht auf die Proklamierung der Rechte und Freiheiten für das ganze Volk, sondern darauf, gerade den Massen der Werktätigen, die vom Kapital unterdrückt oder ausgebeutet wurden, in der Praxis den tatsächlichen Zugang zur Verwaltung des Staates [...] zu garantieren.«⁴⁴

Freilich blieben die demokratischen Rechte und Freiheiten in der Alltagspraxis des politischen Systems im Realsozialismus unterbelichtet und

43 Siehe W. I. Lenin: Entwurf des Programms der KPR(B). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 29. Berlin 1961. S. 89–108. – W. I. Lenin: Ebenda: Bericht des Zentralkomitees. 18. März 1919. S. 131–149. – W. I. Lenin: Bericht über das Parteiprogramm. 19. März. In: Ebenda. S. 150–182.

44 W. I. Lenin: Die Hauptaufgaben der Diktatur des Proletariats in Rußland. In: Ebenda. S. 94.

teilweise sogar negiert, was zu autoritärer Allmacht hierarchischer Herrschaftsstrukturen führte.

Wohl in diesem Kontext – gleichviel ob erahnt oder erkannt – warnte Lenin vor den Gefahren des überkommenen wie eines neu entstehenden Bürokratismus.

Den traditionellen Bürokratismus zu besiegen sei nur möglich, wenn die werktätigen Massen dank eines entsprechenden Kulturniveaus *wirklich* an der Verwaltung teilnehmen können. Ein niedriges Kulturniveau aber bewirke, »daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst«. ⁴⁵

Unausgesprochen taucht hier erstmals das Problem der Verselbständigung von politischen Eliten und administrativen Leitern im Sozialismus auf, das später, vor allem in den sechziger Jahren zur Diskussion über die Formierung einer »neuen Klasse« und über das Erfordernis einer »sozialistischen Selbstverwaltung« führte, eine Problematik, die im »realen Sozialismus« jedoch nirgends gelöst wurde und letztendlich zur Implosion des osteuropäischen Realsozialismus beitrug.

* * *

Zurück zur Programmdebatte: Der Übergang zur sozialistischen Umwälzung im Gefolge der Oktoberrevolution machte nunmehr die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms unumgänglich, das von einer Kommission unter Leitung Lenins und Bucharins ausgearbeitet und vom VIII. Parteitag der KPR vom 18. bis 23. März 1919 diskutiert und beschlossen wurde. Besonders aktiven Anteil an der Debatte nahmen Bucharin, Pjatakow, Trotzki, Saponow-Ossinski u. a., wobei Bucharin namentlich für die Passagen über den russischen Kapitalismus und die Gesellschaftsstruktur Rußlands sowie für die ökonomische Politik der Partei verantwortlich war, während sich Pjatakow besonders mit der nationalen Frage beschäftigte.

45 W. I. Lenin: Bericht über das Parteiprogramm. 19. März. In: Ebenda. S. 169.

Außer der schon erwähnten Veröffentlichung wesentlicher Teile der Programmdiskussion des VIII. Parteitags im Band 29 der Werke Lenins, die durch Lenins Arbeiten »Über die Diktatur des Proletariats«⁴⁶ und dann – hin zum X. Parteitag der KPR im März 1921 – über die Einführung der Naturalsteuer zur Begründung der »Neuen Ökonomischen Politik« vertieft wurde,⁴⁷ steht uns der – hier nachgedruckte – vollständige Programmtext samt der inhaltlichen Einführung von Karl Radek zur Verfügung, was Schlaglichter auf die damalige Debatte wirft.⁴⁸

Karl Radek lebte im Ersten Weltkrieg – wie Lenin – in der Schweiz und kehrte mit diesem im März 1917 nach Rußland zurück. Auf dem VIII. Parteitag der KPR in das ZK der KPR gewählt, gehörte er bis zuletzt zum engeren Kreis um Lenin, weshalb sein Kommentar zum Parteiprogramm, insbesondere zu dessen theoretischem Teil, besonderes Gewicht besitzt.⁴⁹

Das Programm beginnt mit der Einschätzung: »Die Oktoberrevolution vom 25. Oktober (7. November) 1917 hat in Rußland die Diktatur des Proletariats verwirklicht, die mit Unterstützung der armen Bauernschaft oder des Halbproletariats begonnen hat, die Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Der Werdegang der Revolution in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, das Wachstum der revolutionären proletarischen Bewegung in allen fortgeschrittenen Ländern, die Verbreitung, welche das Rätssystem in dieser Bewegung findet als das

46 Siehe W. I. Lenin: Über die Diktatur des Proletariats. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 77ff. – W. I. Lenin: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats. In: Ebenda. S. 91ff.

47 Siehe W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer. Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 32. S. 341–380.

48 Siehe Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem 8. Parteikongreß (18.–23. März 1919). Mit Einführung von Karl Radek. Zürich 1920.

49 Karl Radek, eigentlich Karl Sobelsohn, war erst Mitglied der Polnischen Sozialdemokratie, seit 1907 der SPD und Mitarbeiter der »Leipziger Volkszeitung«, emigrierte 1914 in die Schweiz, reiste mit Lenin 1917 nach Rußland, wurde 1919 in Abwesenheit (Haft in Deutschland 1919) in das ZK der KPR gewählt und gehörte 1920 bis 1924 dem EKKI an. 1923 zur Unterstützung des »Deutschen Oktober« in Deutschland, wurde ihm dessen Niederlage angelastet, und er 1924 aus allen Ämtern entlassen und als Anhänger Trotzki's 1927 aus der KPdSU ausgeschlossen. Nach Unterwerfung unter Stalins Politik, wurde er 1931 wieder in die Partei aufgenommen, ehe er 1936 verhaftet, 1937 im zweiten Moskauer Schauprozeß zu einer hohen Haftstrafe verurteilt und danach 1939 ermordet wurde.

System, das unmittelbar auf die Verwirklichung der proletarischen Diktatur hinzielt – all das beweist, daß das Zeitalter der proletarischen kommunistischen Weltrevolution begonnen hat.«⁵⁰

Radek verweist darauf, daß das russische kommunistische Programm von der Voraussetzung ausgehe, daß die russische Revolution den Anfang der proletarischen Weltrevolution bilden würde, »die den Kapitalismus liquidieren wird. Es charakterisiert die sich jetzt ihrem Ende zuneigende Epoche des Kapitalismus, es charakterisiert kurz die Epoche des Imperialismus und den Zusammenbruch des Kapitalismus, der mit dem Weltkrieg begann. Daraufhin charakterisiert es die Aufgaben des Proletariats und die Stellung verschiedener seiner Teile zu ihnen.«⁵¹ Den Streit zwischen Lenin und Bucharin um diesen Teil des Programms, d. h. darum, ob die Darstellung der vorkapitalistischen Entwicklungsphase nötig sei, die im alten Programm von 1903 ausführlich analysiert wurde, während die imperialistische Phase des Kapitalismus im neuen Programm nur in Schlagworten behandelt würde (Bucharin), sei, so Radek, mehr formal als inhaltlich bestimmt. Lenin drängte auf die Beschreibung beider Phasen, zumal in Rußland verschiedene Wirtschaftssegmente existierten.

Daran knüpft Radek den Gedanken, daß im damaligen Rußland die Organisation des Kapitalismus in seiner »modernsten Form« gerade der Zersetzung unterliege, während die neue sozialistische Organisation der Produktion sich im Bürgerkrieg erst langsam herausbilde. »In dieser Zeit geht das Leben mit seinen Bedürfnissen weiter, und da sie weder in hochkapitalistischer noch in sozialistischer Weise befriedigt werden, so entstehen vorübergehend vorkapitalistische Formen der Befriedigung dieser Bedürfnisse.«⁵² Wohl ein Charakteristikum der russischen Revolution für längere Zeit!

Radek verweist auf die Epochebestimmung des Programms als »Epoche des Bürgerkriegs in dem Rahmen einzelner Staaten und die Epoche der revolutionären Kriege der sich verteidigenden proletarischen Staaten wie der unterdrückten Völker gegen die imperialistischen Staaten.«⁵³ Inmitten des Bürgerkrieges geschrieben, führen die aktuelle Si-

50 Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem 8. Parteikongreß (18.–23. März 1919). Zürich 1920. S. 35.

51 Einführung von Karl Radek. In: Ebenda. S. 6f.

52 Ebenda. S. 7.

53 Ebenda. S. 8.

tuation und die revolutionäre Euphorie der Programmkommission hierbei offensichtlich die Feder.

Radek betont, daß ein sozialistisches Programm die Analyse der kapitalistischen Entwicklung mit den Forderungen vereinigen müsse, deren Verwirklichung das Proletariat auf dem leichtesten Weg zum Siege führen könnte.

Radek konstatiert, daß der erste Programmteil sehr aphoristisch gehalten sei, während der zweite Teil seine Aufgaben voll und ganz erfülle, nämlich: »Das Programm der Kommunistischen Partei in Rußland bildet die Darstellung der Umwälzungen, die das Proletariat schon vollzogen hat und der, die es vollziehen muß, um seine Revolution zum Siege zu führen.«⁵⁴

Nachfolgend beleuchtet Radek drei Kernfragen des neuen Programms, nämlich *erstens* die Räte-(Sowjet-)Organisation des Staates anstelle des zerschlagenen alten Staatsapparates und gegen die Gefahren der Belebung des Bürokratismus; *zweitens* die Rolle der proletarischen Diktatur und des Terrors in der Epoche der sozialen Revolution; *drittens* die nationale Frage und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Hinsichtlich der Charakteristik der Sowjetrepublik hebt Radek hervor, daß für ihr richtiges Funktionieren, für die Teilnahme der Massen an der Leitung der Staatsgeschäfte die Hebung ihres Kulturniveaus, ihrer Organisation und Selbständigkeit gegen die Gefahren des Bürokratismus erforderlich seien. »Nur dank der Räteorganisation des Staates konnte die Revolution sofort den alten bürgerlichen Beamtenstaatsapparat zerschlagen und bis zu den Fundamenten zerstören. Aber das nicht genügend hohe Kulturniveau der breiten Volksmassen, das Fehlen der notwendigen Gewohnheiten in der Verwaltung bei den Arbeitern, [...] die Unumgänglichkeit der schnellen Heranziehung von Spezialisten der alten Schule unter schweren Bedingungen, der Abgang der am meisten entwickelten Proletarier zur Kriegsarbeit, alles das hat zur teilweisen Wiederbelebung des Bürokratismus in der Sowjetrepublik geführt.«⁵⁵ Zur Bekämpfung des Bürokratismus seien folgende Maßnahmen erforderlich: Mitwirkung jedes Sowjet(Räte)-mitglieds zur einer konkreten Arbeitsleistung bei der Staatsverwaltung; konsequente Abwechslung bei diesen Arbeiten, um sie nach und nach auf alle Verwaltungszweige auszudeh-

54 Ebenda.

55 Ebenda. S. 9f.

nen; allmähliche Heranziehung der gesamten werktätigen Bevölkerung zur Arbeit in der Staatsverwaltung.

Wir wissen jedoch, daß sich mindestens seit den dreißiger Jahren zunehmend eine eigenständige Schicht von Funktionären und Sowjetangestellten ausprägte, die der Einbeziehung der Bevölkerung in die staatliche Verwaltung entgegenwirkte.

Bezüglich der Bedeutung der Diktatur des Proletariats in der Epoche der sozialen Revolution merkt Radek an, daß es sich dabei um einen notwendigen Zustand handelt, »der so lange dauern wird, wie der Widerstand des Bürgertums dauert« und nicht – wie Kautsky meint – der als zeitweiliger Zustand möglich, als Verfassung aber unmöglich sei. Darum erkläre das kommunistische Programm offen, daß die Rätewacht, »daß jeder Staat unvermeidlich einen Klassencharakter tragen muß, solange die Einteilung der Gesellschaft in Klassen und somit auch jede Staatsmacht nicht völlig verschwunden ist«. ⁵⁶

Trotz zeitweilig notwendiger diktatorischer Maßnahmen, gebe es in der kommunistischen Partei »entgegen allen Fabeln der bürgerlichen Presse keine Strömung, die den Terrorismus anstreben will«. Vielmehr gelte, »je breiter die Basis der Diktatur wird, desto weniger scharf ihre Maßregeln«. Der Sieg Sowjetrußlands dagegen bedeute, »daß die diktatorischen Maßnahmen aufgehoben werden, bedeutet, daß das ganze Volk zur Teilnahme an der Regierung herangezogen wird«. ⁵⁷

Hier urteilt Radek leider vorbei an den späteren Realitäten wie an den rechtzeitigen Warnungen Rosa Luxemburgs und bestätigt damit ungewollt die damals üblichen Voraussagen der sozialdemokratischen Presse, wonach die russische Rätewacht eher auf dem Papier als real bestehe und die Räte mehr Kulisse der herrschenden revolutionären Bürokratie seien. Die Auswirkungen der Tradition des russischen Machtabsolutismus auf die Wirklichkeit der Sowjetmacht sind indessen *kein Argument* gegen das Rätensystem als *adäquates* Machtinstrument proletarischer Revolutionen, das in den europäischen Revolutionen von 1917/1919 *generell* entstanden war. Freilich aber begünstigte das Fehlen demokratischer Kontrollmechanismen im Sowjetsystem – entgegen den Warnungen Lenins vor dem Bürokratismus – dessen letzte Deformation, was in der

56 Ebenda. S. 12.

57 Ebenda. S. 12f.

Alleinherrschaft des Generalsekretärs, in der Entartung des Stalinismus, kulminierte.

Schließlich positionierte sich das Programm auch in der nationalen Frage, die auf dem Parteitag die heißesten Debatten ausgelöst hatte. Radek tritt der Auffassung entgegen, wonach zwar Lenin gegen ein Expansion des Bolschewismus mit der Waffe war, dagegen aber Bucharin und Pjatakow als Anhänger eines »bolschewistischen Imperialismus« aufgetreten seien, die anderen Völkern den Kommunismus mit bewaffneter Gewalt aufdrängen wollten. Das ginge am Kern der Diskussion vorbei, die sich um Annäherung der Proletarier aller Länder im gemeinsamen Kampf gedreht habe. Die gesamte KPR sei sich in der Überzeugung einig, »daß der Kommunismus keinem Volk mit den Waffen in der Hand aufgedrängt werden kann«, da er die freiwillige Mitarbeit der Volksmassen verlange. »Der Streit dreht sich nicht um die Tat, nicht um die Politik, er dreht sich um die theoretische Formel. Ein Teil der Kommunistischen Partei Rußlands lehnt die Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ab, weil er behauptet, es gäbe keinen allgemeinen Volkswillen in einer kapitalistischen Gesellschaft. Wie man sich auch zu dieser Formel stellen mag, theoretisch unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Sowjetregierung keinesfalls daran denkt, die Räteform anderen Völkern aufzudrängen.«⁵⁸

Sapronow-Ossinski argumentierte in der Debatte damit, daß man den Arbeitern eines Landes nur im Falle eines realen Übergewichts ihrer Kräfte helfen könne. »Wenn die arbeitenden Massen eines Staates ihren Willen im nationalen Maßstabe realisieren können, wenn sie ein reales Übergewicht von Kräften haben, erst dann können wir ihnen helfen; ist die Lage anders, so könnte unsere Hilfe nur dazu führen, daß wir ihre und unsere Lage verschlimmern.«⁵⁹

Radek stellt fest, daß diese Haltung sowohl im Hinblick auf Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse wie erst recht gegenüber den kleinen russischen Randstaaten bzw. den nichtrussischen Völkern gilt. »Es ist keine Phrase und keine Sentimentalitätspolitik, wenn Sowjetrußland sich programmatisch auf den Boden der Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Staaten stellt. Nichts kann sie schneller freiwillig zu einem

58 Ebenda. S. 14.

59 Ebenda.

Bund mit den russischen Proletariern führen, als diese Politik.«⁶⁰ Radek verweist deshalb nachdrücklich darauf, »daß die Volksmassen in den Randstaaten den Nationalismus desto schneller abstreifen werden, je weniger sie von der nationalen Unterdrückung bedroht sind. Aus diesem Grunde steht die KPR, eine ausgesprochen zentralistische Partei, auf dem Boden der Föderation der Sowjetstaaten.«⁶¹

Das Programm beantwortet auch die theoretische Frage, »wer als Träger des Volkswillens im Falle einer Loslösung zu betrachten sei«. Die KPR vertrete den historischen Klassenstandpunkt und berücksichtige, »auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht: auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Räte- und proletarischen Demokratie.«⁶² Radek fügt hinzu, daß darin der Wegweiser für die sowjetische Politik gegenüber anderen Völkern bestehe. »Der Wille der Nation, den Sowjetrußland in seiner Politik respektieren will, ist der Wille, der in der gegebenen historischen Phase der anderen Nation den Stempel aufdrückt.«⁶³

Bei aller Schwierigkeit des Abwägens der konkreten Kräftekonstellation innerhalb einzelner Republiken und ihres jeweiligen Verhältnisses zum vormaligen Rußland bzw. aktuell Sowjetrußland, ist der generalisierte Vorwurf des bolschewistischen Revolutionsexports in die Nachbarrepubliken – jedenfalls damals – haltlos; das gilt zumal gegenüber Polen, das vom Frieden von Brest-Litowsk auf Kosten Sowjetrußlands profitierte, sich an der Intervention gegen Sowjetrußland beteiligte, und im Frühjahr 1920 in die Ukraine – bis nach Kiew – vorrückte, ehe die Rote Armee unter dem Befehl Tuchatschewskis zum Gegenstoß überging, der sie bis vor die Tore von Warschau führte. Militärische und logistische Fehler hätten vor Warschau eine Niederlage der Sowjetarmee bewirkt, was im Oktober 1920 zu dem für Sowjetrußland ungünstigen Frieden von Riga führte. Die IX. Gesamtrussische Parteikonferenz Ende September 1920 kritisierte Fehler der Militärorgane, besonders Tuchatschewskis und Trotzki.

Radek geht auf die Militärfrage im Programm ein, indem er drei Aspekte besonders hervorhebt: Die Rote Armee müsse der Struktur der

60 Ebenda. S. 15.

61 Ebenda. S. 16.

62 Ebenda.

63 Ebenda.

Sowjetrepublik entsprechen, deren Schutz sie zu dienen habe, weshalb ihre Waffenträger Arbeiter und Bauern sein sollen; zunächst eine Freiwilligenarmee, keine Wehrpflicht, aber auch keine Offizierswahl; alte Militärspezialisten, Offiziere, werden unter Kontrolle sowjetischer Militärbehörden und der speziellen Institution von Kommissaren zum Armeeaufbau und Militärdienst herangezogen; deshalb Einführung einer strengen Disziplin in der Armee unter Überwachung durch politische Militärinstanzen, um die Gefahren konterrevolutionärer Umtriebe zu verhindern, und Ausbildung eigener Offiziere aus der Arbeiterklasse an neuen Militärschulen.⁶⁴

Informativ geht Radek auch auf den ökonomischen Teil des Programms ein. Danach zerfalle die ökonomische Politik der KPR in drei Phasen: *Zunächst*, vor der Eroberung der Macht, habe die Aufgabe in der Zerstörung des kapitalistischen Ausbeutungsapparates bestanden, d. h. es sei in jeder Fabrik um die Kontrolle der Produktion durch unterschiedlich rasch entstandene Betriebsräte gegangen; *nach dem Oktober* ging es der Sowjetmacht darum, die Kontrolle der Produktion durch einzelne Betriebsräte durch eine Kontrolle auf Bezirks- und Staatsebene zu ersetzen, die auf Arbeiterkongressen von Industriezweigen in einer Kombination von Gewerkschaften, Betriebsräten und Vertretern der Staatsmacht gebildet wurden; *schließlich* galt es, nicht nur die Fabriken, sondern die Leitung der Produktion selbst geordnet in die Hände zu nehmen. Das betraf zuerst die bereits sozialisierten Betriebe, deren Zahl sich angesichts des Widerstands der Kapitalisten schneller als geplant vermehrte, während in den anderen Betrieben die kapitalistische Initiative unter Kontrolle der Organe des Arbeiterstaats gestellt und in den allgemeinen Wirtschaftsplan eingeordnet wurde.⁶⁵

Besonders setzte sich Radek mit der Rolle der Gewerkschaften für die direkte Leitung der Produktion auseinander, die »mitunter als Syndikalismus kritisiert« wurde. Obwohl Radek, der das gesamtgesellschaftliche Eigentum und die Verfügung des Staates über die Produktionsmittel befürwortete, trat er zudem – wie im Programm vom VIII. Parteitag fixiert – für die gewerkschaftliche Leitung der Produktion ein, entgegen den Beschlüssen des IX. Parteitags der KPR im Frühjahr 1920, der die Zentralisierung der Leitung und Einzelleitung, die Durchführung eines

64 Siehe ebenda. S. 16–23.

65 Siehe ebenda. S. 23–26.

einheitlichen Wirtschaftsplanes (GOELRO-Plan) und den sozialistischen Wettbewerb beschloß. Radek begründete seine Position, die quasi zwischen Lenin und der ›Gewerkschaftsopposition‹ lag, mit möglichen Tendenzen gefährlicher Bürokratisierung.⁶⁶

Es ist angesichts des Abdrucks des Programms in diesem Band überflüssig, die einzelnen politischen und ökonomischen Programmpunkte aufzuführen.

Im Schlußteil seines Kommentars geht Radek auf die Bedeutung des Programms für die westeuropäischen Arbeiter ein und betont, daß es nicht um dessen Kopierung, wohl aber um das Vermitteln von Erfahrungen, um das Verständnis für Schwierigkeiten und Realismus gehen müsse, insofern also eine Schule für revolutionäres Denken darstelle. »Mit einem Worte, das kommunistische Programm der russischen Partei zeigt die tägliche Mühe des Kommunismus, seine Tage und seine Arbeit, nicht die Legende des Kommunismus.«⁶⁷

Dabei beruft sich Radek auf Lenins Aussage in der Programmdebatte, wonach »es direkt lächerlich wäre, unsere Revolution als ein Ideal für alle Länder darzustellen, zu sagen, daß sie eine ganze Reihe genialer Entdeckungen gemacht und Neuerungen in den Sozialismus eingeführt habe. Wir haben die praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der ersten Schritte zur Niederwerfung des Kapitalismus gemacht, in einem Lande mit einem besonderen Verhältnis des Proletariats und Bauerntums. Mehr haben wir nicht getan. Wenn wir einen Frosch darstellen werden, der sich aufbläht, so werden wir uns nur lächerlich machen, und wir werden ganz gewöhnliche Prahler sein.«⁶⁸

Freilich hat Lenin wenig später unter dem Aspekt ihres weltrevolutionären Impetus und in Auseinandersetzung mit dem »linken Radikalismus« sowohl die internationale Dimension wie auch die Permanenz der russischen Revolution betont: »Jetzt liegt uns bereits eine recht beträchtliche internationale Erfahrung vor, die mit voller Bestimmtheit erkennen läßt, daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale

66 Ebenda. S. 27.

67 Ebenda. S. 30f.

68 Aus einer Rede W. I. Lenins auf dem VIII. Parteitag der KPR, die im 29. Band seiner »Werke« nicht enthalten ist. Hier zitiert nach der »Einführung« von Karl Radek in Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem 8. Parteikongreß (18.–23. März 1919). Zürich 1920. S. 29.

Bedeutung haben.« Das gelte nicht nur für ihre internationalen Auswirkungen, d. h. im »weiteren Sinne«, sondern auch im »engsten Sinne« des Wortes, »d. h., versteht man unter internationaler Bedeutung, daß das, was bei uns geschehen ist, internationale Geltung hat oder sich mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen wird, so muß man einigen Grundzügen unserer Revolution eine solche Bedeutung zuerkennen«. ⁶⁹ Lenin fügt aber sogleich hinzu, daß es ein Fehler wäre, diese Wahrheit zu übertreiben und auf mehr als einige Grundzüge auszudehnen.

Übrigens spielte bei der Ausarbeitung des ökonomischen Programms der KPR Nikolaj Bucharin als studierter Nationalökonom eine wesentliche Rolle. Wie Lenin erst 1917 aus der Emigration nach Rußland zurückkehrt, wurde er noch 1917 Mitglied des ZK, 1919 des fünfköpfigen Politbüros, Redakteur der Prawda und bald Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern. ⁷⁰ Bucharins frühe Arbeit »Imperialismus und Weltwirtschaft« lag auch Lenins Imperialismustheorie zugrunde. Bucharin betonte schon in seinem 1920 erschienenen Buch »Die Ökonomie der Übergangsperiode«, man müsse sich von dem Gedanken trennen, daß der Fortschritt der Produktivkräfte als eine unbedingte Voraussetzung für die neue Gesellschaftsordnung sofort, vom Anbeginn der sozialistischen Umwälzung, gegeben sein müsse: »Den Sozialismus muß man aufbauen. Die Existenz der sachlichen und personellen Ressourcen stellen nur den Ausgangspunkt der Entwicklung dar, die eine eigene und ganze große Epoche umfaßt.« In diesem Zusammenhang merkt Bucharin an, daß der Kapitalismus nicht aufgebaut wurde, sondern entstanden ist. »Insofern der Prozeß der Entstehung des Kapitalismus spontan war, so stellt der Prozeß des Aufbaus des Kommunismus in bedeutendem Maße einen bewußten, d. h. einen organisierten Prozeß dar [...] Deshalb wird die Epoche des kommunistischen Aufbaus unausweichlich eine Epoche der planmäßigen organisatorischen Arbeit sein.« ⁷¹

Bucharin nahm aktiven Anteil an allen Etappen der ökonomischen Politik der KPR – vom Kriegskommunismus über die NÖP bis zur Indu-

69 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 5.

70 Nikolaj Bucharin wurde schon 1929 von Stalin rechter Abweichungen bezichtigt und im zweiten Moskauer Schauprozeß (Prozeß gegen den antisowjetischen Block der Rechten und Trotzlisten) März 1938 zum Tode verurteilt.

71 N. I. Bucharin: *Èkonomika perechodnogo perioda*. Moskau 1920. S. 58 und 60.

strialisierung des Landes. Bucharin trat als entschiedener Verfechter der »Neuen Ökonomischen Politik« Lenins auf, die er »als grandiose, auf eine Reihe von Jahren berechnete strategische Operation des Proletariats an der Wirtschaftsfrent« bezeichnete,⁷² darauf berechnet, eine sozialistische Großindustrie bei zeitweiliger Stärkung von klein- und großbürgerlichen Wirtschaftsformen zu schaffen. Besonderes Augenmerk richtete Bucharin auf die Beziehungen zur Bauernschaft, wobei er gegen Auffassungen – u. a. von Sinowjew und Preobraschenski – über die sozialistische »ursprünglichen Akkumulation« des Kapitals polemisierte, was wohl auf die Unterschätzung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Bauernschaft hinauslief.

»Die Ursachen des ›neuen Kurses‹ – argumentierte Bucharin in einer speziellen Schrift zur NÖP – liegen tief in der Sphäre unserer Ökonomie begründet und traten nach außen als ungewöhnlich scharfe sozialpolitische Krise im Frühjahr 1921 in Erscheinung. Unsere Wirtschaftspolitik in der Epoche des sogenannten ›Kriegskommunismus‹ konnte der Sache nach keine Politik sein, die auf die Entwicklung der Produktivkräfte gerichtet war. Die ›Stoßaufgabe‹ und damit alles umfassende Aufgabe war die Aufgabe der roten Verteidigung des Landes. [...] Nicht produzieren, sondern aneignen; aneignen, um die Rote Armee, um die Arbeiter der Rüstungsfabriken usw. in kürzester Frist zu versorgen. Das, und nur das, stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.« Dabei habe sich der Plan zur Entwicklung der Produktion und einer gerechten Verteilung in einen Plan des ökonomischen Verbrauchs bei dagegen zweitrangiger Bedeutung der Produktion verwandelt, was sich besonders nachteilig auf die Landwirtschaft auswirkte.

Bei dem Verteilungs- und Requisitionssystem entstand ein Konflikt zwischen der staatlichen Politik und den Interessen individuell wirtschaftender Bauern, der sich nach Beendigung des Bürgerkriegs ungemein verschärfte. »Die Krise der Landwirtschaft mußte sich verschärfen und sie verschärfte sich tatsächlich. Und weil bei uns die Basis der Industrie die Landwirtschaft ist, mußte das im großen und ganzen zur Verschärfung einer *Krise der Volkswirtschaft überhaupt* führen.« Daraus resultierte, daß »der grundlegende Widerspruch der ganzen Revolution – der

72 N. I. Bucharin: *Novyj kurs ékonomičeskoj politiki*. In: N. I. Bucharin: *Izbrannye proizvedenija*. Moskau 1988. S. 29.

Entwicklungsprozeß zum Kommunismus bei dem kleinbürgerlichen Charakter des Landes – in eine scharfe *soziale Krise* hinüberwuchs«. ⁷³

Bucharin folgte den von Lenin vorgedachten Orientierungen in der Agrarfrage und der Bündnispolitik gegenüber der Bauernschaft. Auf dem VIII. Parteitag der KPR hatte Lenin die bisherige Politik gegenüber der Bauernschaft resümiert und die künftige Haltung gegenüber den Mittelbauern bestimmt: »Im Oktober 1917 ergriffen wir die Macht *zusammen mit der Bauernschaft als Ganzem*. Das war eine bürgerliche Revolution, insofern sich der Klassenkampf auf dem Lande noch nicht entfaltet hatte. Wie ich schon sagte, begann erst im Sommer 1918 die wirkliche proletarische Revolution im Dorf.« Die zweite Etappe beinhaltete »das Aussondern der proletarischen und halbproletarischen Elemente im Dorf, ihr Zusammenschluß mit dem städtischen Proletariat zum Kampf gegen die Bourgeoisie im Dorf«. ⁷⁴ Da diese Etappe ebenfalls weitgehend abgeschlossen sei, könnten die dafür geschaffenen »Komitees der Dorfarmut« nunmehr durch gewählte Dorfsowjets als Organe der proletarischen Macht ersetzt werden und es müsse die Stellung zur Mittelbauernschaft neu bestimmt werden. Dabei sei es vom ökonomischen Standpunkt völlig klar, daß man den Mittelbauern helfen müsse; politisch sei mit Gewalt nichts auszurichten. »Zu dieser Frage müssen wir sagen, daß wir die Kommunen fördern, aber sie müssen so eingerichtet sein, *daß sie das Vertrauen der Bauern gewinnen*. Bis dahin aber sind wir Schüler der Bauern und nicht ihre Lehrer. [...] *Es gibt nichts Dümmeres, als an Gewalt auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen des Mittelbauern auch nur zu denken*.« ⁷⁵ Man müsse lernen, wie die Beziehungen zu den Mittelbauern richtig zu regeln seien. Ein Bündnis mit ihnen beim sozialistischen Aufbau, das war Lenins Konzeption in dieser dritten Etappe. Gewaltanwendung gegenüber den Bauern bei der späteren Kollektivierung, die unsägliche Opfer kostete – das war der Sündenfall des Stalinismus in der Agrarfrage.

Übrigens muß man anmerken, daß im Programmtext des VIII. Parteitags mehr von den Schritten zur Organisation einer sozialistischen Landwirtschaft (Großbetriebe, Sowchosen, Genossenschaften) die Rede

73 Ebenda. S. 25 und 26.

74 W. I. Lenin: Bericht über die Arbeit auf dem Lande. 23. März 1919. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 19. S. 189.

75 Ebenda. S. 196ff.

ist, als vom Bündnis mit den Mittelbauern. Auch im Kommentar Radeks erscheint die Agrarfrage eher unter dem Aspekt der Entwicklung der Großindustrie denn als Frage des politischen Bündnisses. Die Großindustrie – so Radek – stelle den Ausgangspunkt sowohl der gesamten technischen Entwicklung als auch die Basis der kommunistischen Gesellschaft dar, wofür man die Warenmenge – »mit welchen Mitteln auch immer« – erhöhen müsse. »Weil die zusätzliche Menge an Produkten, die in unsere Großindustrie fließen muß, von außen kommen muß, nicht aus dem Bereich der Großindustrie selbst, die sich in den Händen des Arbeiterstaates befindet, sondern aus anderen Quellen, so teuer uns diese Quellen auch zu stehen kommen.« Dabei hatte er die Bauernwirtschaften, Pachten, Konzessionen und den Außenhandel im Auge. »Ohne verstärktes Wachstum der kleinbürgerlichen Bauernwirtschaften werden wir nicht auskommen. Im Gegenteil, ihr Aufschwung ist die notwendige Bedingung für das Wachstum unserer Großindustrie.«⁷⁶ Nicht zufällig behandelt Bucharin im Anschluß daran die Rolle des Staatskapitalismus im System der Diktatur des Proletariats.⁷⁷

* * *

Insgesamt gingen die Bolschewiki bei ihren theoretischen und politischen Überlegungen – berechtigt oder nicht – vom Prozeß der Weltrevolution sowie von der »Permanenz« der Revolution aus, wobei zwischen Lenin und Trotzki manche Gemeinsamkeiten dominierten, aber auch Unterschiede bestanden.

Während Lenin »Permanenz der Revolution« vorrangig als die innenpolitisch fortschreitende Vertiefung von demokratischer und sozialistischer Revolution verstand, die freilich nach außen überspringen und zunehmend internationale Wirkungen entfalten sollte, sah Trotzki in der »Permanenz der Revolution« vor allem einen direkten Zusammenhang von innerem und äußerem revolutionären Prozeß, in welchem die Revolution – unter günstigen Bedingungen – auch nach außen getragen werden könne. Obwohl uns längst noch nicht alles einschlägige Material

76 N. I. Bucharin: *Novyj kurs èkonomičeskoj politiki*. In: N. I. Bucharin: *Izbrannye proizvedenija*. Moskau 1988. S. 27.

77 Ebenda. S. 31f.

über Trotzki zur Verfügung steht, so liegen inzwischen doch mehrere Publikationen vor, die begründete Aussagen und Wertungen ermöglichen.⁷⁸

Außer seiner frühen Autobiographie wurden auch einige Arbeiten von Trotzki direkt zur russischen Revolution veröffentlicht.⁷⁹ Da es hier nicht darum gehen kann, die Rolle Trotzkis und seine Revolutionskonzeption insgesamt zu beleuchten, beschränken wir uns auf die Wiedergabe seiner Sicht auf die »permanente Revolution«.

In der Einleitung zu seiner Schrift »Die permanente Revolution« definiert Trotzki ihren Inhalt selbst: »Erstens umfaßt sie das Problem des Übergangs der demokratischen Revolution in die sozialistische. Dies ist eigentlich die historische Entstehung der Theorie. [...] Der zweite Aspekt der »permanenten« Theorie charakterisiert bereits die sozialistische Revolution als solche. Während einer unbestimmt langen Zeit und im ständigen inneren Kampfe werden alle sozialen Beziehungen umgestaltet. [...] Der internationale Charakter der sozialistischen Revolution, der den dritten Aspekt der Theorie der permanenten Revolution bildet, ergibt sich aus dem heutigen Zustande der Ökonomik und der sozialen Struktur der Menschheit. [...] Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden. Sie kann aber nicht auf diesem Boden vollendet werden. Die Aufrechterhaltung der proletarischen Revolution in nationalem Rahmen kann nur ein provisorischer Zustand sein.«⁸⁰ Im Falle einer isolierten proletarischen Diktatur wüchsen die inneren und äußeren Widersprüche zusammen mit ihren Erfolgen, weshalb der sozialistische Staat schließlich zum Opfer dieser Widersprüche werden müsse. »Der Ausweg besteht für ihn nur in dem Siege des Proletariats der fortgeschrittenen Länder. Von diesem Standpunkte aus gesehen, ist eine nationale Revolution kein in sich selbst verankertes Ganzes; sie ist nur ein Glied einer internationalen Kette. Die internationale Revolution stellt einen permanenten Prozeß dar, trotz aller zeitlichen Auf- und Abstiege.«⁸¹

78 Siehe Isaac Deutscher: Trotzki. I. Der bewaffnete Prophet (1879–1921). Stuttgart 1962. – Isaac Deutscher: Der unbewaffnete Prophet (1921–1929). Stuttgart 1962. – Wolfgang Weber: Leo Trotzki und die Oktoberrevolution. Essen 1991.

79 Siehe Leo Trotzki: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Berlin 1930. – Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990. – Leo Trotzki: Die permanente Revolution. Frankfurt am Main 1969.

80 Leo Trotzki: Die permanente Revolution. Frankfurt am Main 1969. S. 27ff.

81 Ebenda. S. 29.

Trotzki polemisiert gegen die »Epigonen«, wozu er vor allem Radek, Bucharin und Stalin zählt, weil sie mechanisch die demokratische von der sozialistischen Revolution und die nationale von der internationalen Revolution trennen. »Die Eroberung der Macht in nationalem Rahmen betrachten sie im wesentlichen nicht als den Anfangsakt, sondern als den Schlußakt der Revolution: danach folgt die *Periode der Reformen*, die zur nationalen sozialistischen Gesellschaft führt.«⁸² Was aber, wenn die weltweite Konstellation der Klassenkräfte den Fortgang einer internationalen Revolution für lange Zeit unterbricht oder sogar verhindert, wie das nach dem ersten Weltkrieg der Fall war?

Und hinsichtlich des Zusammenhangs von demokratischer und sozialistischer Revolution vertritt Trotzki den Standpunkt, daß erstere keine revolutionär-demokratische Diktatur hervorbringe, weil sie entweder mit der bürgerlichen Herrschaft oder mit der Diktatur des Proletariats enden müsse. Angesichts der unterschiedlichen sozialen Basis, der politischen Formen und der unmittelbaren Aufgaben müsse die Diktatur des Proletariats in verschiedenen kapitalistischen Ländern einen sehr verschiedenen Charakter haben, aber die Volksmassen zum Sieg über »den Block der Imperialisten, Feudalen und nationalen Bourgeoisie« zu führen, »vermag nur die revolutionäre Hegemonie des Proletariats, die sich nach der Machteroberung in die Diktatur des Proletariats verwandelt«.⁸³

Trotzki enthebt uns der Aufgabe, seine Sicht auf die »permanente Revolution« verallgemeinern zu müssen, da er das am Schluß seiner Arbeit selbst tut.

Unter der Überschrift »Was ist nun die permanente Revolution«, formuliert er 14 »Grundsätze«, die nachfolgend verkürzt wiedergegeben werden:⁸⁴

1. Der Verlauf des Klassenkampfes hat die Theorie der permanenten Revolution »in eine Frage nach Charakter, inneren Zusammenhängen und Methoden der internationalen Revolution überhaupt umgewandelt«.

2. Bezüglich der Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, vor allem der kolonialen Länder, besagt die Theorie der permanenten Revolution, »daß die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist

82 Ebenda.

83 Ebenda. S. 128.

84 Siehe ebenda. S. 148–154. – Wörtlicher Text Trotzki's wird in Anführungszeichen zitiert; verkürzte inhaltliche Wiedergabe erfolgt ohne Anführungszeichen.

mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernschaft«.

3. Die Agrarfrage wie die nationale Frage weisen der Bauernschaft, »die in den zurückgebliebenen Ländern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, einen außerordentlichen Platz in der demokratischen Revolution an. Ohne ein Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft können die Aufgaben der demokratischen Revolution nicht nur nicht gelöst werden, sondern auch nicht ernstlich gestellt werden.« Das Bündnis der beiden Klassen kann aber nur im Kampf gegen die nationalliberale Bourgeoisie verwirklicht werden.

4. Bei aller Verschiedenheit der Revolutionsetappen in den einzelnen Ländern, »ist die Verwirklichung des revolutionären Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft nur denkbar unter der politischen Führung der proletarischen Avantgarde, die in der Kommunistischen Partei organisiert ist. Dies wiederum bedeutet, daß der Sieg der demokratischen Revolution nur durch die Diktatur des Proletariats denkbar ist, das sich auf das Bündnis mit der Bauernschaft stützt und in erster Linie die Aufgaben der demokratischen Revolution löst«.

5. Die alte Parole des Bolschewismus »demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft« habe das obige Verhältnis von Proletariat, Bauernschaft und liberaler Bourgeoisie zum Ausdruck gebracht, ohne die konkreten Beziehungen zwischen ihnen zu bestimmen. Inzwischen habe die Erfahrung gezeigt, »daß die Rolle der Bauernschaft, so groß sie auch sein mag, weder selbständig noch führend sein kann. Der Bauer geht entweder mit dem Arbeiter oder mit dem Bourgeois. Das bedeutet, daß die »demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft« nur als *Diktatur des Proletariats, das die Bauernmassen führt*, denkbar ist.«

6. »Eine demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft als Regime, das sich nach seinem Klasseninhalt von der Diktatur des Proletariats unterscheidet, könnte nur in dem Falle verwirklicht werden, wenn die Verwirklichung einer *selbständigen* revolutionären Partei als Ausdruck der Interessen der Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Demokratie überhaupt denkbar wäre, d. h. einer Partei, die mit Unterstützung des Proletariats fähig wäre, die Macht zu erobern und ihr revolutionäres Programm zu bestimmen.«

Die Erfahrung lehre aber, daß die Unselbständigkeit der Kleinbourgeoisie, ihre tiefgehende innere Differenzierung dafür ein unüberwindbares Hindernis darstellt. »Zwischen der Kerenskiade und der bolschewisti-

schen Macht, zwischen der Kuomintang und der Diktatur des Proletariats gibt es keine Zwischenstufe und kann es keine geben, d. h. es gibt keine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern.«

7. »Das Bestreben der Komintern, den Ländern des Ostens heute die von der Geschichte längst und endgültig überholte Lösung der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft aufzuzwingen, kann nur eine reaktionäre Wirkung haben.« Wenn sie der Diktatur des Proletariats entgegen gestellt werde, führe sie politisch zur Auflösung des Proletariats in den kleinbürgerlichen Massen und begünstige damit die Hegemonie der nationalen Bourgeoisie. »Die Aufnahme dieser Lösung in das Programm der Komintern ist ein direkter Verrat am Marxismus und an den Oktobertraditionen des Bolschewismus.«

8. »Die Diktatur des Proletariats, das als Führer der demokratischen Revolution zur Herrschaft gelangt ist, wird unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind.« Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur permanenten Revolution.

9. »Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstabe denkbar. Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichts kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen führen, d. h. im Inneren zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution«, unabhängig davon, ob es sich um ein rückständiges oder »altes« kapitalistisches Land mit demokratischer und parlamentarischer Tradition handelt.

10. Der Abschluß einer sozialistischen Revolution sei im nationalen Rahmen undenkbar. »Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution«; sie könne ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Sieg der neuen Gesellschaft auf unserem Planeten finden.

11. »Das angeführte Schema der Entwicklung der Weltrevolution beseitigt die Frage nach den Ländern, die für den Sozialismus ›reif‹ oder ›nicht reif‹ sind. [...] Insofern der Kapitalismus einen Weltmarkt geschaffen hat, [...] hat er zugleich die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit

für die sozialistische Umwälzung vorbereitet.« In einem zurückgebliebenen Land aber, in dem das Proletariat weder die Bauernschaft um sich sammeln, noch die Macht ergreifen könne, könnte es auch die demokratische Umwälzung nicht zu Ende führen. Wenn das Proletariat im Ergebnis der demokratischen Revolution aber die Macht ergriffen habe, hänge das weitere Schicksal der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus nicht so sehr von den nationalen Produktivkräften, sondern von der Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution ab.

12. »Die Theorie des Sozialismus in einem Lande, die auf der Hefe der Reaktion gegen den Oktober hochgegangen ist, ist die einzige Theorie, die folgerichtig und restlos im Gegensatz steht zu der Theorie der permanenten Revolution. [...] Der Bruch mit der internationalen Position führt stets und unvermeidlich zum nationalen Messianismus, d. h. dazu, dem eigenen Lande besondere Vorzüge und Eigenschaften zuzusprechen, die es ihm erlauben, eine Mission zu erfüllen, die den anderen Ländern versagt ist.« Die weltweite Arbeitsteilung und gegenseitige ökonomische Abhängigkeit würde es keinem Land möglich machen, eine selbständige nationale sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

13. »Die Theorie von Stalin und Bucharin bringt nicht nur der ganzen Erfahrung der russischen Revolution zuwider die demokratische Revolution mechanisch in Gegensatz zu der sozialistischen Revolution, sondern sie trennt auch die nationale Revolution von der internationalen.«

In der Sicht der »Epigonen« bedeute die eroberte proletarische Macht schon die Vollendung der Revolution und den Beginn der »Epoche der Reformen«. »Durch die Theorie des Nationalsozialismus wird die Kommunistische Internationale zu einem Werkzeug degradiert, das nur für den Kampf gegen die militärische Intervention von Nutzen ist.«

14. »Das von Bucharin geschaffene Programm der Kommunistischen Internationale ist durch und durch eklektisch. Es macht den hoffnungslosen Versuch, die Theorie des Sozialismus in einem Lande mit dem marxistischen Internationalismus, der von dem permanenten Charakter der Weltrevolution untrennbar ist, zu versöhnen. [...] Die Frage des Programms wiederum ist nicht zu trennen von der Frage der zwei einander ausschließenden Theorien der permanenten Revolution und des Sozialismus in einem Lande.«

Es geht uns hier nicht um die Diskussion über Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, die sich in der Praxis nicht realisierte, sondern

darum zu belegen, daß Trotzki in Erwartung der Weltrevolution die Funktion der demokratischen Revolution minimierte und damit die für die Bündnispolitik wichtige Frage nach den Stufen des Heranführens möglicher Verbündeter an die Revolution geringschätzte. Insgesamt spielen in Trotzki's Theorie der permanenten Revolution die *internationalen Aspekte* der sozialistischen Revolution gegenüber den inneren Aspekten der Vertiefung des revolutionären Prozesses eine zentrale Rolle, wobei das – nach Hobsbawm – »kurze 20. Jahrhundert« diese Hoffnungen nicht rechtfertigte. An sich war es beim gegebenen weltweiten Kräfteverhältnis von den Interventionskriegen bis zum faschistischen Aggressionskrieg gegen das Sowjetland und der Systemkonfrontation in der Nachkriegsperiode eher verwunderlich, daß sich die Sowjetunion über 72 Jahre halten konnte, freilich um den Preis politischer Restriktionen nach außen und diktatorischer Repressionen nach innen, was zunehmende Deformationen und schließlich die Implosion des sozialistischen Systems nach sich zog.

Der Stalinismus fand auf dem Boden sowohl autokratischer und etatistischer Traditionen des russischen Zarismus negativen Nährboden, wie er auch durch den ständigen äußeren Druck des internationalen Imperialismus begünstigt wurde. Das rechtfertigt freilich nicht die Terrormethoden Stalins in den eigenen Reihen und die Willkür gegenüber dem eigenen Volk; der Historiker aber sollte wissen, daß das Repressionsregime Stalins auch deshalb möglich wurde, weil angesichts der sozialstrukturellen Rückständigkeit des Landes zwischen der Selbstherrschaft des Zaren und der Alleinherrschaft des Generalsekretärs keine Etappe bürgerlicher Demokratie, keinerlei Tradition demokratischer politischer Kultur lag.

* * *

Bleibt abschließend ein Wort zu Stalins Politik des »Aufbaus des Sozialismus in einem Lande«, ohne damit eine generelle Wertung des stalinistischen Regimes zu beabsichtigen. Als am Ende der revolutionären Nachkriegskrise deutlich wurde, daß es vorerst keine Ausbreitung der Revolution über die Grenzen der Sowjetunion hinaus geben würde, beschlossen die XIV. Parteikonferenz im April 1925 und der XIV. Parteitag der KPR(B) im Dezember 1925 den Kurs auf den sozialistischen Aufbau im eigenen Lande, der mit einer planmäßigen Industrialisierung begann.

Stalin berief sich darauf, daß die Idee der »permanenten Revolution« nicht neu sei, daß Marx schon 1850 in der »Ansprache an den Bund der Kommunisten« über die Permanenz der Revolution nach innen und außen gesprochen habe und Lenin bereits im August 1915 davon ausgegangen sei, daß die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus den Sieg des Sozialismus in einigen oder sogar nur in einem einzelnen Lande möglich mache. Dennoch ist offensichtlich, daß diese Auseinandersetzung, die Stalin mit großer Schärfe gegen Radek und Bucharin, gegen Trotzki und Sinowjew führte, mit dem Ende der historischen Chance zusammenhängend, die Oktoberrevolution in eine internationale Revolution zu verwandeln. Deshalb formulierte Stalin in der Schrift »Über die Grundlagen des Leninismus«: »Früher hielt man den Sieg der Revolution in *einem* Lande für unmöglich, da man annahm, daß zum Siege über die Bourgeoisie eine gemeinsame Aktion der Proletarier aller fortgeschrittenen Länder oder jedenfalls der Mehrzahl dieser Länder erforderlich sei. Jetzt entspricht dieser Standpunkt nicht mehr der Wirklichkeit. Jetzt muß man von der Möglichkeit eines solchen Sieges ausgehen, denn der ungleichmäßige und sprunghafte Charakter der Entwicklung der verschiedenen kapitalistischen Länder unter den Verhältnissen des Imperialismus, die Entwicklung der katastrophalen Widersprüche innerhalb des Imperialismus, die unausweichlich zu Kriegen führen, das Anwachsen der revolutionären Bewegung in allen Ländern – alles das macht den Sieg des Proletariats in einzelnen Ländern nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Die Geschichte der Revolution in Rußland ist ein direkter Beweis dafür.«⁸⁵

Das war die theoretische Begründung für die praktisch nach außen isolierte und nach innen repressive Politik Stalins.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, Ergebnisse und Folgen des sozialistischen Aufbaus mit Methoden der zentralen Planung und des administrativen Zwangs nachzuzeichnen, die Sowjetrußland einerseits zu einer großen Industriemacht aufsteigen ließen und dies andererseits mit ungeheuren Verlusten und Opfern erkaufte. Auch die notwendige Kritik und politische Abgrenzung von den diktatorischen und terroristischen Herrschaftsmethoden des Stalinismus ist hier nicht unser Gegenstand. Wir wollten einen Blick in die Welt der Gedanken und Positionen verantwortlicher Politiker des Sowjetlandes über die Wege zum Sozialismus tun,

85 J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus. In: J. W. Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947. S. 37f.

wobei die Arbeiten Lenins, an denen eine Sozialismusanalyse auch heute auf Dauer nicht vorbeikommt, die zentrale Rolle spielen.

Am Ende bleibt die Frage, ob die sowjetische »Entwicklungsdiktatur« realen Sozialismus verkörperte, oder ob die Deformationen und schließliche Implosion dieses Systems dessen sozialistischen Charakter generell preisgaben. Freilich gibt es in allen Gesellschaftsformationen, einschließlich der kapitalistischen, sehr differenzierte Strukturen des gesellschaftlichen Systems: von bürgerlich-parlamentarischen bis zu absolutistisch-diktatorischen Regimes, die sich mit fortschreitender Entwicklung auch wandeln können. Das trifft gerade auch auf Gesellschaften des Ostens zu, die den »Marsch in die Moderne« von rückständigen Ausgangsbedingungen und unter äußerem Druck in Angriff nehmen. Nicht nur China, auch andere Länder des asiatischen Kontinents, sogenannte Tigerstaaten, sind dafür aktuelles Zeugnis.

Entscheidend für den Charakter einer Gesellschaft sind ihre innere Struktur, ihre ökonomischen Eigentums- und politischen Machtverhältnisse. Das spricht dafür, die sowjetische Gesellschaft für eine zwar deformierte, aber grundsätzlich für eine sozialistische Gesellschaft zu halten, die ökonomisch wesentliche Züge des »Staatskapitalismus« bzw. »Staatssozialismus« aufwies und politisch an eine bonapartistische Diktatur der etatistischen Nomenklatura über werktätige Klassen und Schichten gemahnt. In dieser Hinsicht wurde sie von traditionellen Charakterzügen der »asiatischen Produktionsweise« des Ostens mitgeprägt, die sich durch »etatistisches« Eigentum des Staates bzw. Herrschers am Boden, an Rohstoffen und wichtigen Unternehmen sowie durch die zeitweilige Belehnung einer Klasse von »Dienstleuten« auszeichnete, die dem absoluten Herrscher untertan war. Das Verhältnis von »Führer« und »Nomenklatura« im Sowjetsystem weist bestimmte Machtradiationen, historische Analogien zum Verhältnis von »Zar« und »Dienstadel« auf. Insofern kennzeichnet der in Umlauf gekommene Begriff des »Staatssozialismus« durchaus einen realen Sachverhalt.⁸⁶

86 Siehe dazu Michael Brie: Der sowjetische Staatsparteisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Bd. 6: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus. Leipzig 2004. S. 197–233. – Ernstgert Kalbe: Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung in Osteuropa. Nachdenken über die Oktoberrevolution. In: Die russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Leipzig 1998. S. 23–34.

HORST SCHÜTZLER

Die Russische Revolution von 1917 in der russischen Historiographie heute

Dieser Einblick in die Historiographie Rußlands zur Russischen Revolution vor 90 Jahren knüpft an entsprechende Beiträge des Verfassers, darunter auch in »Osteuropa in Tradition und Wandel«, anlässlich des 80. Jahrestages dieser Revolution an.¹

Überblicke ich das nachfolgende Jahrzehnt, so erscheinen mir die damals getroffenen Feststellungen als Ausgangspunkte heute noch weitgehend zutreffend zu sein: Der Paradigmenwechsel vom Formations- zum Zivilisationsansatz ist vollzogen, wobei der Aspekt der Eigenständigkeit Rußlands Gewichtung erhielt. Ein Pluralismus in den Meinungen, Wertungen und Methoden hat sich ausgeprägt, in dem das Totalitarismuskonzept wesentliches Denkmuster ist. Die Hinwendung zur Historiographie des westlichen Auslands mit der Aufnahme ihrer Ergebnisse, der Teilnahme an Projekten und Konferenzen ist präsent. Die »Entdekung« der Emigration mit ihren Persönlichkeiten und Leistungen ist er-

1 Horst Schützler: Die Revolution von 1917 im Paradigmenwechsel der Historiographie Rußlands. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Herausgegeben, eingeleitet, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 155ff. – Horst Schützler: Die Russische Revolution 1917 und ihre Historiographie im heutigen Rußland. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 29. Bonn 1997. S. 222ff. – Horst Schützler: Die Russische Revolution 1917: Zeitgenössische Sichten und Aspekte der heutigen Historiographie in Rußland. In: Die Revolutionen von 1917/1918 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Schriftenreihe. Heft 20. Jena 1997. S. 69ff. – Horst Schützler: Die Russische Revolution von 1917 in der Historiographie Rußlands. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Heft 5: Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen – Grenzen – Irrwege. Leipzig 1998. S. 95ff. – Horst Schützler: Sie über sich. Ansichten in Rußland über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 6. Leipzig 2004. S. 105ff.

folgt, das »Rossijskoje sarubeshje«, das »Rußländische Ausland«, wurde als Teil der vaterländischen Geschichte – meines Erachtens hypertrophiert – erfaßt. Die Beschäftigung mit hervorragenden Akteuren der Geschichte hält an, doch auch das Alltagsleben der »kleinen Leute« kommt in den Blick. Geblieben ist die konjunkturelle und politische – oft diskriminierende – Ausdeutung geschichtlicher Ereignisse und Personen, besonders in der historisierenden Publizistik und den Massenmedien. Dementsprechende Publikationen erreichen zumeist eine beträchtliche Auflagenhöhe, während beachtenswerte, solide historische Arbeiten minimale Auflagen – nicht selten unter 1.000 Exemplaren – haben und damit in ihrer direkten Wirkung über den engen Fachbereich kaum hingedrungen.

Aus meiner Einsicht in die Historiographie Rußlands ergibt sich der Eindruck, daß die Beschäftigung mit der Russischen Revolution von 1917 in den letzten zehn Jahren erheblich zurückgegangen ist. Sie interessiert sowohl in wissenschaftlicher als auch politischer Hinsicht nicht mehr in besonderer Weise, was eine gewisse Hinwendung bei Jubiläen nicht ausschließt. Das findet seinen Ausdruck auch darin, daß in diesen Jahren kein umfassendes, großes Werk zur Gesamtgeschichte der Russischen Revolution von 1917 erarbeitet wurde.

Doch ungeachtet dessen sollten sich diejenigen, die sich dieser Revolution, insbesondere der Oktoberrevolution, verbunden fühlen, mit ihr beschäftigen und ihr Andenken wahren. Dazu gehört die Kenntnisnahme dessen, was andere über diese Revolution, ihre Wirkungen und über ihre Bedeutung denken, sagen und schreiben. Das schließt Zustimmung und Übereinstimmung, aber auch Widerspruch, Auseinandersetzung und Ablehnung ein.

Ich darf zur Kenntnisnahme und zum Nachdenken Meinungen und Stellungnahmen anführen.²

2 Ich bin dabei auch auf Aussagen und Zusammenfassungen von Rezensenten und Berichterstattern angewiesen, da mir nicht alle entsprechenden Bücher zur Verfügung standen.

JUBILÄUMSKONFERENZEN, DOKUMENTE UND SICHTEN AUF DIE REVOLUTION

Das Andenken der Oktoberrevolution zu wahren, war jüngst das berechtigte Anliegen einer Gruppe linksorientierter, dem Marxismus verbundener namhafter Wissenschaftler – 16 Historiker, Ökonomen, Philosophen, Kulturwissenschaftler – und des Dramaturgen Michail F. Schatrow.

Sie wandten sich, trotz unterschiedlicher Auffassungen über das Wesen der sowjetischen Gesellschaftsordnung, gemeinsam über die Wochenzeitung »Moskovskije nowosti« Anfang Juni 2007 an die Öffentlichkeit Rußlands mit dem Aufruf, dem Volk seinen »revolutionären Feiertag« und »die Wahrheit über den Oktober« zurückzugeben.³ Sie begründeten ihre Forderung mit ihrem Verständnis der Oktoberrevolution. Diese war nach ihrer Auffassung keine Verschwörung, sondern eine soziale und politische Revolution von bleibender nationaler und weltgeschichtlicher Bedeutung, ungeachtet der nachfolgenden vielen Fehlentwicklungen. Sie dürfe nicht fehlgedeutet und verleumdet werden, auf sie müsse Rußland stolz sein. Die Reaktion auf diesen Aufruf ist mir derzeit nicht bekannt; meine: weitgehende Zustimmung.

In dieser »linken« Würdigung im Jubiläumsjahr ist von der »Oktoberrevolution« die Rede, nicht mehr von der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«. Dieser Verzicht ist generell und nicht nur dem Sprachgebrauch, sondern den damit verbundenen Inhalten geschuldet.

Dieser »linken« Würdigung steht die Herabsetzung und Verurteilung der Oktoberrevolution durch Alexander Solshenizyn, wie er sie jüngst in einem »Spiegel«-Gespräch zum Ausdruck brachte, diametral entgegen. Hier erklärte er: »Die sogenannte Oktober-Revolution – das ist ein Mythos, den sich die Bolschewiki nach ihrem Sieg zurechtgelegt haben und den sich der auf den Fortschritt fixierte Westen völlig zu eigen gemacht

3 Siehe »Moskovskie novosti« vom 1.–7. Juni 2007 (die volle Übersetzung siehe in der Zeitung »junge Welt«, Berlin vom 23. August 2007). – Der »revolutionäre Feiertag«, der 7. November als Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, war unter Präsident Boris Jelzin offiziell zum »Tag der Eintracht und Versöhnung« umfunktioniert worden. Unter Präsident Wladimir Putin war an seine Stelle seit 2005 als nationaler Feiertag der 4. November als »Tag der nationalen Einheit« getreten. Zum Wirken postsowjetischer Marxisten in Rußland, zu denen auch Historiker gehören siehe Günter Mayer/Wolfgang Küttler: Postsowjetische Marxisten in Rußland. In: UTOPIE kreativ. Berlin (Juli/August 2007)201/202. S. 740–763.

hat. Am 25. Oktober 1917 gab es in Petrograd einen gewaltsamen Staatsstreich. Er war eher für einen Tag konzipiert, methodisch aber brillant vorbereitet. Und zwar von Leo Trotzki, denn Lenin mußte sich in jenen Tagen wegen Hochverratsbeschuldigungen versteckt halten. Was jetzt für die Russische Revolution von 1917 ausgegeben wird, war die Februar-Revolution. Ihre Ursachen lagen tatsächlich in den Verhältnissen, die im damaligen Rußland herrschten [...] Die Februar-Revolution hatte tiefe Wurzeln, [...] In erster Linie war das ein lang angestauter und gegenseitiger Hass der Bildungsschicht und der Machthaber. Er war es, der Kompromisse völlig unmöglich machte. Die Hauptverantwortung lastet natürlich auf dem Machtapparat. [...] Die Voraussetzungen für die Februar-Revolution ergaben sich aus dem damaligen russischen Regime. Daraus folgt allerdings nicht, daß Lenin eine zufällige Figur oder daß die finanzielle Beteiligung des deutschen Kaisers Wilhelm unwesentlich war. Am Oktober-Umsturz ist nichts, was mit der Natur Rußlands zu erklären wäre – im Gegenteil: Dieser Staatsstreich hat Rußland das Rückgrat gebrochen. Der deutlichste Beweis dafür ist der rote Terror – die Bereitschaft der Revolutionsführer, Rußland im eigenen Blut zu ersäufen.«⁴

Jubiläen waren in den zurückliegenden Jahrzehnten auch immer der Anlaß für große Jubiläumskonferenzen. Wie steht es damit?

Hier muß zur Wahrung der Kontinuität und Gesamtsicht zunächst der Blick auf einige Konferenzen gerichtet werden, die dem 80. Jahrestag gewidmet waren, aber in meiner damaligen Berichterstattung und Auswertung nicht mehr berücksichtigt wurden.

So fanden im Februar und im Oktober 1997 in Moskau mit internationaler Beteiligung wissenschaftliche Konferenzen zum Generalthema »Das Jahr 1917 im Schicksal Rußlands und der Welt. ... Von neuen Quellen zu neuen Sichten« zur Februar- bzw. Oktoberrevolution statt.⁵

Auf der Februarkonferenz wies der Sekretär der Abteilung Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Akademiemitglied A. A. Fursenko,

4 »Spiegel«-Gespräch: »Mit Blut geschrieben«. In: Der Spiegel. Hamburg (2007)30. S. 98.

5 Siehe 1917 god v sud'bach Rossii i mira. Fevral'skaja revoljucija: Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskau 1997. – 1917 god v sud'bach Rossii i mira. Oktjabr'skaja revoljucija: Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskau 1998. – Konferenzberichte siehe Otečestvennaja istorija. Moskau (1998)1. S. 206ff. – Ebenda. Moskau (1998)4. S. 206ff. – Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1998)3. S. 241f.

darauf hin, daß die Konferenz einem Ereignis gewidmet sei, dessen Lehren bis in die heutigen Tage äußerst wichtig seien. Vor 80 Jahren gelang der Versuch nicht, sich vom alten, despotischen Regime auf dem Wege der Demokratie zu lösen. Heute sei es wichtig, keine Aufgabe der Demokratie in der Weise zuzulassen, wie es Ende 1917 geschah. Akademiemitglied Pawel W. Wolobujew, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates »Geschichte der Revolutionen in Rußland« der Akademie, erklärte, daß es darauf ankomme, die falsche Position zu überwinden, nach der die Februarrevolution im Schatten der Oktoberrevolution stand. Er fand am Schluß der Konferenz keine Begründung, den einheitlichen revolutionären Prozeß strikt in besondere Etappen, die des Februars und des Oktobers zu teilen. Er sah es als wichtig an, die Arbeitsergebnisse in der Erforschung der Elite und Parteien mit der Untersuchung des sozialen Gewebes des revolutionären Prozesses zu vereinen.⁶

Hier können die Beiträge der Konferenz nicht im einzelnen thematisiert werden, doch hingewiesen sei auf den Beitrag des US-Historikers Hasagawa. Er fragte nach dem internationalen Konsens der Forscher zur Februarrevolution und kam zu der Feststellung, daß sich unter diesen hinsichtlich ihres Charakters Übereinstimmung – von Ausnahmen abgesehen – herausgebildet habe. Sie betrachten den Februar als eine echte Revolution, an der sich breite Schichten der Bevölkerung beteiligten und deren Gründe im zaristischen Regime lagen. Dies schließe jedoch unterschiedliches Herangehen an einzelne Aspekte der Februarrevolution nicht aus.⁷

Auf der Oktoberkonferenz wurde zunächst das Wirken von Pawel W. Wolobujew gewürdigt, der im September gestorben war.⁸ Dem folgten Beiträge, die ein weites Spektrum des revolutionären Geschehens erfaßten.⁹

Wladimir P. Buldakow ordnete in seinem Referat die Russische Revolution in die globalen Prozesse ein, die damals in der Welt vor sich gingen. Man könne und müsse sie in den Kontext des grandiosen Zu-

6 Siehe den Konferenzbericht in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1998)1. S. 206 und 209.

7 Siehe C. Chasegava: *Fevral'skaja revoljucija: Konsensus issledovatelej?* In: *1917 god v sud'bach Rossii i mira. Fevral'skaja revoljucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju*. Moskau 1997. S. 95–108.

8 Siehe den Nachruf in *Novaja i novejšaja istorija*. Moskau(1998)1. S. 252f.

9 Siehe *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1998)4. S. 206ff.

sammenpralls zwischen Modernisierung und Traditionalismus stellen, der das ganze XX. Jahrhundert prägte. Dabei müsse man die Elemente der spezifisch russischen »menschlichen« Reaktion auf die Imperative der Epoche herausheben. Den Gang und besonders die Folgen der Revolution könne man nicht erfassen, ohne zu analysieren, wie sich die Vorstellungen nicht nur über die Macht und den Staat, sondern auch über die Zeit, den Raum, die menschlichen Möglichkeiten und Erfordernisse veränderten. Das erfordere eine völlig neue Quellenbasis, die nicht nur das »Bewußtsein« sondern auch das spontane Unterbewußtsein der Zeit charakterisiere, obwohl es nötig sei, auch die »alten« Quellen auszuwerten.

Es sei gleich angemerkt: Buldakow fußte hier auf seinem Buch »Rote Wirren. Natur und Folgen revolutionärer Gewalt«. ¹⁰ Es war nach psychosozialen Parametern geschrieben, nicht für »schwache Nerven« gedacht und sollte wie eine historiographische »Bombe« wirken, um das Fundament traditioneller Interpretationen der Revolution zu erschüttern. So hieß es in einer Diskussion am »Runden Tisch« in der Zeitschrift »Vaterländische Geschichte«, in der neben Zustimmung vorwiegend Kritik und Ablehnung zu den Auffassungen und zum Herangehen des Verfassers geäußert wurden. ¹¹ Das kann hier nicht weiter verfolgt werden.

In der Oktoberkonferenz standen u. a. als weitere Themen die Dynamik von Revolution und Reformen, die Bedeutung der Fabrikkomitees in der Revolution, die Oktoberrevolution und die Geburt der ukrainischen Staatlichkeit, die Bauern und die Muselmanen in der Revolution zur Diskussion. Stanislaw W. Tjutjukin, der neue Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates der Akademie »Geschichte der Revolutionen in Rußland« wertete die Konferenz als gelungen, wenn auch längst nicht alle Beiträge prinzipiell Neues auf der Grundlage neuer Quellen erbracht hätten. Die Oktoberrevolution erfordere als vielschichtiges Objekt eine sorgfältige Arbeit mit den Quellen, eine gründliche Analyse der Tatsachen und keine voreiligen Verallgemeinerungen. Eine entsprechende Arbeitsweise erlaube dem Forscher, objektiver und unvoreingenommener in seinen Wertungen zu sein.

10 Vladimir P. Buldakov: Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revojucionnogo nasilija. Moskau 1997. – 1998 verteidigte Buldakow seine Doktordissertation »Ok-tjabr'skaja revoljucija. Socio-kul'turnoe izmerenie«.

11 Siehe »Krasnaja smuta« na »Kruglom stole«. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1998)4. S. 139–168.

Der Oktoberrevolution war auch eine Konferenz am 25. Dezember 1997 an der Historischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität gewidmet, die nur eine kleine Teilnehmerzahl hatte.¹² Auf einige Beiträge sei verwiesen. Akademiemitglied Juri S. Kukuschkin, lange Jahre Dekan dieser Fakultät, untersuchte die Rolle der Sowjets in der Geschichte Rußlands, insbesondere in revolutionärer Zeit. Er äußerte die Erwartung, daß eine Zeit kommen werde, in der erneuerte Sowjets als äußerst effektives Mittel des Kampfes um die lichten Ideale der Menschheit erneut gebraucht werden.¹³ M. E. Naidenow beschäftigte sich mit dem Charakter der Oktoberrevolution angesichts der Tendenz der letzten Jahre, deren sozialistischen Charakter zu verschweigen oder gänzlich zu negieren. Er verwies darauf, daß in der Hauptstadt und in der Peripherie die Arbeiter, aber auch die Soldaten und Matrosen die Revolution vollzogen. Die Armee und Flotte bestand hauptsächlich aus Bauern, von diesen waren mehr als 60 Prozent arme Bauern; so könne man feststellen, daß die Oktoberrevolution von den Proletariern der Städte und Dörfer verwirklicht wurde. Das war in der Geschichte der Menschheit die erste siegreiche proletarische Revolution. Der sozialistische Charakter der Oktoberrevolution zeige sich deutlich in den revolutionären Umgestaltungen der Sowjetmacht, die schon in den ersten Wochen ihrer Existenz erfolgten – der Einbruch in das Allerheiligste der bürgerlichen Gesellschaft, in die Institution des Privateigentums, die Nationalisierung der Banken, der privaten Eisenbahnen, der Handelsflotte, von Industrieunternehmen usw. Es begann sich ein sozialistischer Sektor zu formieren. Die Oktoberrevolution konnte, trotz ihres sozialistischen Charakters, nicht sofort in Rußland eine sozialistische Gesellschaft schaffen. Ihr Sieg manifestierte nur den Beginn der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.¹⁴ Diese Sicht Naidenows habe das Festhalten an alten, sterilen Auffassungen bedeutet. G. P. Opristschenko befaßte sich mit der Jugend in der Revolution. Er verdeutlichte die Verjüngung der Gesellschaft und den hohen Anteil junger Menschen in der revolutionären Bewegung, der auch in der Geschichtsschreibung zur Darstellung kam. Zugleich gäbe es große Unkenntnis religiöser und anderer Jugendorganisationen.¹⁵

12 Siehe den Bericht in *Vestnik Moskovskogo universiteta*. Serija 8: Istorija. Moskau (1998)5. S. 83–97.

13 Siehe ebenda. S. 83ff.

14 Siehe ebenda. S. 85f.

15 Siehe ebenda. S. 86f.

Walerija M. Selunskaja ging dem »Widerstreit ›alter‹ und ›neuer‹ Stereotype in der zeitgenössischen Historiographie zur Russischen Revolution 1917« nach. Dabei gehe es um die Schlüsselfrage, die Russische Revolution als historische Zäsur im Befreiungskampf der Menschheit von Unterdrückung zu würdigen oder als Verbrechen und Katastrophe zu verunglimpfen. Im historischen Gedächtnis von Millionen Bürgern Rußlands habe sich die Oktoberrevolution als tiefste antikapitalistische Revolution ausgeprägt. Jedoch die Massenmedien prangerten sie in Erfüllung eines sozialen Auftrags stündlich als »bolschewistisches Experiment, das das Land in die Katastrophe führte«, an. Dieses ideologische Klischee wurde der politischen Publizistik der Emigranten der ersten postrevolutionären Welle entlehnt, die vom Haß auf den Bolschewismus erfüllt waren. ... Jetzt kehre das kulturelle Erbe der Emigration, darunter die Schriften von Philosophen, Historikern und Politikern, in die Heimat zurück. Mit diesen Arbeiten müsse man wie mit historischen Dokumenten umgehen und sie im Kontext ihrer Zeit erfassen. Jedoch würden sie in der Publizistik und historiographischen Praxis immer breiter als ideologische Quellen ausgenutzt, die keinerlei kritischer Analyse unterliegen. Dabei würden aus dem Erbe des »rußländischen Auslands« ausschließlich negative Ideologeme ausgewählt. Die Tatsache der Dynamik des gesellschaftlichen Bewußtseins der russischen Emigration werde verschwiegen. Doch sei bekannt, daß im Verlaufe von zwei Jahrzehnten patriotische Stimmungen in der Emigrantensphäre ständig zunahmen. Das drückte sich auch aus in der Teilnahme russischer Emigranten am antifaschistischen Widerstandskampf in Europa.¹⁶

Eine Gesamtrussische wissenschaftlich-praktische Konferenz im November 1997 in Nischni Nowgorod rückte die »russische Provinz in den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges 1917–1922« in das Blickfeld.¹⁷ Das wurde in den folgenden Jahren erweitert und vertieft und mit Forderungen nach neuen Wertungen zum Jahr 1917 und zum Bürgerkrieg verbunden.¹⁸

16 Siehe ebenda. S. 88ff.

17 Siehe rossijskaja provincija v gody revolucij i graždanskoj vojny 1917–1922 gg. Materialy Vserossijskoj naučno-praktičeskoj konferencii 27–28 nojabrja 1997 g. Nischni Nowgorod 1998.

18 Siehe S. Bédkok (S. Badcock): Perepisyvaja istoriju rossijskoj revolucii: 1917 god v provincii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2007)4. S. 103–126. – Ljudmila G.

In den Nachtrag zum 80. Jahrestag gehört die Schrift von Roy A. Medwedjew »Die Russische Revolution des Jahres 1917: Sieg und Niederlage der Bolschewiki«. ¹⁹ Der Autor analysiert russische und ausländische Darstellungen der revolutionären Ereignisse, legt seine erklärenden Wertungen dar, insbesondere zum Verhalten der Bolschewiki in der Revolution, und erfaßt die Russische Revolution von 1917 als Prozeß, der nach seiner Meinung bis 1922, bis zur Bildung der UdSSR, reicht.

Dem 80. Jahrestag ist auch ein bedeutender Dokumentenband zuzuordnen: »Der Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten (25. bis 26. Oktober 1917). Sammlung von Dokumenten und Materialien«. ²⁰ Er gewährt nun authentischen Einblick in diesen dramatisch verlaufenden Kongreß, der die Sowjetmacht konstituierte, nachdem die erste, unvollkommene Ausgabe von 1928 bald unzugänglich wurde. Albert P. Nenarokow würdigte als Kenner der Materie und der Schwierigkeiten den glänzend gelungenen Band und die Leistung der Herausgeber. Er bedauerte nur die geringe Auflage von 1.000 Exemplaren. ²¹

Der Zweite Sowjetkongreß beschloß die Bildung einer provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung, provisorisch bis zur Wahl durch die konstituierende Versammlung, den »Rat der Volkskommissare«, dessen Sitzungsprotokolle für den Zeitraum November 1917 bis März 1918 im Jahre 2006 herausgegeben wurden. ²²

Das auf den 80. Jahrestag folgende Jahrzehnt war arm an Konferenzen, die der Revolution gewidmet waren.

Ende November 2003 gelang es, erstmalig im postsowjetischen Rußland, eine große wissenschaftliche Konferenz mit ca. 70 Teilnehmern aus vielen Institutionen Rußlands am Institut für Russische Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Moskau zum Thema »Politische Parteien in den russischen Revolutionen Anfang des XX. Jahrhunderts«

Novikova: Intervencija i Graždanskaja vojna na ruskom Severe: k pereocenke problemy. In: Ebenda.

19 Siehe Roy A. Medvedev: Russkaja revolucija 1917 goda: Popeda i poraženie Bolševikov (K 80-letiju Russkoj revoljucii 1917 goda). Moskau 1997.

20 Siehe Vtoroj Vserossijskij s'ezd Sovetov rabočich i soldatskich deputatov (25–26 oktjabrja 1917 g.) Sbornik dokumentov i materialov. Moskau 1997.

21 Siehe die Rezension in Otečestvennaja istorija. Moskau (1998)5. S. 203ff.

22 Siehe Protokoly zasedanij Soveta narodnych komissarov RSFSR. Nojabr' 1917 – Mart 1918 gg. Moskau 2006.

durchzuführen.²³ Akademiemitglied Grigori N. Sewostjanow, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates der Akademie zur Geschichte sozialer Reformen, Bewegungen und Revolutionen,²⁴ verwies bei Eröffnung der Konferenz darauf, daß beim Thema der Teilnahme politischer Parteien an den Revolutionen in den letzten Jahren ein Durchbruch erfolgt sei. Ein neues Herangehen auf der Basis früher unbekannter Dokumente erlaube eine tiefere und komplexere Analyse der Wechselwirkung zwischen den Führern der politischen Parteien und dem revolutionären Prozeß. Akademiemitglied Juri A. Poljakow erklärte, daß die Problematik des Oktober 1917 wahrlich global sei und in der Geschichtswissenschaft in ihrer Bedeutung nichts Vergleichbares habe. Kein anderes Ereignis rief solche Resonanz auf der ganzen Erde hervor und hatte solche Wirkungen in der ganzen Welt und teilte diese in zwei sich gegenüberstehende sozialpolitische Systeme. Der Oktober wurde nicht zum Anfang einer Weltrevolution, doch er bewirkte die soziale Evolution der Welt. Die Besonderheit der Revolutionen des XX. Jahrhunderts war es, daß an ihnen sehr verschiedene politische Parteien teilnahmen, die sie führten, die sich aber gleichzeitig erbittert bekämpften. Das gab dem revolutionären Prozeß völlig neue qualitative Gestalt.²⁵ Walentin W. Schelochajew umriß die Problematik des Themas und die bisher erbrachten Leistungen [dazu an anderer Stelle – H. S.]. Er wandte sich zudem in einem weiteren Beitrag der Konstitutionell-Demokratischen Partei, »Kadetten und die Revolutionen in Rußland«, zu. Er vertrat die ungewohnte Meinung, daß die Kadetten von der Notwendigkeit der politischen Revolution in Rußland überzeugt waren, die sie mit dazugehörigen sozialen Reformen verbanden. Aber sie waren gegen eine sozialistische Revolution, obwohl sie das Vorhandensein deutlicher Grenzen zwischen Demokratie, Liberalismus und Sozialismus nicht anerkannten und Möglichkeiten einer Konvergenz zwischen diesen sahen.²⁶ In den Referaten des Plenums und dreier Sektionen wurden übergreifende und spezielle Fragen behandelt. Die zweite Sektion war den »Politischen Parteien in der Periode der Oktoberrevolu-

23 Siehe Političeskie partii v rossijskich revoljucijach v načale XX. veka. Vserossijskaja naučnaja konferencija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2004). S. 199–203.

24 In diesen Rat ist offensichtlich vorher, das Datum konnte ich nicht ermitteln, der Wissenschaftliche Rat »Geschichte der Revolutionen in Rußland« aufgegangen.

25 Siehe Političeskie partii v rossijskich revoljucijach v načale XX. veka. Vserossijskaja naučnaja konferencija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2004). S. 199.

26 Siehe ebenda. S. 203.

tion und des Bürgerkrieges« gewidmet. Auf zwei Beiträge sei verwiesen. W. T. Loginow behandelte den »Machtantritt der Bolschewiki im Jahre 1917«. Er bemerkte, daß im Verlaufe vieler Jahrzehnte die russische Geschichtswissenschaft bestrebt war, im gesellschaftlichen Bewußtsein die Sicht zu festigen, daß die bolschewistische Partei die Große Sozialistische Oktoberrevolution organisierte und zum Sieg führte, obwohl dies der elementaren Wahrheit des Marxismus entgegenstand, daß Revolutionen nicht nach dem Willen einzelner Personen und nicht nach ihren Plänen entstehen. Die Spontaneität der Februar- und die angebliche »Organisiertheit« der Oktoberrevolution untergruben unausweichlich den einheitlichen revolutionären Prozeß, der von 1917 bis 1922 dauerte. Und dies brachte heute zwei Auffassungen hervor; die eine: die Revolution hätte in der Februar-Etappe verbleiben können; die andere: Die Bolschewiki stürzten das Land in die »roten Wirren« und das revolutionäre Chaos. Doch schon ganz zu Beginn seiner revolutionären Tätigkeit kam Lenin zu der Schlußfolgerung, daß angesichts der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Rußlands eine soziale Explosion hier unvermeidlich sei. Und gerade deshalb, weil das Niveau der politischen Kultur in der Masse des Volkes äußerst gering war, konnte eine solche Explosion in blutige Rache und äußerst gewalttätige Formen des russischen Aufruhrs, sinn- und schonungslos, ausarten. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung, die Fragen des Friedens, des Hungers und des Bodens zu lösen und die Versuche, eine Militärdiktatur zu errichten, riefen in den Massen einen solchen Sturm der Empörung und des Haßes hervor, der im beliebigen Moment zu einer unvermeidbaren Explosion führen konnte. Gerade eine solche Gefahr erfaßte Lenin deutlich, als er zur Macht strebte.²⁷ Nach Meinung von Oleg W. Wolobujew, der sich mit der Haltung der Menschewiki zum Oktober befaßte, war der Ausgang des revolutionären Prozesses im Jahre 1917 nicht eindeutig vorherbestimmt. Gerade in jener Zeit, als die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sich in Rechte, Zentristen und Linke spalteten, traten die Bolschewiki als einheitliche Kraft auf und siegten.²⁸

27 Siehe ebenda. S. 201f. – Loginow gehört wie der schon genannte Roy Medwedjew zu den Unterzeichnern der eingangs genannten Erklärung zur Oktoberrevolution in »Moskowskie nowosti«.

28 Siehe ebenda. S. 202.

Am 17. und 18. Oktober 2005 fand an der Moskauer Pädagogischen Staatlichen Universität eine Gesamtrussische wissenschaftliche Konferenz »Reformen und Revolutionen in Rußland: XIX.–XX. Jahrhundert« statt. Sie war dem 100jährigen Jubiläum der Ersten Revolution in Rußland gewidmet und bot mit Plenartagung, Sektionen und »Rundem Tisch« Gelegenheit zur Darstellung geschichtlicher Vorgänge und zum Meinungs austausch zu dieser weitgefaßten Thematik, die auch Februar- und Oktoberrevolution einschloß.

So – ich folge hier einem knappen Bericht²⁹ – kam E. M. Petrowitschewa nach der Analyse der Tätigkeit der örtlichen Selbstverwaltungsorgane und der Staatsdumen zu der Schlußfolgerung, das der Hauptgrund für das Scheitern des Versuchs, das politische Leben Rußlands nach der Februarrevolution zu demokratisieren, darin lag, daß das Volk zur Annahme der Normen einer »formalen Demokratie« nicht bereit war. Die Elemente einer Bürgergesellschaft bildeten sich langsam und allmählich heraus. Die Ereignisse nach der Februarrevolution zeigten, daß Rußland diese Zeit nicht hatte. Das hatte auch mit der sozialen Psychologie der Volksmassen in der Revolution zu tun, die Boris N. Semzow analysierte.

»Historische Ergebnisse und Lehren des Großen Oktobers« boten in einem weitgefaßten Referat A. I. Utkin und A. I. Stepanow an. Sie schlugen vor, von der polaren Bewertung der Oktoberrevolution wegzukommen.

Am »Runden Tisch«, wo es um Historiographie, neue Quellen und Methodologie ging, kam A. G. Doroshkin mit einem Beitrag über die deutsche zeitgenössische Historiographie zu den russischen Revolutionen zu Wort. Er sah als wesentlichen Mangel in der Behandlung der russischen Revolution durch die deutschen Historiker ihre Überbetonung der Zurückgebliebenheit des Landes als Hauptvoraussetzung der bolschewistischen Revolution, ihre Unterschätzung des Fortschritts in der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, den Rußland 1917 erreicht hatte, und ihre Herabminderung des ökonomischen Potentials, das sich im zaristischen Rußland herausgebildet und objektive Grundlagen für die Fortsetzung der Modernisierung unter anderen sozialen Bedingungen geschaffen hatte. Ob diese Kritik zutrifft, wäre zu verfolgen.

29 Siehe Vserossijskaja naučnaja konferencija »Reformy i revolucii v Rossii: XIX–XX vv.« In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2007)1. S. 206ff.

Ob weitere Konferenzen in dieser Art zur Februar- bzw. zur Oktoberrevolution stattfanden bzw. noch folgen werden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Als wichtig für die Revolutionsgeschichte wurde das Wirken von Stanislaw W. Tjutjukin anlässlich seines 70. Geburtstages im September 2005 gewürdigt.³⁰ Der Beginn einer prinzipiell neuen Etappe in der russischen Geschichtsschreibung in den neunziger Jahren wurde für ihn keine Zeit einer schöpferischen Krise oder konjunktureller quasiwissenschaftlicher Spekulationen. Er habe nach wie vor über die Revolutionen in Rußland und das historische Schicksal des Leninismus geschrieben und dies getan unter Heranziehung neuer Quellen und ohne auf alte Dogmen zu blicken, die die Vorwärtsbewegung des wissenschaftlichen Denkens behindern. Dementsprechend publizierte er 2002 eine gründliche Arbeit zur Geschichte der Sozialdemokratie »Menschewismus: Seiten der Geschichte« und war führend beteiligt an der fundamentalen Monographie »Die Erste russische Revolution in Rußland. Blick auf ein hundertjähriges Jubiläum«. Dieses Herangehen gilt auch für andere, zumeist ältere Historiker.

Das angesehene Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften Juri A. Poljakow hat mit der Übersicht des hohen Alters über die Geschichtswissenschaft, über Menschen und Probleme nachgedacht und geschrieben und dabei natürlich auch die Russische Revolution einbezogen. Die Februar- und die Oktoberrevolution 1917 sieht er als eigentümliche Reaktion auf die Schwäche und verspätete sozio-kulturelle und politische Entwicklung Rußlands, als notwendigen Versuch, nach vorne durchzubrechen. Dieser Durchbruch fand statt, doch mit Methoden, die grausamer als bei Peter I. waren. Rußland katapultierte sich wirklich vorwärts und wurde eine der zwei Supermächte, aber der Preis des Durchbruchs erwies sich als zu hoch. Das Land geriet in eine Systemkrise und zerfiel.

Poljakow konstatiert, daß in Rußland nach wie vor zwei entgegengesetzte Wertungen der Oktoberrevolution existieren und daß es dabei niemals Übereinstimmung geben wird. Ein Konsens sei auch nicht erforderlich. Notwendig sei ein zivilisierter Pluralismus, erforderlich sei ein objektives, allseitiges, auf Tatsachen gegründetes, sie analysierendes und

30 Siehe 70-letie Stanislava Vasil'eviča Tjutjukina. In. Otečestvennaja istorija. Moskau (2005)5. S. 217f. – Tjutjukin war lange Jahre Chefredakteur dieser Zeitschrift.

verallgemeinerndes Herangehen.³¹ Sein Kollege an der Akademie, Jefim G. Gimpelson, Autor von fünf Büchern über die Sowjetunion der zwanziger Jahre, die von 1995 bis 2004 erschienen, schrieb in einem sechsten Buch mit einer Zusammenfassung seiner Sichten zur russischen Geschichte im 20. Jahrhundert: »Die politische und wirtschaftliche Krise der Jahre 1980 bis 1990 machen es offensichtlich, daß die zahlreichen, tendenziös geschriebenen historischen Arbeiten über die Etappen dieser Geschichte eine neue Analyse der Tatsachen und Ereignisse, des Handelns der Führung des Landes in den verschiedenen Etappen der Geschichte, ein neues Herangehen an die Darstellung des realen Lebens, der Bewertung der führend Beteiligten in den Hauptetappen und der Aufdeckung der Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der vor sich gehenden Prozesse erfordern.«³² Gimpelson analysierte die Ereignisse im Lande von Februar bis Oktober 1917 und stellt fest, daß die Februarrevolution aus den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Widersprüchen Rußlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts geboren wurde, die sich in den Jahren des Ersten Weltkrieges zuspitzten. Die an die Macht gekommene Provisorische Regierung erwies sich als unfähig, die notwendigen Reformen durchzuführen und die vor dem Lande stehenden Hauptaufgaben zu lösen. Die Initiative gelangte in die Hände Lenins und seiner Partei, die der Idee der »Diktatur des Proletariats« anhing. Die Bolschewiki hatten Unterstützung seitens der Arbeiter und Soldaten der Petrograder Garnison, die sich vor allem aus der Untätigkeit der Provisorischen Regierung ergab, nicht aber aus dem Verstehen der Ziele der Bolschewiki. Der Übergang der Macht auf die Bolschewiki ergab sich daraus, daß die Februarrevolution nicht zu Ende geführt wurde, daß der Kampf um die Lösung ihrer Aufgaben weiterging.³³ Daß die Bolschewiki den Weg der Diktatur beschritten, lag auch daran, daß die Kräfte der Demokratie zu schwach waren, um sie daran zu hindern. Der folgende Bürgerkrieg war eine gesamt nationale Tragödie, die den Völkern Rußlands ungeheures

-
- 31 Siehe Jurij A. Poljakov: *Istoričeskaja nauka: Ljudi i problemy*. Kn. 1. Moskau 1999. – Kn. 2. Moskau 2004. – Siehe auch die Rezension von V. A. Zolotarev »Istoričeskaja nauka: Ljudi i problemy« in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2005)5. S. 178ff.
- 32 Jefim G. Gimpelson: *Rossija na perelome epoch. Osmyslenie XX stoletija rossijskoj istorii*. Moskau 2006. S. 6.
- 33 Siehe ebenda. S. 17.

Leid brachte. Für die Entfesselung dieses Krieges tragen alle Verantwortung, die an ihm teilnahmen.³⁴

Wladislaw Ja. Grossul, leitender Mitarbeiter am Institut für Russische Geschichte der Akademie, äußerte sich in einem Beitrag »Über die Periodisierung der Welt- und vaterländischen Geschichte« über die Bedeutung der Oktoberrevolution als Zäsur.³⁵ Er verwies auf die Bedeutung des Formations- bzw. Zivilisationsansatzes als methodologischen Ausgangspunkt für eine Zäsursetzung – jetzt auch sehr verschieden benutzt für die Geschichte Rußlands. Dafür gäbe es eine Vielzahl von Lehrbüchern mit sehr unterschiedlichen Eckdaten. In einigen träfe man auf das Jahr 1917 mit den Begriffen »Februarrevolution« und »Oktoberrevolution« als wichtigen Einschnitt. Hinsichtlich der Verwendung des Begriffes »Oktoberumsturz« und des Hinweises, daß Lenin ihn gebrauchte, merkte er an, daß dieser darunter nicht einen Umsturz in der Oberschicht, sondern eine revolutionäre Umwälzung verstand. Bereits am 25. Oktober 1917 auf der Sitzung des Petrograder Sowjets verwandte er den Terminus »soeben vollbrachte Revolution« und am folgenden Tag sprach er in der Rede über die Bodenfrage auf dem zweiten Sowjetkongreß vom »Ausbruch der zweiten, der Oktoberrevolution«.³⁶ In diesem Zusammenhang verwies der Autor darauf, daß die Versuche, den Terminus »Revolution« durch den Begriff »Umsturz« zu ersetzen, zu jenen Schablonen gehört, die man heute der russischen Geschichtswissenschaft aufzuzwingen sucht. Dazu gehört auch das Totalitarismuskonzept. Grossul konstatiert: die Oktoberrevolution war eine wichtige Umwälzungsetappe in der Geschichte Rußlands. In ihrem Ergebnis entstand ein anderes Land, mit anderem Namen, anderer Sozialstruktur, politischer Ordnung und Kultur, ja, mit einem anderen Volk. Alle Versuche, die sowjetische Periode im falschen Licht darzustellen, rufen den direkten Widerstand vieler Forscher und Lehrer hervor. Nicht zufällig halten einige »die Revolution in Rußland als Beginn der Herausbildung eines neuen Typs der Zivilisation – als Zivilisation freier Werktätiger und freier Völker« oder

34 Siehe die Rezension von A. S. Sokolov in *Voprosy istorii*. Moskau (2007)1. S. 167ff.

35 Vladislav Ja. Grosul: O periodizacii vseмирnoj i otečestvennoj istorii. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2007)3. S. 122–139.

36 Siehe W. I. Lenin: Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. Berlin 1970. S. 229. – W. I. Lenin: Rede über die Bauernfrage. In: Ebenda. S. 248.

publizieren spezielle Bücher über die sowjetische Zivilisation.³⁷ Mit dem Jahre 1917 beginnt – das steht außer Zweifel – die Neueste Geschichte Rußlands.³⁸

VON DER FEBRUAR- ZUR OKTOBERREVOLUTION UND ZUM BÜRGERKRIEG PARTEIEN, INSTITUTIONEN, ORGANISATIONEN

Die wenigen Monate zwischen Februar und Oktober 1917, in denen – nach der Wortwahl von Gimpelson – die Bolschewiki den Weg der Diktatur beschritten und die Kräfte der Demokratie zu schwach waren, sie daran zu hindern, standen immer mit im Blickpunkt der Historiographie und der Memoirenliteratur. Den Parteien wurde dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil. Jetzt, so mein Eindruck, ist dieser Blick schwächer geworden. Doch die erreichten Arbeitsergebnisse sollten interessieren. Ende Dezember 2003 wurde der Staatspreis der Russischen Föderation für Wissenschaft und Technik für das Jahr 2002 durch Erlaß des Präsidenten einer Gruppe angesehenen Historiker unter Führung von Walentin W. Schelochajew für ihre Arbeit und Leistung zum Projekt »Politische Parteien Rußlands. Ende des XIX. – erstes Drittel des XX. Jahrhunderts. Dokumentarisches Erbe«, Serienaussgabe in 24 Bänden, 28 Büchern, zuerkannt.³⁹ 1994 erschienen die ersten drei Bände dieses Projekts, das dann in den folgenden Jahren kontinuierliche Fortsetzung bis 2004 in 40 Bänden fand, realisiert durch den Verlag »Russische politische Enzyklopädie« (ROSSPEN).⁴⁰ Schelochajew hat das Vorhaben und die Grundgedanken dieses Projekts, seine Realisierung, Ergebnisse und Perspektiven erläutert, in dem die Parteien in der Revolution 1917 einen wichtigen

37 Siehe Kurs otečestvennoj istorii IX–XX vekov. Osnovnye etapy i osobennosti razvitija possijskogo obščestva v mirovom istoričeskom processe. Moskau 2005. S. 254–274. – Sergej Kara-Murza: Sovetskaja civilizacija. Kn. 1–2. Moskau 2001.

38 Siehe Vladislav Ja. Grosul: O periodizacii vseмирnoj i otečestvennoj istorii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2007)3. S. 135f.

39 Siehe Gosudarstvennye premii Rossijskoj Federacii 2002 goda. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2004)4. S. 199.

40 Siehe Valentin V. Šelochaev: »Političeskie partii Rossii. Dokumental'noe nasledie«: zamysel, realizacija, itogi i perspektivy. In: Ebenda. Moskau (2004)4. S. 199–207 (S. 207. Anmerkung 5).

Platz haben – bis auf eine, die Partei der Bolschewiki.⁴¹ Dies gibt zu denken.

Sucht man nach weiteren Arbeitsergebnissen und -problemen von heute in Rußland tätigen Historikern zum Wirken von Parteien in dieser Zeit, die über die sehr verdienstvolle Aufarbeitung und Herausgabe des dokumentarischen Erbes von nichtbolschewistischen Parteien hinausgehen, so ist ein Einblick in die zeitgenössische russische Historiographie zur Geschichte der RSDRP, der Sozialdemokratie in Rußland, aus dem Jahre 1998 von Stanislav Tjutjukin, wohl dem besten Kenner dieser Materie, sehr aufschlußreich.⁴² Er enthüllte dabei Tendenzen, die auch in den nachfolgenden Jahren bis in die Gegenwart wirksam sind. Er erfaßte den Umbruch nach dem Ende der UdSSR als »ideologische Revolution«, die mit ihrem Radikalismus, unzweifelhaften Errungenschaften, aber auch mit Kosten und Zusammenbrüchen auch die Geschichtswissenschaft betraf. Die einen Historiker gerieten in einen Zustand des Schocks und der Erstarrung, andere eilten »dem Fortschritt entgegen«. Es entstand eine gewisse Spannung im Verhältnis zwischen Vertretern der alten und jungen Generation von Wissenschaftlern, zwischen Moskau und der Peripherie und den ehemaligen Sowjetrepubliken. Er sah die Geschichtswissenschaft in einer Übergangsperiode und erkannte in ihr bestimmte Züge des Herangehens an die revolutionäre Bewegung und ihre Parteien. Den marxistischen Auffassungen vom progressiven Charakter des Kampfes für Bürgerrechte und Freiheit gegen die zaristische Selbstherrschaft werde heute die Auffassung entgegengesetzt, daß Rußland und sein Volk von niemand und von nichts zu »befreien« war, da der Zarismus für das Land die optimale Variante der Staatsordnung darstellte, und der Kapitalismus gegen 1917 erst gerade begann, seine Früchte zu tragen. Andere verbänden die mögliche Modernisierung Rußlands nach westlichem Vorbild mit einem Bündnis zwischen liberaler Demokratie und der herrschenden Macht. Wiederum andere seien der Ansicht, daß die Zukunft Rußlands mit dem gemäßigten menschewistischen Neonarodniki-Sozialismus zu verbinden gewesen wäre. Für sie diene als Orientierung die Idee des demokratischen Sozialismus, die Theorie und Praxis der Sozialistischen Internationale. Daher gäbe es ein erhöhtes Interesse an der Geschichte des Menschewismus, obwohl das

41 Siehe ebenda.

42 Siehe Stanislav V. Tjutjukin: *Sovremennaja otečestvennaja istoriografija RSDRP*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1998). S. 54–64.

heute nicht besonders groß sei, angesichts des kläglichen Zustands der sozialdemokratischen Bewegung im postsowjetischen Rußland. Es gäbe auch eine Gruppe von Historikern, die sich als politisch nicht engagierte Anhänger des »gesunden Menschenverstandes« sehen und sich ehrlich bemühen, Originalquellen zu analysieren, ohne breite Verallgemeinerungen und Wertungen vorzunehmen. Ihre Zahl dürfte zunehmen. Was jene Historiker beträfe, die sich die Treue zur marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie bewahrten, so befänden sie sich am Scheideweg, bemüht einen nicht näher bestimmten dritten Weg zwischen alten Dogmen und neuen Realien zu finden. Einige hoffen noch auf Revanche und verharren, andere hätten sich mit der Niederlage abgefunden und verlassen allmählich die Szene. Im direkten Bezug auf sein Thema verwies Tjutjukin darauf, daß in den neunziger Jahren die Hauptrichtung in der Beschäftigung mit der Geschichte der RSDRP die Kritik des Bolschewismus und des Leninismus wurde und dies mit der verspäteten Rehabilitierung des Menschewismus verbunden war. Das halte an mit einer Apologie des Menschewismus und einer Verunglimpfung der ganzen Tätigkeit der Bolschewiki, sowohl vor als nach der Oktoberrevolution. Dies finde sich auch in Arbeiten biographischen Genres, für das es im Leserauditorium ein anhaltend großes Interesse gibt. Hier spiegle sich die Geschichte in menschlichen Schicksalen und werde der Einfluß hervorragender Persönlichkeiten auf den Verlauf geschichtlicher Prozesse deutlich. Die Menschewiki werden dabei endlich als Marxisten und Revolutionäre anerkannt und den Bolschewiki vorgezogen, wobei bei diesen erhöhte Aufmerksamkeit jenen zuteil werde, die sich gegen Lenin und später gegen Stalin stellten. Tjutjukin konstatiert, den Historikern stehe noch bevor, eine objektive Biographie Lenins zu schreiben, in der sein nicht leichtes politisches Schicksal Ausdruck findet, der Triumph im Jahre 1917 und das Drama eines Menschen, der sich am Ende seines Lebens davon überzeugen mußte, daß die Wirklichkeit sich nicht in sein theoretisches Schema einordnen ließ. In seinem Wirken gab es Aufstieg und Fall, Erleuchtungen und Fehler, Blut und Grausamkeit, was man längst nicht immer objektiven Umständen zuschreiben könne. Nicht unstrittig sei heute auch der Beitrag Lenins zur Theorie des Sozialismus. Ungeachtet dessen bleibe er einer der bedeutendsten Politiker der Welt des XX. Jahrhunderts. Als Lenin aus dem Leben schied, hinterließ er Rußland als einheitlichen und hinreichend starken Staat und eine durch ihn geschaffene mächtige Partei der Bolschewiki-Kommunisten, die keine Analogie in der Weltgeschichte hatte. Die Selbstlosigkeit und Aufrichtigkeit der nicht zu verwirk-

lichenden Leninschen Vorhaben zur sozialistischen Umgestaltung Rußlands haben längst auch seine Feinde anerkannt. Und obwohl heute keine Rede sein könne von der Rückkehr zum alten ideologisierten Bild Lenins, dürfe man es nicht absichtlich durch Halbpamphlete und Halbkarikaturen ersetzen, die wenig Gemeinsames mit der zeitgenössischen Wissenschaft haben, und Lenin als fanatisch Herrschsüchtigen, Antipatrioten und Tyrannen darstellen.

Hinsichtlich der Geschichte des Bolschewismus und des Menschewismus als politische Strömungen, Fraktionen und seit 1917 als selbstständige marxistische Parteien kommt der Autor zu der Feststellung, daß sie derzeit nur vereinzelt Forscher anziehe. Als Gründe sieht er die völlige Kompromittierung der Idee des Sozialismus durch die frühere Führung der KPdSU, die Hilflosigkeit der heutigen Kommunisten angesichts ihrer Feinde, die Schwäche der heutigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die geringe Zahl von Anhängern sozialdemokratischer Strömungen in Rußland. Das zeitweilige Verbot der Kommunistischen Partei im Jahre 1991, die Furcht vor möglichen Berufsverboten u. a. schufen eine Atmosphäre der Angst vor dem kommenden Tag und ein Empfinden der Unzweckmäßigkeit, sich mit dieser Thematik wissenschaftlich zu befassen. Auch die ungünstige wirtschaftliche Situation begünstigte nicht langfristige Forschungen, die mit systematischer Arbeit in den Archiven verbunden ist. Im Ergebnis gibt es bis heute weder eine neue vaterländische Geschichte des Bolschewismus, noch des Menschewismus, geschrieben von den Positionen der Objektivität und des Historismus. Dies wird sich auch so schnell nicht ändern. Tjutjukin umreißt die in der Literatur vorhandenen Auffassungen über die Bolschewiki und Menschewiki und geht der Frage nach, wer den richtigen Weg für Rußland weisen konnte. Entgegen der Auffassung, daß im Streit um den richtigen Weg der Entwicklung Rußlands letztendlich die Menschewiki 1917 richtig lagen, ist er der Meinung, daß diese Frage nicht so einfach zu lösen sei. Die menschewistische Alternative zum Bolschewismus, ein demokratischer Sozialismus, hatte in Rußland keine realen Erfolgchancen. Ein Sieg der Menschewiki im Jahre 1917 war unmöglich, aber wenn ein solches Wunder sich ereignet hätte, so wäre ihre Macht schnell gestürzt worden (ob durch Bolschewiki oder Generäle, ist nicht wichtig). Schwer vorstellen kann man sich auch die Menschewiki in der Rolle einer demokratischen Opposition zur bolschewistischen Diktatur und in der Rolle eines Teilnehmers einer sozialistischen Einheitsregierung. Die Alternative Plechanows mag aus heutiger Sicht vorzuziehen sein. Aber der Weg,

den er vorschlug, war nicht möglich, er war nicht lebensfähig in der stürmischen revolutionären Situation des Jahres 1917, so rezipiert er eine Feststellung des englischen Historikers S. H. Baron.⁴³

Nimmt man die Darlegungen Tjutjukins als Bezugspunkt, so ist zunächst auf nachfolgende, in den letzten Jahren entstandene Arbeiten zur Parteiengeschichte zu verweisen. Grigori N. Sewostjanow hat es unternommen, die politischen Parteien in den russischen Revolutionen zu Beginn des XX. Jahrhunderts in einer Gesamtsicht vorzustellen.⁴⁴ Oleg W. Wolobujew sieht die Bolschewiki in der Revolution als »Drama der russischen Geschichte«.⁴⁵

Bei der Beschäftigung mit den Bolschewiki darf nicht übersehen werden, daß zu den Voraussetzungen und Bedingungen ihres Erfolgs die weitgehende Geschlossenheit der Führung gehörte. Sie wurde durch mancherlei Umgruppierungen, die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und Kompromisse erreicht und war mit der Durchsetzung der Leninschen Aprilthesen und der Kursnahme auf den bewaffneten Aufstand verbunden. Dabei kam der Stellungnahme wichtiger Parteiorganisationen große Bedeutung zu. Aleksei W. Sachnin hat diese Problematik als Aspekt der innerparteilichen Demokratie anhand der Wahlen zum Zentralkomitee auf der Aprilkonferenz der Partei genauer untersucht.⁴⁶

Dem Widerpart der Bolschewiki, den Menschewiki, hat sich Tjutjukin in einer Gesamtsicht des Menschewismus zugewandt.⁴⁷ Erstmals in der russischen und ausländischen Historiographie verfolgt er die ganze Geschichte des Menschewismus als ideell-politische Strömung und linksradikale Partei von 1903 bis Mitte der zwanziger Jahre, als die Tätigkeit der Menschewiki in der UdSSR mit Gewalt unterbunden wurde. Dabei wird der Partei im Jahre 1917 große Aufmerksamkeit gewidmet. Der

43 Siehe S. Béron: S. Plechanov, utopizm i rossijskaja revoljucija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1995)5. S. 127.

44 Siehe Grigorij N. Sevost'janov: Političeskie partii v rossijskich revoljucijach v načale XX veka. Moskau 2005.

45 Oleg V. Volobuev: Drama rossijskoj istorii: bol'sheviki i revoljucija. Moskau 2002.

46 Siehe Aleksej V. Sachnin: Bor'ba za liderstvo v rukovodstve PSDRP(b) v 1917 godu: rezervy i predely vnutripartijnoj demokratii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2005)5. S. 102ff.

47 Siehe Stanislav V. Tjutjukin: Men'shevizm. stranicy istorii. Moskau 2002 – Siehe auch den Arbeitsbericht des Instituts für Russische Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation für das Jahr 2002 in Otečestvennaja istorija. Moskau (2003)5. S. 207.

Autor verdeutlicht die prinzipiellen Unterschiede zwischen Menschewismus und Bolschewismus und analysiert die Gründe der Niederlage der Menschewiki im Kampf mit den Bolschewiki.

Dem Menschewismus und den Menschewiki im Jahre 1917 »zwischen Dogma, Illusion und Realität« widmet sich in einer Betrachtung N. I. Batulin.⁴⁸

Ein Literaturbericht von A. A. Kononenko macht mit den zeitgenössischen Arbeiten (bis 2004) zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre bekannt.⁴⁹ Im Jahre 2006 erschienen Dokumente, die das Verhalten dieser Partei, ihre Losungen, ihre Agitation und ihre Strategie und Taktik nach der Oktoberrevolution im Bürgerkrieg verständlich machen sollen.⁵⁰ Wesentliches Element dieser Strategie und Taktik, wie eine Broschüre verdeutlicht, war die Behauptung, daß die Bolschewiki Diener Deutschlands, »hilflose Marionetten in den Händen des Grafen Mirbach«, seien. Diese Anschuldigung verbanden sie mit dem Aufruf zur Erneuerung des Krieges mit Deutschland. Das konnte kein geeignetes Mittel sein, um die Massen auf die Seite dieser Partei zu bringen, wie die Zusammensteller der Dokumente, die in den USA lebenden Historiker Juri G. Felschtinski und Georgi I. Tschernjawski feststellen.⁵¹ Sie hatten einleitend zu den Dokumenten auf die Meinung des Historikers Pawel N. Miljukow, Führer der Konstitutionell-Demokratischen Partei (Kadetten) und erster Außenminister der Provisorischen Regierung, hingewiesen, daß man nur einen Teil der antibolschewistischen Bewegung als »Weiße« benennen könne. Nur ein Teil der »Weißen Bewegung« war »konterrevolutionär und restaurativ«. Insgesamt war die antibolschewistische Bewegung wesentlich komplizierter und komplexer als dies in einseitigen Definitionen dargestellt wurde. Sie änderte mehrmals sowohl ihre Zusammensetzung als auch ihre Taktik.⁵² Diese Aussage bezogen Felschtinski und Tschernjawski auch auf jene Teilnehmer des Kampfes mit den Bolschewiki, die ähnlich wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre

48 Siehe N. I. Batulin: *Meždu dogmoj, illuziej i real'nost'ju: Menševizm v 1917 g.* In: Ebenda. Moskau (2004)1. S. 69–83.

49 Siehe A. A. Kononenko: *Sovremennaja rossijskaja istoriografija Partii socialistov-revoljucionerov.* In: Ebenda. Moskau (2004)4. S. 112–120.

50 Siehe *Partija socialistov-revoljucionerov v pervye gody sovetskoj vlasti.* In: *Voprosy istorii.* Moskau (2006)2. S. 3ff.

51 Siehe ebenda. S. 5.

52 Siehe P. N. Miljukov: *Rossija na perelome.* Paris 1927. S. 1.

auf sozialistischen Positionen standen. Diese differenzierende Sicht auf die sich in Revolution und Bürgerkrieg bekämpfenden Parteien hat sich in der russischen Historiographie weitgehend durchgesetzt und sollte angenommen werden.

Sie erfaßt auch den »russischen Liberalismus« mit seinen Parteien und Persönlichkeiten. Jüngst hat Walentin W. Schelochajew die Diskussionsprobleme in der neuesten russischen Literatur zur Geschichte des russischen Liberalismus eingehend dargestellt und auf die entsprechende Literatur verwiesen, so daß hier auf analoge Nennungen verzichtet werden kann.⁵³ Der Autor geht auf Probleme der Definition des Liberalismus, seiner Grundlagen und Zusammensetzung, seiner theoretischen Vorstellungen und der Etappen seiner Entwicklung ein. Er konstatiert, daß im letzten Jahrzehnt die russische Historiographie sich intensiv mit Problemen der Herausbildung liberaler Parteistrukturen und ihres Wirkens in der Revolutionszeit, im Ersten Weltkrieg, im Bürgerkrieg und in der Emigration befaßt hat. Dabei gäbe es einige Diskussionsfragen theoretisch-methodologischen Charakters. So habe die Geschichtsschreibung keine befriedigende Antwort auf die Frage, warum es den russischen Liberalen nicht gelang, eine einheitliche politische Partei zu schaffen.

Das Hervortreten »nationaler Liberalismen« zu Beginn des XX. Jahrhunderts erfahre unterschiedliche Bewertung. Neu sei in der Historiographie die Fragestellung nach dem Verhältnis von Liberalismus und Demokratismus in Rußland. In der sowjetischen Geschichtsschreibung konnte von irgendeiner demokratischen Natur des neuen Liberalismus überhaupt nicht die Rede sein, weil dieser als antidemokratisch und konterrevolutionär gedeutet wurde. Die Veränderung in den theoretisch-methodologischen Parametern im postkommunistischen Rußland erlaubte eine andere Bewertung dieser Frage. Heute gehöre es zur Norm, die Liberalen neuen Typs als Vertreter der demokratischen Tradition zu charakterisieren. Im Unterschied zur Generation der Adelsliberalen, die tatsächlich in ihren weltanschaulichen Prinzipien weit vom Demokratismus entfernt waren, waren die Liberalen neuen Typs überzeugte Verfechter demokratischer Umgestaltungen. Sie traten für die Formierung einer echten demokratischen Bürgergesellschaft und eines Rechtsstaates in Rußland ein und verbanden die Prinzipien der »politischen Freiheit« und der

53 Siehe Valentin V. Šelochaev: *Diskussionnye problemy istorii ruskogo liberalizma v novejšej otečestvennoj literature*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (2007)5. S. 3–16.

»sozialen Gleichheit« zu einem einheitlichen Ganzen. Auch zum Verhältnis von Liberalismus und Sozialismus werde nach neuen Antworten gesucht bis hin zur Frage, ob sich liberale und sozialistische Ideale hätten synthetisieren lassen.

Erweitern wir unser Blickfeld über die Parteien hinaus auf die Eckpfeiler des revolutionären Prozesses und seine Ereignisse, so sind für die zeitgenössische Forschung und Publikation zumeist nur punktuelle Ergebnisse auszumachen.

Dem Ersten Weltkrieg, unzweifelhaft Geburtshelfer der Revolution, war eine internationale wissenschaftliche Konferenz im September 2004 in Moskau gewidmet, deren Materialien später veröffentlicht wurden.⁵⁴

Die »letzten Verteidiger der Monarchie«, die Fraktion der Rechten in der IV. Staatsduma, während des Ersten Weltkrieges stellte A. A. Iwanow jüngst vor.⁵⁵

Die bürokratische Elite dieser Monarchie am Vorabend ihres Falls untersuchte S. W. Kulikow, und die Staatsduma in der Februarrevolution war der Gegenstand einer Untersuchung von A. B. Nikolajew.⁵⁶ Beide hatten schon vorher Ergebnisse ihrer Untersuchungen knapp zusammengefaßt.⁵⁷

Unter dem Titel »Die russische Geistlichkeit und der Sturz der Monarchie im Jahre 1917« wurden fast 700 Dokumente publiziert. Sie geben Aufschluß über das Verhalten des russischen Klerus zur Februarrevolution und über die Wirkungen dieses Umsturzes in der russischen Geistlichkeit, die einer »innerkirchlichen Revolution« gleichkamen.⁵⁸

54 Siehe *Poslednjaja vojna v Rossijskoj imperii: Rossija, mir nakanune, v chode i posle Pervoj mirovoj vojny. Materialy Meždunarodnoj naučnoj konferencii*. Moskva, 7–8 sent'jabra 2004 g. Moskau 2006.

55 Siehe A. A. Ivanov: *Poslednie zaščitniki monarchii: Frakcija pravych IV Gosudarstvennoj dумы v gody Pervoj mirovoj vojny (1914 – fevral' 1917)*. St. Petersburg 2006.

56 Siehe S. V. Kulikov: *Bjurokatičeskaja èlita Rossijskoj imperii nakanune padenija starogo porjadka*. Rjasan 2004. – A. B. Nikolaev: *Gosudarstvennaja duma v Fevral'skoj revoljucii*. Rjasan 2002.

57 Siehe S. V. Kulikov: *Vremennoe pravitel'stvo i vyšaja carskaja bjurokratija*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1999)4. S. 108ff. – A. B. Nikolaev: *Duma i mehanism funkcionirovanija vremennoj vlasti: 27 fevralja – 3 marta 1917 g.* In: *Ebenda*. S. 110ff.

58 Siehe *Rossijskoe duhovenstvo i sverženie monarchii v 1917 godu. Materialy i arhivnye dokumenty po istorii Russkoj pravoslavnoj cerkvi*. Moskau 2006, 504 S. (siehe die Rezension in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2007)3. S. 193ff.).

Im revolutionären Prozeß spielten die Sowjets als neu entstandene Organe der Werktätigen eine wesentliche Rolle. In einer Publikation, die schon 1997 erschien, untersuchte Georgi I. Slokasow erstmalig in der Historiographie auf der Grundlage archivalischer Materialien und anderer Dokumente das Wirken des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten (WZIK), das auf dem Ersten Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Juni 1917 gewählt wurde. Es wurde von den Vertretern der Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre dominiert und existierte bis zum Zweiten Sowjetkongreß (25. Oktober 1917).⁵⁹ Der Autor verfolgt die Hauptrichtungen der Tätigkeit dieses menschewistisch-sozialrevolutionären Zentrums der Sowjets in den Umbruchssituationen des Jahres 1917 – die Juli-Krise, den Kornilow-Putsch, die Demokratische Beratung, den Vorabend der Oktoberrevolution – sowie seine Stellung in der Konfrontation zwischen Bolschewiki und Provisorischer Regierung. In dieser kurzen Zeit prägte die Sowjets zunächst die Orientierung auf die Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, dann das Anwachsen und die Festigung des Einflusses der Bolschewiki mit der sukzessiven Umorientierung der Mehrheit der Sowjets (mit Ausnahme der der Bauern), mit ihrem Übergang auf den Weg des Kampfes gegen die Regierungsmacht, der Aneignung bolschewistischer, vielfach utopischer Losungen, obwohl das damals den Bolschewiki selbst kaum bewußt war. Das Zentralexekutivkomitee führte ca. 40 Plenartagungen durch, auf denen es stürmische und scharfe Debatten gab und bei denen viele Resolutionen verabschiedet wurden. Jedoch das dogmatisch-versöhnlerische Verhalten der Führer des WZIK, ihr Bemühen, Lösungen konkreter Fragen nur durch Kontakte und die Zusammenarbeit mit der regierenden Macht zu finden, verurteilten die Initiativen des WZIK zum Mißerfolg. Die Taktik eines selbständigen, realistischen Herangehens brachte Ergebnisse und Erfolg, wie das in den Tagen des Kornilow-Putsches der Fall war. Die Politik der goldenen Mitte, zwischen Rechten und Linken, verurteilte letztlich das WZIK zur Niederlage, zum Abgang von der politischen Arena. Die untertänige Pro-Regierungsorientierung des Ersten WZIK verhinderte auch, daß jenes mächtige Potential an revolutionärem Schöpfertum der Massen, das in den Sowjets lag, realisiert werden konnte.⁶⁰ Eine unikale Publikation von Dokumenten, die

59 Siehe Georgij I. Zlokazov: Men'shevistsko-ëserovskij VCIK Sovetov v 1917 godu. Moskau 1997.

60 Siehe ebenda. S. 296 und 295.

Einsicht in das Wirken des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten im Jahre 1917 gewähren, erschien in den Jahren 1991 bis 2003 in vier Bänden in St. Petersburg und Moskau.⁶¹ Die darin enthaltenen Protokolle, Stenogramme, Rechenschaftsberichte, Resolutionen und Beschlüsse der Plenartagungen, der Sektionen und der Sitzungen des Exekutivkomitees sowie der Fraktionen sind eine Fundgrube für den Historiker, der der Revolution nachspürt.

Zu den Trägern der Sowjets gehörten auch – oft übersehen – die Genossenschaften. Sie hatten seit Beginn des XX. Jahrhunderts in Rußland großen Zuwachs und erlangten beträchtliche Bedeutung. Zu ihrem Wirken im Krieg und in der Revolution hat A. W. Lubkow eine gründliche Studie vorgelegt.⁶²

Mit dem Zustandekommen des Vorparlaments in der Krisensituation des September 1917, mit dem der angeschlagenen Provisorischen Regierung Rückhalt gegeben werden sollte, was mißlang, beschäftigte sich Swetlana E. Rudnewa.⁶³

Da zeitgenössische, spezielle Untersuchungen zum Oktoberaufstand und zur Errichtung der Sowjetmacht in der Literatur nicht präsent sind, sei sogleich auf einige Publikationen, die sich mit dem Auf- und Ausbau des sowjetischen und bolschewistischen Machtsystems befassen, hingewiesen.

Dmitri B. Pawlow hat den schwierigen Aufbau eines neuen Gerichtswesens nach der Errichtung der Sowjetmacht untersucht, in dem die Revolutionstribunale dominierten und nach dem »revolutionärem Rechtsbewußtsein der werktätigen Massen«, das in seiner Ausführung oft zum Terror ausartete, agierten.⁶⁴ Dmitri S. Nowoselow hat sich mit dem wichtigsten, Ende Dezember 1917 gebildeten Repressivorgan der Sowjetmacht, der Gesamtrussischen Außerordentlichen Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage (WTschK – Tscheka) und

61 Siehe die Rezension in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)5. S. 191–193.

62 Siehe A. V. Lubkov: *Vojna. Revoljucija. Kooperacija*. Moskau 1999.

63 Siehe Svetlana E. Rudneva: *Iz istorii predparlamenta (1917 g.)*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2005)6. S. 122ff. – Svetlana E. Rudneva: *Predparlament: Oktjabr' 1917 goda: opyt istoričeskoj rekonstrukcii*. Moskau 2006.

64 Siehe Dmitrij B. Pavlov: *Tribunal'nyj etap sovetskoj sudebnoj sistemy. 1917–1922 gg.* In: *Voprosy istorii*. Moskau (2007)6. S. 3–16.

ihrer Krise Ende 1918 – Anfang 1919, in der es um deren zwielichtige Tätigkeit und weitere Existenz ging, beschäftigt.⁶⁵

Nachdem L. G. Protasow 1997 seine grundlegende Arbeit zur Konstituierenden Versammlung veröffentlichte, auf deren Inhalt und Wertungen ich schon an anderer Stelle hinwies,⁶⁶ ist die Diskussion um diese umstrittene Institution weitergeführt worden.⁶⁷ 80 Jahre nach ihrer gewaltsamen Auflösung ist Juri A. Poljakow auf die Auseinandersetzungen um die Konstituierende Versammlung, die nach seiner Auffassung in ihrer Zusammensetzung und in ihrem Wesen sozialistisch war, eingegangen. Er sah die Hauptrichtungen der Meinungsverschiedenheiten in der Problematik von proletarischer und bürgerlicher Demokratie, in der Frage des realen Platzes dieser aus den ersten freien Wahlen hervorgegangenen Institution und der russischen Demokratie in der Geschichte Rußlands sowie in der Bewertung der Oktoberrevolution und ihrer Folgen.⁶⁸ Den Kräften, die sich auf die Weiterführung der Konstituierenden Versammlung beriefen, gegen die Bolschewiki antraten und sich nicht einigen konnten, ist Irina W. Schwez nachgegangen.⁶⁹

Nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung wurde an den gesetzlichen Grundlagen der Sowjetmacht gearbeitet. Das fand seinen Ausdruck in der ersten sowjetischen Verfassung, die vom V. Gesamtrussischen Sowjetkongreß am 10. Juli 1918 ohne jede Diskussion (sozialrevolutionäre Delegierte waren vorher verhaftet worden) angenommen wurde. Den Weg dahin hat Boris N. Semzow aufschlußreich verfolgt.⁷⁰ Über die sowjetischen Leiter und führenden Kader, über ihre soziale Herkunft und ihren Bildungsstand hat Jefim G. Gimpelson, ge-

65 Siehe Dmitrij S. Novoselov: *Krisis VČK v konce 1918 – načale 1919 godov*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau. (2005)6. S. 66–77.

66 Siehe L. G. Protasov: *Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibeli*. Moskau 1997. – Horst Schützler: *Die Russische Revolution in der Historiographie Rußlands*. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel*. Heft 5: *Revolution und/oder Modernisierung in Rußland*. Chancen – Grenzen – Irrwege. Leipzig 1998. S. 121.

67 Siehe die Rezension von K. V. Gusev in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1998)5. S. 206ff.

68 Siehe Jurij A. Poljakov: *Učreditel'noe sobranie: 80 let spustja*. In: *Svobodnaja mysl'*. Moskau (1998)3. S. 62–70.

69 Siehe Irina V. Švec: *Projekty vserossijskoj vlasti na Ufimskom gosudarstvennom soveščanii 1918 g.* In: *Voprosy istorii*. Moskau (2007)4. S. 98–108.

70 Siehe Boris N. Zemcov: *Konstitucionnye osnovy bol'shevistskoj vlasti (pervaja sovetskaja Konstitucija 1918 g.)*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2005)5. S. 65–72.

stützt auf frühere Arbeiten von Wladimir S. Drobishev u. a., Untersuchungen angestellt, die die großen Schwierigkeiten und die Anstrengungen dieser Menschen bei der Bewältigung der neuen Aufgaben in den Organen der Staatsmacht bloßlegen.⁷¹

Die Revolution 1917 wurde von bestimmten sozialen Kräftegruppierungen getragen bzw. bekämpft. Sie sind in unterschiedlicher Intensität Gegenstand von Untersuchungen und Darstellungen, die oft auch die Zeit des Bürgerkrieges erfassen.

Instruktiven Einblick in die russische Armee gibt Swetlana A. Solnzewa mit zwei Beiträgen. Zunächst widmet sie sich der »Kaderpolitik der Revolution in der russischen Armee«⁷² und bezieht dies auf die Provisorische Regierung und die Sowjetregierung. Die Provisorische Regierung mischte sich aktiv in die Angelegenheiten der Armee ein, wollte aber mit der alten zaristischen Armee zurechtkommen. Sie entfernte bis Oktober 1917 374 Generäle aus ihrem Bestand, zumeist aus politischen Gründen.⁷³ Zugleich gab es von unten, von den einfachen Soldaten, immer wieder Empörungen gegen kommandierende Offiziere, und es kam zu Aktionen der Selbstjustiz. Nach dem bewaffneten Oktoberaufstand in Petrograd begann die zweite Etappe in der revolutionären Reformierung der Kader der alten Armee. Das System der Formierung, Strukturierung und der Identität des Offizierskorps wurde beseitigt; alle Militärangehörigen wurden einander gleichgestellt; die Wählbarkeit des Kommandeurbestandes von unten nach oben wurde eingeführt u. a. Die neue Macht sah das Offizierskorps als konterrevolutionäre Kraft, die zu neutralisieren war. Doch jeder Staat braucht seine Armee mit ihren Führungskräften. Das aber ist ein anderes Thema. Der zweite Beitrag ist der Formierung, dem Wirken und der Auflösung spezieller Einheiten der russischen Armee, Todesbataillone, Sturmabteilungen, Frauenbataillone, Freiwilligenabteilungen im Hinterland u. a. mit der Zusammenfassung der vorhandenen Materialien und Literatur gewidmet.⁷⁴ Mit diesen Formationen sollte der nach

71 Siehe Efim G. Gimpel'son: *Sovetskie upravleny 1917–1920 gg.* Moskau 1998. – Efim G. Gimpel'son: *Rukowodjaščie sovětskie kadry: 1917 – 1920-e gody.* In: *Otečestvennaja istorija.* Moskau (2004)6. S. 61–67.

72 Siehe Svetlana A. Sol'nceva: *1917: Kadrovaja politika revoljucii v rossijskoj armii.* In: *Ebenda.* Moskau (2004)3. S. 102–116.

73 Siehe ebenda. S. 104.

74 Siehe Svetlana A. Sol'nceva: *Udarnye formirovanija ruskoj armii.* In: *Ebenda.* (2007)2. S. 46–59.

der Februarrevolution zeitweilig auflodernde Patriotismus genutzt werden, um die Armee zu stabilisieren und kampffähiger zu machen, was nicht gelang. Immerhin existierten zum Zeitpunkt des Oktoberaufstandes 313 »Todesformationen«, denen mehr als 600.000 Menschen angehörten. An den Ereignissen der Revolution nahmen diese, die »smertniki«, auf beiden Seiten der Barrikade teil.⁷⁵ Den Kampf um die Macht in der aktiven russischen Armee zwischen Oktober 1917 und Februar 1918 schildert eine Monographie von S. N. Bashanow, die im Jahre 2004 erschien.⁷⁶ Erstmals in der Geschichtsschreibung wird hier ein reales, umfassendes Bild des Kampfes der Bolschewiki und ihrer politischen Feinde um die Macht an allen fünf russischen Fronten des Weltkrieges gegeben. Verdeutlicht wird der Einfluß der ersten Dekrete der Sowjetmacht über den Frieden, den Boden, zur Demokratisierung und Demobilisierung der Armee. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen war ihr Zerfall.⁷⁷

Wenn früher, zur Sowjetzeit, die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterklasse Vorrang hatte, so ist das heute die Ausnahme oder erfolgt unter anderen Aspekten, obwohl sich viele Fragen zur Situation dieser tragenden Kraft der Revolution ergeben. Mit der Problematik der Arbeiterselbstverwaltung befaßte sich D. O. Tschurakow.⁷⁸ In das Zentrum seiner Betrachtung stellte er die Fabrik- und Werkkomitees. Er sah diese als Ergebnis der selbständigen Organisationsarbeit der Arbeiter in den Betrieben, des spontanen Schöpfertums der proletarischen »Unteren«, und nicht als Folge der propagandistischen Anstrengungen der revolutionären Parteien. Auch die Losung der Arbeiterkontrolle kam von ihnen. Die Fabrik- und Werkkomitees wertete er nicht als Vorposten des bolschewistischen Einflusses auf die Massen und als Stäbe des revolutionären Ansturms, sondern als Organe der Arbeiterselbstverwaltung in der Produktion. Sie entstand im Jahre 1917, wie auch andere Formen der Selbstverwaltung, aus dem Zusammenbruch der russischen Staatlichkeit und der Notwendigkeit ihrer Erneuerung von unten. Die Massen-

75 Siehe ebenda. S. 50.

76 Siehe S. N. Bazanov: *Bor'ba za vlast' v dejstvjuščej rossijskoj armii (oktjabr' 1917 – fevral' 1918 gg.)*. Moskau 2004.

77 Siehe Institut Rossijskoj istorii RAN v 2004 godu. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2005)4. S. 199.

78 Siehe D. O. Čurakov: *Russkaja revolucija i rabočeje samoupravlenie*. 1917. Moskau 1998 (siehe die Rezension in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1999)2. S. 194ff.).

aktivität der Arbeiter in Sowjetrußland 1917/1918 untersuchte er später in ihren Formen, ihrer Dynamik und ihrem Wesen.⁷⁹ Gleich zwei Publikationen wenden sich der »politischen Psychologie«, der »Mentalität«, dem politischen Bewußtsein und den politischen Stimmungen der Petrograder Arbeiter zu. Sergei W. Jarow widmet sich dem »Proletarier als Politiker« und untersucht die »politische Psychologie« der Petrograder Arbeiter in den Jahren 1917 bis 1923 unter den Aspekten: Politisierung der Arbeiter, politische Diskussionen im Arbeitermilieu, oppositionelle Stimmungen der Arbeiter und »revolutionäres Bewußtsein« der Arbeiter als politisch-psychologisches Phänomen.⁸⁰ Aleksander Gorolewski verfolgt unter dem Titel »Revolution und Psychologie« die »politische Stimmung der Arbeiter Petrograds unter den Bedingungen des bolschewistischen Machtmonopols«. ⁸¹ Mit einem Dokumentenband wird »oppositionelle Arbeiterbewegung« im Jahre 1918 in den Zusammenkünften der Bevollmächtigten der Fabriken und Werke nachgegangen.⁸²

Der Bauernschaft in der Revolution und im Bürgerkrieg wurde in den zurückliegenden Jahrzehnten immer große Aufmerksamkeit zuteil – verständlich und notwendig angesichts ihrer Bedeutung und Revolutionspotenz. Für die letzte Dekade kann neben einem historiographischen Einblick⁸³ nur auf zwei beachtliche Publikationen verwiesen werden. T. W. Ossipowa betrachtet sehr konkret-historisch die Bauern Rußlands in Revolution und Bürgerkrieg.⁸⁴ Sie macht mit der Agrarfrage im europäischen Teil des Landes und mit dem Elend des Dorfes, dem Landmangel und dem Landhunger, bekannt und zeigt, daß dieses Unglück nach der

79 Siehe D. O. Čurakov: *Revoljucija, gosudarstvo, rabočij protest: Formy, dinamika i priroda massovych vystuplenij rabočich v Sovetskoj Rossii 1917–1918 gg.* Moskau 2004.

80 Siehe Sergej V. Jarov: *Proletarij kak politik. Političeskaja psihologija rabočich Petrograda v 1917–1923 gg.* St. Petersburg 1999.

81 Siehe Aleksandr Gorolevskij: *Revoljucija i psihologija. Političeskie nastroenija rabočich Petrograda v uslovijach bol'shevistskoj monopolii na vlast'. 1918–1920.* St. Petersburg 2005.

82 Siehe *Rabočee oppozicionnoe dviženie v bol'shevistskoj Rossii. 1918 g. Sobranija upolnomočennyh fabrik i zavodov. Dokumenty i materialy.* Moskau 2006.

83 Siehe Andrej A. Kurenjev: *Krest'janstvo Rossii v period vojny i revoljucii 1917–1920 gg. (Istoriografičeskie aspekty).* In: *Voprosy istorii.* Moskau (1999)4–5. S. 148 bis 156.

84 Siehe T. V. Osipova: *Rossijskie krest'jane v revoljucii i graždanskoj vojne.* Moskau 2001 (siehe die Rezension in *Voprosy istorii.* Moskau (2002)6. S. 160ff.).

Februarrevolution mit der Provisorischen Regierung kein Ende fand und die Bauern zu Handeln zwang. Die Geburt der Sowjetordnung wurde vom Dorf nicht besonders bemerkt, aber das Dekret über den Boden begrüßte die Mehrheit der Bauern. Wann und warum begann die Auseinandersetzung zwischen Bauernschaft und Bolschewiki? Die Literatur zu dieser Frage ist groß. Ossipowa gibt eine zutreffende, lakonische Antwort: 10,5 Millionen landlose und landarme Bauern erhielten Land, aber sie konnten keine Warenproduktion schaffen, denn sie hatten kein oder fast kein Inventar, Vieh und Saatgut. Es war für sie unmöglich, der neuen Macht und der Stadt die benötigten Nahrungsmittel zu geben, denn die Warenmasse, über die das Dorf verfügte, war begrenzt und befand sich zudem in Händen des wohlhabenden Teils des Dorfes. Was gab der Oktober der Bauernschaft? Die Neuaufteilung des Bodens (»tschjorny peredel«) – Traum Dutzender Generationen; die Liquidierung des Hauptfeindes des Dorfes, des Adelsstandes. Und was verlor die Bauernschaft durch den Oktober? Die Möglichkeit der Verwandlung in einen vollberechtigten Eigentümer; das Recht auf Wahl der Formen und Methoden der Entwicklung des Dorfes. Der beginnende Bürgerkrieg stellte die Bauernschaft vor die schwere Wahl, entweder zu den alten Zuständen des Elends und der Ausweglosigkeit zurückzukehren und den Gutsbesitzern den Boden, die Macht und den Reichtum zurückzugeben oder sich mit der Diktatur der Arbeiterklasse abzufinden. Der tausendjährige Impuls des Hasses erwies sich als stärker. Die ganze Bauernschaft schwankte 1918 und während eines Teils des Jahres 1919. Die entscheidende Rolle spielte nicht die Propaganda der Bolschewiki, sondern das Unverständnis des Wesens der bäuerlichen Mentalität durch die Weißen. In den Auseinandersetzungen zwischen weiß und rot zwangen schließlich die Bauern die Bolschewiki, mit der Neuen Ökonomischen Politik in der Wirtschaft zum grundlegenden Prinzip des Liberalismus zurückzukehren, zur Freiheit des Handelns und des Unternehmertums. Ossipowa zeigte in ihrer Monographie zwei Wahrheiten: die Bauernschaft ebnete den Bolschewiki den Weg zur Macht im Oktober 1917 und erhielt dafür von diesen den Boden der Gutsbesitzer. Im Bürgerkrieg hielten die Bauern die Bolschewiki an der Macht und erzwangen von ihnen die Freiheit der ökonomischen Tätigkeit.⁸⁵

85 Inhaltswiedergabe erfolgt nach der Rezension.

Wadim L. Telizyn befaßte sich mit dem Phänomen des Bauernauf-
 ruhrs in den Jahren 1917 bis 1921.⁸⁶ Er ging dabei weniger den konkre-
 ten Ereignissen als vielmehr strukturellen Fragen, Begriffsbestimmungen,
 methodologisch-methodischen Aspekten und der Literatur nach.

Zur Bauernschaft und ihren Forderungen mußte die Provisorische
 Regierung mit ihrer Agrarpolitik Stellung beziehen. Dem ist N. E. Chitri-
 na in einer Monographie nachgegangen.⁸⁷ Sie zeigte, daß die Provisori-
 sche Regierung nicht fähig war, die Agrarfrage zu lösen, obwohl sie eine
 Vielzahl, oft widersprüchlicher Verfügungen, Anordnungen und Weisungen
 erließ, die vor Ort wenig beachtet wurden. Sie hatte kein durchdachtes,
 realistisches Programm für die dringend erforderlichen agrarischen Um-
 gestaltungen. Die Rezensentin, G. D. Alexejewa, hob hervor, daß die
 Autorin sich in korrekter Form von der tendenziösen und aggressiven
 Bewertung der Politik der Bolschewiki im Jahre 1917, wie sie der zeitge-
 nössischen »neuen Historiographie« eigen sei, distanzieren, ohne die Auf-
 fassungen der sowjetischen Historiographie immer zu teilen.⁸⁸

Das Thema »Die Revolution und die Intelligenz«, früher ein durch-
 aus tragfähiger Gegenstand von Untersuchungen, ist kaum noch aufzu-
 spüren. Ein internationales Seminar wandte sich Ende Mai 1998 in
 Petersburg der »Intelligenz an der Macht« zu und hatte dabei die Provi-
 sorische Regierung im Visier,⁸⁹ die zweifellos über eine hohe Intelligenz-
 quote verfügte, doch trotzdem nicht erfolgreich war. Das Seminar sollte
 regelmäßig stattfinden, ob das geschah, ließ sich nicht feststellen. Inter-
 essante Aufschlüsse zum Thema vermittelt die Arbeit von N. A. Resche-
 towa über die Intelligenz des Don-Gebietes in den Jahren 1917 bis Mitte
 der zwanziger Jahre.⁹⁰ Insbesondere die vielen zitierten Meinungsäuße-
 rungen geben Einblick in die Gedankenwelt ihrer Angehörigen. Die
 wechselvollen Machtverhältnisse in dieser Region gingen einher mit ent-

86 Siehe Vadim L. Telicyn: »Bessmyslennyj i bespoščadnyj«? ... fenomen krest'jan-
 skogo buntarstva 1917–1921 godov. Moskau 2003.

87 Siehe N. E. Chitrina: Agrarnaja politika Vremennogo pravitel'stvo v 1917 godu.
 Nishni Nowgorod 2001.

88 Siehe die Rezension in Otečestvennaja istorija. Moskau. (2004)1. S. 188f.

89 Siehe die kurze Mitteilung Intelligencija u vlasti: Vremennoe pravitel'stvo v 1917
 godu. Meždunarodnyj seminar istorikov v Sankt-Peterburge. In: Otečestvennaja isto-
 rija. Moskau (1999)4. S. 103.

90 Siehe N. A. Rešetova: Intelligencija Dona i revoljucija (1917 – pervaja polovina
 1920-ch gg.). Moskau 1998.

sprechenden Hoffnungen, Handlungen und Enttäuschungen in der Intelligenz dieses Kosaken-Gebiets. Viele Angehörige gehörten zur »Weißen Bewegung« und emigrierten nach deren Niederlage. Wladislaw B. Akse-now geht auf die künstlerische Reflexion des Jahres 1917 durch Zeitgenossen, Angehörige der künstlerischen und literarischen Intelligenz ein. Er relativiert und korrigiert damit das frühere Bild von der weitgehenden Zustimmung der Intelligenz zur Oktoberrevolution.⁹¹

Wendet man sich der nationalen Problematik in der Revolution zu, so fällt die geringe Zahl von Publikationen über die Teilnahme nichtrussischer Völker an der Revolution auf. Offensichtlich ist eine Beschäftigung mit solcher Thematik, wenn sie überhaupt stattfindet, in die nationale Historiographie der postsowjetischen Staaten unter dem Gesichtspunkt der Eigenständigkeit übergegangen. So wird in der heutigen ukrainischen Historiographie über die »Ukrainische Revolution 1917–1920« geschrieben, die zur Errichtung einer »totalitären Ordnung« führte. Letzteres wird auch für Belarus in dessen Geschichtsschreibung so gesehen.⁹²

In einem aufschlußreichen Beitrag befaßte sich jüngst Irina A. Shdanowa mit dem »Problem des föderativen Staatsaufbaus in der Februarrevolution 1917«⁹³ unter den Aspekten des Verhaltens der Provisorischen Regierung, der Parteien und der nationalen Bewegungen zu diesem aktuellen Problem, das keiner Lösung zugeführt wurde. Trotz vieler Beratungen, der Arbeit von Kommissionen, der deklamatorischen Zustimmung zum Gedanken der Föderation, auch seitens der nationalen Bewegungen,⁹⁴ war das Grundinteresse der entscheidenden Kräfte an einer Föderation nicht gegeben. Und der Imperiumscharakter des russischen Föderalismus in der Februar-Periode gearbete bei den Bolschewiki nach dem Oktober die Wiederherstellung der Imperiumstradition im Zeichen

91 Siehe Vladimir B. Akse-nov: 1917 god v chudožestvennom vosprijatii sovremennikov. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2002)1. S. 96–101.

92 Siehe Iljustrivana istorija Ukrain. Kiew 2001. – Ukrain's'ka revoljucija i deržavnist' (1917–1920 rr.). Naukovo-bibliografične vidannja. Kiew 2001. – Gistoryja Belarusi. Tom pjaty: Belarus' u 1917–1945 gg. Minsk 2006.

93 Siehe Irina A. Ždanova: Problema federativnogo ustrojstva gosudarstva v Fevral'skoj revoljucii 1917g. In: Voprosy istorii. Moskau (2007)7. S. 17–29.

94 Siehe u. a. die Memoiren von Mustafa Tschokajew, Führer und Ideologe der national-revolutionären Bewegung in Turkestan (siehe Mustafa Čokaev: Otryvki iz vospominanij o 1917 g. Tokio, Moskau 2001. 53 S.).

des Föderalismus.⁹⁵ Spezieller hat das Verhalten der Provisorischen Regierung D. Ja. Bondarenko am Beispiel der Ukraine gezeigt.⁹⁶ Mit den vom Islam geprägten Völkern Rußlands in der Revolutionszeit beschäftigt sich intensiv S. M. Ischakow. Er legte 2004 – erstmalig in der Historiographie, wie es hieß – eine Monographie »Die Muselmanen Rußlands und die Revolution (Frühjahr 1917 – Sommer 1918)«⁹⁷ vor. Den Blick auf Tataren und Baschkiren in dieser Zeit richtete jüngst Rafael F. Muchametdinow.⁹⁸ Der grundlegende Widerspruch zwischen der tatarischen und baschkirischen Elite bestand damals darin, daß erstere bemüht war, eine große turk-tatarische Nation zu formieren, in die auch die Baschkiren eingehen sollten. Nach Meinung der Tataren könnte nur eine einheitliche Turknation in politischer und kultureller Hinsicht der Assimilation von Seiten der Russen widerstehen und völlig selbständig existieren. Die baschkirische Elite stellte den Gesichtspunkt der Bewahrung der baschkirischen Identität und der Schaffung einer baschkirischen Nation in den Vordergrund. Sie fürchtete eine Auflösung der Baschkiren innerhalb der turk-tatarischen Nation.⁹⁹

Große Aufmerksamkeit wird der Thematik »Juden in der Revolution und im Bürgerkrieg« zuteil. Sie ist dem größeren Thema »Juden in der Geschichte Rußlands« zugeordnet, zu dem in den letzten Jahren eine beachtliche Zahl von Veröffentlichungen erschien, darunter das sehr umstrittene, auch ins Deutsche übertragene Werk von Alexander Solschenizyn »zweihundert Jahre zusammen«.¹⁰⁰ Besonders Oleg W. Budnizki, leitender Mitarbeiter des Instituts für Russische Geschichte der Akade-

95 Siehe Irina A. Ždanova: Problema federativnogo ustrojstva gosudarstva v Fevral'skoj revoljucii 1917g. In: Voprosy istorii. Moskau (2007)7. S. 27.

96 Siehe D. Ja. Bondarenko: Vremennoe pravitel'stvo i problem avtonomii Ukrainy (ijul' – oktjabr' 1917 g.). In: Otečestvennaja istorii. Moskau (2006)1. S. 54–64.

97 Siehe S. M. Ischakow: Rossijskie musul'mane i revoljucija (vesna 1917 g. – leto 1918 g. Moskau 2004. – Institut Rossijskoj istorii RAN v 2004 godu. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2005)4. S. 200. – Das Buch stand mir nicht zur Verfügung.

98 Siehe Rafael' F. Muchmetdinov: Tataro-baškirkij vopros v 1917 godu. In: Voprosy istorii. Moskau (2007)7. S. 135–138.

99 Siehe ebenda. S. 135.

100 Siehe Alexander Solschenizyn: Zweihundert Jahre zusammen. Band 2: Die Juden in der Sowjetunion. München 2003. – Der Sicht auf »200 Jahre zusammen« ist jüngst eine auf 2000 Jahre gefolgt (siehe Vsevolod Vičnovič: 2000 let vmeste: evrei Rossii. St Petersburg 2007. 320 S.).

mie, durch zahlreiche Publikationen ausgewiesen als hervorragender Kenner der Geschichte des Terrorismus, der russischen Emigration und des russischen Judentums, widmet sich ihr. Nach einem Band »Die Juden und die russische Revolution« mit Materialien und Untersuchungen legte er 2006 eine fundamentale Monographie »Die Juden Rußlands zwischen Roten und Weißen (1917–1920)«¹⁰¹ vor. Sie entzieht Verleumdungen von einer »jüdisch-bolschewistischen Verschwörung und Revolution« den Boden, zeichnet ein beeindruckendes und erschütterndes Bild von der Lage und Stellung der Juden sowohl bei den »Roten« und »Weißen« und zwischen diesen. Er konstatiert sachlich Tatsachen und Zusammenhänge, von denen einige genannt seien:

Die Juden spielten eine bemerkenswerte, aber niemals eine entscheidende Rolle in der russischen Revolution.

Die Februarrevolution und die Abschaffung aller Einschränkungen, denen die Juden früher ausgesetzt waren, durch die Provisorische Regierung wurden vom russischen Judentum begeistert begrüßt.¹⁰²

Die Juden unterlagen keinen Verfolgungen von Seiten der Sowjetmacht unter dem Aspekt nationaler Kennzeichen. Die Führung der Bolschewiki war sich antisemitischer Stimmungen in der Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter, Soldaten und Bauern, bewußt und trat ihnen entgegen. Es gab Exzesse, aber diese erfolgten nicht entsprechend, sondern entgegen der Generallinie, und wurden geahndet. Der Anteil von Juden in Führungspositionen der Bolschewiki war beträchtlich, aber nicht ungewöhnlich im Vergleich zu anderen Parteien. Unter den 159 Emigranten, die in »plombierten Waggons« über Deutschland nach Rußland zurückkehrten, waren 99 Juden. In der ersten Gruppe von 29 Personen, die zusammen mit Lenin zurückkam, waren es 17. Doch die Masse der russischen Juden gehörte durchaus nicht zu den Kampfgefährten Lenins.¹⁰³

Der Zustrom von Juden in sowjetischen Dienst muß nicht verwundern. Er ergab sich aus der Sachlage, daß viele jüdische Flüchtlinge aus

101 Siehe *Evrei i russkaja revolucija: Materialy i issledovanija*. Moskau, Jerusalem 1999. – Oleg V. Budnickij: *Rossijskie evrei meždu krasnymi i belymi (1917–1920)*. Moskau 2006. 552 S. (siehe die Rezension von Wladimir Buldakow in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2006)5. S. 168–171).

102 Siehe Oleg V. Budnickij: *Rossijskie evrei meždu krasnymi i belymi (1917–1920)*. Moskau 2006. S. 71.

103 Siehe ebenda. S. 71.

den Kriegsgebieten in die Hauptstädte gekommen waren. Sie hatten oft keine Arbeit und nahmen die vakanten Arbeitsplätze in den Verwaltungen ein. Dabei ergab sich ein jeweils unterschiedlicher, auch zeitweise hoher Anteil jüdischer Mitarbeiter.¹⁰⁴ In der Partei der Bolschewiki betrug ihr Anteil Anfang 1917 4,3 Prozent und 1921 dann 2,5 Prozent. Der Anteil der Juden in der Tscheka, der Gesamtrussischen Außerordentlichen Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage, dem Repressivorgan der Sowjetmacht, entsprach dem in anderen Einrichtungen des Sowjet-, Partei- und Militärapparates. Deshalb hat es keinen Sinn, nach besonderen Motiven zu suchen, die Juden veranlaßten, in den Dienst der Tscheka zu treten.¹⁰⁵

Groß war der Schrecken antijüdischer Pogrome, die in der Geschichte Rußlands hinsichtlich der Opfer und der Grausamkeiten ohne Beispiel sind und besonders in der Ukraine häufig waren. Die Angaben differieren zwischen 50.000 und 200.000 Toten. Es differieren auch die Meinungen über die Schuldigen an diesen Pogromen. Sie sind zweifellos nicht allein »den Russen«, den roten und den weißen, zuzuschreiben, finden sich aber ohne Zweifel in den Reihen der Weißen konzentriert.

Auch auf das Konto der Roten Armee kommen nicht wenige Pogrome. Jedoch die Sowjetmacht, im Unterschied zur Führung der Weißen, wollte Pogrome wirklich unterbinden, und sie beabsichtigte nicht, Antisemitismus als ideelles Banner zu nutzen; ihr reichten die für die Massen anziehenden Losungen, über die die Weißen nicht verfügten. Die Bolschewiki zeigten, daß sie selbst nicht vor Massenerschießungen von Pogrombeteiligten zurückschreckten, wenn das erforderlich war.¹⁰⁶ So wurden allein in der Ersten Reiterarmee bis zu 400 erschossen.¹⁰⁷ Die Mehrheit der Juden hatte keine besonderen Gründe, die Bolschewiki zu lieben, die die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz zerstörten, Handel und Unternehmertum zum Verbrechen erklärten und »religiöse Vorurteile« beseitigen wollten. Jedoch die Wahl zwischen Roten und Weißen verwandelte sich für die Juden immer mehr zu einer Wahl zwischen Leben und Tod. Es ist nicht verwunderlich, daß sie das erste vorzogen.¹⁰⁸

104 Siehe ebenda. S. 103ff.

105 Siehe ebenda. S. 141.

106 Siehe ebenda. S. 493.

107 Siehe ebenda. S. 491.

108 Siehe ebenda. S. 493.

Die Erfahrungen des Bürgerkrieges demonstrierten der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung des Landes, daß sie sich nur unter der Sowjetmacht in Sicherheit fühlen konnte. Mehr noch – unter der Sowjetmacht eröffneten sich für die Juden bis zu dieser Zeit unbekannte Möglichkeiten der Bildung, der politischen und beruflichen Karriere. Doch dafür mußten sie zahlen – zahlen mit der Aufgabe der Religion, der Sprache, der Kultur, mit einem Wort, mit der Aufgabe der nationalen Identität, d. h. mit allem, was die Juden im Verlaufe von Jahrtausenden, einschließlich von anderthalb Jahrhunderten Aufenthalts im Russischen Imperium, bewahrt hatten.¹⁰⁹

Budnizki zeigt bestimmte Seiten des »Alltags« in Revolution und Bürgerkrieg. Dieser Alltag im Leben der Menschen findet das Interesse der Forscher. Das drückt sich in schon genannten Publikationen und einigen speziellen Arbeiten aus.

So wurden in einem Sammelband Petrograd und seine Einwohner in den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges betrachtet.¹¹⁰ Dies geschah mehr von generellen Gesichtspunkten aus als vom Standpunkt der Besonderheiten und des wirklichen Lebens in der Stadt, die ihre Funktion als Regierungssitz verlor und deren Einwohnerschaft von 2.415.700 im Jahre 1916 auf 722.229 im Jahre 1920 zusammenschmolz. »Friedhofsruhe«, Hunger und zugleich wachsende Kriminalität traten zu Tage. Der Band befriedigte seine Rezensenten in wesentlichen Teilen nicht.¹¹¹ Speziell die Kriminalität in Petrograd und den Kampf gegen sie in den Jahren 1917 bis 1921 untersuchte Wadim I. Mussajew.¹¹² Er sah die hohe Kriminalität als Phänomen in Umbruchsetappen der Gesellschaft.

Dem »Leben in der Katastrophe«, dem Alltag der Bevölkerung des Urals in den Jahren 1917 bis 1922 ging Igor W. Narski in einer umfang- und materialreichen Monographie nach.¹¹³ Wie vollzog sich das gewöhnliche Leben unter den ungewöhnlichen Bedingungen der Revolution? Was sahen und durchlebten die Einwohner der Region, die eines der Epizen-

109 Siehe ebenda. S. 500.

110 Siehe Petrograd na perelome epoch. Gorod i ego žiteli v gody revoljucii i graždanskoj vojny. St. Petersburg 2000.

111 Siehe Voprosy istorii. Moskau (2002)9. S. 165ff.

112 Siehe Vadim I. Musaev: Prestupnost' v Petrograde v 1917–1921 gg. i bor'ba s nej. St. Petersburg 2001.

113 Siehe Igor V. Narskij: Žizn' v katastrofe: Budni naselenija Urala v 1917–1922 gg. Moskau 2001. 632 S.

tren des Bürgerkrieges war? Wie erklärte sich der unbekannte »kleine Mensch«, was mit ihm und um ihn geschah? Welche Linien des Verhaltens, welche Formen der Anpassung und des Protestes fand er? Antworten auf diese und andere Frage suchte der Autor unter Heranziehung neuer und wenig beachteter Quellen zu finden. Viele sind originell, kennzeichnend für die Situation und den einfachen Menschen. In den drei genannten Publikationen wurde auch die Problematik der Massentrunkheit (»Pjanaja rewoljuzija«) mit ihren Auswüchsen tangiert¹¹⁴ – eine Erscheinung, die mit der Februarrevolution deutlich wurde, nicht nur die Städte und die Armee, sondern auch Teile der Bauernschaft erfaßte. Sie hatte beachtliche Wirkungen, fand aber früher wenig Beachtung.

Sowohl zum Alltag als auch zu den »Feiertagen« der Revolution gehörte der Umgang mit Symbolen – Hymnen, Flaggen, Orden, Uniformen, Namen u. a. In einer aufschlußreichen Monographie ist Boris I. Kolonizki den politischen Kämpfen um die alten und neuen Symbole der Macht als Beitrag zum Studium der politischen Kultur der Russischen Revolution von 1917 nachgegangen.¹¹⁵ Die militärische Symbolik der Februarrevolution verdeutlichte Swetlana A. Solnzewa.¹¹⁶

Zur Russischen Revolution gehören ihre Wirkungen im Ausland und das Verhältnis anderer Mächte zum »neuen« Rußland. Dieser Thematik sind wenige Arbeiten gewidmet. Sie wurde auch von mir nicht gründlich verfolgt. Eingegangen sei nur auf zwei kürzlich erschienene, auswertungswürdige Veröffentlichungen von Sergei W. Listikow zum Verhältnis der USA zur Russischen Revolution von 1917.¹¹⁷ Ihr Autor geht der Fra-

114 Siehe ebenda. S. 196ff. – Vadim I. Musaev: Prestupnost' v Petrograde v 1917–1921 gg. i bor'ba s nej. St. Petersburg 2001. S. 46ff. – Petrograd na perelome epoch. Gorod i ego žiteli v gody revoljucii i graždanskoj vojny. St. Petersburg 2000. S. 79.

115 Siehe Boris I. Kolonickij: Simvolj vlasti i bor'ba za vlast': K izučeniju političeskoj kul'tury rossijskoj revoljucii 1917 goda. St. Petersburg 2001.

116 Siehe Svetlana A. Sol'nceva: Voennaja simbolika Fevral'skoj revoljucii. In: Voenno-istoričeskij žurnal. Moskau (1999)5. S. 68–78.

117 Siehe Sergej V. Listikov: SŠA i revoljucionnaja Rossija v 1917 godu. K voprosu ob al'ternativach amerikanskoj politiki ot Fevralja k Oktjabrju. Moskau 2006 (siehe die Rezension in Otečestvennaja istorija. Moskau (2007)3. S. 198–201). – Sergej V. Listikov: Vosprijatie russkich revoljucij 1917 g. v SŠA: Modeli i obrazy. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2007)1. S. 63–77. – In einem Aufsatz von Fritz Klein vermißt man Darlegungen zu diesem Verhältnis (siehe Fritz Klein: Schicksalsjahr 1917: Wilson oder Lenin. Weichenstellung der Weltgeschichte. In: UTOPIE kreativ. Berlin (September 2007)203. S. 836–850.

ge nach, ob es für Washington unter Präsident Woodrow Wilson die Möglichkeit gab, in Rußland die westliche Form der Demokratie zu sichern, und, wenn ja, welche Varianten man dort sah, und warum sie nicht realisiert wurden. Er ist der Meinung, Wilson und seine Umgebung waren 1917 nicht bereit und fähig zu einer dynamischen Politik, die den wechsellvollen revolutionären Ereignissen in Rußland gerecht wurde. Die außenpolitische Linie Washingtons charakterisierte Vorsicht, Zurückhaltung und den Verzicht auf energisches Handeln. Jedoch in Rußland hatte Wilson keinen Erfolg, nicht zuletzt wegen seines politischen Idealismus und seiner übermäßigen Vorsicht; Rußland nach der Oktoberrevolution war für lange Jahrzehnte für die westliche Demokratie verloren.¹¹⁸ Dem stellte der Rezensent, A. W. Ignatjew, eine andere Sicht entgegen: Angesichts der tiefen Krise, in der sich Rußland 1917 befand, lagen vor ihm verschiedene Wege: die parlamentarisch-bourgeoise Entwicklung; die Errichtung einer Militärdiktatur, in ihrem Gehalt auch bürgerlich; eine sozialistische Diktatur in Gestalt der Sowjetmacht und schließlich der Triumph der Anarchie und des Chaos mit dem folgenden Zusammenbruch des Staates. Die bürgerlich-liberalen Kreise, mit denen die Regierungen der Entente sympathisierten, und die von den gemäßigten Sozialisten gestützt wurden, zeigten ihr Unvermögen, mit der Krise fertig zu werden. Die Versuche, in Rußland eine Militärdiktatur, auch mit einem Teil der Verbündeten, zu errichten, scheiterten zweimal, in den Tagen der Aprilkrise und mit dem Kornilow-Putsch, weil die Soldaten sich den Offizieren verweigerten. Aus den verbliebenen Alternativen war der Machtantritt der Linksradiakalen vorzuziehen, da er es ermöglichte, im wesentlichen die Ganzheit und Unabhängigkeit des Landes zu bewahren und die brennenden Fragen des Friedens, des Bodens und der Organisation der Macht, ausgehend von den Bestrebungen der Volksmassen Rußlands, zu lösen.¹¹⁹

Angesichts der genannten Autoren und Publikationen darf nicht übersehen werden, daß Historiker der Emigration mit ihren meinungsprägenden Büchern und mit ihrer antibolschewistischen Stoßrichtung wiederholt aufgelegt wurden – u. a. Georgi M. Katkow zur Februarrevolution und

118 Siehe Sergej V. Listikov: *Vosprijatie russkich revolucij 1917 g. v SŠA: Modeli i obrazy*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2007)1. S. 74.

119 Siehe die Rezension von A. V. Ignat'ev in ebenda. Moskau (2007)3. S. 201.

Sergei P. Melgunow zur Oktoberrevolution.¹²⁰ Für Letzteren gehört die Frage nach dem deutschen Geld als »Schlüsselfrage« dazu. Ihr sind auch Witali I. Starzew¹²¹ u. a. nachgegangen, ohne befriedigende Antworten, besonders zu seiner Verwendung, zu finden.

PERSÖNLICHKEITEN DER REVOLUTION

Die Erforschung der Revolution und ihre Darstellung schloß immer die Beschäftigung mit ihren führenden Persönlichkeiten, ihren Protagonisten und Feinden, mit ein, allerdings in den verschiedenen Etappen der Geschichtsschreibung in unterschiedlicher Ausrichtung und Auswahl. Biographien, Autobiographien und Memoiren prägten im letzten Jahrzehnt, wie im vorhergehenden, wesentlich die Historiographie und Publizistik, verfaßt von heutigen Autoren, darunter auch ausländischen, sowie von Akteuren und Zeitgenossen der Revolution. Dabei nahm die negative Sicht auf Protagonisten der Sowjetmacht, wie sie in der Sowjetunion verwirklicht wurde, zu und wurde die Zahl derer, mit denen man sich beschäftigte, geringer. Lenin, Trotzki und Stalin blieben im Blick. Hingegen rückten weiter die Gegner der Bolschewiki und der Sowjetmacht als Verteidiger von Demokratie, Freiheit und nationaler Größe ins Rampenlicht. Allerdings wurden auch Bestrebungen deutlicher, dem antikommunistischen Diskurs entgegenzutreten, Persönlichkeiten der Revolution allseitig zu erfassen, sie aus ihrer Zeit heraus zu verstehen und entsprechend gerecht zu würdigen.

Die Hinwendung zum Schicksal der Zarenfamilie in Geschichtsschreibung, Publizistik und Medien wurde zur Euphorie, in der der politische Hintergrund deutlich ist.¹²²

120 Siehe Georgij M. Katkov: *Fevral'skaja revoljucija*. Moskau 1997 und 2006. 478 S. – Sergej P. Mel'gunov: *Kak bol'sheviki zachvatili vlast'. Oktjabr'skij perevorot 1917 goda. »Zolotoj nemeckij kluč« k bol'shevistskoj revoljucii*. Moskau 2005. 640 S.

121 Siehe V. I. Starcev: *Nemeckie den'gi i russkaja revoljucija: Napisannyj roman Ferdinanda Ossendovskogo*. 3. Aufl. 3. St. Petersburg 2006. 288 S.

122 Diese literarisch-politische Euphorie kann hier nicht weiter verfolgt werden. Verwiesen sei auf A. N. Bochanov: *Imperator Nikolaj II*. 4. Aufl. Moskau 2006. – Z. I. Beljakova: *Romanovy. Kak éto bylo*. St. Petersburg 2006. – M. K. Diterichs: *Ubijstvo carskoj sem'i i členov Doma Romanovyh na Urale*. Moskau 2006. 712 S.

Die genannten Tendenzen sollen hier im einzelnen nicht systematisch, doch mit einigen Beispielen belegt werden.

Der Persönlichkeit Lenins waren mehrere Publikationen mit unterschiedlichem Duktus gewidmet. Ein Sammelband mit 422 zumeist unbekanntem Dokumenten sollte tiefere Einsicht in sein Leben und Wirken geben.¹²³ Sein persönliches Leben und das der Familie Uljanow mit »Familiengeheimnissen« wollten zwei Autoren ergründen.¹²⁴ In einer Übersetzung aus dem Englischen sah Georgi W. Wernadski, Emigrant und Historiker, auf Lenin als »roten Diktator«.¹²⁵ Gründlich hat sich E. G. Plimak mit den Erfahrungen Lenins in der Übergangsepoche, besonders der Revolution, auseinandergesetzt und dabei Zustimmung, Bedenken und Widerspruch seines Rezensenten Ju. I. Igrizki erfahren.¹²⁶ Dieser fand, daß das Buch an jene Leser adressiert sei, die noch glauben, daß der Staatssozialismus möglich und auf jeden Fall für Rußland notwendig sei. Dem politischen Vermächtnis Lenins ist Walentin A. Sacharow unter dem Aspekt die »Realität der Geschichte und die Legenden der Politik« auf den Grund gegangen.¹²⁷ Er kam dabei zu der Auffassung, daß ein Teil der letzten Schriften Lenins, seines sogenannten »politischen Vermächtnisses/Testaments« (»Brief an den Parteitag«; »Zur Frage der Nationalitäten oder der Autonomie«) nicht von ihm stammt, sondern dem Kreis um Trotzki zuzurechnen sei. Darüber entbrannte Streit. Vier Historiker werteten in der Zeitschrift »Vaterländische Geschichte« die Arbeit Sacharows hoch, doch sahen sie vieles als problematisch an.¹²⁸ Das bedeutet, diese Schriften weiterhin Lenin zuzuordnen, aber sich der Problematik bewußt zu sein. Dies gilt auch für die kürzlich erschienene

123 Siehe V. I. Lenin. Neizvestnye dokumenty. 1891–1922 gg. Moskau 1999. 607 S. (siehe die Rezension in Voprosy istorii. Moskau (2002)8. S.159–162).

124 Siehe V. E. Mel'ničenko: Ličnaja žizn' Lenina. Moskau 1998. 272 S. – Michail Štejn: Ul'janovy i Lenin. Semejnye tajny. St. Petersburg 2005. 512 S.

125 Siehe Georgij V. Vernadskij: Lenin – krasnyj diktator. Moskau 1998.

126 Siehe E. G. Plimak: Politika perechodnoj epochi. Opyt Lenina. Moskau 2004. 316 S. (siehe die Rezension in Otečestvennaja istorija. Moskau (2005)5. S. 199 bis 201).

127 Siehe Valentin A. Sacharov: »Političeskoe zaveščanie« Lenina: real'nost' istorii i mify politiki. Moskau 2003. 717 S.

128 Siehe V. P. Ivanov/V. T. Ermakov/A. V. Sachin/S. V. Tjutjukin: Prodolženie sporov vokrug »Političeskogo zaveščanija« V. I. Lenina. Četyre vzgljada na odnu knigu. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2005)2. S.162–174.

Publikation zu diesem »Vermächtnis«. ¹²⁹ Angesichts der vielen und heftigen Auseinandersetzungen um Lenin sah sich Sh. Trofimow veranlaßt, mit »Lüge und Wahrheit« über Lenin bekannt zu machen. ¹³⁰

Leo Trotzki als die große Persönlichkeit der Revolution ist dem Interessierten in letzter Zeit zugänglich durch die schon vor Jahren in mehreren Ländern erschienene, großangelegte Trotzki-Biographie von Isaak Deutscher, durch Trotzki's Autobiographie »Mein Leben« und durch sein theoretisches Werk »Die permanente Revolution«. ¹³¹ Spezielle Untersuchungen zum Wirken Trotzki's in Revolution und Bürgerkrieg fehlen. Offensichtlich fehlt dazu den heutigen Historikern der innere und äußere Ansporn.

Ähnlich ist die Sachlage in bezug auf Stalin, um dessen Person und Bewertung geradezu ein wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Kampf geführt wird. Über ihn erschienen Jahr für Jahr Publikationen biographischen Charakters, in denen zum einen sein politisches Wirken im Vordergrund stand und zum anderen das persönliche Leben dieses Mannes zur Geltung gebracht wurde. Rechtfertigung seines Verhaltens war dabei nicht selten. ¹³² In diese Gesamtsichten sind Revolution und Bürgerkrieg als wichtige Lebensabschnitte eingeschlossen. Eine Tendenz früherer Jahre, Stalins Wirken in dieser Zeit als unbedeutend hinzustellen, setzte sich nicht fort. Einige dieser Veröffentlichungen seien genannt: Juri W. Jemeljanow veröffentlichte 2002 die zweibändige Biographie »Stalin: Der Weg zur Macht« und »Stalin: Auf dem Gipfel der Macht«. ¹³³ Der Autor will weitverbreiteten Legenden über Leben und Wirken eines der »hervorragendsten und widersprüchlichsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts« entgegentreten. Er zeigt Stalin in seiner Widersprüchlichkeit, wendet sich jedoch vor allem gegen negative Klischees und Urteile, weniger gegen verherrlichende und gegen verdeckende Retuschierungen. Der erste Band wurde fast zur Hälfte Stalins Wirken in der »Universität

129 Siehe Rudolf Balandin: Tajny zaveščanija Lenina. Moskau 2007.

130 Siehe Ž. Trofimov: Krivda i pravda o Lenine. Moskau 2006.

131 Siehe Isaak Dojčer: Trockij. V 3ch tomach. Moskau 2006. – Lev Trockij: Moja žizn'. Moskau 2006. 756 S. – Lev Trockij: Permanentnaja revoljucija. Moskau 2005. 570 S.

132 Siehe als knappen Einblick Horst Schützler: »Dossiers ohne Retusche«? Meinungsstreit um Stalin in Rußland. In: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen. Berlin 2003. S. 100–104.

133 Siehe Ju. V. Emel'janov: Stalin. T. 1: Put' k vlasti. – T. 2: Na veršine vlasti. Moskau 2002.

der Revolution« und in der »Akademie des Bürgerkrieges« gewidmet.¹³⁴ Das Anliegen dieser Biographie aggressiv weiterführend, setzte sich Jemeljanow jüngst mit den immer wiederkehrenden Versuchen auseinander, über Stalin »Gericht« zu halten. Er wählte für dieses Buch den bezeichnenden Titel: »Stalin vor dem Gericht der Pygmäen«.¹³⁵ Zu diesen dürfte er auch Robert Brackman rechnen, der mit seinem 2004 übersetzten Buch über Stalins verheimlichtes Leben diesen wieder als Geheimagenten der zaristischen Ochrana ins Blickfeld rückte.¹³⁶ Stalin in seinem alltäglichen Leben geht Jewgeni Gusljarow an Hand von Erinnerungen der Zeitgenossen, Dokumenten und Meinungen von Historikern nach. Dazu gehört die »Revolution und die Liebe – Iosif und Nadesda«.¹³⁷ »1917: Liebe und Oktoberrevolution. Allilujewa« nennt der angesehene Historiker Boris S. Ilisarow, leitender Mitarbeiter im Institut für Russische Geschichte der Akademie, ein Kapitel seines Buches »Das geheime Leben Stalins«.¹³⁸ Diese locker, nicht sensationslüstern geschriebene Biographie fand großen Anklang mit Ausgaben 2002, 2003 und 2004. Eine »Politische Biographie Stalins« schreibt Nikolai I. Kapschenko, deren erster Band 2004 erschien.¹³⁹ Der Autor schildert Sachverhalte, nennt die Auseinandersetzungen um diese und sagt seine eigene Auffassung. Er will so den Leser befähigen, mitzudenken und sich eine eigene Meinung zu bilden. In drei Kapiteln schildert er das politische Schicksal Stalins in Revolution und Bürgerkrieg.¹⁴⁰ Bei der Befriedigung des Interesses an Stalin wurde und wird auch auf ausländische Historiker zurückgegriffen. So auf den US-Historiker Robert Tucker, dessen 1973 erschienene Stalin-Biographie 1990 und wiederum 2006 unter dem Titel »Stalin. Weg zur Macht 1879 –1929. Geschichte und Persönlichkeit« in russischer Übersetzung herausgegeben wurde.¹⁴¹

134 Siehe Ju. V. Emel'janov: Stalin. T. 1: Put' k vlasti. Moskau 2002. S. 129–331.

135 Siehe Ju. V. Emel'janov: Stalin pered sudom pigmeev. Moskau 2007.

136 Siehe Roman Brakman: Sekretnaja papka Iosifa Stalina. Skrytaja žizn'. Per. s angl. Moskau 2004.

137 Evrennij Gusljarov: Stalin v žizn'. Moskau 2003. S. 117ff.

138 Siehe Boris S. Ilizarov: Tajnaja žizn' Stalina. Po materialam ego biblioteki i arhiva. K istoriosofii stalinizma. 3. Aufl. Moskau 2004. S. 317ff.

139 Siehe Nikolai I. Kapčenko: Političeskaja biografija Stalina. Tom I: 1879–1924. Twer 2004.

140 Siehe ebenda. S. 342ff.

141 Siehe Robert Taker: Stalin. Put' k vlasti 1879–1929. Istorija i ličnost'. Moskau 2006.

Wenn Persönlichkeiten ins Licht gesetzt werden sollen, dann gehören auch ihre Selbstzeugnisse – Aufzeichnungen, Briefe und Memoiren dazu. Hier haben die Persönlichkeiten, die im antibolschewistischen Lager standen, eine reichhaltige Hinterlassenschaft zur Herausgabe und Auswertung in die Hände der Historiker gegeben.

Aufmerksamkeit verdienen private Zeugnisse über die Revolution 1917 und ihre wichtigen Akteure in Briefen von Anatoli W. Lunatscharski und Juli O. Martow. Sie wurden trotz gegensätzlicher Positionen in einem Band veröffentlicht und spiegeln ihre Stimmungen, Haltungen und Urteile über andere Personen wider.¹⁴²

Zum 150. Geburtstag von Georgi W. Plechanow am 11. Dezember 2006 wurde der Blick auf diesen bedeutenden Theoretiker und Revolutionär, den Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, und auf sein philosophisches, theoretisches und politisches Erbe gerichtet.¹⁴³ In zweiter, ergänzter Ausgabe erschien das Buch von A. S. Bereshanski »Plechanow: Vom Volkstümlertum zum Marxismus«.¹⁴⁴

Als ausgewiesener Plechanow-Kenner hat Stanislaw Tjutjukin zusammen mit Boris Orlov diese hervorragende Persönlichkeit der russischen revolutionären Bewegung (mit ihrer Ablehnung der Oktoberrevolution) mit dem Bezug auf das heutige Rußland gewürdigt.¹⁴⁵ Die Autoren stellten fest, daß zur Sowjetzeit Plechanow vor allem als marxistischer Denker gewürdigt wurde. Heute sei er als Revolutionär und Sozialist faktisch vergessen, werde aber als Philosoph, Soziologe und Literaturwissenschaftler und – das sei das wichtigste – als politischer Antagonist des Bolschewismus und Kritiker Lenins und der Oktoberrevolution, als ein bedeutender Repräsentant der russischen Kultur und einer ihrer ersten Kämpfer mit dem totalitären sowjetischen Regime gesehen.¹⁴⁶ Dem schlossen sich die Autoren in dieser Einseitigkeit nicht an.

Als Antagonisten des Bolschewismus und Kritiker Lenins und der Oktoberrevolution kamen jüngst zu Wort: Wiktor M. Tschernow, Mitbe-

142 Siehe 1917: častnye svidetel'stva o revoljucii v pis'mach Lunačarskogo i Martova. Moskau 2005.

143 Siehe Istoričeskij archiv. Moskau (2006)6. S. 3ff.

144 Siehe A. S. Berežanskij: Plechanov: ot narodničestva – k marksizmu. Izd. 2, dop. Moskau 2006.

145 Siehe Boris S. Orlov/Stanislaw V. Tjutjukin: G. V. Plechanov i sovremennaja Rossi-ja. In. Otečestvennaja istorija. Moskau (2006)6. S. 180–192.

146 Siehe ebenda. S.182.

gründer und Theoretiker der Partei der Sozialrevolutionäre, ihr führendes ZK-Mitglied, Minister für Landwirtschaft in der Provisorischen Regierung, war mit seinen Memoiren über die »Große russische Revolution« präsent.¹⁴⁷ Irakli G. Zereteli, einer der Führer der Menschewiki, Mitglied der Provisorischen Regierung, verdeutlichte in seinen Erinnerungen die »Krise der Macht«.¹⁴⁸ Wassili Maklakow, führendes Mitglied des ZK der Kadetten und Mitglied der Staatsduma, und Michail W. Rodsjanko, Vorsitzender der IV. Staatsduma, gaben ihre Rückblicke auf den Zerfall des Russischen Imperiums und auf die Revolution.¹⁴⁹ Natürlich war auch Alexander F. Kerenski, führender Trudowik, dann Sozialrevolutionär, Mitglied und Ministerpräsident (8. Juli) der Provisorischen Regierung und Oberster Befehlshaber der Armee (30. August), eine Kultfigur der Revolution, mit seiner Darstellung der Revolution und seiner Person unübersehbar dabei.¹⁵⁰

BÜRGERKRIEG, »WEISSE BEWEGUNG« UND EMIGRATION

Revolution und Bürgerkrieg sind voneinander nicht zu trennen, sie gehen ineinander über und gehören zusammen – das verdeutlicht die Grundlage der historischen Literatur. Der Bürgerkrieg – darüber besteht weitgehend Konsens – wird als gesamt nationale Tragödie aufgefaßt, für die Schuldige gesucht und zumeist die Bolschewiki mit Lenin ausgemacht werden. Im normal gewordenen Begriffsbild »Weiße Bewegung« spiegelt sich die antibolschewistische Bewegung, die nicht mehr durchgehend als »konterrevolutionär« gesehen wird. Die Emigration betraf nicht nur die »Weiße Bewegung«, sondern ca. zwei Millionen Bürger Ruß-

147 Siehe Viktor M. Černov: Velikaja russkaja revoljucija. Vospominanija predsedatelja Učreditel'nogo sobranija. 1905–1920. Moskau 2007. 430 S.

148 Siehe Iraklij G. Cereteli: Krizis vlasti. Vospominanija lidera men'shevikov, deputata II. Gosudarstvennoj dумы. 1917–1918. Moskau 2007. 255 S.

149 Siehe Vasili Maklakov: Vospominanija. Lider Moskovskich Kadetov o russkoj politike. 1880–1917. Moskau 2006. 351 S. – Michail V. Rozjanko: Krušenie Imperii i Gosudarstvennaja дума i fevral'skaja 1917 goda revoljucija. Moskau 2002.

150 Siehe Boris I. Kolonickij: Kul't A. F. Kerenskogo: obrazy revoljucionnoj vlasti. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)4. S. 105–108. – Aleksandr F. Kerenskij: Russkaja revoljucija. 1917. Per. s fr. Moskau 2005. 384 S. – Rossija v povorotnoj moment istorii. Moskau 2006. 478 S. – Tragedija dinastii Romanovyč. Per. s.fr. Moskau 2005. 207 S.

lands unterschiedlicher Herkunft, Anschauungen und Verhaltensweisen, die nicht allein von den Bolschewiki »verjagt« wurden, sondern die Revolution und Bürgerkrieg insgesamt außer Landes trieb.

Die historische Literatur zu dieser Gesamthematik ist unübersehbar und im letzten Jahrzehnt weiter beträchtlich angewachsen, stärker als die Veröffentlichungen zur Revolution des Jahres 1917. Sie wird wesentlich geprägt von der Literatur der Emigration sowohl hinsichtlich der Herausgabe ihrer Publikationen und unveröffentlichter Materialien in ganzen Serien¹⁵¹ als auch ihrer – oft unkritischen, tendenziösen – Auswertung und Verarbeitung durch heutige Historiker, Publizisten¹⁵² und Medien. Die »Weiße Bewegung« dominiert; die »Rote Bewegung«, der berechtigte Kampf der Bolschewiki und ihrer Verbündeten um die Erhaltung der Sowjetmacht, ihrer Macht, ist fast verschwunden¹⁵³ bzw. als »roter Terror« präsent.¹⁵⁴ Für diese Sicht legte der bekannte Historiker der Emigration, Sergei P. Melgunow, seit 1923 immer wieder publiziert, die Grundlagen.¹⁵⁵

Hier kann nur ein knapper Einblick in Literatur und Problematik erfolgen, unter Berücksichtigung weiterführender Historiographieberichte, die allerdings die letzten Jahre kaum erfassen, aber Kontinuitätslinien offenbaren.¹⁵⁶ Große Orientierungshilfe in der »Weißen Bewegung« bietet

151 Siehe z. B. Beloe delo: Izbrannye proizvedenija v 16 knigach. Moskau 1992ff. – Belaja gvardija. Istoričeskij al'manach. Vypusk 1–6. Moskau 1997–2002.

152 Siehe Nikolaj Starikov: Mifi i pravda o Graždanskoj vojne. Kto dobil Rossiju? Moskau 2006. 512 S.

153 Nicht verschwunden ist A. R. Vil'jams: Putešestvie v revoljuciju: Rossija v ogne Graždanskoj vojny 1917–1918. Per. s angl. Moskau 2006. 431 S.

154 Siehe Krasnyj terror v gody graždanskoj vojny. Moskau 2004. – Il'ja Rat'kovskij: Krasnyj terror i dejatel'nost' VČK v 1918 godu. St. Petersburg 2006. 286 S.

155 Siehe Sergej P. Mel'gunov: Krasnyj terror v Rossii. Moskau 1990.

156 Siehe G. A. Bordjugov/A. I. Ušakov/V. Ju. Čurakov: Beloe delo: Ideologija, osnovy, režimy vlasti. Istoriofaričeskije očerki. Moskau 1998. – Zoja S. Bočarova: Sovremennaja istoriografija rossijskogo zarubež'ja 1920 – 1930-ch godov. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)1. S. 91–102. – Vladislav I. Goldin: Rossija v graždanskoj vojne. Očerki novejšej istoriografii (vtoraja polovina 1980-ch – 90-e gody). Arhangelsk 2000. – Sergej V. Drovok: Nekotorye problemy istorii graždanskoj vojny v Sibiri. In: Voprosy istorii. Moskau (1999)6. S. 46–63. – Vasilij Z. Cvetkov: Novye publikacii istočnikov po istorii Belogo dviženija v Rossii (1917–1922 gg.). In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2004)2. S. 155–159. – Ljudmila G. Novikova: Graždanskaja vojna v Rossii v sovremennoj zapadnoj istoriografii. In: Ebenda. Moskau (2005)6. S. 142–158. – Oleg V. Budnickij: Den'gi ruskoj emigracii: k istoriografii voprosa. In: Ebenda. Moskau (2004)3. S. 148–159.

Sergei W. Wolkow mit der Zusammenstellung des erkundeten Materials über diese gegen die Sowjetmacht mit zumeist militärischen Mitteln kämpfende Bewegung. Allein mit Kurzinformationen wird über ca. 3.500 Teilnehmer informiert.¹⁵⁷ Die herausragenden »weißen« Bürgerkriegsakteure – Koltschak, Denikin, Krasnow, Wrangel u. a. – wurden mit Biographien und Erinnerungen wiederholt dem Leser mit bestimmten Absichten nahegebracht.¹⁵⁸ Eine Koltschak-Biographie von Iwan F. Plotnikow, bekannter Spezialist zur Geschichte des Bürgerkrieges im Ural, in Sibirien und im Fernen Osten, wurde vom Verlag in einer Reihe »Rußland – vergessen und unbekannt« mit dem Hinweis offeriert, sie richte sich an einen weiten Leserkreis von an der vaterländischen Geschichte Interessierten, aber auch an Mitarbeiter staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen und Wissenschaftler, die an der »Herausbildung neuer geistiger Werte eines sich erneuernden Rußland« mitwirken. Die Auflage war allerdings bescheiden – 3.000 Exemplare.¹⁵⁹ Der Bürgerkrieg wurde in seiner großen räumlichen Ausdehnung und im Zuschnitt auf bestimmte Regionen untersucht.¹⁶⁰ Dabei wurde der Bauernbewegung und immer wieder Nestor Machno als Anarchisten Aufmerksamkeit gewidmet.¹⁶¹ Auch der Zusammenhang von Bürgerkrieg und Intervention wurde beharrt.¹⁶² Dem Schicksal der »weißen« Emigranten wurde nachgegan-

-
- 157 Siehe Sergej V. Volkov: *Beloe dviženie. Ėnciklopedija graždanskoj vojny*. St. Petersburg, Moskau 2003. 672 S.
- 158 Siehe *Beloe dviženie: Memuary A. I. Denikina, P. N. Krasnova, P. N. Vrangelja*. Moskau 2006. 992 S. – N. A. Čerkasin: *Kolčak: diktator ponevole*. Moskau 2005. – V. G. Čerkasov-Georgievskij: *General P. N. Vrangel'. Poslednyj rycar' Rossijskoj imperii: Dokumenty, Žizneopisanie*. Moskau 2004. 511 S.
- 159 Siehe Ivan F. Plotnikov: *Aleksandr Vasil'evič Kolčak: issledovatel', admiral, Verchovnyj pravitel' Rossija*. Moskau 2002. 702 S.
- 160 Siehe Sergej V. Volkov: *Belaja bor'ba na Severo-Zapade Rossii*. Moskau 2003. – P. A. Novikov: *Graždanskaja vojna v Vostočnoj Sibiri*. Moskau 2005. – U. B. Očirov: *Kalmykija v period Graždanskoj vojny (1917–1920 gg.)*. Elista 2006. – *Donskaja armija v bor'be s bol'shevikami*. Moskau 2004. – S. V. Karpenko: *Očerki istorii Belogo dviženija na juge Rossii. 1917–1920 gg.* Moskau 2006.
- 161 Siehe N. Machno: *Azbuka anarchista*. Moskau 2005. – S. A. Šumov/A. R. Andreev: *Machovščina*. Moskau 2005. – *Nestor Machno. Krest'janskoe dviženie na Ukraine 1918–1921. Dokumenty i materialy*. Moskau 2006. 1.000 S. – A. V. Mišina: *Bol'sheviki i krest'janskoe povstančeskoe dviženie N. I. Machno (1918–1921 gg.)*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2006)1. S. 65–73.
- 162 Siehe V. Galin: *Intervencija i Graždanskaja vojna*. Moskau 2004. 608 S.

gen.¹⁶³ Bei allen Wirrnissen des Bürgerkrieges mit dem Wechsel der Machthaber blieben doch bestimmte staatliche Strukturen und Institutionen in unterschiedlicher Zusammensetzung in bestimmten Landesteilen mehr oder weniger wirksam. Das zeigen einige Untersuchungen, insbesondere die von German A. Trukan über die antibolschewistischen Regierungen Rußlands.¹⁶⁴

Bleibt auch die Durchsetzung der Sowjetmacht in Rußland als Untersuchungsobjekt objektiver Geschichtsschreibung derzeit offen, so ist die geschichtliche Tatsache evident: sie gelang.

Angesichts der Tendenzen, Bestrebungen, Auseinandersetzungen und der beträchtlichen Ergebnisse und Leistungen in der russischen Geschichtsschreibung der letzten Dekade zur Geschichte der Russischen Revolution von 1917 ergibt sich der Wunsch, daß mit dem Blick auf das hundertjährige Jubiläum dieser Rußland verändernden und die Welt bewegenden Revolution das kommende Jahrzehnt ertragreich und dem großen Jubiläum sachgemäß und würdig sein möge.

163 Siehe Oleg G. Gončarenko: *Belo-émigranty meždu zvesdoj i svastikoj: sud'ba belogvardejcev*. Moskau 2005. – *Belaja émigracija v Kitae i Mongolii*. Moskau 2005. 431 S.

164 Siehe German A. Trukan: *Antibol'shevistskie pravitel'stva Rossii*. Moskau 2000. – Valentina Zimina: *Beloe delo vzbuntovavščejsja Rossii. Političeskie režimy Graždanskoj vojny. 1917–1920 gg.* Moskau 2006. 467 S. – O. V. Konovalova: *K istorii Graždanskoj vojny v Rossii*: V. M. Černov, Ėsery i Direktorija. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2006)5. S. 49–64.

SONJA STRIEGNITZ

Staatsduma und Konstituierende Versammlung. Parlamentarismus und Demokratie im Revolutionsgeschehen 1917/1918 in Rußland

Die IV. Staatsduma und die Konstituierende Versammlung hatten im dynamischen, wechsellvollen und widersprüchlichen Revolutionsgeschehen nach dem Sturz des Zarismus in Rußland einen bestimmten, von mehreren, zeitlich unterschiedlich wirksam werdenden Faktoren determinierten Platz. War die Duma ein Überrest der alten Ordnung (und so auch von politischen Kräften im linken Spektrum der aufgewählten Gesellschaft gesehen), so war die Konstituierende Versammlung auch nach dem Februar 1917 noch fast ein Jahr nur als Idee vorhanden, die alsbald jedoch Gegenstand heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden sollte. Endlich ins Leben getreten, wurde der Konstituierenden Versammlung nur die geschichtlich minimalste Lebensdauer eines Tages gewährt. Ihre historische Bedeutung, lange durch kanonisierte Klischees der »marxistisch-leninistischen« Historiographie gering veranschlagt, wenn nicht gar geleugnet, ist heutzutage kaum umstritten. Nach dem Niedergang des Sowjetstaates und des mit ihm verbundenen Systems ist das Interesse indes weitaus mehr auf diese Institution fokussiert als auf Aktivitäten und Wirkungen, die von der überkommenen parlamentarischen Institution nach dem Sturz des Zarismus ausgingen.

I

Die Duma war ein Kind der ersten russischen Revolution, eines ihrer wichtigsten Ergebnisse. Entgegen seinem Willen hatte Nikolaus II. mit dem Oktobermanifest 1905 eine gesetzgebende Duma zugestehen und sich somit von seinen Vorsätzen oder Plänen – wenn schon, dann nur ein gesetzberatendes Gremium – für immer verabschieden müssen. Dies sowie das Zugeständnis politischer Freiheiten waren direktes Ergebnis des druckvollen revolutionären Ansturms, des Oktoberstreiks mit seinen

über zwei Millionen Beteiligten. Ungeachtet aller strukturellen Defizite der Duma (das Kurialwahlssystem; der ihr attachierte, durch gesetzgebende Rechte aufgewertete Staatsrat; die Beibehaltung der Prerogative des Zaren, namentlich in der Militär- und Außenpolitik; der Vergleich mit westlichen Parlamenten ließ in der Geschichtsschreibung frühzeitig den Begriff »Scheinkonstitutionalismus« entstehen) war mit ihrer Einrichtung in Rußland ein vorwärtsweisender Schritt in Richtung einer konstitutionellen Monarchie oder – zutreffender – »konstitutionellen Selbstherrschaft« getan und der Grundstein für den Parlamentarismus gelegt worden. Die wenig später (April 1906) erfolgte Neufassung der Grundgesetze des Russischen Reiches (von manchen russischen Historikern heute als Verfassung gewertet) gehört in diesen Zusammenhang.

Mit der Gewährung politischer Freiheiten wurde die legale Parteilung der russischen Gesellschaft möglich. Noch in den Revolutionsjahren 1905/07 bildete sich in geradezu atemberaubendem Tempo ein zwar außerordentlich buntes, in Teilen recht labiles, im Ganzen aber intaktes Parteiensystem heraus, das im wesentlichen die Gesellschaftsstruktur reflektierte. Alle Parteien agierten erstmals auf offener politischer Bühne, auf der die Duma mit entsprechenden parteipolitisch orientierten Fraktionen eine feste Größe war. Doch keine Partei – ob legalisiert oder neu gegründet – war Führungskraft einer Klasse, »Hegemon« der Bewegung der Massen. Keine Partei war bis 1917 an der Macht wirklich beteiligt, trotz der Anwesenheit in der Duma, trotz insbesondere in den Kriegsjahren in liberalen bürgerlichen Kreisen verstärkt aufkommender Ambitionen und entsprechend formulierter Forderungen und der Einrichtung einflußreicher staatlicher Kriegswirtschaftsorgane. Keine Partei konnte also diesbezügliche konkrete Erfahrungen sammeln.

Die Selbstherrschaft hat sich stets zu dem durch die Revolution abgetrotzten parlamentarischen Gremium ambivalent verhalten, auch in Zeiten, als sie sich bereits auf sichere Mehrheiten in der Duma stützen konnte. Unübersehbar dominierten Mißtrauen, mitunter direkte Mißachtung und Geringschätzung dieser Einrichtung. Gegenüber Abgeordneten und ihrer Tätigkeit wurden die »vertrauten« Methoden zaristischer Herrschaft exekutiert. Die I. und II. Staatsduma (1906, 1907) wurden nach kurzer Zeit (72 bzw. 103 Tage) rigoros aufgelöst: Sie waren »aufsässig«, mischten sich mit ihrem starken linken Flügel (Trudowiki, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten) in Angelegenheiten ein, die sie nach Auffassung der Herrschenden nichts angingen, die Agrarfrage vor allem! Alle Hoffnungen, durch Begünstigung der bäuerlichen Wähler, ihnen wurden

von vornherein 43 Prozent der Abgeordnetenplätze reserviert, ein wohlgefälliges, zarentreues Gremium zu bekommen, hatten sich gründlich zerschlagen. Als äußerer Anlaß für die Auflösung der II. Duma diente auch schon mal ein gezielt ausgestreutes Gerücht von einer militärischen Verschwörung, angeblich von den Sozialdemokraten angezettelt, dem allerdings die Mehrheit der Abgeordneten nichts abgewinnen konnte. Die Auseinanderjagung der II. Duma (3. Juni 1907) begleitete die Abfassung eines neuen Wahlgesetzes, das Gutsbesitzer und die mit dem System liierte Großbourgeoisie entschieden bevorteilte. Mit der III. Staatsduma erhielt die Monarchie eine – modern ausgedrückt – komfortable Möglichkeit weiterzubestehen unter Nutzung und Ausspielen zweier Mehrheiten rechter, monarchistischer, nationalistischer, bürgerlich-konservativer und bürgerlich-liberaler Parteien, weitgehend ungestört durch Aktivitäten der arg reduzierten Fraktionen demokratischer, linker Parteien.

Die III. Staatsduma hatte die günstigsten Rahmenbedingungen. Sie wurden wesentlich vom Wirken des Ministerpräsidenten und Reformers Pjotr A. Stolypin (bis 1911) geprägt, das freilich keineswegs widerspruchsfrei, auf Sicherung und Erhaltung der Monarchie orientiert war, und durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Vorkriegszeit begünstigt wurde. Die III. Staatsduma (1907–1912) war die einzige des vorrevolutionären Rußlands, die ihre Legislaturperiode von fünf Jahren vollständig ausschöpfen konnte.

1912 wurde nach unverändertem Wahlgesetz die IV. Staatsduma gewählt. Mit ihren zunächst ebenfalls zwei Mehrheiten der monarchistischen und bürgerlichen Parteien »begleitete« sie Zarenrußland in den Ersten Weltkrieg und ging mit einem kriegsverursachten veränderten inneren Kräfteverhältnis sowie zeitversetzt wie die alte Ordnung unter. Zunächst erschien den Herrschenden die in der Duma anlässlich der Bewilligung der Kriegskredite (die Sitzung vom 26. Juli 1914) platzgreifende hurra-patriotische Stimmung als »nationale Einigung«, deren Träger die Dumafraktionen seien. Der von den fünf bolschewistischen sozialdemokratischen Abgeordneten mit ihrer Ablehnung der Kredite und außerparlamentarischer Antikriegsarbeit erzeugte »Mißton« wurde durch deren Verhaftung und sibirische Verbannung rasch eliminiert. Mit fortschreitender Kriegsdauer bestimmte indes mehr denn je die erwähnte Ambivalenz die Haltung von Zar und Regierung zum Parlament bzw. seine Mißachtung wurde absolut. Offensichtlich gingen die schärfsten Attacken vom Innenministerium aus. Mitte 1915 erinnerte der damalige Innenminister Nikolai A. Maklakow den Zaren daran, daß er »Seine Ma-

jestät« wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen habe, »die Rechte der Staatsduma einzuschränken und sie auf das Niveau einer gesetzberathenden Einrichtung zu reduzieren«. Nikolaus II. hielt denn auch schon damals die Zeit für gekommen, in dieser Richtung zu handeln. »Mal sehen, wie sich dabei die Herren Rodsjanko und Co. fühlen werden«, notierte er auf einem entsprechenden Schreiben seines Ministers.¹

Eine reguläre parlamentarische Tätigkeit war ab 1915 nicht mehr gewährleistet. Die Duma wurde im Grunde nur noch einberufen, um das jeweils fällige Kriegsbudget absegnen zu lassen, was auch im wesentlichen glatt über die Bühne ging. Ansonsten hatten die Abgeordneten nur über unbedeutende Gesetzesvorlagen u. ä. zu befinden, wie das schon in den Vorkriegsjahren als Ausdruck besonderer Geringschätzung des Parlaments praktiziert wurde.² Die Taktik ging bis Mitte 1915 auf. Als militärische Mißerfolge die Lage im Lande zu destabilisieren drohten, blieb die Duma davon nicht unberührt. Auftreten und Haltung von Abgeordneten reflektierten, oft nur unvollständig, mitunter verzerrt, immer aber determiniert von ihren Klasseninteressen und -positionen die Hauptsorge: Rußlands weitere Kriegsfähigkeit. Befindlichkeiten der werktätigen Massen, denen die Kriegslasten aufgebürdet waren, die das Töten an den Fronten zu besorgen hatten und tagtäglich dem zahllosen Sterben ins Auge sehen mußten, und die im Hinterland mit fortwährend anwachsender Not und spürbarer werdendem Hunger konfrontiert waren, wurden von den Parlamentariern durch diesen Filter wahrgenommen, wenn überhaupt. Solange dies so war, blieb die Duma in der gekennzeichneten Weise noch wohl gelitten durch die Herrschenden.

Doch als sich am 22. August 1915 die Mehrzahl der Abgeordneten von sechs Fraktionen (236 von 422 Abgeordneten) unter Führung der bürgerlich-liberalen Konstitutionellen Demokraten (Kadetten) zum sogenannten Progressiven Block zusammenfanden und sich diesem auch drei Fraktionen des Staatsrates anschlossen,³ bedeutete dies das Ende der

1 Siehe M. V. Rodzjanko: *Za kulisami carskoj vlasti*. Moskau 1991. S. 23 und 24. – Rodsjanko war Präsident der IV. Staatsduma. Siehe dazu auch weiter unten.

2 Von 1912 bis 1914 zählte man rund 2.000 solcher Vorlagen.

3 Die Fraktionen des Staatsrates, dessen Mitglieder nach wie vor zur Hälfte vom Zaren ernannt wurden, waren parteipolitisch und nach professionellem Vorzeichen gruppiert. Am Progressiven Block beteiligten sich die Fraktion derjenigen mit akademischem Beruf, das sogenannte Zentrum und die Gruppe, die keiner Partei angehörte. Spiritus rector der Blockbildung war der Historiker und Kadett Pawel N.

zwei prozaristischen Mehrheiten im Parlament, die bei Bedarf gegeneinander ausgespielt werden konnten, und eine fortschreitende Isolierung von Zar und Regierung. Denn: der Block verständigte sich über einen Forderungskatalog, um die Regierung unter Druck zu setzen mit dem erklärten Ziel, eine Entwicklung abzuwenden, die auf einen revolutionären Ausbruch zusteuerte. Und, was das Wesentlichste war – die weitere Kriegführung zu sichern. Eine »Regierung des Vertrauens« war die zentrale Forderung, zudem Amnestie für politische und religiöse »Verbrechen«, Abschaffung bestimmter Rechtsbeschränkungen für nationale Minderheiten einschließlich der Juden, Wiedezulassung der seit langem verbotenen Gewerkschaften, rechtliche Gleichstellung der Bauern, Reformierung der kommunalen Selbstverwaltung u. a. Bemerkenswert, daß auch diese Programmforderungen von der Hauptfrage, der Absicherung von Rußlands Kriegsfähigkeit bestimmt waren.

Bei dem ersten und einzigen Treffen von Vertretern des Progressiven Blocks mit einigen Regierungsmitgliedern, die einer Zusammenarbeit mit der Duma nicht grundsätzlich abgeneigt waren, äußerte sich der Abgeordnete der Nationalisten P. N. Krupenski zustimmend zur Aufhebung von Rechtsbeschränkungen für Rußlands Juden: »Ich bin ein geborener Antisemit, bin jedoch zu der Schlußfolgerung gekommen, daß den Juden jetzt um des Wohls der Heimat willen Zugeständnisse gemacht werden müssen. Unser Staat braucht gegenwärtig die Unterstützung der Verbündeten. Es ist nicht zu leugnen, daß die Juden eine große internationale Kraft sind und daß die feindselige Politik gegenüber den Juden das Ansehen des Staates im Ausland schwächt. Besonders jetzt, da Bark (Pjotr L. Bark war bis Februar 1917 Finanzminister – S. St.) ins Ausland gereist ist, um Anleihen aufzunehmen, ist der Erfolg seiner Reise abzusichern. Unser Verhältnis zu Amerika wird gleichfalls durch eine veränderte Politik gegenüber den Juden verbessert werden. Folglich habe ich mich bewußt von meinen früheren Ansichten getrennt und der Forderung der Kadetten zugestimmt ...«⁴ Fürst N. B. Schtscherbatow, Stellvertretender

Miljukow, nachmalig erster Außenminister der Provisorischen Regierung. Er sagte von sich selbst, man habe ihn »Autor des Blocks«, »Führer des Blocks« genannt und von ihm die Stoßrichtung seiner politischen Linie erwartet.

4 Zitiert nach A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 99. – Das Treffen fand wenige Tage nach Bildung des Blocks, am 27. August, statt. Die Anwesenheit eines Abgeordneten der Nationalisten ist sicher für manchen Teilnehmer überraschend gewesen, denn die Fraktionen der Nationalisten und

Innenminister, meinte dazu, die Regierung habe eigentlich schon den Weg von Veränderungen hinsichtlich des Ansiedlungsstreifens, in dem die Juden zu wohnen hatten, beschritten. An diesem Beispiel sehe er indes auch, »wie schwierig es für die Regierung ist, weiter zu gehen«!⁵ Schtscherbatow vergaß freilich, daß diese »Veränderungen« durch den Verlauf der Fronten des Krieges erzwungen worden waren.

Das Treffen vom 27. August 1915 hatte für den Block vollkommen unerwartete Folgen: Nach Kenntnisnahme seines Programms zog Nikolaus II. die Reißleine und schickte die Duma kurzerhand in die Ferien (3. September). Dieser Vorgang sollte sich bis zu seinem Sturz noch zweimal wiederholen.

Die Hoffnungen auf eine Übereinkunft mit den Herrschenden auf der Grundlage der Blockforderungen waren zerstoßen. Die Frage »wie weiter?« war Gegenstand etlicher Beratungen der Führer des Blocks,⁶ darunter auch mit Vertretern des Städte- und Semstwowverbandes sowie mit dem Leiter des Zentralen Kriegsindustriekomitees Alexander I. Gutschkow, der auch Mitglied des Staatsrates war.⁷ Die Debatten waren turbulent und widerspruchsvoll. Da war einerseits die Rede davon, daß man nunmehr unverzüglich handeln müsse, daß man die Kongresse der Verbände, wo namentlich die Kadetten wichtige Positionen besetzten, für die »Unterstützung des Parlaments« nutzen sollte, daß man nicht die »Position der Loyalität« beibehalten dürfe, daß der »Konflikt mit der

Rechten waren außerhalb des Blocks geblieben. Auch die Trudowiki und Menschewiki schlossen sich ihm nicht an. Über russische Rechte/Nationalisten und Juden siehe Sonja Striegnitz: Zur Herausbildung antisemitischer Positionen russischer »Rechter« (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917). In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 7/1: Die russische Revolution von 1905/07 – Generalprobe für 1917? Leipzig 2005. S. 47–81. – Siehe auch Sonja Striegnitz: War das die »Generalprobe« für 1917? Die Revolution von 1905/07 in Rußland: Aspekte, neue Sichten. In: Ebenda. S. 13–36.

5 Zitiert nach A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 99.

6 An der Spitze stand der Fraktionsvorsitzende der Partei der Oktobristen Sergei I. Schidlowski.

7 Gutschkow war im Herbst 1916 führender Kopf bei den Vorbereitungen auf eine Palastrevolte, mit der – im März 1917 – Nikolaus II. durch seinen Sohn bzw. seinen Bruder ersetzt werden sollte; die Revolution machte das »überflüssig«. Am 2. März 1917 war Gutschkow an der Übernahme der Abdankungsurkunde des Zaren beteiligt. In der Provisorischen Regierung hatte er von März bis Ende April den Posten des Kriegsministers inne.

Krone« offenzulegen sei. Andererseits wurde gerade letzteres befürchtet, kam Angst auf, die »friedlichen Beziehungen zur Macht« würden gestört, wurde argumentiert, die »Militanz des Blockes« entspreche jetzt nicht der Lage, eine gewisse »Zurückhaltung«, eine Art »bewaffnete Neutralität« sei angebrachter. Gutschkow sprach wohl am klarsten aus, was hinter dem Für und Wider der Debatten stand: die Sorge, daß eine prinzipielle Haltung der Duma zu den eigenen Forderungen die ohnehin katastrophale innere Lage des Landes mit der »willensschwachen und vermodernden Macht« die Weiterführung des Krieges gefährden könnte. Er bekannte: »Ich würde [...] es auf einen direkten Konflikt mit der Macht ankommen lassen [...] Ich wäre bereit, das Ende des Krieges abzuwarten, wenn gewährleistet wäre, daß es günstig sein wird.«⁸

Die mit ungewohnt aufmüpfigen Worten vorgebrachten taktischen Erwägungen waren im eigentlichen schon eine Übung am Phantom, denn Zar und Regierung hatten inzwischen entschieden, daß es keine Herbstsitzung der Duma geben würde. Erst am 9. Februar 1916 kam es zur Fortsetzung der Parlamentstätigkeit. Obwohl hier die Regierungserklärung von Ministerpräsident Iwan L. Goremykin wegen ihrer absoluten Ignoranz gegenüber den Forderungen des Progressiven Blocks bei dessen Mitgliedern allgemein auf Unzufriedenheit stieß und die Regierung neuerlich ihr probates Mittel einsetzte, die Duma mit unbedeutenden Gesetzesvorlagen zu befassen, verlief die Budgetdebatte wie gehabt: störungsfrei und zustimmend.

Dumaabgeordnete aus den Blockfraktionen waren inzwischen außer in den genannten Verbänden in regierungsamtlich zur Absicherung von Rußlands Kriegführung 1915 eingerichteten »Sonderberatungen« (für Verteidigung, Brennstoffversorgung, Lebensmittelbeschaffung und Transport) aktiv und initiativ tätig. Auf dieses Mitwirken konnten die Herrschenden nicht verzichten, handelte es sich doch vielfach um einflußreichste Personen des russischen Wirtschaftslebens und solche mit Erfahrungen und Organisationsvermögen. Ihre Einbeziehung wurde denn auch als »Entgegenkommen« der Regierung gewertet. Sie hatten ihrerseits Entgegenkommen bewiesen, indem sie die Sonderberatungen mit aus der Taufe

8 Hier sowie weiter unten stütze ich mich auf die ausführlichen von Pawel N. Miljukow angefertigten Protokollmitschriften, die A. F. Kerenski in seinen Memoiren zitiert (siehe A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 98ff.).

hoben. Michail W. Rodsjanko, Dumapäsident und Oktobrist mit weitreichenden Verbindungen in höchsten Militärkreisen, entwickelte darin besonderen Eifer. Die Kriegsjahre machten ihn zu einer Art Schlüsselfigur im politischen Leben Rußlands, was möglicherweise die Geringschätzung seines Parlamentspostens aufwog. Rodsjanko war unter anderem zum Vorsitzenden der Evakuierungskommission der Sonderberatung für Verteidigung gewählt worden (August 1915). Der Posten des Dumapäsidenten gab ihm (als einzigem) generell das Recht, beim Zaren direkt vorstellig zu werden, was er in den Kriegsjahren besonders ausgiebig nutzte. Selbst das Projekt für die Einrichtung der Sonderberatung für Verteidigung war Gegenstand einer Beratung mit Nikolaus II. gewesen, wie in seinen Erinnerungen zu lesen ist.⁹

Erst unter dem Eindruck der sich im Herbst 1916 dramatisch zuspitzenden Lage an den Fronten und der deutlichen Krisenerscheinungen im Lande, von denen die Herrschenden nicht ausgenommen waren, verabschiedeten sich die Parlamentarier schließlich von der »Sacharbeit«. In den Wänden des Taurischen Palais, dem Sitz der Duma, wurden bislang nie gewagte Töne in Richtung Regierung angeschlagen, die Forderungen nach einer veränderten Politik unnachgiebiger gestellt. Die Rede des Kadettenführers Miljukow in der ersten Dumatagung der Herbstsession am 1. November 1916 war geradezu umstürzlerisch und wurde im nachhinein »historisch« genannt: Sind die Beweggründe der Regierungspolitik Dummheit oder Verrat, wagte er zu fragen. Man habe den Eindruck, als sei eine Eiterblase geplatzt und das allen bekannte Grundübel offen sichtbar geworden.¹⁰

Als personifiziertes Grundübel galt allseits Ministerpräsident Boris W. Stürmer mit seinen in Hofkreisen geduldeten und geförderten germanophilen Tendenzen. Seine Ablösung (10. November) erschien daher den Politikern des Progressiven Blocks als ein unverhoffter, glänzender Sieg. Den wollten sie nicht gestört wissen, als auch gegen den neuernannten

9 Siehe M. V. Rodzjanko: *Za kulisami carskoj vlasti*. Moskau 1991. S. 24.

10 Siehe P. N. Miljukow: *Vospominanija*. Moskau 1991. S. 445. – A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. *Memuary*. Moskau 1993. S. 127. – In der Presse, wo in der Regel die Parlamentsdebatten abgedruckt wurden, durfte diese Rede nicht erscheinen. In hektographierter Form machte sie jedoch im Land die Runde. Ministerpräsident Boris W. Stürmer erwog, Miljukow den Prozeß zu machen und die Duma aufzulösen. Ersteres geschah nicht; an der neuerlichen Beurlaubung der Duma war Stürmer schon nicht mehr beteiligt, da abgelöst.

Premier Alexander F. Trepow, ein dem Zaren besonders nahestehender extremer Rechter, Front gemacht wurde.¹¹ Diesmal von den Abgeordneten der menschewistischen sozialdemokratischen und Trudowiki-Fraktion. Bezeichnend für die Lösung der nun auch innerhalb der Duma sichtbar werdenden Differenzen war, daß die Dumamehrheit den »Störenfrieden« eine Rüge erteilte und sie für zwei Wochen aus der parlamentarischen Tätigkeit ausschloß. Im weiteren war es nichtsdestoweniger Alexander F. Kerenski, Fraktionschef der Trudowiki, der die Duma mit Materialien (darunter zur Veröffentlichung bestimmte Resolutionen) von verbotenen bzw. auseinandergesagten Kongressen des Städte- und Semstwverbandes bekannt machte, in denen in schärfsten Worten die miserable Versorgungslage gegeißelt und die Regierung dafür verantwortlich gemacht wurde, daß »soziale Anarchie« herrsche. »Die historische Macht des Landes steht am Abgrund«, schrieb der Semstwverband. »Unsere innere Zerrüttung wächst von Tag zu Tag, und mit jedem Tag wird es schwieriger, das Land auf einem Niveau zu organisieren, das den großen Anforderungen entspricht, welche der Krieg stellt.«¹² Den Verbänden ging es zuvörderst um die sichere Weiterführung des Krieges. Sie setzten in diesem Zusammenhang ihre ganze Hoffnung auf die Duma – »möge die Staatsduma in dem in Gang gekommenen Entscheidungskampf sich ihrer großen Verantwortung bewußt sein und das Vertrauen rechtfertigen, das das ganze Land in sie setzt« – und auf eine durch sie zu erzwingende »Regierung des Vertrauens«. Kerenski machte sich zu ihrem Sprecher und verwies nachdrücklich darauf, daß es sich bei den Dokumenten nicht etwa um Wortmeldungen von revolutionär gestimmten Arbeitern oder Bauern handele, sondern um Meinungen liberal orientierter Politiker. Dennoch schloß sich dem keine weiterführende Debatte oder etwa eine Beschlußfassung an, wie dies der Abgeordnete vorge schlagen hatte. Rodsjanko ging zur Tagesordnung über. Rückblickend

11 Die Ablösung von Ministern in den Kriegsjahren war Ausdruck für die sich vertiefende Krise des Zarismus. Vielfach erfolgten solche Schritte auf Betreiben des Mönchs Grigori Rasputin. In der Öffentlichkeit nannte man das »ministerielles Bockspringen«. Der Kaderverschleiß war enorm. In 30 Monaten ab etwa Mitte 1915 wurden ausgewechselt: viermal der Premierminister, sechsmal der Innenminister, viermal der Justizminister, viermal der Landwirtschaftsminister, viermal der Kriegsminister (!), viermal der Oberprokurator des HI. Synods, dreimal der Verkehrsminister.

12 Gosudarstvennaja duma. Stenografičeskij otčet. Četvertyj sozýv. Sessija V. Zasedanie pjatnadcatoe. 13 dekabnja 1916 g. Sankt Petersburg 1916. S. 1095–1098.

schätzte Kerenski nicht ohne eine Portion Selbstüberschätzung und Selbsttäuschung ein: »Ich bin vollkommen überzeugt, daß wenn mein Vorschlag am 13. Dezember (das war der Sitzungstag – S. St.) angenommen worden wäre, ein solcher ›revolutionärer‹ Akt seitens der Duma keinerlei Repressalien zur Folge gehabt hätte. Zu diesem Zeitpunkt war die Rasputinclique noch nicht zu entscheidenden Schritten bereit, und die Duma hätte nicht nur Kunderin der Hoffnungen des Volkes, sondern auch Führerin des Landes im Augenblick des historischen Umbruchs werden können.«¹³

Die erneute Beurlaubung der Duma (16. Dezember) folgte dem Mißtrauensvotum für den neuen Ministerpräsidenten (Trepow), der dem Parlament mit der üblichen Mißachtung begegnete und ihm in dieser krisenhaften Situation wahrlich unangemessene Gesetzesvorlagen (Bildung, Selbstverwaltung) zumutete. Die »Ferien« sollten bis zum 14. Februar dauern. Am Tag nach ihrem Beginn geschah, was nicht nur die Mitglieder des Progressiven Blocks in der Duma erhofft hatten: Der Mönch und Scharlatan Grigori Rasputin, der sich bei der Zarin und ihrem Umfeld zu einem unentbehrlichen Ratgeber hochgearbeitet hatte, in germanophilen Hofkreisen, die einen Separatfrieden mit Deutschland anstrebten, zu gefährlichem Einfluß gelangt war und dem nicht wenige alle Schuld an Rußlands Niedergang gaben, wurde endlich ausgeschaltet, ermordet. Der politische Mord blieb indes ohne innenpolitische Folgen. Die Losung einer Regierung des Vertrauens wich folglich nicht aus dem parlamentarischen Vokabular.

Die ungeliebte Einrichtung des Selbstherrschaftssystems, die Duma, ihre Abgeordneten und namentlich Präsident Rodsjanko wurden nunmehr auch von bislang systemkonformen Kreisen aus dem militärischen Bereich umworben. Sie erhofften und erwarteten von der Duma Umsturzinitiativen, drängten sie zum Handeln. Anfang Januar 1917 kam es in der Wohnung Rodsjankos zu einem Treffen zwischen den Führern des Progressiven Blocks, Mitgliedern des Staatsrates, der Sonderberatung für Verteidigung und einer Gruppe von Offizieren mit dem populären General Alexander M. Krymow, Kommandeur des 3. Kavalleriekorps an der Südwest-Front. Krymow berichtete über den katastrophalen Vertrauensverlust unter den Frontruppen und forderte bei Zustimmung aller Anwesenden, die Duma solle unverzüglich einen Umsturz herbeiführen,

13 A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 128.

andernfalls werde Rußland keine Siegeschancen haben. Seine Truppen, überzeugt von der notwendigen Veränderung, würden dieses »äußerste Mittel« unterstützen. Zwar fühlte sich der Dumapäsident durch solche Vertrauensbeweise sichtlich geehrt, seine unwandelbare monarchistische Gesinnung verbot ihm aber einen solchen Schritt: »Ich werde niemals einen Umsturz unternehmen ...«, »Palastrevolten«, erklärte er an anderer Stelle, »sind nicht Sache von Gesetzgebungsorganen, ich habe weder Lust noch Möglichkeiten, das Volk gegen den Zaren aufzubringen.«¹⁴

Hingegen bemühte sich der Dumapäsident gleichzeitig, in Depeschen und bei persönlichen Audienzen, den Zaren doch noch zum Einlenken zu bewegen. Eine »Regierung des Vertrauens«, ein der Duma verantwortliches Ministerium könnten die Krise der Monarchie abwenden! Als er während seiner letzten Audienz (10. Februar) die bedrohliche Stimmungslage im Land schilderte und in drastischen Worten eine »Revolution und eine solche Anarchie, die niemand aufhalten wird« prophezeite, reagierte Nikolaus II., er habe ganz andere Informationen; wenn sich aber die Duma wiederum Auftritte gegen die Regierung leisten würde, »wird sie aufgelöst«.¹⁵ Die Auflösung bzw. der Ukas für die Unterbrechung der Dumatätigkeit erfolgte in gut zwei Wochen, nachdem das Parlament am 14. Februar seine Sitzungen wieder aufgenommen hatte.

Als das Geschehen in Betrieben und auf Straßen Petrograds bereits von Hungerunruhen und revolutionären Ausbrüchen der Massen bestimmt wurde, kam im Taurischen Palais erstmals die katastrophale Versorgungslage zur Sprache. Menschewistische sozialdemokratische Abgeordnete machten warnend auf dramatische Folgen einer fortgesetzten »Ignoranz gegenüber der Straße« aufmerksam. Trudowiki-Fraktionschef Kerenski holte die Sorgen und Nöte der wegen ihres Streiks gegen Hungerlöhne ausgesperrten Putilow-Arbeiter in die Debatte. Kadettenführer Miljukow brachte im Namen des Progressiven Blocks eine Entschließung zur Abstimmung, die u. a. die »breite Einbeziehung« ge-

14 M. V. Rodzjanko: *Za kulisami carskoj vlasti*. Moskau 1991. S. 34 und 36. – Siehe auch A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 106. – I. I. Minc: *Istorija Velikogo Oktjabrja*. Bd. 1: *Sverženie samoderžavija*. Moskau 1967. S. 465. – Rodsjanko hat in seinen Memoiren besonderen Wert auf den Nachweis gelegt, daß er keine Schuld an der Revolution trug, wie ihm allenthalben in Kreisen der ehemals Herrschenden – auch noch in der Emigration – nachgesagt wurde. Daher seine minutiöse Schilderung von Ereignissen wie oben.

15 Zitiert nach M. V. Rodzjanko: *Za kulisami carskoj vlasti*. Moskau 1991. S. 45.

sellschaftlicher Organisationen in die Lebensmittelversorgung forderte und – die vorrangige Ausstattung der für den Krieg arbeitenden Betriebe mit allem Notwendigen.¹⁶

Nur vorübergehend war die Duma in ihrem Agieren den tatsächlichen Erfordernissen der Menschen (von ihren Wählern ist kaum zu sprechen, denn nur fünfzehn Prozent der Bevölkerung waren wahlberechtigt) nahe gekommen, und das auch nur für ein kleines Wegstück, so wie sie auch nur kurzzeitig für machtpolitische Erwägungen bestimmter Kreise der Gesellschaft interessant gewesen war. Der auf den 25. Februar 1917 datierte Zarenukas, mit dem die IV. Staatsduma abermals nach Hause geschickt wurde, erwies sich angesichts der revolutionären Ereignisse als anachronistisch. Die heftigen Diskussionen unter den Abgeordneten, wie man sich dazu verhalten sollte,¹⁷ zeugten von Ratlosigkeit und Weltfremdheit, zumal weiterhin die Hoffnung mitschwang, dem Monarchen doch noch ein Zugeständnis abringen zu können. Die Stimmung im Gemäuer des Taurischen Palais in den letzten Tagen des alten Regimes war »saft- und kraftlos«, wie sich Rodsjanko erinnert. »Es war die Ohnmacht der Duma zu spüren, ihre Erschöpfung in dem vergeblichen Kampf (!) und ein gewisses Verdammnis zur Rolle eines beinahe passiven Zuschauers.« Trotz alledem: die Duma habe ihre ursprüngliche Position gewahrt und sei »nicht zum offenen Bruch mit der Regierung geschritten«.¹⁸

Im Moment des Sieges der Revolution über den Zarismus war jedoch die Zuschauerrolle rasch durch die eines eifrigen Akteurs eingetauscht worden. So eifrig wurde agiert, daß es manchem Zeitgenossen schien, als hätte sich die Duma bewußt auf die Seite der Revolution gestellt und die Ereignisse maßgeblich mitbestimmt. Auch im nachhinein haben Memoirenschreiber diesen Eindruck gefördert. »Natürlich hätte die Staatsduma die Führung der Revolution ablehnen können«, schrieb der Dumapäsident zur Rechtfertigung seiner Haltung in den Februartagen, »man darf jedoch nicht vergessen, daß ein absolutes Machtvakuum

16 Siehe A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 133.

17 Siehe Helmut Altrichter: *Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1997. S. 128f.

18 M. V. Rodzjanko: *Za kulisami carskoj vlasti*. Moskau 1991. S. 46f. – Siehe auch I. I. Minc: *Istorija Velikogo Oktjabrja*. Bd. 1: *Sverženie samoderžavija*. Moskau 1967. S. 555–558.

entstanden war und daß bei Selbstauflösung der Duma sofort völlige Anarchie eingetreten und das Vaterland unverzüglich zusammengebrochen wäre [...] Die Duma mußte erhalten werden, wenn auch nur als Macht fetisch, der dennoch in schwieriger Zeit seine Rolle spielen würde.«¹⁹

Mitglieder des Progressiven Blocks kamen am 27. Februar im Kabinett des Präsidenten zusammen – rein »privat«, um nicht den Eindruck des Verstoßes gegen den Zarenukas zu erwecken – und bildeten das Provisorische Komitee der Staatsduma. Zur Abstimmung hatten vier Varianten gestanden: 1. Dem Ältestenrat der Duma den Aufbau der Macht zu übertragen. 2. Ein »Sonderkomitee« zu bilden. 3. Die Staatsduma zur Konstituierenden Versammlung zu deklarieren²⁰ und 4. Eine Kommission zu wählen und ihr die Bildung der Macht zu übertragen. In den Debatten hatte auch die Möglichkeit eines Staatsstreichs mit nachfolgender Militärdiktatur eine Rolle gespielt. Diese Idee wurde jedoch verworfen: wenn sich die Duma außerhalb der Legalität stelle, höre sie auf, Duma zu sein; ein bewaffneter »Mob« bilde keine Basis für die Legitimation der Macht. Das mehrheitlich favorisierte Komitee aus zehn Mitgliedern der bürgerlichen Parteien des Progressiven Blocks und zwei sozialistischen Abgeordneten (der Trudowik Kerenski, der alsbald zu den Sozialrevolutionären fand, und der Menschewik Nikolai/Karlo S. Tschcheidse) sollte in Petrograd die »Ordnung« wiederherstellen und für geregelte Beziehungen zu gesellschaftlichen Organisationen und öffentlichen Institutionen sorgen.²¹ Aus diesem Komitee ging in kürzester Zeit (2. März) die mit allen Attributen der Macht ausgestattete bürgerliche Provisorische Regierung hervor. Die Eile bei ihrer »Inthronisierung« schien den Parlamentariern geboten angesichts des in der Hauptstadt entstandenen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der gestützt auf die siegreiche Revolution in revolutionärer Weise Machtfunktionen für sich reklamierte, sich jedoch alsbald für die Zusammenarbeit mit der neuen Regierung bereit fand.

19 Zitiert nach *Političeskie dejateli Rossii. 1917. Biografičeskij spravočnik*. Moskau 1993. S. 276.

20 Soweit feststellbar, ist das der einzige offizielle Zusammenhang, in dem von Duma-abgeordneten eine Konstituierende Versammlung Erwähnung fand.

21 Siehe Helmut Altrichter: *Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1997. S. 129f. – I. I. Minc: *Istorija Velikogo Oktjabrja*. Bd. 1: *Sverženie samoderžavija*. Moskau 1967. S. 558.

Die IV. Staatsduma hatte somit faktisch zu bestehen aufgehört. Der Parlamentarismus in den Grenzen, die ihm von der konstitutionellen Selbstherrschaft zugemessen worden waren, hatte sich inhaltlich selbst ausgeschöpft, ohne sich recht entfaltet zu haben. Den formalen Schlußstrich unter dieses Kapitel der Geschichte Rußlands zogen die Sieger der Russischen Revolution von 1917.

Das Komitee der Staatsduma, insbesondere aber sein Vorsitzender Rodsjanko legten jedoch auch weiterhin eine große Geschäftigkeit an den Tag, um zu retten, was zu retten war.²² Rodsjanko konzentrierte seine Aktivitäten nachweislich bis zum 2. März auf die Erhaltung der Monarchie und die Sicherung seines eigenen Platzes unter den veränderten Bedingungen. Er wollte ein Zarenmanifest erwirken, das den Einsatz eines »provisorischen Kabinetts« mit seiner Person an der Spitze bestimmte mit dem Ziel der Ausarbeitung neuer Gesetzesgrundlagen für Rußland und der Einberufung einer Gesetzgebenden Versammlung. Mindestens erreichte er, daß noch Zarenbruder Michail Alexandrowitsch (den er gerne als Diktator für Petrograd gehabt hätte) ein solches Manifest unterzeichnete (1. März),

Die Februarrevolution rückte aber nicht nur die Staatsduma, sondern letztlich auch Rodsjanko selbst in den Hintergrund. Er betrieb die Bildung der Provisorischen Regierung, obwohl er dabei leer ausging. Erster Regierungschef wurde der von Kadettenführer Miljukow favorisierte Parteilose Georgi J. Lwow, den wohl nicht nur persönliche Freundschaften mit den Konstitutionellen Demokraten verbanden.²³ Der einstige Dumapäsident schwang sich nun zum »Bewerter« der Provisorischen Regierung auf, lastete ihr als Hauptfehler die Duldung der Doppelherrschaft an. »Antithese« des Sowjets und zuverlässige Stütze der Regie-

22 Minz schreibt, mit Bildung der Regierung habe das Dumakomitee offiziell aufgehört zu bestehen, sei aber von der Bourgeoisie als »Quelle der Macht« beibehalten worden. Erst nach Formierung der ersten Koalitionsregierung im Mai 1917 büßte es seine Bedeutung ein. Aufgelöst wurde es nach dem sog. Vorparlament im September. Dieses übernahm auch den Apparat des Komitees (siehe I. I. Minc: *Istorija Velikogo Oktjabrja*. Bd. 1: *Sverženie samoderžavija*. Moskau 1967. S. 599).

23 Siehe N. G. Dumova: *Kadetskaja partija v period 1-j mirovoj vojny i Fevral'skoj revoljucii*. Moskau 1988. S. 33. – Die aktive Rolle Miljukows bei der Einsetzung Lwows bestätigt auch Wladimir Nabokow. Er weiß aber zugleich zu berichten, daß sich Miljukow wiederholt fragte, ob nicht Rodsjanko die bessere Wahl gewesen wäre (siehe Wladimir D. Nabokow: *Petrograd 1917. Der kurze Sommer der Revolution*. Berlin 1992. S. 72).

rung gegen das »Prinzip Vertiefung der Revolution« hätte die Duma sein können.²⁴

Mit seiner Autorität und Umtriebigkeit wurde die Duma reanimiert und funktionierte, freilich in reduzierter Zusammensetzung, vom 22. April bis 30. August 1917 unter seinem Vorsitz als sogenannte »Privatberatungen von Abgeordneten der Staatsduma«. Durch sie sollte das »Wort der Wahrheit« ins Volk hineingetragen und Empfehlungen gegeben werden, wie das »Staatsschiff« zu steuern sei.²⁵ Ihr zentrales Anliegen war, die Tätigkeit der Provisorischen Regierung nicht nur kritisch zu begleiten, sondern durch Entsendung »willensstarker« Personen zu »qualifizieren«, ihre Position gegenüber dem Sowjet deutlicher zu machen und sie zu einem wirksameren, harten Kurs beim Kampf um »Ruhe und Ordnung« zu befähigen. Der Verzicht auf das Zusammenwirken mit der Duma in ihrer jetzigen Form wurde als Hauptursache für ihre Schwächen ausgemacht. Nach den Juliereignissen 1917 wurden schließlich auch unverblümt Forderungen erhoben, es nicht bei Privatberatungen von Dumaabgeordneten zu belassen, sondern eine offizielle Dumasitzung einzuberufen, in der die komplette Regierung über den Zustand des Landes zu berichten hatte. Denn: »Rußland kann nur die Duma retten.«²⁶

Nicht von ungefähr stand auch die Parteinahme für die Interessen der Gutsbesitzer, für den Schutz ihrer Besitzungen gegen »Eigenmächtigkeiten der Bauern«, gegen »übermäßige regierungsamtliche Getreiderhebungen« an vorderer Stelle in den Aktivitäten der Privatberater (viele von ihnen waren Gutsbesitzer; der Adlige Rodsjanko verfügte beispielsweise über riesigen Landbesitz im Gouvernement Jekaterinoslaw, fast 1.800 ha). Gleichzeitig verfaßten sie Aufrufe an die Bauern, die Versorgung der Armee mit Getreide zu sichern. An Ministerpräsident Kerenski erging im Sommer 1917 die Aufforderung, das Getreidemonopol und damit die staatlichen Festpreise für Getreide (im März eingeführt) aufzuheben.

Enge Verbindungen wurden zu höchsten Militärkreisen gepflegt. Der Vorsitzende der Privatberatungen, der ja seit langem solche Kontakte hatte, nahm im Auftrag seiner Abgeordnetenkollegen im Mai am 1. Gesamt-

24 Siehe M. V. Rodzjanko: Gosudarstvennaja дума i Fevral'skaja revolucija. In: Archiv russkoj revolucii. Bd. 6. Moskau 1991. S. 70 und 79.

25 Siehe Istorija Rossii v portretach. Bd. 1. Smolensk, Brjansk 1997. S. 474.

26 Siehe I. I. Minc: Istorija Velikogo Oktjabrja. Bd. 2: Sverzenie Vremennogo pravitel'stva. Ustanovlenie diktatury proletariata. Moskau 1968. S. 616f.

russischen Kongreß der Offiziere aus Armee und Flotte im Hauptquartier teil, wo die Frage der Fortsetzung des Krieges mit allem Rußland zu Gebote stehenden Mitteln im Zentrum der Aufmerksamkeit stand. Desgleichen auf einer Privatberatung mit Miljukow als Referenten über Rußlands Außenpolitik. Außenpolitik – das war für den Kadettenführer Rußlands Kriegführung. Als Außenminister der ersten Provisorischen Regierung hatte er sehr bald seinen Posten räumen müssen, weil er mit seiner Note an die Verbündeten über die unwandelbare Bereitschaft des Landes, den Krieg bis zum siegreichen Ende fortsetzen zu wollen, die erste tiefe Regierungskrise (April 1917) auslöste. Sein Referat war jetzt im Vorfeld der geplanten Junioffensive der russischen Armee anberaumat, die zu einem großen, opferreichen Fiasko wurde. Die von Miljukow initiierte zustimmende Resolution der Privatberater²⁷ hatte die unverzügliche Offensive in engem Zusammenwirken mit den Verbündeten als »Unterpfand für die baldige Beendigung des Krieges und die dauerhafte Festigung der vom Volk erkämpften Freiheiten« genannt.²⁸

Die im Juli erfolgte Ernennung General Lawr G. Kornilows zum Oberbefehlshaber der russischen Armee und dessen Programm zur Wiederherstellung von »Ordnung und Disziplin« in der Truppe mit rigorosen, konterrevolutionären Maßnahmen (u. a. vollständige Wiederherstellung der Befehlsgewalt, strikte Beschränkung der Rechte der Kommissare und Komitees, die Ausweitung der Todesstrafe auf das Hinterland – an der Front war sie laut Regierungserlaß vom 12. Juli wieder eingeführt worden) stieß auf vollste Zustimmung der Privatberater. Nur knapp zwei Wochen vor dem Putsch des Generals ließen »Vertreter der Öffentlichkeit« den »obersten Führer der russischen Armee« wissen, daß ganz Rußland voller »Hoffnung und Glauben« auf ihn schau. Sie wünschten ihm für seine »große Heldentat zur Wiedererstehung einer mächtigen Armee und zur Rettung Rußlands« Gottes Hilfe! Verfasser dieses Großtelegramms war Rodsjanko, der wie sein »Vordenker« Miljukow und etliche andere Privatberater an der Zusammenkunft beteiligt war.²⁹

27 Die Zusammenkunft fand am 3. Juni statt. Wie fast alle Dokumente der Privatberater war die Resolution im Namen der Staatsduma abgefaßt.

28 Zitiert nach I. I. Minc: *Istorija Velikogo Oktjabrja*. Bd. 2: *Sverženie Vremennogo pravitel'stva. Ustanovlenie diktatury proletariata*. Moskau 1968. S. 566.

29 Siehe *Istorija Rossi v portretach*. Bd. 1. Smolensk, Brjansk 1997. S. 474. – I. I. Minc: *Istorija Velikogo Oktjabrja*. Bd. 2: *Sverženie Vremennogo pravitel'stva*. Usta-

Wie ersichtlich, verbargen sich hinter der Bezeichnung »Privatberatung von Abgeordneten der Staatsduma« nicht nur ambitionöse Vorstellungen über den Platz, den dieses »Nachfolgegremium« des Parlaments im Rußland nach dem Sturz des Zarismus haben sollte, sondern handfeste Aktivitäten und Bemühungen, auf den Gang der Dinge Einfluß zu nehmen und ihn in eine Richtung zu lenken, die jener der kadettisch-oktobristischen Dumaopposition in der Endphase der Monarchie nahekam. Unter veränderten historischen Bedingungen wurde fortzuführen versucht, was bis zum Februar von diesen Kräften unter der Losung Erhaltung der Monarchie mit einer »Regierung des Vertrauens« verfolgt wurde. Die entsprechenden Wortmeldungen blieben der Öffentlichkeit nicht verborgen. Schlüsselfigur war auch jetzt der einstige Dumapäsident, stets bereit, die Duma in voller Besetzung wieder zu beleben.

Die Provisorische Regierung (die »Einheits«- und die Koalitionsregierungen) bedeutete für die Privatberatungen nie eine Gefahr. Überlegungen zur Machtsicherung der Bourgeoisie Rußlands und Unantastbarkeit von Besitz und Privilegien der ehemals Herrschenden sowie zur Eliminierung des Neuen, Basisdemokratischen in der Gesellschaft, der Sowjets vor allem, der Komitees u. a., zur Eingrenzung der in den Revolutionstagen errungenen und schließlich auch durch Regierungsbeschlüsse festgeschriebenen demokratischen Freiheiten, deckten sich mit solchen, die Regierungskreise selbst angesichts der sich radikalisierenden Lage im Lande anstellten. Verbale Attacken anläßlich von Regierungsumbildungen oder Berufungen neuer Minister, wo die Dumaabgeordneten ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt sahen, trübten das Bild der grundsätzlichen Übereinstimmung nur unwesentlich. Man suchte und fand in gemeinsamen Beratungen eine gemeinsame Sprache in wichtigen innenpolitischen Fragen. Beide Seiten konnten dabei auch die sozialrevolutionär-menschewistischen Mehrheiten in den Sowjets, namentlich in deren

novlenie diktatury proletariata. Moskau 1968.. S. 713f. – Zum Kornilow-Putsch verhielt sich Rodsjanko nach eigenen, sicher die Tatsachen relativierenden Worten »sympathisierend, aber nicht unterstützend«, der Kadett Miljukow, der sich nach seinem kurz bemessenen Regierungsamt als Außenminister wieder voll und ganz der Partearbeit widmete, hatte zusammen mit der Mehrheit des ZK seiner Partei für die Errichtung der Militärdiktatur durch Kornilow gestimmt und schon den Leitartikel für das kadettische Zentralorgan »Retsch« (»Die Rede«) fertiggestellt, in dem dessen Sieg begrüßt wurde!

Führungsgremien einkalkulieren. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets wurde wiederholt in solche Beratungen einbezogen.³⁰

Es war daher nicht verwunderlich, daß ein Antrag der Bolschewiki und internationalistischen Sozialdemokraten auf dem Ersten Gesamtrussischen Sowjetkongreß (Juni 1917), die »Staatsduma als Organisation der reaktionärsten Elemente Zensusrußlands« aufzulösen, mehrheitlich abgelehnt wurde.³¹ Die Argumente der Mehrheit: Die Revolution habe die Duma als gesetzgebendes Organ aufgelöst, man könne den Abgeordneten nicht verbieten, als »private Gruppe von Bürgern des freien Rußlands zusammenzukommen«. ³² Tatsächlich aufgelöst wurde die IV. Duma bzw. deren Nachfolgeeinrichtung durch einen Beschluß der Provisorischen Regierung vom 6. Oktober 1917 im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. Ein Dekret der Sowjetmacht vom 18. Dezember 1917 verfügte sodann die Auflösung der Kanzleien von Duma und Provisorischem Komitee der Dumaabgeordneten und setzte somit den formalen Schlußstrich unter dieses parlamentarische Kapitel russischer Geschichte.³³

II

Während die IV. Staatsduma und ihre Nachfolgegremien einschließlich der etwas elitären »Privatberatungen«, die sich mehr oder weniger im Hintergrund hielten, im revolutionären Geschehen Rußlands 1917 eine konkrete Größe waren, bestand die Konstituierende Versammlung vorerst als eine Idee, als Losung. Seit der ersten russischen Revolution figurierte sie in den Programmen und programmatischen Wortmeldungen der wichtigsten Parteien, selbst wenn diese – wie die Monarchisten und Oktobristen – eine solche Institution für Rußland grundsätzlich ablehnten. In der historisch völlig neuartigen Situation, da das autokrati-

30 Siehe E. D. Čermenskij: *IV Gosudarstvennaja дума i sverženie carizma v Rossii*. Moskau 1976. S. 314.

31 Siehe *Političeskie dejateli Rossii. 1917. Biografičeskij spravočnik*. Moskau 1993. S. 194. – Von den 777 parteimäßig erfaßten Kongreßteilnehmern stellten die Bolschewiki 105, die internationalistischen Sozialdemokraten 32, hingegen hatten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki zusammen über 530 Delegierte.

32 Zitiert nach ebenda. S. 313.

33 Siehe *Dekrety sovetskoj vlasti*. Bd. 1. Moskau 1957. S. 252.

sche System des Zarismus endlich gestürzt war, konnte diese Idee verwirklicht werden. Eine Konstituierende Versammlung als tragende Kraft der grundlegenden demokratischen Umgestaltung des Landes und zugleich als dauerhafter signifikanter Bestandteil derselben – über diesen inhaltlichen und objektiv gestaltbaren Zusammenhang haben sich Provisorische Regierung wie führende Politiker auch in den Sowjets (Sozialrevolutionäre und Menschewiki) als Träger der neuen Macht bzw. »Teilhaber« an ihr nicht explizit geäußert. Innerhalb der Regierung gab es durchaus unterschiedliche Positionen hinsichtlich einer raschen Umsetzung dieser Idee: Die Kadetten wollten ihre Macht nicht der »Gefahr« von Wahlen aussetzen. Die Massen des Volkes indes verbanden mit einer Konstituierenden Versammlung im Gegensatz zur Duma, die sie als Faktor des zaristischen Systems erlebt hatten, große Hoffnungen auf die Lösung ihrer Lebensfragen, vor allem die Herstellung gerechter sozialer und ökonomischer Verhältnisse (die Agrarfrage!) und entschiedene Schritte zur Herbeiführung des Friedens. Nicht umsonst forderten sie auf zahllosen Massenkundgebungen, auf Sowjetversammlungen und -kongressen, auf Dorfzusammenkünften, in Resolutionen und Briefen nachdrücklich die Einberufung der Konstituierenden Versammlung und gebrauchten schlagwortartig und inflationär wie diese Forderung auch das Adjektiv »unverzüglich«. Die aus heutiger Sicht zuweilen sehr massiert formulierte historische Dimension, eine Gesamtrussische Konstituierende Versammlung habe die »globale Tendenz der zivilisatorischen Entwicklung« verkörpert, den Übergang des Landes zur »Zivilgesellschaft« markiert, der frühzeitige Abbruch dieses Weges hingegen (die Auflösung durch die Sowjetmacht im zeitigen Januar 1918) sei ein »böses Omen des Totalitarismus« gewesen, dürfte den Akteuren des Jahres 1917 noch weniger vertraut gewesen sein als begründete Vorstellungen über die tatsächlichen Aufgaben und die geschichtliche Perspektive eines Parlaments für Rußlands Entwicklung.³⁴

Wenige Tage nach dem Zarensturz unterzeichneten die Führer des Petrograder Sowjets und des Provisorischen Komitees der Dumaabge-

34 Siehe L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie i demokratičeskaja al'ternativa. In: Anatomija revoljucii. 1917 god v Rossii: Massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 134. – Diese Dimension wird in der aktuellen geschichtswissenschaftlichen Debatte im heutigen Rußland in Anlehnung an Arbeiten westlicher Historikerkollegen beschworen und ist Grundthese von Publikationen, die dem Modernisierungs- oder Totalitarismuskonzept ganz oder in Teilen verpflichtet sind.

ordneten am 2. März (also im unmittelbaren Vorfeld der Bildung der Provisorischen Regierung) eine Vereinbarung, die den juristischen Status einer künftigen Konstituierenden Versammlung umriß: 1. Die Wahlen hätten allgemein und frei zu sein, also den Willen des ganzen Volkes auszudrücken (das war Forderung der Revolution, dahinter zurückzugehen, wäre mit Sicherheit als Konterrevolution festgemacht worden). 2. Ausschließliches Vorrecht der Konstituierenden Versammlung sei die Entscheidung über alle Grundfragen des staatlichen Lebens einschließlich der Bestimmung der Regierungsform. 3. Die Konstituierende Versammlung bestimme selbst ihren Aufgabenbereich und dessen Grenzen, d. h. sie werde »Herrin der russischen Erde« sein.³⁵ Das Adjektiv »provisorisch« wurde ausgehend von diesen Festlegungen der Regierungsbezeichnung bewußt hinzugefügt und unabänderlich beibehalten. Mit dieser Absprache hatte die Mehrheit der politischen Parteien (bzw. ihre Vertreter) die Idee der Konstituante in einer ganz bestimmten Richtung ausgestaltet. Die Auswirkungen waren recht widersprüchlich: Zwar wurde mit diesem Abkommen über Grundsätze und Tätigkeitsrahmen der künftigen Konstituante vorübergehend für eine gewisse Kräftebalance zwischen revolutionären und reformistischen Bestrebungen (in Sowjetführung und Regierung) gesorgt. Im weiteren jedoch wurden Regierung wie Sowjetführer eigenartige, aber nicht unwillige Geiseln des Prinzips, daß keine Grundfrage des staatlichen Lebens ohne die Konstituante zu lösen sei. Sie konnten und wollten die errungene Macht³⁶ bzw. die Teilhabe daran nur mit Bedachtsamkeit gebrauchen, stets dem Risiko des Vorwurfs ausgesetzt, mit ihren Handlungen die Rechte der Konstituierenden Versammlung beschnitten zu haben oder beschneiden zu wollen. In der praktischen Politik wurde der Hinweis auf die künftige Konstituante nach Bedarf zur Rechtfertigung der zögerlichen Lösung von Kardinalfragen der Revolution (Agrarfrage namentlich, Friedensfrage) und für den Aufschub der Einberufung der Versammlung benutzt. Sozialrevolutionäre haben, vor allem als sie in den Provisorischen Koalitionsregierungen den Landwirt-

35 Siehe ebenda. S. 138.

36 Die Provisorischen Regierung nahm für sich in Anspruch, durch die Revolution zu dieser Macht legitimiert worden zu sein: Der gerade ernannte Außenminister Miljukow beschied auf einer Kundgebung am 2. März eine entsprechende Frage: »Uns hat die Revolution gewählt.« (Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 191).

schaftsminister stellten,³⁷ nur zu gern mit dem Hinweis auf das Vorrecht der künftigen Konstituante die eigenmächtige Landnahme der Bauern und ähnliche Aktionen pariert und die Geduld der Bauern herausgefordert.³⁸ Parteitaktische Erwägungen (die Sorge um das eigene Agrarprogramm, dessen Verwirklichung sie stets mit der Konstituante verbanden) verhiinderten also auch, die in der Absprache enthaltenen Möglichkeiten der Demokratisierung des Landes auszuschöpfen; im Kontext mit den unbeantwortet bleibenden Grundfragen und der dadurch provozierten weiteren Radikalisierung der Massen wurden sie letztlich preisgegeben.

Die Programme aller vier Provisorischen Regierungen enthielten das Versprechen, alles zu tun für die »unverzügliche« Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Letztmalig war diese Absichtserklärung in der Deklaration der dritten Koalitionsregierung vom 26. September 1917 zu lesen. Im Zeitraum seit der genannten Absprache waren zentrale Aspekte der Voraussetzungen für das Zustandekommen der Versammlung Gegenstand heftiger, kontroverser und auch langwieriger Debatten in Parteien, gesellschaftlichen Gremien und eigens von der Regierung berufenen Vorbereitungsorganen: der Wahltermin, das Wahlgesetz.

Das alles vollzog sich in einem Riesenland,

- dessen Alltag von den dramatischen Ereignissen im Revolutionsgeschehen geprägt wurde, in das immer mehr Menschen einbezogen und durch das sie radikalisiert wurden,
- das nach wie vor Krieg führte,
- in dem erstmals in der Geschichte allgemeine Wahlen anstanden,
- das ein vergleichsweise niedriges Kultur-niveaus mit durchschnittlich ca. 75 Prozent Analphabeten aufwies,
- das zwar immense bürokratische Traditionen hatte, aber eben nicht solche, die mit allgemeinen Wahlen zusammenhingen.

Über den Wahltermin gingen die Meinungen sofort weit auseinander, wofür es unterschiedliche Gründe gab, die in den skizzierten objektiven Rahmenbedingungen wie im subjektiven Bereich lagen. Eine frühzeitige Festlegung des Termins sowohl für die Wahlen als auch für den Zusammentritt der Versammlung hätte die Lage im Lande möglicherweise sta-

37 Von Mai bis August in der ersten und zweiten Koalitionsregierung – Viktor M. Tschernow, ab September in der letzten Koalition – Semjon L. Maslow.

38 Siehe Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 229ff., 242, 245f., 262 und 380.

bilisiert, das öffentliche Interesse für die Konstituante erhöht und »kanalisiert« und zwingend die technischen Vorbereitungen beschleunigt. Doch dazu kam es nicht, wengleich vor allem durch die Führung des Petrograder Sowjets und danach auch durch das Zentralexekutivkomitee der Sowjets ein gewisser Druck auf die Regierung ausgeübt wurde.

Nachdem die Regierung von ihrer eigenen Juristischen Beratung einen allgemeinen Maßnahmeplan mit Bestimmungen über die Durchführung der Wahlen abgefordert hatte und sichtbar geworden war, daß die diesbezüglichen juristischen Fragen Sachkenntnis erforderten, setzte sie (mit dreiwöchiger Verzögerung!) eine Expertengruppe aus Staatsrechtlern, Statistikern und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen einschließlich der Sowjets ein. Diese Sonderberatung nahm, geleitet vom Rechtswissenschaftler Fjodor F. Kokoschkin, eine anerkannte Autorität in der Kadettenpartei,³⁹ nach zwei Monaten (25. Mai) mit dem Auftrag zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes die Arbeit auf. Als bald war der Apparat dieser Sonderberatung »so kompliziert und umfangreich, daß unmöglich mit einem schnellen Abschluß der Arbeit und der Festsetzung der Wahlen in naher Zukunft zu rechnen war.«⁴⁰

Die Beteiligung von Vertretern aller sozialistischen Fraktionen des Petrograder Sowjets an der Sonderberatung ermöglichte in bescheidenem Umfang deren Mitwirkung bei weitreichenden Entscheidungen über die Ausgestaltung des Februarsieges in einer höchst wichtigen Frage, die ebenso neuartig wie kompliziert zu lösen war. Der Petrograder Sowjet hatte schon vordem in einem eigenen Wahlgesetzentwurf sozusagen als Gegengewicht zu liberalen Intentionen Überlegungen zur Herabsetzung des Wahlalters und zum Proporzwahlssystem angestellt. Er wurde auf

39 Kokoschkin hatte entscheidenden Anteil an der Überarbeitung des Programms der Kadettenpartei nach dem Sturz des Zarismus: Statt der konstitutionellen Monarchie wurde nun die demokratische Republik als anzustrebende Staatsform aufgenommen. Orientiert an den USA, England und Frankreich nannte Kokoschkin die parlamentarische Ordnung die »vollkommenste in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Menschheit«, zugleich sprach er sich für die strikte Gewaltenteilung aus und begründete alleits das Prinzip bürgerlicher Freiheit und Gleichheit als eine Säule des Kadettenprogramms. Als Abgeordneter in die Konstituierende Versammlung gewählt, gehörte er zu den laut Sowjetdekret verhafteten Kadettenführern. In der Nacht vom 6. zum 7. Januar 1918 wurde er in einem Gefängnis Krankenhaus von Matrosen ermordet.

40 Wladimir D. Nabokow: Petrograd 1917. Der kurze Sommer der Revolution. Berlin 1992. S. 126.

der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten (29. März bis 3. April) in Petrograd unterbreitet. Hier wurde auch auf die Einberufung der Konstituierenden Versammlung zum September orientiert: die Zeit bis dahin werde zur Vorbereitung benötigt. Wahlvorbereitungen standen ebenso auf der Tagesordnung des Ersten Gesamtrussischen Sowjetkongresses (3. bis 24. Juni), hier ging es gleichfalls vor allem um den Termin. Die Sowjetparteien orientierten auf eine angemessene Vorbereitungszeit. Mit Rücksicht auf ihre ins Auge gefaßte Wählerklientel, die Bauern, wollten die Sozialrevolutionäre nicht vor Herbst wählen. Zudem befürchteten sie, daß zu frühe Wahlen Ergebnisse haben könnten, die für die »Freiheit« überhaupt nicht wünschenswert wären. Für die unverzügliche Einberufung der Konstituierenden Versammlung sprachen sich die Bolschewiki aus und machten frühzeitig Front gegen jedwede Verzögerung, auch in der Sonderberatung. Sie griffen damit die Losung auf, die – wie oben dargelegt – Wortmeldungen der am meisten radikalen Massen auf Arbeiterkundgebungen und Sowjetversammlungen bestimmten. Beratungen mit ihrer Basis (u. a. im Zentralen Industriegebiet) ergaben indes, daß »unverzüglich« auch eine Mindestwahlkampfzeit von drei Monaten bedeutete. Benachteiligungen gegenüber den erfahreneren bürgerlichen Parteien sollten ausgeschlossen werden.⁴¹

Der Wahltermin, seine Festlegung oder Hinauszögerung wurde schließlich von den gravierenden Ereignissen im Revolutionsgeschehen und von den Krisen der Provisorischen Regierung sowie ihrer Beilegung am stärksten beeinflußt. Nach Bildung der ersten Koalitionsregierung wurden, nicht ohne Druck der hinzugekommenen sozialistischen Minister, am 14. Juni erstmals Termine veröffentlicht: die Wahlen am 17. September, die Einberufung der Konstituante am 30. September. Nach der Julidemonstration von revolutionären Soldaten, Matrosen und Arbeitern in Petrograd, die die Errichtung der Sowjetmacht forderten und zum bewaffneten Aufstand dafür bereit waren, was allseits den Bolschewiki zugeschrieben wurde und wofür sie verboten und verfolgt wurden, verschob die Regierung problemlos die Wahlen um zwei Monate: der Wahlakt – am 12. November, das Datum des Zusammentritts der Ver-

41 Siehe L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibeli. Moskau 1997. S. 66f.

sammlung – am 28. November.⁴² Eine Gesamtrussische Wahlkommission, zur selben Zeit eingesetzt und gleichfalls von einem Kadetten geleitet, war für die technischen Vorbereitungen zuständig. Die Aufstellung der Wählerlisten übernahmen vor Ort in der Regel die gleichen Gremien (Staddumas, Semstvos), die für die Wahlen der örtlichen Selbstverwaltungen zuständig waren und daher bestimmte Erfahrungen hatten. Die Sowjets wurden in keinem Fall beteiligt. Im Oktober erfolgte die Veröffentlichung der Kandidatenlisten der politischen Parteien und Vereinigungen (wie z. B. des Gesamtrussischen Bauernbundes).

Die Ausarbeitung des Wahlgesetzes, für die Gesetze unter anderem aus Belgien, Deutschland, Frankreich, einigen Bundesstaaten Nordamerikas herangezogen wurden, gestaltete sich langwierig und kompliziert, was sicher ein gewichtiger Grund für die Verzögerungen des Gesamtprozesses war. Konsens bestand von vornherein über die »viergliedrige Formel«, die den demokratischen Grundcharakter des Gesetzes ausmachte: allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen. Für Rußland, das auch seine letzte vorrevolutionäre Duma nach schwer durchschaubarem mehrstufigem Kurialsystem gewählt hatte und dessen Bevölkerung nur zu 15 Prozent an der Willensbildung beteiligt gewesen war, war das eine kaum zu überschätzende, vorwärtsweisende Errungenschaft (nebenbei – auch verglichen mit fortgeschrittenen Ländern Europas: in England waren nur 30 Prozent wahlberechtigt). Auch die Entscheidung für das proportionale Wahlsystem fiel leicht, zumal selbst Kokoschkin es schon im überarbeiteten kadettischen Parteiprogramm verankert hatte.⁴³ Das Wahlalter wurde auf 20 Jahre festgesetzt. Der bolschewistische Vertreter in der Sonderberatung hatte sich für 18 Jahre ausgesprochen mit dem Argument, daß die Frontsoldaten in diesem Alter in den Krieg gezogen sind und massenweise für das »Vaterland« sterben mußten. Er konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Frauen bekamen das Wahlrecht, ein

42 Siehe Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 316f. – Die an der Organisation der Wahlen Beteiligten gaben sich später wechselseitig die Schuld für zugelassene Verzögerungen. Tschernow machte als Hauptschuldige die Kadetten aus, die erstens die formalen Prozeduren peinlichst beachteten und zweitens entstandene »Organe der Volksmacht« zu den Vorbereitungen nicht zuließen. Kokoschkin hingegen setzte die »Macht des Rechts« gegen das »Recht der Macht« und beharrte auf der strikten Beachtung aller notwendigen juristischen Feinheiten (siehe V. M. Černov: Pered burej. Moskau 1993. S. 345ff.).

43 Siehe auch Anmerkung 39.

Fakt, der in der damaligen Welt überhaupt noch nicht zum demokratischen Allgemeingut gehörte. Gegner dieser Neuerung, die es auch unter Sozialisten gab, wurden z. B. mit dem Argument überzeugt, man könne Vera Figner oder Jekaterina K. Breschko-Breschkowskaja, der »Großmutter der russischen Revolution«, das Wahlrecht nicht verweigern (beide Revolutionärinnen wurden in die Konstituierende Versammlung gewählt). Das Wahlrecht kannte keinerlei Einschränkungen hinsichtlich Besitz, Bildung oder Wohnsitz.

Heftig debattiert wurde in der Sonderberatung darüber, ob Deserteure aus der Wahlteilnahme auszuschließen seien. Desertion war inzwischen zu einer Form des soldatischen Massenprotestes gegen den Krieg geworden, man zählte damals schon weit über zwei Millionen Deserteure, Tendenz steigend. Die Bolschewiki setzten sich vehement dafür ein, das zu berücksichtigen und Deserteure wählen zu lassen. Die gegenteilige Entscheidung traf die Provisorische Regierung, indem sie schon am 26. Mai beschloß, Deserteuren das Wahlrecht nicht zu geben und sie von der Landzuteilung(!) auszuschließen. Die künftige Konstituierende Versammlung sollte dies bestätigen. Die Regierung entschied auch die kontrovers diskutierte Frage, ob den Mitgliedern der Zarenfamilie das Wahlrecht zuzugestehen sei. Die Beratung hatte mehrheitlich jedwede Beschränkung abgelehnt: »politische Rache« würde dem demokratischen Geist des Gesetzes widersprechen. Im veröffentlichten Wahlgesetz stand dann aber ein Passus, der der Zarenfamilie das aktive wie passive Wahlrecht verwehrte. Offenbar wollte man dem Vorwurf der Sympathien für die Monarchie entgehen.⁴⁴ Über den Wert und die Bedeutung des Wahlgesetzes gab es unter Zeitgenossen, selbst den Schöpfern des Dokuments unterschiedliche Auffassungen, am häufigsten wurde sein übersteigerter Perfektionismus kritisch gewertet. Einig war man sich jedoch in zwei Punkten: Erstens über den demokratischen Charakter des Gesetzes und zweitens über die Tatsache, daß es im Grunde zu spät gekommen war.⁴⁵

44 Siehe L. G. Protasov: *Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibelj.* Moskau 1997. S. 71f.

45 Auch in der neueren Geschichtsliteratur findet man diesbezüglich sehr kontroverse und z. T. extreme Auffassungen. Es sei die »größte Dummheit« gewesen, in einem Land mit minimaler politischer Bildung und den bekannten Traditionen das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Wahlen zu einer V. Staatsduma nach altem Wahlrecht hätten weniger Schaden angerichtet, schreibt Wladimir P. Buldakow (siehe *Otečestvennaja istorija.* Moskau (1917)2. S. 29).

Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung fanden fast drei Wochen nach Errichtung der Sowjetmacht am 12. November 1917 statt, also an dem Tag, der beim letztmaligen Aufschub durch die Provisorische Regierung (9. August) bestimmt worden war. Nach längerem Für und Wider, das es schon in den ersten Tagen des Sieges unter Bolschewiki (das Petrograder Parteikomitee) und in den vom II. Sowjetkongreß gewählten Führungsgremien gegeben hatte, war ebendort am 8. November diese Entscheidung gefallen.⁴⁶ In zweieinhalb Tagen sollten 820 Abgeordnete gewählt werden. Doch in nur gut der Hälfte der 80 Wahlkreise begannen die Wahlen pünktlich. Die anderen Wahlkreise kamen mit bis zu dreiwöchiger Verzögerung nach; in den entfernteren Regionen fand offensichtlich keine Stimmabgabe statt bzw. zog sich dieser Vorgang bis Februar 1918 hin. Die Wahlen blieben also letztlich im eigentlichen unvollendet.

Wahlergebnisse lagen letztlich aus 70 Wahlkreisen vor, aus dem Europäischen Rußland und Sibirien fast lückenlos. Ein reguläres Wahlbulletin gab es nicht, zumal die Gesamtrussische Wahlkommission nach Verhaftung ihres kadettischen Leiters nicht weiter bestand.⁴⁷ Der für die Eröffnung der Konstituante vorgesehene Termin (28. November) ließ sich aufgrund des schleppenden Wahlverlaufs nicht halten. Daher verfügte der Rat der Volkskommissare am 26. November, die Konstituante könne eröffnet werden, sobald 400 Abgeordnete anwesend und registriert sind. Knapp vier Wochen danach wurde der 5. Januar 1918 als Eröffnungstag bekannt gegeben.⁴⁸

Die Wahlbeteiligung war hoch. Der russische Historiker L. G. Prottasow, der die statistische Seite der Wahlen besonders intensiv erforscht hat, kommt zu dem Ergebnis, daß ziemlich exakt 47 Millionen, hochgerechnet 50 Millionen Bürger von den rund 80 Millionen Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, was 62 bis 63 Prozent aus-

46 Siehe V. V. Žuravlev/N. S. Simonov: *Pričiny i posledstvija razgona Učreditel'nogo sobranija*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (1992)1. S. 4.

47 Gemäß einem Dekret der Sowjetmacht vom 28. November wurden die »Mitglieder der leitenden Körperschaften der Kadettenpartei« als Konterrevolutionäre verhaftet, darunter auch in die Konstituierende Versammlung gewählte Abgeordnete (siehe *Dekrety sovetskoj vlasti*. Bd. 1. Moskau 1957. S. 161). – Siehe auch das Dekret über die Gesamtrussische Wahlkommission in ebenda. S. 155.

48 Siehe ebenda. S. 159, 276ff. und 284f.

machte.⁴⁹ Für ein Land, das in Revolutions- und Kriegszeit die ersten freien Wahlen erlebte, das trotz 1905/07 bis zum Zarensturz noch immer politische Unfreiheit in vielen Erscheinungsformen kannte, wo Millionen Menschen erstmals in politisches Handeln einbezogen, von Parteien wie nie zuvor ins Kalkül genommen wurden, wo die sozialistischen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sozusagen aus dem Untergrund in den Ministersessel katapultiert worden waren und wo seit dem Oktoberaufstand die radikalste Linke, die Bolschewiki, die Landesgeschicke in der Hand hatte und sich anschickte, das Errungene mit allen Mitteln zu verteidigen, Widerstand rigoros zu unterdrücken, in einem solchen Land war dieses Resultat kaum vorhersehbar gewesen. Die Revolution hat, wie sich zeigte, in rascher Folge Massen zu politischer Aktivität geführt. Wie tief dieser Vorgang bewußte Entscheidungen bewirkte ist sicher mit der Wahlteilnahme nicht beantwortet. Die Sowjets, auf die sich die neue Macht stützte, haben – verglichen mit diesem Wahlergebnis – nur etwa ein Drittel der Landesbevölkerung erfaßt, hauptsächlich die unteren sozialen Schichten – Proletariat und arme Bauern.

Die Wahlergebnisse waren trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen korrekt zustande gekommen, selbst auf dem Lande, wo es die meisten wahltechnischen Defizite gegeben hatte. Hier gab es eine für alle Beteiligten überraschend hohe Wahlbeteiligung mit in manchen Wahlkreisen bis zu 80 Prozent. Eindeutiger Wahlsieger war die Partei der Sozialrevolutionäre mit rund 55 Prozent der Stimmen. Zusammen mit den Menschewiki, die mit 2,6 Prozent der Stimmen auf ihrem politischen Tiefpunkt seit dem Frühjahr 1917 angekommen waren, hatten also die »Sowjetparteien« die absolute Mehrheit in der nach dem Willen des Volkes demokratisch gewählten Konstituierenden Versammlung erringen können. Die Bolschewiki kamen auf 22,5 Prozent der Stimmen, die Kadetten auf 4,7 Prozent. Der Rest der Stimmen entfiel auf kleine bürgerliche und nationale bürgerliche Parteien und Gruppierungen.

Die Sozialrevolutionäre hatten den für sie selbst überwältigenden Wahlsieg in erster Linie auf dem Lande errungen. Ihr Verhältnis zu den Bauern hatte sich in einem grundlegenden Widerspruch bewegt: Einer-

49 Siehe L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie i demokratičeskaja al'ternativa. In: Anatomija revoljucii. 1917 god v Rossii: Massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 145. – L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibeli. Moskau 1997. S. 129ff. und 294ff.

seits haben sie stets die Verwirklichung ihres Agrarprogramms (mit dem sie als Partei auf der politischen Bühne Rußlands erschienen waren) mit einer Konstituierenden Versammlung verknüpft, die in ihren Vorstellungen und Äußerungen zuweilen von einer romantischen Aura umgeben wurde. Auch 1917 – die Bauern blieben davon nicht unberührt. Andererseits hat sich die Partei durch das kräftige Mitwirken ihrer Landwirtschaftsminister in der Regierungspolitik, namentlich beim Aufschub der Agrarfrage auf die Konstituierende Versammlung bei den Bauern nicht gerade beliebt gemacht. Dürftige »Übergangsmaßnahmen« wie das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden, die Einrichtung von Bodenkomitees für die künftige Verteilung von Gutsland kamen zu spät (Herbst 1917) und befriedigten oder beruhigten die Bauern nicht. In diesem Zusammenhang bildete sich der linke Flügel in der Partei heraus. Die linken Sozialrevolutionäre griffen Forderungen der Bauern nach einer möglichst raschen Lösung der Agrarfrage auf, ohne auf die Konstituante zu warten, was sie an die Seite der Bolschewiki führte.

Mehrere Faktoren schwächten die Wirkungen des genannten Widerspruchs im Wahlgesehen ab und ermöglichten letztlich das Ergebnis: Die sozialrevolutionäre Dominanz in bäuerlichen Sowjetgremien, in den Dorfsowjets, im Exekutivkomitee des Gesamtrossischen Bauernsowjets sowie in den territorialen Gliederungen des Gesamtrossischen Bauernbundes war eine wichtige Voraussetzung, daß das Dorf zwar nicht so sehr technisch und »bürgerrechtlich«, als vielmehr mental auf die Wahlen vorbereitet war. Mehr als nur die ländliche Intelligenz wurde mit den programmatischen Vorstellungen der Partei und ihrer Position gegenüber der neuen Macht vertraut gemacht. Am Tag des Sieges des Oktoberaufstands rief das sozialrevolutionär geführte Exekutivkomitee des Gesamtrossischen Bauernsowjets Bauern, Soldaten und Arbeiter auf, trotz bolschewistischer Machtergreifung die Wahlvorbereitungen zügig weiter zu führen und sich um das Komitee zu scharen.

In der Wahlagitation wurden frühere Verbindungen zu den Bauern vertieft, sozialrevolutionäres Interesse für ihre sozialen Probleme kenntlich gemacht, hervorgekehrt und bewußt an bäuerliche Meinungsäußerungen wie: wir brauchen keine Parteien, die Sozialrevolutionäre sind unsere, angeknüpft.⁵⁰ In den Wahlen traten die Sozialrevolutionäre als

50 Vor allem in den sozialrevolutionären »Hochburgen« wie der Wolgaregion gab es stabilere organisatorische Verbindungen. Bis 1917 hatte die Partei stets Schwierigkeiten,

Bauernpartei auf und wurden auch so wahrgenommen. Es kam ihnen teilweise zugute, daß sie während der Wahlkampagne auf dem Lande eigentlich nur die Bolschewiki als Konkurrenten hatten. Wenn sich die Bauern jetzt für eine der Parteien entschieden, stimmten sie in jedem Fall für Grund und Boden: Beide Parteien versprachen (die Bolschewiki jetzt im regierungsamtlichen Dokument, dem Dekret über den Grund und Boden, das auf dem Lande durchaus bekannt war) die Erfüllung des sehnlichsten bäuerlichen Wunsches: die ausgleichende Bodennutzung. Drei Viertel der Bauernstimmen gingen an die Sozialrevolutionäre und immerhin ein Fünftel an die Bolschewiki.

Die Mehrheitssozialrevolutionäre, d. h. die rechten, haben erfolgreich die tiefe Spaltung der Partei und die Tatsache, daß der linke Flügel eigentlich »bauernkonsequenter« orientiert war, kaschieren können, obwohl Drohungen, Parteiausschlüsse, neue Abgrenzungen und auch Kompromisse ihre Wahlkampagne begleiteten. Das Zentralorgan der Partei »Delo Naroda« (»Sache des Volkes«) machte Namen ausgeschlossener Linker publik und zeigte sich überzeugt, daß diese es als »politische Ehre« ansehen würden, »ihre Kandidatur für die Konstituierende Versammlung zurückzuziehen«.⁵¹ Gleichzeitig wählte die Partei sehr vorsichtig, auch aus Angst vor politikunerfahrenen Bauern, mögliche Blockpartner für die Wahlen aus und faßte zielsicher die Bauernorganisationen ins Auge, die unter ihrer Führung standen (Gesamtrussischer Bauernsowjet). Ein Abkommen mit dem Gesamtrussischen Bauernbund kam allerdings nicht zustande; dieser beharrte auf seiner parteineutralen Position und hat selbständig an den Wahlen teilgenommen.

Als Rußlands Bauern der Partei der Sozialrevolutionäre zu ihrem Sieg bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung verhalfen, hatten sie ihren kollektiven Willen zum Ausdruck gebracht und unzweideutig für Grund und Boden gestimmt. Der demokratische Charakter der Wahlen hat dies im gesamtrussischen Maßstab möglich gemacht. Die Wahlen offenbarten, daß die Bauern ihren eigenen Weg gingen. In ihrem Wahlverhalten widerspiegelte sich gleichsam die bäuerliche Agrarrevolution

sich dauerhaft ihrer »Klasse« anzunähern (siehe Sonja Striegnitz: Bauernsozialistische Ideen in Rußland. In: Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock. Berlin 2000. S. 151–163).

51 Zitiert nach L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibeli. Moskau 1997. S. 129.

mit ihren eigenen Gesetzen, für die heutige russische Historiker den Begriff »Obschtschina-Revolution« prägen.⁵² Der politische Faktor im Sinne der Machtfrage spielte für die bäuerlichen Wähler im Zusammenhang mit ihrer Wahlentscheidung eine völlig untergeordnete Rolle. Das belegen übrigens auch Briefe, die Bauern aus unterschiedlichen Landesteilen schon vor der Konstituierenden Versammlung an diese richteten: Sie unterbreiteten hier die ganze Skala ihrer Sorgen und Nöte in der Hoffnung auf die Hilfe und Unterstützung durch eine – aus ihrer Sicht – universelle, allumfassende, alles vermögende Institution, die nicht unbedingt Träger politischer Macht sein mußte.⁵³ Die Machtergreifung durch die Bolschewiki unter Umgehung der Konstituierenden Versammlung hat, wie der bereits mehrfach zitierte Protassow schreibt, Rußlands Bauern zwar nicht begeistert, aber auch nicht sonderlich erregt. »Nachdem das Dorf das Gutsland bekommen hatte, bedurfte es ihrer nicht mehr, und ihre Auseinanderjagung blieb ihm ziemlich gleichgültig.«⁵⁴ Die Tragweite der bäuerlichen Motivation für ihre Wahlentscheidung ist selbst führenden Sozialrevolutionären erst spät bewußt geworden.⁵⁵

Die Bolschewiki haben sich, wie bereits angedeutet, alsbald nach dem Oktoberaufstand mit der Konstituierenden Versammlung beschäftigt.⁵⁶ Theoretisch war seit Lenins Aprilthesen für die Partei klar, daß sie Kurs auf die sozialistische Revolution nehmen würde und daß dabei der Schwerpunkt auf den Sowjets liegen müsse. »Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren, wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der So-

52 Siehe W. L. Telizyn: Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 86ff.

53 Siehe »Za to teper' svoboda ...« Pis'ma krest'jan i gorodskich obyvatel' v Učreditel'noe sobranie i obzor choda izbiratel'noj kampanii 1917 g. In: Neizvestnaja Rossija. XX vek. Bd. II. Moskau 1992. S. 181–190.

54 L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija roždenija i gibeli. Moskau 1997. S. 237.

55 Siehe V. M. Černov: Pered burej. Moskau 1993. S. 349. – V. M. Lavrov: »Krest'janskij parlament« Rossii. Vserossijskie s'ezdy Sovetov krest'janskich deputatov v 1917–1918 godach. Moskau 1996. S. 326.

56 Folgt man den Aufzeichnungen Leo D. Troztkis über Lenin aus dem Jahr 1924, geschah dies »in den ersten Tagen, wenn nicht gar Stunden« (L. D. Trockij: K istorii ruskoj revoljucii. Moskau 1990. S. 206).

wjets ...«⁵⁷ Die Frage, ob die auch von der bolschewistischen Partei befürwortete Konstituierende Versammlung einberufen werden sollte, beantwortete Lenin (Mai 1917) mit »ja, und möglichst schnell«. Jedoch formulierte er gleichzeitig die dazu notwendigen Garantien: eine größere Zahl und Stärke der Sowjets.⁵⁸ Dieser Zusammenhang war also stets mit zu bedenken, wenn die bolschewistische Partei im weiteren Revolutionsgeschehen die Losung Einberufung der Konstituierenden Versammlung beibehielt und deren Dringlichkeit unterstrich, nicht nur wenn sie an den Vorbereitungen dafür (s. o.) beteiligt wurde.

Ein fertiges Konzept, wie nach der Errichtung der Sowjetmacht zu verfahren sei, gab es nicht. Der Gedanke, die Konstituante aufzulösen bzw. nicht einzuberufen, beschäftigte Lenin frühzeitig, jedoch gleichzeitig auch die Frage ihrer »Verbesserung« für die Bestrebungen der Partei, beispielsweise durch Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, wie bereits früher gefordert, durch Erneuerung der Wahllisten auch der eigenen Partei und Berücksichtigung der Parteienlandschaft (Sozialrevolutionäre!). Die eigenen Wahllisten seien schlecht, es gebe »zuviel zufällige Intelligenz, doch wir brauchen Arbeiter und Bauern«.⁵⁹ Mit dieser Position war Lenin zunächst allein geblieben.

Die Wahlergebnisse änderten die Stimmungslage in der bolschewistischen Partei schließlich zugunsten der Auflösung der Konstituierenden Versammlung. Die Konstituante war zwar keine »kadettisch-menschewistisch-sozialrevolutionäre« geworden, die Eliminierung der Kadetten als Konterrevolutionäre in Vollzug des Dekrets vom 28. November⁶⁰ hatte dies verhindert, aber die Mehrheit hatten die politischen Kontrahenten aus dem sozialistischen Lager. Die Auflösungs-Überlegungen wurden jetzt mehr und mehr mit Blick auf das Verhalten der linken Sozialrevolutionäre angestellt. Die linken Sozialrevolutionäre waren durch die gemeinsamen Wählerlisten mit der »Mutterpartei« benachteiligt worden. Den Verbleib auf dem II. Sowjetkongreß bezahlten linkssozialrevolutionäre Deputierte mit dem Ausschluß aus der Partei, was die Verselbstän-

57 W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. S. 5.

58 W. I. Lenin: Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats. In: Ebenda. S. 85.

59 L. D. Trockij: K istorii russkoj revoljucii. Moskau 1990. S. 206.

60 Siehe Anmerkung 47. – Siehe außerdem L. D. Trockij: K istorii russkoj revoljucii. Moskau 1990. S. 206.

digung des linken Flügels nur noch beschleunigte. Auf ihrem Gründungsparteitag Ende November (wo ja noch nicht absehbar war, wie die Wahlen ausfallen würden) beschlossen sie, sich entschieden jedwedem Versuch zu widersetzen, die Konstituierende Versammlung in ein Organ des Kampfes gegen die Sowjets zu verwandeln.⁶¹ Ihre Zustimmung zu den Sowjetdekreten auf dem II. Sowjetkongreß, namentlich zum Dekret über den Grund und Boden, führte die Linken Sozialrevolutionäre (nunmehr groß geschrieben!) in eine Regierungskoalition mit den Bolschewiki. In den Debatten um das Verhältnis zur Konstituante nach den Wahlen war die Meinung von Mark A. Natanson, einem ihrer Führer, der seinen revolutionären Weg in der Narodnikibewegung begonnen hatte, besonders gewichtig. Er sprach sich für die strikte Auflösung der Konstituante aus; eine ähnlich bestimmte Position nahm Boris D. Kamkow ein.⁶²

Der 5. Januar 1918, da im Taurischen Palais im selben Sitzungssaal, wo einst die IV. Staatsduma tagte, die Gesamtrussische Konstituierende Versammlung zu ihrer ersten und einzigen Sitzung zusammentrat, die bis in die frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages dauerte, ist in Dokumenten belegt, in Erinnerungen und historischen Darstellungen beschrieben worden.⁶³ Die historischen Fakten besagen, daß sich beide Seiten auf dieses Ereignis wie auf ein Kräftemessen vorbereitet haben, die Wahlsieger und die Sieger des Oktoberaufstands. Die Sozialrevolutionäre hatten vor ihrem Wahlsieg ebenfalls die »Auseinanderjagung« der Konstituante erwogen, sollten sie in der Minderheit bleiben.⁶⁴ Vorsichtig

61 Siehe V. V. Žuravlev/N. S. Simonov: *Pričiny i posledstvija razgona Učreditel'nogo sobranija*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (1992)1. S. 5.

62 Siehe *Političeskie dejateli Rossii. 1917. Biografičeskij spravočnik*. Moskau 1993. S. 230 und 138.

63 Siehe außer den bereits zitierten Titeln vor allem das nun wieder zugängliche Protokoll der Konstituierenden Versammlung (siehe *Učreditel'noe sobranie. Rossija 1918. Stenogramma i drugie dokumenty*. Moskau 1991). Auszüge daraus wurden erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht in *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Berlin 1997. S. 407–415. Aus dezidiert antibolschewistischer Sicht beschreibt Sinaida Gippius (Hippius) in ihren Tagebuchaufzeichnungen die Stimmungslage russischer Intellektueller angesichts der Ereignisse um den 5. Januar 1918 (siehe »Černye tetradi« Zinaidy Gippius. In: *Zven'ja. Istoričeskij al'manach*. Vypusk 2. Moskau, Sankt Petersburg 1992. S. 11ff.).

64 Siehe W. I. Miller in der Debatte auf einem internationalen Kolloquium zur Geschichte der Russischen Revolution 1993 in Petersburg (siehe *Anatomija revoljucii. 1917 god v Rossii: Massy, partii, vlast'*. Sankt Petersburg 1994. S. 160). Miller

hat sich Tschernow für diesen Fall ebenfalls zur Gewaltanwendung bekannt (Rückgriff auf die erprobte Taktik des individuellen Terrors oder Aufstand zur Verteidigung der Konstituierenden Versammlung).⁶⁵

Das Kräfteressen entschieden die Bolschewiki für sich, indem sie alles dafür aufboten. Das Taurische Palais, der Sitzungssaal selbst wurden militärisch gesichert, zuverlässige Wachmannschaften in den Saal eingeführt. Lettische Schützen, die wichtige Stoßkraft des Oktoberaufstands, kamen zum Einsatz. Hauptstädtische Armeeeinheiten, die den Sozialrevolutionären ergeben waren (das Semjonowski- und das Preobraschenski-Regiment sowie eine mit Panzerautos ausgerüstete Division), die diese zum »Schutz« einer friedlichen Demonstration ihrer Anhänger einsetzen wollten, wurden rechtzeitig entwaffnet und ließen das auch widerstandslos geschehen. »Petrograd ist nicht mit uns. Aber das Land ist mit uns«, resümierte der sozialrevolutionäre Führer Viktor M. Tschernow rückblickend die Lage.⁶⁶ Die unbewaffneten Demonstranten, zu denen auch Arbeiter aus dem Petrograder Obuchow-Werk gehörten, kamen nicht bis zum Palais, sie wurden rigoros unter Einsatz von Schußwaffen auseinandergetrieben, zwölf Tote und zahlreiche Verletzte blieben auf Petrograds Straßen ...

Die Versammlungsmehrheit (601 Abgeordnete waren anwesend, davon 370 rechte Sozialrevolutionäre, 175 Bolschewiki, 40 Linke Sozialrevolutionäre, 16 Menschewiki, 17 Kadetten) lehnte es in einer haßerfüllten Debatte ab, die Existenz der Sowjetmacht, so wie sie aus dem Oktoberaufstand hervorgegangen und wie dies in der Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes niedergeschrieben war, anzuerkennen. Die bolschewistische Fraktion verließ den Saal, da sie – wie es in der diesbezüglichen Erklärung hieß – nicht die Absicht hatte, die »Verbrechen der Feinde des Volkes zu decken«.⁶⁷ Die Abgeordneten der Linken Sozialrevolutionäre folgten ihnen. Die rechten Sozialrevolutionäre blieben, um unter Vorsitz von Tschernow (er hatte sich gegen die linkssozialrevolutionäre, von den Bolschewiki vorgeschlagene Kandidatin Maria A. Spiridonowa durchgesetzt) das aus sozialrevolutionärer Sicht zu

nennt eine Äußerung von Jekaterina K. Breschko-Breschkowskaja im September 1917; sicher wäre diese Frage noch weiter zu untersuchen.

65 Siehe K. V. Gusev: V. M. Černov. Štrichi k političeskomu portretu. Moskau 1999. S. 171.

66 V. M. Černov: Pered burej. Moskau 1993. S. 349.

67 Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 415.

debattieren, was bereits durch Sowjetdekrete entschieden war: die Agrarfrage, die Friedensfrage, die Regierungsform. Solange die Wache noch nicht müde war.

Am 6. Januar erschien das von Lenin verfaßte Dekret des Zentral-
 exekutivkomitees der Sowjets über die Auflösung der Konstituierenden
 Versammlung, das den in den Aprilthesen erstmals formulierten theoretischen
 Grundsatz der bolschewistischen Partei, angereichert mit den
 konkret historischen Erfahrungen, wie sie die Bolschewiki reflektierten,
 wiederholte: »Jeder Verzicht auf die uneingeschränkte Macht der Sow-
 jets, auf die vom Volke eroberte Sowjetrepublik zugunsten des bürger-
 lichen Parlamentarismus und der Konstituierenden Versammlung wäre
 jetzt ein Schritt rückwärts, würde den Zusammenbruch der ganzen Ok-
 toberrevolution der Arbeiter und Bauern bedeuten.«⁶⁸

Die Einschätzung der ersten und einzigen Tagung der Konstituante
 Rußlands 1918 umfaßt bei Akteuren und Zeitzeugen die »Werteskala«
 zwischen Tragödie und tragischer Farce.⁶⁹ Für die weitere Entwicklung
 der Sowjetmacht und der bolschewistischen Partei wurden an jenem 6.
 Januar Weichen gestellt. An der Haltung Lenins, der Bolschewiki zur
 Konstituierenden Versammlung wurden deren Gesellschaftskonzept und
 Demokratieverständnis demonstriert. Die Gleichsetzung von Diktatur des
 Proletariats und Demokratie versperrte ihnen den Weg zu einem Konsens
 mit der Mehrheit der demokratisch gewählten parlamentarischen Institu-
 tion, was den Verzicht auf Konsens mit großen Teilen der Bevölkerung
 Rußlands bedeutete und letztlich die langwierige blutige Konfrontation
 des Bürgerkriegs mit verursachte. Es ist sicher kein zu vernachlässigen-
 der historischer Fakt, daß die Linken Sozialrevolutionäre die in diesem
 Zusammenhang getroffenen Entscheidungen mittrugen, auch wenn sie
 sehr bald selbst zu Opfern bolschewistischer Machtabsicherung wurden.
 Die Einschränkung demokratischer Errungenschaften wurde in der
 Praxis des Sowjetsystems irreversibel, sie bestimmte weitere Schritte
 zur Absicherung der Macht, die auf die Ausschaltung politischer Oppo-

68 Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen.
 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918. Herausgegeben von Horst Schützler und Sonja
 Striegnitz. Berlin 1987. S. 129.

69 Siehe V. M. Černov: Bor'ba za učreditel'noe sobranie i ego razgon. In: Kentavr. Isto-
 riko-političeskij žurnal. Moskau (1993)3. S. 128. – A. F. Kerenskij: Rossija na isto-
 ričeskom povorote. Memuary. Moskau 1993. S. 333.

nenten hinausliefen und letztlich auch die Entwicklung der bolschewistischen Partei blockierten.

Die Ereignisse des 5./6. Januar 1918 legten aber auch das Wesen der großen, einflußreichen und bei den Wahlen siegreichen reformsozialistischen Partei der Sozialrevolutionäre und ihrer Führer bloß, das in starkem Maße in der unter Bedingungen politischer Unfreiheit geführten theoretischen Auseinandersetzung mit den bolschewistischen Sozialdemokraten seit der Jahrhundertwende geprägt worden war. Unduldsamkeit, Demokratiedefizite, Disziplinierung waren auch dieser Partei nicht fremd. In der aktuellen Situation manifestierte sich das innerparteilich im Umgang mit dem linken Flügel und selbst mit dem Parteiführer Tschernow, als dieser vom ZK abweichende Positionen einnahm. Das schier unerschöpfliche Reservoir an Konfrontationsbereitschaft und Intoleranz, dezentler gebraucht als durch den politischen Gegner, zeigte sich im Sitzungssaal des Taurischen Palais. Es kulminierte darin, daß Tschernow vor Seinesgleichen über die Agrarfrage referierte, als würde es kein Dekret über den Grund und Boden geben, das im Kern das sozialrevolutionäre Agrarprogramm enthielt, dessen Autor er war.

Bei der Neusicht auf die Geschichte der Russischen Revolution ist die Frage, inwieweit die Konstituierende Versammlung reale historische Perspektiven für eine andere, eine demokratische Entwicklung Rußlands bot, von größtem, nicht nur wissenschaftlichem Interesse. Um so mehr, da das mit der revolutionären Machtergreifung durch die Bolschewiki im Oktober 1917 entstandene Sowjetsystem zusammengebrochen und nun als abgeschlossenes historisches »Ereignis« zu überblicken und zu hinterfragen ist. Soweit überschaubar, tendieren die meisten heutigen Forscher dieses Themas zu einer zurückhaltend positiven Sicht auf die demokratischen Potenzen und die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten und Handlungswilligkeit der Konstituierenden Versammlung, ihrer demokratisch gewählten Mehrheit und ihres Vorsitzenden.⁷⁰ Sozialrevolutionären und Menschewiki war es zuvörderst um die Einberufung selbst

70 Die Diskussion auf dem bereits genannten Kolloquium in Sankt Petersburg 1993 ist diesbezüglich bemerkenswert. Neben dem Bemühen um die Wiederherstellung des historischen Platzes der Konstituierenden Versammlung standen Tendenzen ihrer Verklärung, aber vor allem begründete Vorsicht bei der Bewertung ihr innewohnender alternativer Potenzen. Ihr Abtreten von der historischen Bühne wurde u. a. als »politischer Selbstmord« bezeichnet (siehe Anatomija revoljucii. 1917 god v Rossii: Massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 149ff.).

gegangen, um das Kenntlichmachen ihrer Position gegenüber der bolschewistischen Macht vor der »Herrin der russischen Erde«. Wenn die Versammlung in Gang kommen würde, glaubten sie, würde auch die Unterstützung des Volkes gegeben sein. Ein Endziel fehlte. Damit waren im Grunde ihre engen Grenzen abgesteckt. Im nachhinein wurde vielfach beklagt, daß die Abgeordneten der Konstituierenden Versammlung widerstandslos auseinandergingen,⁷¹ daß Massenproteste im Volk ausblieben. Das aber ist der Dreh- und Angelpunkt: Historische Alternativen sind nicht ohne Massen durchsetzbar.

71 Kerenski schreibt in diesem Zusammenhang von einer »Paralyse des Willens« (A. F. Kerenskij: *Rossija na istoričeskom povorote*. Memuary. Moskau 1993. S. 333).

WOLFGANG GEIER

Terror und Tugend – Jakobinismus und Bolschewismus

In europäischen Revolutionen spielen außer ideologisch-politischen und staatlich-rechtlichen Positionen, Strategien und Taktiken bestimmte ethische Maximen und moralische Postulate eine höchst unterschiedliche Rolle. Aufschlußreich ist beispielsweise, ob sich die Repräsentanten einer gerade stattfindenden Revolution auf eine vorangehende berufen und beziehen, von ihr eine wie auch immer begründete historische Kontinuität und Legitimierung ableiten und aus welchen Gründen, mit welchen Mitteln dies geschieht.

Die Ideologen der französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts bemühten oder benötigten insofern die englische Revolution der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kaum. Als Ludwig XVI. ein juristisch und politisch immerhin riskanter Prozeß gemacht und er schließlich 1793 hingerichtet wurde, verwies man erst gar nicht oder nur am Rande der öffentlichen Auseinandersetzungen etwa auf historische Analogien (Legitimationen) zu Prozeß und Hinrichtung Charles I. im Jahre 1649.

Wenn man jedoch bestimmte Gesichtspunkte der Kontinuierung und Legitimierung des Terrors im Vergleich und im Bezug der bolschewistischen Phase der russischen zur jakobinischen der französischen Revolution betrachtet, ergibt sich ein anderes, in sich und im Bezug aufeinander äußerst widersprüchliches Bild.

TERROR UND TUGEND; DIE JAKOBINISCHE POSITION: ROBESPIERRE

Am 5. November 1792 sprach Maximilien de Robespierre, inzwischen Präsident des Jakobinerklubs und Sprecher der radikalen Berg-Partei, im Konvent zur Begründung der Notwendigkeit, Ludwig XVI. zum Tode verurteilen und hinrichten zu lassen. Dies ist eine seiner am meisten beachteten und zitierten Reden. Dort heißt es unter anderem:

»Bürger! Wollt ihr eine Revolution ohne Revolution? Wo ist denn dieser Verfolgungsgeist, der die Fesseln sprengende Revolution revidieren will? [...] Man zieht euch von der eigentlichen Frage ab. Es liegt hier kein Prozeß vor. Ludwig ist kein Angeklagter, ihr seid keine Richter [...] Ludwig ist durch seine Verbrechen entthront. Er hat gegen die Republik konspiriert; er wird verurteilt, oder die Republik wird nicht freigesprochen. Wenn man vorschlägt, Ludwig XVI. den Prozeß zu machen, so stellt man die Revolution in Frage. Kann er gerichtet werden, so kann er freigesprochen werden, kann er freigesprochen werden, so kann er unschuldig sein. Ist er aber unschuldig, was sind wir dann anderes als seine Verleumder? Die Manifeste der fremden Höfe gegen uns sind dann gerecht. Selbst sein Gefängnis ist dann eine Misshandlung. Die Förderierten, das Pariser Volk, alle Patrioten [...] sind dann strafbar [...] Bürger, seid auf eurer Hut! [...]. Ludwig muß sterben, weil das Vaterland leben muß!«

Hier wird ein Dilemma deutlich. Gegen Robespierres Ansichten wurde ein Prozeß gegen Ludwig XVI. veranstaltet, der zur Verurteilung und Hinrichtung des Königs führte. Dies war für Robespierre jedoch kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche der Republik. Deshalb musste er im Verlauf dieser Rede ein oberstes Prinzip der Innenpolitik der Revolutionsregierung ausführlich begründen, das als politische, quasi- oder pseudorechtliche Praxis bereits längst angewandt wurde: den revolutionären Terror als revolutionäre Tugend:

»Wenn die Triebfeder der Volksregierungen im Frieden die Tugend ist, so ist ihre Kraft in der Revolution die Tugend und der Schrecken zugleich: die Tugend, ohne die der Schrecken verhängnisvoll wird; der Schrecken, ohne den die Tugend ohnmächtig ist. Der Schrecken ist nichts anderes als die schnelle, strenge und unbeugsame Gerechtigkeit, also ein Ausfluß der Tugend [...] Die Regierung der Republik ist der Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei [...] Der Schutz der Gesellschaft gebührt nur den friedlichen Bürgern; nur die Republikaner sind jedoch die Bürger der Republik. Die Royalisten gelten in ihr als Fremde oder vielmehr als Feinde [...] hier jedoch sitzen die Gründer der Republik, die Rächer der Menschheit, die Vernichter der Tyrannen.«¹

1 Hagen Schulze/Ina Ulrike Paul (Hrsg.): Europäische Geschichte. Quellen und Materialien. München 1994. S. 543–547 (nach Alphonse de Lamartine: Girondisten und Jakobiner. Übers. und hrsg. von A. Neumann, München 1947).

Hier werden bereits wesentliche Züge dessen formuliert, was Lenin über 120 Jahre später zur Begründung des bolschewistischen Terrors äußerte. Robespierre beschwört allerdings den Terror als »revolutionäre Tugend«. Er ist bemüht, der jakobinischen Konzeption und Praxis des Massenterrors durch moralische, sittliche Erwägungen und Zuordnungen eine höhere Qualität und Weihe zu verleihen, also Terror qua Tugend – vice versa – zu proklamieren.

Lenin hingegen verzichtete in der vom ihm begründeten bolschewistischen Auffassung von der Notwendigkeit, dem Wesen und der Ausübung des Massenterrors auf solche Anstrengungen. Die jakobinische *terreur rouge* war ihrem Wesen nach *la vertu*; der bolschewistische *Rote Terror* kam ohne diese Rechtfertigung aus, er beanspruchte und vollstreckte andere. Die *terreur rouge* (Farbe der Revolution) ging der *terreur blanc* (Farbe der Royalisten) ebenso voraus wie der *Rote* dem *Weißten Terror*, wie noch zu zeigen ist.

Im Herbst 1793 wurde *la terreur à l'ordre du jour*; mit dem Gesetz über die *Levée en masse* entstand die Revolutionsarmee und die Feldzüge gegen alle »inneren und äußeren Feinde« begannen. Der »Despotismus der Freiheit«, wie Robespierre die Diktatur der Jakobiner auch nannte, wurde von nun an exemplarisch exekutiert.

Am 29. Oktober 1793 eroberten Konvents-Truppen das aufständische Lyon zurück: Die Stadt wurde zerstört, ihre Einwohner wurden zu Tausenden massakriert. Weil die Guillotine »zu langsam arbeitete«, schoß man sie mit Artillerie zusammen oder ertränkte sie in der Loire; Lyon hieß nun *Ville Affranchie – Befreite Stadt*. In einer Instruktion der republikanischen Behörden der Departements Rhone-Loire für die *Einstweilige Republikanische Überwachungs-Kommission von Lyon* vom 26. Brumaire des Jahres II (16. November 1793) wird dieser Massenterror emphatisch, geradezu kultisch gerechtfertigt als höchster Ausdruck revolutionärer Gesinnung und Handlung, als Tugend gerechtfertigt.²

Robespierre tat dies außer in anderen öffentlichen Auftritten sowie Veröffentlichungen in zwei wort- und bilderreichen, geradezu beschwö-

2 Siehe ebenda. – Siehe auch: Die französische Revolution. Bilder und Berichte 1789–1799. Hrsg. von Walter Markov, Katharina und Matthias Midell. Leipzig 1989. – Siehe auch eine Vielzahl weiterer Veröffentlichungen zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution im Jahre 1989.

renden Konvents-Reden über die »Prinzipien der Revolutionsregierung« am 4. und am 25. Dezember 1793.

Der rhetorische Höhe- und Endpunkt dieser Verbindung von Terror und Tugend ist jene letzte große Rede, die er nun noch als unumschränkter Diktator, Chef der Revolutionsregierung, des Wohlfahrtsausschusses, am 5. Februar 1794 vor dem Konvent hielt. Am 26. Juli versuchte er dann zum letzten Mal, den Konvent von seiner terroristischen Politik zu überzeugen; das schlug jedoch fehl. In den oft beschriebenen chaotischen Szenen wurde er festgenommen, verwundet und am 28. Juli 1794, dem 10. Thermidor, mit seinem Bruder Augustin, Saint-Just und neunzehn seiner Anhänger ohne Prozeß hingerichtet.

Diese Rede vom 5. Februar trägt den Titel: »Über die Prinzipien der politischen Moral« und zieht eine Zwischenbilanz der durch den jakobinischen Terror als revolutionärer Tugend geprägten Innenpolitik. Nach ausführlichen quasi-historischen und -philosophischen Erörterungen kommt Robespierre zum Kern:

»Wenn die Triebkraft der Volksregierung in Friedenszeiten die Tugend ist, so ist die Triebkraft der Volkregierung in Zeiten der Revolution zugleich Tugend und Terror: die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht, er ist somit Emanzipation der Tugend; er ist weniger ein besonderes Prinzip, als ein Produkt des allgemeinen Prinzips der Demokratie, das auf die dringendsten Angelegenheiten des Vaterlandes angewendet wird [...] Man hat behauptet, der Terror sei die Triebkraft der despotischen Regierungsform [...] Die Regierungsform der Revolution ist die Gewaltherrschaft der Freiheit über die Tyrannei.«³

Unter Verwendung von Gedanken Rousseaus und Montesquieus wird Tugend (*la vertu*) als Geist des Volkes (*esprit national et public*) erklärt, allerdings im Sinne einer »Volksregierung«, wie sie Robespierre versteht und verkörpert. In der oben zitierten erscheint »Volk (*le peuple*)« 38 mal und »Tugend (*la vertu*)« 25 mal; »Terror (*la terreur*)« allerdings ist das Motiv, das Motto dieser rhetorischen Anstrengung und ein Fazit lautet,

3 Maximilien Robespierren: Über die Prinzipien der politischen Moral. Rede am 5. Februar 1794 vor dem Konvent. Mit einem Essay von Uwe Scholtz. Hamburg 2000. S. 20 und 21.

daß man »die inneren und äußeren Feinde der Republik ersticken [...] die Feinde des Volkes durch Terror beherrschen« muß, verstanden als revolutionäres Recht, als nun höchste »Emanation und Emanzipation der Tugend«.

Hier werden die Erklärung der Menschenrechte von 1789 und die am 24. Juni 1793 angenommene, jedoch nicht in Kraft getretene Jakobiner-Verfassung ad absurdum geführt und liquidiert. Die Tugend, die Moral werden zur Legitimation und zum Instrument des Terrors verstaatlicht; eine Revolution, die mit dem Anspruch begonnen hatte, die Humanität der französischen Aufklärung gesellschaftlich und politisch, rechtlich und staatlich zu gestalten, widerlegt diesen selbstgestellten Anspruch und damit sich selbst ideologisch und praktisch.

Als die moralisch und juristisch legitimierte massenhafte physische Vernichtung von Menschen zum grundlegenden Prinzip und zum schließlich alleinigen Instrument der Innenpolitik wird, gibt es keine Möglichkeit mehr, diese Entwicklung aufzuhalten oder etwa umzukehren. Diese Art von Politik verselbständigt sich gewissermaßen und führt sich schließlich in Erzeugern und Vollstreckern selbst zu Ende.

Der mit den Septembermorden des Jahres 1792 beginnende – obwohl inszeniert als »spontan« deklarierte – Massenterror führte bis Mitte 1794 zur Vernichtung Hunderttausender Menschen. Es gibt Berechnungen französischer, englischer, deutscher und anderer Historiker des 19. und 20. Jahrhunderts allein über die Anzahl der an den Kämpfen zwischen Revolution, Konterrevolution, Intervention nicht beteiligten, also unschuldigen Opfer: Frauen, Kinder, Alte, Kranke, Bevölkerungen ganzer Orte – es sind Hunderttausende.

Schon in den Jahren I und II der Republik wurden zwischen 15.000 und 20.000 Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt. Nun nahm das mörderische Tempo zu. Auf dem blutigen »Höhepunkt« der *Grande Terreur* – dem geschichtlichen Vorläufer des stalinistischen *Großen Terrors* zwischen 1936 und 1938 – wurden allein in Paris zwischen dem 10. Juni und 7. Juli 1794 nach verschiedenen Angaben zwischen 1.280 und 1.370 Menschen hingerichtet; zum Vergleich: Zwischen März 1793 und Juni 1794 wurden etwa 1.250 Todesurteile gefällt und vollstreckt.

François Furet hat dies wie die anderen Massenhinrichtungen in den Städten und Provinzen zynisch den »blutigen Ausrutscher der Revolution« genannt.

Schon nichtrussische, dann sowjetisch-russische beziehungsweise post-sowjetisch-russische Historiker haben ermittelt, daß allein in den oben genannten Jahren in den Hinrichtungsstätten in und um Moskau etwa 670.000 bis 680.000 Menschen nach der üblichen Prozeßfarce oder einfach en bloc (Listenverfahren) erschossen wurden: Das waren, um sich diese Ausmaße des Terrors vorzustellen, im Durchschnitt täglich etwa 600 Menschen.

Robespierre formulierte nicht nur die Prinzipien des Terrors, sondern ließ auch die Institutionen und Instrumente seiner Exekution als schließliche ultima ratio der Innen- und Staatspolitik der Revolutionsregierung der Republik schaffen; sie wurden ständig erweitert.

Die bürgerliche Gewaltenteilung war als entscheidendes Merkmal einer neuen Rechtskultur in England und den gerade entstehenden Vereinigten Staaten sowie in den ersten Phasen der französischen Revolution eingeführt worden; der Habeas-corpus-act und die Bill of Rights galten seit dem Ende des 17. Jahrhunderts gewissermaßen als die Grundgesetze, -prinzipien und -orientierungen des Rechtswesens einer neuen bürgerlichen Gesellschaft. Robespierre und seine Gehilfen beseitigten diese Errungenschaften vollkommen. An ihre Stelle traten Ausnahmegesetze und Ausnahmegerichte, Personen und Kommissionen mit unumschränkten und von keiner demokratischen oder parlamentarischen Instanz mehr kontrollierbaren Vollmachten über Leben und Tod von Hunderttausenden Franzosen. Die Kommissare des Konvents, ab 9. März 1793 »Volksvertreter in Mission« genannt (Fouché, Carrier, Collot, Fréron, Barras und andere) richteten, mit unumschränkten Sondervollmachten ausgestattet, in den Provinzen jene terroristischen, bestialischen Massaker an, die dann im Wortgebrauch der Zeit und im französischen Wortschatz nach der Revolution »sprichwörtlich« wurden.

Am 10. März 1793 wurde das Revolutionstribunal geschaffen, eine Art Geschworenengericht, gegen dessen Urteile – es konnte praktisch nur die Todesstrafe verhängen – keine Berufung möglich war.

Am 17. September 1793 wurde das »Gesetz über die Verdächtigen« erlassen, mit dem jede Person als »verdächtig« denunziert und auf Grund dessen guillotiniert werden konnte, was nun massenhaft geschah; Robespierre und Saint-Just brachten dies auf ein einfache, tödliche Formel: »Verdächtig ist, wer zittert.«

Die terroristische Gesetzgebung wurde von Robespierre, Saint-Just und Couthon ständig weiter ausgefeilt, so durch die von Saint-Just am 23. Ventöse durchgesetzte Definition, Verfolgung und Verurteilung (zum Tode) aller nun als »Verräter« angesehenen und so bezeichneten und die von Couthon am 22. Prairial eingebrachte »Vereinfachung der Gerichtsverfahren«. Hiermit wurden nun auch die formalen Relikte eines normalen Verfahrens endgültig und vollständig beseitigt: Es galt nicht einmal mehr das Vergehen oder Verbrechen, die Schuld, sondern lediglich die Identität des Denunzierten festzustellen; darauf folgten unmittelbar Verurteilung und Hinrichtung. In diesen Verfahren gab es weder Akten und Dokumente noch Zeugen oder Verteidiger; seine neben Robespierre hauptsächlichsten Exekutoren Saint-Just und Couthon brüsteten sich öffentlich damit, daß nun alle »juristischen Gespenster zum Fenster hinausgejagt« worden seien. Der Präsident des Revolutionstribunals Dumas und der oberste Ankläger Fouquier-Tinville fällten Todesurteile am Fließband – ohne Unterlagen, Personenbefragungen, auch ohne Anwesenheit der Angeklagten, mitunter über Personen, die mit anderen verwechselt wurden. Die Verurteilungsmaschine mußte ihr Tempo wie im »Rottenfeuer« (Gerichtspräsident Dumas) erhöhen und der Ankläger Fouquier-Tinville drohte den Gerichtspersonen, daß er sie »auf Trab bringen« werde, er »brauche zweihundert bis zweihundertfünfzig pro Woche«. Die Hinrichtungen mußten an den Stadtrand verlegt werden; der Platz um die Guillotine war nicht nur durch Exzesse von Schaulustigen geprägt, sondern auch durch die Ströme von Blut, die nicht mehr zu bewältigen waren.

Es ist unerlässlich, hier bereits und erneut auf vergleichbare Merkmale, in diesem Falle schon des bolschewistischen 1917/1918, vor allem jedoch des Stalinschen Terrors besonders zwischen 1934 und 1939 hinzuweisen.

Lenin hatte 1918 erklärt: »Wir brauchen einen Fouquier-Tinville und einen Saint Just.«⁴ Diese Doppelrolle spielte zunächst Dshershinski, der

4 Alle direkten oder indirekten Lenin-Zitate siehe W. I. Lenin: *Polnoe sobranie sočinenii*. Moskau 1958–1966. Bde. XXXV, XXXVI und L passim. – Lenin i VČK: *Sbornik dokumentov*. Moskau 1975. – Die Übersetzungen ergeben sich aus dem Vergleich zur deutschen Werk-Ausgabe oder anderen Zusammenstellungen. Auf eine ausführliche Bibliographie zur Primär- und Sekundärliteratur wird hier verzichtet. Die Gorki-Zitate aus »Nowaja Shisn« sind in verschiedenen Sammlungen enthalten, so etwa bei

»eiserne Feliks«. In seinen öffentlichen Erklärungen bezog er sich auf diese historischen Vorbilder.

Zu Beginn der 1930er Jahre hielt Stalin es für erforderlich, das Drehbuch des Terrors neu zu schreiben und diese Rollen neu zu besetzen.

Während in der internationalen Öffentlichkeit über den beispielhaften Charakter der Stalinschen Verfassung von 1936 und Prinzipien des sowjetischen Rechtssystems räsoniert wurde, hatte Stalin längst jene Ausnahme Gesetze und Ausnahme Gerichte geschaffen, mit denen dann der »Große Terror«, die »Große Säuberung« zwischen 1934 und 1939 stattfanden. Auf der Grundlage von Sondergesetzen übernahm ein Sonder- oder Ausnahmegericht, das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR, den pseudolegalen, -juristischen Vollzug des Terrors. Ein »Dumas« fand sich nicht. Der Vorsitzende dieses Gerichtes, der Militärjurist Ulrich fiel nicht wie dieser Präsident des Revolutionstribunals durch zwei vor ihm liegende geladene Pistolen und mörderische Eloquenz, sondern durch eine obstinate Gleichgültigkeit gegenüber den vor ihm erscheinenden Todeskandidaten und seine »abgekürzte, vereinfachte Prozeßführung« auf: »Name, Anklage, Schuldbekanntnis, Höchststrafe, abführen – der Nächste«, das Ganze in wenigen Minuten. Ein »Fouquier-Tinville« allerdings fand sich: der »schreckliche Jurist« Wyschinski. Seine sogenannten Anklagereden waren verbale Exzesse sondergleichen, er beschimpfte und verhöhnte die Angeklagten in einer beispiellosen Weise. Seine sprachlichen Monströsitäten wurden dann von denen nachgeahmt, welche auf Stalins Anweisung die Höchststrafenlisten abzuzeichnen hatten: »den Abschaum vernichten, das Ungeziefer zertreten, erschießen wie tollwütige Hunde« usw.

Der Stalinsche Ankläger machte eine bezeichnende Karriere: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er Außenminister und Repräsentant der UdSSR in der UNO und ihrem Sicherheitsrat.

Die Ausnahme Gesetze und Ausnahme Gerichte des jakobinischen Terrors fanden ihre Entsprechung in der Bezeichnung der physisch zu Vernichtenden, so wie dann in einer allerdings nun zu verbalen Exzessen getrie-

Feliks Tych (Hrsg.): Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (1991)3. Allerdings sind die nun schon Jahrzehnten im Umlauf befindlichen deutschen Übersetzungen zwar inhaltlich, sinngemäß weitgehend gleich oder ähnlich, lexikalisch und syntaktisch jedoch verschieden.

benen Weise im bolschewistischen Terror schon des Jahres 1918 und vor allem im stalinistischen der 1930er Jahre, wovon noch zu sprechen ist.

Die »Volksfeinde« oder die »Verdächtigen« wurden immerhin meistens noch als menschliche Wesen betrachtet und bezeichnet – ob sie nun Aristokraten, Emigranten, Priester, Royalisten, Chouans oder Spekulanten, Wucherer usw. oder einfach nur »verdächtig« waren. Bezeichnungen wie »Volksschädlinge« mit entmenschlichenden Assoziationen von »Ungeziefer« kamen schon, jedoch noch nicht überwiegend vor.

Dies fand jedoch seine Grenzen darin, daß fast alle, die mit jener beschriebenen mörderischen Verbindung von Terror und Tugend in Berührung kamen, dies mit dem Leben bezahlten. Für massenterroristische Aktionen kamen Worte wie *exterminer* (ausrotten, vernichten, vertilgen), *extermination* und *exterminateur/exterminatrice* (Ausrotter/-in, Vertilger/-in), *ange exterminateur* (Würge-/Rache-/Todesengel – wie für Saint-Just) in Gebrauch.

Lenin, Trotzki und andere verwendeten diesen terminus technicus ebenfalls; später erschien er kaum noch, gelegentlich als eine verschämte Umschreibung für massenhafte physische Vernichtung. Das bolschewistische Vokabular übertraf allerdings, wie bereits angedeutet, das jakobinische in jeder Hinsicht, auf eine geradezu vollständig unmenschliche, entmenschlichende Weise.

* * *

Die europäische Geschichtsschreibung, namentlich die französische und die deutsche sind in sich und im Verhältnis zueinander teilweise höchst widersprüchlich und gegensätzlich. Hier ist nicht der Ort, das zu referieren. Vielmehr soll auf einen Gesichtspunkt hingewiesen werden, der in diesem Thema eine erhebliche Bedeutung hat.

Der jakobinische Terror gegen innere und äußere Feinde oder Gegner erscheint angesichts der inneren und äußeren Bedrohungen der französischen Revolution und Republik zwischen 1789 und 1792 als notwendig. In den Jahren 1793/1794 entsteht jedoch ein Wendepunkt oder genauer: ein Punkt der nicht mehr möglichen Umkehr.

Die bisherigen Erklärungen, Begründungen und Rechtfertigungen des Terrors als *conditio sine qua non*, als *ultima ratio* versagen angesichts

dessen, daß er sich als nun und nur noch alleiniges Prinzip und Instrument der Innenpolitik nicht mehr nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Feinde und Gegner, sondern zunächst vorwiegend, dann massenhaft und ausschließlich gegen die eigene Bevölkerung, eben »Verdächtige« schlechthin richtet.

Das zeigt sich auch in der geschichtlichen Bewertung der Person und Rolle Robespierres und seiner Gehilfen. Gleichzeitig spaltet dies Thema bis heute die historiographischen und anderen Ansichten, Erklärungen und Wertungen.

(Wie ebenfalls noch zu zeigen ist, trifft dies auch auf die Ansichten über den bolschewistischen Terror 1917/1918 und vor allem über den Stalinschen Terror zwischen 1929 und 1939 zu.)

Nach der Hinrichtung Robespierres und seiner Gehilfen wütet eine Zeitlang der »weiße Schrecken«. Ihm folgt schließlich jene »Vollendung der Revolution« unter Napoleon Bonaparte, gestützt auf einen neuen »Adel des Degens« und dann auch »der Robe«, eine neue nun tatsächliche »Groß«-Bourgeoisie, eine neue Beamtenschaft und Intelligenz und vor allem: gestützt auf neue rechtliche und staatliche Grundlagen und Prinzipien, Institutionen und Instrumente. Insofern ist diese »napoleonische Vollendung der Revolution« im Grunde und in ihrem Wesen nicht »konter«revolutionär, sondern in einem weiterführenden Sinne – bezogen auf Revolution und Republik besser – kontrafaktisch zu nennen. Nach dem Sturz des Kaisers werden die oben genannten neuen herrschenden Kräfte zwischen 1815 und 1830 noch einmal mit den Figuren einer kurzzeitigen Wiedereinsetzung des Ancien régime garniert, um dann zwischen 1830 und 1871 endgültig zu »siegen«.

Im übrigen gibt es für Robespierre kein nationales Monument in Paris und in Lande, Napoleon jedoch ist im Zentrum der Stadt, im Invaliden-Dom im eigentlichen Sinne des Wortes »eingeschreint« im Herzen Frankreichs.

TERROR OHNE TUGEND; DIE BOLSCHEWISTISCHE POSITION: LENIN

Abgesehen von – und auch im Zusammenhang mit – den zeitgeschichtlichen inner- und außerrussischen, europäischen Umständen und Ereignissen, Konfrontationen und Katastrophen zwischen dem Beginn des

Jahres 1917 und etwa der Mitte des Jahres 1918, die als hinlänglich bekannt hier nicht skizziert werden, stand die bolschewistische Führung um Lenin nach dem bewaffneten Aufstand und der politischen Machtergreifung zwischen Oktober/November 1917 und der Mitte des Jahres 1918 vor einigen existenzbedrohenden Problemen – man könnte auch sagen: Dilemmata.

Der im Namen und als Diktatur des Proletariats begonnenen Revolution fehlte die Klasse, als deren historischer Hegemon oder wenigstens Vollstrecker sich die bolschewistische Führung verstand und bezeichnete. In der Endphase des zarischen Rußland waren zwischen drei und fünf Prozent der Bevölkerung »Proletarier«, Fabrikarbeiter und höchstens weitere zwei bis drei Prozent Angehörige demi- oder sub»proletarischer« Gruppen. Diese Arbeiterschaft war im Unterschied etwa zur zahlenmäßig stärksten, durchorganisierten und größtenteils gebildeten deutschen eine verschwindende Minderheit – schlecht oder nicht organisiert, ungebildet bis analphabetisch, in einem im Grunde katastrophalen sozialen, moralischen, kulturellen Zustand.

Das Nichtvorhandensein einer Klasse, in deren geschichtlichem Auftrag, als Vollstrecker deren »historischer Mission« gehandelt werden sollte, mußte also auf andere Weise ersetzt werden. Als Kompensation dieses fundamentalen Defizits bot sich scheinbar an, die »historische Mission« dieser Revolution wenigstens mit der Rückbindung auf die französische Revolution der Jahre 1789 bis 1794 zu kontinuieren und zu legitimieren.

Nun waren jedoch bolschewistischer bewaffneter Aufstand und politische Machtergreifung selbst bei Ignoranz oder Manipulation aller geschichtlichen Tatsachen und Verläufe nicht geeignet, als historische Kontinuität und Legitimation in einer wie auch immer gedeuteten Hinsicht auf die französische Revolution verwendet zu werden.

Wenn überhaupt, dann wäre in einem sehr weit hergeholteten und übertragenen Sinne nach den revolutionären Perioden und Resultaten des 19. Jahrhunderts noch die russische Revolution vom Februar 1917 eine Art Fortsetzung der französischen gewesen, wenigstens hinsichtlich der Beseitigung des russischen, zarischen Ancien régime und des Versuchs, institutionelle Ansätze einer bürgerlich-parlamentarischen demokratischen Ordnung einzuführen. Allerdings schien ein grundlegender Wesenszug in der französischen Revolution eine Ausnahme, einen Anknüpfungspunkt für Kontinuirung und Legitimierung zu bieten: die Jakobiner-Diktatur und die ideologisch-theoretische wie politisch-praktische Erhebung des

Terrors zum obersten Prinzip und Instrument, schließlich im eigentlichen Wortsinn zur ultima ratio dieser Politik.

Hier entsteht nun in der Ideologie und Politik der bolschewistischen Revolution und ihrer Führungsgruppe(n) um Lenin jene eigenartige Verbindung von Kontinuität und Legitimation, von »historischer Mission« qua Terror, von Terror als *conditio sine qua nun* und schließlich eben ultima ratio.

Im Unterschied zur Konstruktion Robespierres erscheint in jener Lenins keine offenkundige moralische oder politische Interdependenz zwischen »Tugend« und »Terror«; es ist jedenfalls kein Versuch erkennbar, sie herzustellen. Vielmehr entwickelt Lenin von Beginn an außer zeitgeschichtlich begründeten, geopolitischen, revolutionstheoretischen und -praktischen andere »Begründungen« des bolschewistischen Terrors, jedoch bezeichnenderweise immer wieder mit eigenartigen Rückgriffen auf das Vorbild der Jakobiner-Diktatur. Insofern entstehen hier Auffassungen, die in sich auf eine merkwürdige Weise widersprüchlich, mitunter historisch-logisch einfach falsch oder unsinnig sind.

In dem den bewaffneten Aufstand vorbereitenden »Brief an die Petrograder Arbeiter« Lenins vom Oktober 1917 wird beispielsweise jene Wendung wiederholt, mit der Carnot und Danton 1793 zur *Levée en Masse* aufriefen: »L'audace ...«; allerdings muß dem Verfasser entgangen sein, daß *audace* eben nicht nur »Kühnheit«, sondern auch »Vermessenhaftigkeit, Verwegenheit, Rohheit« oder einfach nur »Dreistigkeit, Frechheit« bedeuten kann.

Bemerkenswert ist, wie der Rote Terror begriffen und beschrieben wird, wie die Feinde oder Gegner bezeichnet, die Institutionen und Instrumente des Terrors geschaffen und eingesetzt werden; schließlich ist, wie angedeutet, die Terminologie, das Vokabular kennzeichnend.

Hinzu kam ein weiteres Dilemma. Die Gruppe um Lenin war außerstande, wenigstens in der russischen Revolutionsperiode des Jahres 1917 eine Art Kontinuität herzustellen: also die »proletarische«, vulgo-bolschewistische Ende 1917 objektiv als die Fortsetzung, Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Anfang 1917 und ihre Überführung in eine neue historische Qualität zu begreifen und zu vollziehen. Die führenden Personen und politischen Kräfte, Parteien und Institutionen dieser Phase

waren für sie die hauptsächlichen Gegner, die konsequent zu bekämpfenden und zu vernichtenden Feinde. Die Bolschewiki, als selbsternannte Mehrheit, blieben eine/in der Minderheit, sie hatten weder objektive oder subjektive, potentielle oder reale Bundesgenossen noch konnten und wollten sie solche akzeptieren. Also blieb nur ein Mittel, auch dieses Defizit, diese Dilemma zu bewältigen: der unbedingte, ausnahmslose Terror gegen alle »anderen«, schließlich gegen Vernunft und Zweifel in den eigenen Reihen.

Lenin und die von ihm zwischen 1903/1907 und 1912 zeitweilig dominierte Gruppe innerhalb der Bolschewiki sowie er und seine Gehilfen nach 1917 erwiesen sich in meiner Sicht als geradezu obsessiv bündnisunfähig: Das wurde bereits in den internen Auseinandersetzungen in den oben genannten Jahren und nun in einer exzessiv terroristischen Manier deutlich. Lenin hielt die als Bündnispartner immerhin noch existierenden und kurzfristig, zeitweise agierenden Sozialrevolutionäre für »unzuverlässiges Gesindel, konterrevolutionäre Banditen« usw. und ließ sie bereits zu Beginn des Jahres 1918 so bekämpfen und vernichten, daß sie von der politischen Bühne verschwanden und schließlich nur noch durch ihnen angelastete (oder begangene) Anschläge auf Lenin und andere »beächtigt« wurden.

Andere politische Gruppierungen der Konstituante oder um sie wurden bereits vor und nach deren Auseinanderjagung zwischen Dezember 1917 und Januar 1918 bekämpft und selbst die Reste der menschewistischen Gruppe – die meisten Personen in Lenins Umgebung waren Menschewisten (gewesen) – war kaum noch wahrnehmbar; die meisten »konvertierten« vorsichtshalber und sofort wie beispielsweise der spätere juristische Scharfrichter Stalins, Wjatschinski.

Die bolschewistische Gruppe um Lenin war von 1903/1905 bis 1912 eine Minderheit und sie blieb es bis in die Jahre 1917/1920, vor allem auch mangels ihrer Bereitschaft zu Kompromissen, Ausgleichen, Bündnissen. Diese lebensgefährliche Minderheitenlage also galt es zu kompensieren und das ließ sich nach Lenins und seiner Gefolgsleute Ansichten nur durch den absoluten Terror in den eigenen Reihen, gegen die nicht als mögliche Bundesgenossen anerkannten und schließlich im Inneren gegen die eigentlichen, notwendigen, objektiven »historischen Bündnispartner«, die Arbeiter und Bauern bewältigen. Im übrigen hatten weder Lenin noch Gefolgsleute wie Kamenjew, Sinowjew, Bucharin, Trotzki und andere ein solches individuelles, intellektuelles und morali-

sches Verhältnis zu »Arbeitern und Bauern«, daß diesen bolschewistischen Politikern die Anstrengungen um ein »Bündnis« mit diesen überhaupt als notwendig und möglich erscheinen ließ. Für sie – dies ist vielfach öffentlich belegt – waren »Arbeiter ungebildetes Gesindel, Rowdys, Hooligans« und »Bauern halb wilde Barbaren« usw. Die bolschewistischen Politiker »proletarischer, bäuerlicher« oder »nichtproletarisch/-bäuerlicher Herkunft« haben »Arbeiter, Proletarier« und »Bauern« im Grunde verachtet; dieses merkwürdige sozialpsychologisch-soziologische Phänomen, dieser Effekt wiederholt sich übrigens in der Geschichte des 20. Jahrhunderts immer wieder bei »Führern«, die »durch ihre Klasse gefallen«, in lumpenproletarischen oder anderen »Sub«schichten gelandet waren.

Hier liegt ein weiteres Geburtsmerkmal, eine Ursache dessen, was sich in diesen Hinsichten später in den Explosionen und Exzessen des Stalinschen »Großen Terrors« der 1930er Jahre in einer vorher nicht vorstell- und nachher kaum noch darstellbaren Art und Weise steigern sollte.

Die Notwendigkeit des Terrors um des Terrors willen wird zu einer Obsession, das Fehlen einer den Terror legitimierenden, wie auch immer verstandenen »Tugend« zur Voraussetzung, Bedingung und zum Wesenszug seiner Einführung und Durchsetzung.

Die von Robespierre noch angestrebte, bemühte »Moralität« des Terrors verwandelt sich bei Lenin und anderen in eine ebenso strapazierte und demonstrierte »Amoralität«, schließlich als grausiges Vorbild für ihre Fortsetzungen durch/unter Stalin.

Die Fakten und Daten, Personen und Aktionen der Zeit zwischen November 1917 und September 1918 sind hinlänglich bekannt, wenngleich ihre Darstellungen und Bewertungen in der europäischen, russischen, sowjetischen und postsowjetischen Geschichtsschreibung höchst unterschiedlich, widersprüchlich, einander ausschließend sind. Darauf kommt es jedoch hier nicht an. Vielmehr sollen einige weitere Gesichtspunkte zur Entstehung der Ideologie und Praxis, der Institutionen und Instrumente des bolschewistischen Terrors genügen.

Bereits im November 1917 begannen der politische Kampf, die physische Vernichtung potentieller Bündnispartner sowie politischer Gegner in einer solchen Weise, einem solchen Ausmaß, daß der sozialrevolutionäre Volkskommissar für Justiz, Isaac Steinberg, erklärte, das Volkskommissariat könne abgeschafft oder in »Kommissariat für soziale

Ausrottung umbenannt werden und als solches weiter tätig sein«. Lenin hielt dies für eine »wunderbare Idee, nur leider könne man es nicht so nennen«.

Nach der Bildung des Militärrevolutionären Komitees von Petrograd, dem Vorläufer der Tscheka, erklärte Dshershinski, man brauche eine »flexible und sofort einsatzfähige Einheit ohne jegliche juristische Pedanterie mit unbeschränkter Handlungsfreiheit, um die Feinde mit dem bewaffneten Arm des Proletariats zu vernichten«.

Im November 1917 werden die Bezeichnungen »Volksfeinde« und »Suspekte (Verdächtige)« entsprechend dem französischen Revolutionsvokabular bereits offiziell eingeführt und seither verwendet; ihre entmenslichen Steigerungen folgten bald.

Lenin erklärte Bontsch-Brujewitsch, daß man nun »einen zuverlässigen proletarischen Jakobiner, einen Fouquier-Tinville und einen Saint-Just« brauche, um den »bewaffneten Arm, Schwert und Schild der Revolution« zu führen. Das erfolgte im Dezember 1917, als die Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Tscheka) unter der Führung des »eisernen« (oder auch »erbarmungslosen«) Feliks gebildet wurde und ihr terroristisches Wüten sogleich mit Erschießungen am laufenden Band im gesamten von den Bolschewiki kontrollierten Gebiet des europäischen Rußland begann. Dies geschah in bereits wenigen Wochen in einem solchem Ausmaß, daß sich der Volkskommissar für Krieg und Verteidigung Trotzki mahnend an die Delegierten des ZEK wandte: »Es sei zu befürchten, daß der Terror extreme Formen wie in der Französischen Revolution annehmen werde, nicht nur das Gefängnis, sondern auch die Guillotine würden gegen die Feinde eingesetzt werden.« Seine Befürchtungen bestätigten sich nicht nur, sie wurden in einem Maße übertroffen, das die Massaker zwischen 1792 und 1794 tatsächlich fast wie einen »blutigen Ausrutscher« aussehen ließ.

Die Todesstrafe war nach der Februarrevolution 1917 abgeschafft, von Kerenski im Juli für Militärgerichte wieder eingeführt und durch den II. Sowjetkongreß im Oktober (November) erneut abgeschafft worden, was Lenin in höchster Wut als »Irrtum, unverzeihlichen Fehler, pazifistische Illusion« bezeichnete.

Als die deutschen Truppen nach dem Abbruch der Verhandlungen von Brest-Litowsk im Februar 1918 noch einmal vorrückten, wurde das »Vaterland für in Gefahr« erklärt und die Todesstrafe für »feindliche

Agenten, Spekulanten, Hooligans (Ganoven), konterrevolutionäre Unruhestifter, deutsche Spione« wieder eingeführt. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk im März wurde dies hinfällig; jedoch im Juni 1918 wurden der Geltungsbereich der Todesstrafe auf ganz Sowjetrußland ausgedehnt sowie die todeswürdigen Personen und Delikte benannt.

Wenn es im Frühjahr 1918 irgendwo im Lande auch nur Anzeichen für Unruhen der Arbeiter und Bauern gab, erließen Lenin, Dshershinski und andere blutrünstige Direktiven, zu denen neben den »flexiblen Kommandos« der Tscheka bereits die Trojkas und Dwojkas der 1930er Jahre befohlen werden. Dort ist nur noch von »Erschießungen Hunderter Prostituerter« oder davon die Rede, »mindestens 100 als blutsaugerische Geldsäcke bekannte Kulaken aufzuhängen und zwar so daß die Leute es sehen können«; es gibt Sollvorgaben für zu Erschießende und die Anordnung von Vollzugsmeldungen mit »Übererfüllung«.

Der nun gegen die Bevölkerung, tatsächliche oder vermeintliche Gegner, Feinde, Spekulanten, Kulaken, Schmarotzer usw. inszenierte Terror erreichte neue Dimensionen: Im Frühjahr 1918 sind »amtlich« einige Zehntausend Personen standrechtlich erschossen worden, manchmal nach Urteilen eines Tscheka-Kommandos, meistens ohne jede Prozedur, die im übrigen – so betonten Lenin, Dshershinski und andere fortwährend in ihren Weisungen auch als nicht notwendig, sondern als überflüssig angesehen wurde.

Es gab offizielle oder offiziöse Begründungen des bolschewistischen Terrors:

In der Zeitschrift »Krasnyj terror« schrieb Latsis, »man führe Krieg gegen die Bourgeoisie, suche nicht nach Beweisen, sondern urteile nach Herkunft, Bildung, Beruf; daraus ergebe sich das Urteil«.

Sinowjew erklärte in »Sewernaja Kommuna«: »Um unsere Feinde zu überwinden, brauchen wir unseren eigenen sozialistischen Militarismus. Von der einhundert Millionen zählenden Bevölkerung müssen wir 90 Millionen mit uns nehmen. Was den Rest angeht, so haben wir ihm nichts zu sagen. Er muß vernichtet werden.«

So geschah es und für diesen zur Vernichtung bestimmten »Rest« mußten neue Bezeichnungen gefunden werden. Hier nun beginnt die Entmenschlichung der Opfer sprachliche Dimensionen anzunehmen, denen das Ausmaß der damit begründeten physischen Vernichtung entspricht. Den »Volksfeinden« und »Verdächtigen« folgen ideologische, politische, soziologische Zuordnungen nach sozialer Herkunft, Bildung, Beruf, poli-

tischer Gegner- oder Feindschaft; dann erscheinen nach »Müßiggängern, Spekulanten, Schmarotzern, Prostituierten, Saboteuren, Banditen, Rowdys, Hooligans«, »Schädlinge«, also »Ungeziefer« wie »Wanzen, Flöhe, Kakerlaken, Ratten« sowie andere Bezeichnungen und schließlich auch »tollwütige Hunde (die zu erschießen sind), stinkende Schweine (dito), Bestien« (dito) usw. Mit diesem Vokabular wird schließlich die notwendige »Säuberung« des Landes von ebendiesem Ungeziefer begründet.

Hinzu kommt, daß im Januar 1918 neben der faktischen Installierung des Roten Terrors als massenhafte physische Vernichtung von Menschen vor allem durch die im Dezember 1917 geschaffene Tscheka nun die Terror-Institutionen der Arbeits- und Konzentrationslager geschaffen wurden: für »Feinde, Gegner, Konterrevolutionäre« usw., für »Verdächtige«, »zweifelhafte Elemente« oder auch nur für »Geiseln«.

* * *

Das alles geschieht zwischen Oktober/November 1917 und Sommer 1918, also in einer Zeit, in der das bolschewistische Regime in Sowjetrußland noch nicht durch Konterrevolution und Intervention tödlich bedroht war. Es gab in den Provinzen Unruhen durch kriegsmüde, desertierte und marodierende Soldaten, hungrige Bauern und Arbeiter und andere Erschütterungen, aber die gab es mindestens seit 1915/1916 auch.

Die bolschewistische Führungsgruppe um Lenin suchte gerade in dieser Phase nicht nach Bundesgenossen, versuchte nicht, proletarische oder bäuerliche Mehrheiten mittels der Dekrete über den Frieden und den Boden hinter sich zu bringen, nutzte nicht die wenn auch geringen so doch vorhandenen Ansätze und Versuche seit Februar 1917, in Rußland einen demokratisch begründeten Ausgleich herzustellen, sondern beseitigte diese bereits im Januar 1918 und setzte von Anfang an auf bewaffnete Gewalt, auf Konfrontation, Terror, Bürgerkrieg, Vernichtung des Adels, der Bourgeoisie, der Intelligenzija, der Kulaken, also der produktionsfähigen Bauernschaft, der Arbeiter-Opposition und aller anderen – wie beschrieben – als »Volksfeinde« und »Volksschädlinge« bezeichneten Bevölkerungsgruppen. Allerdings hatten ideologisches Konzept und politische Praxis »in sich« eine gewisse, wenn auch selbstzerstörerische Logik: Angesichts der eigenen ideologisch begründeten Unfähigkeit,

Bündnisse zu suchen und zu bilden sowie die beanspruchte »proletarische Revolution« demokratisch mittels der Sowjets zu gestalten, blieb nichts übrig als die Obsession des Terrors gegen alle – schließlich auch in den eigenen Reihen.

Zwischen Ende 1917 und Mitte 1918 liegen die Begründung und Anwendung des bolschewistischen Terrors als ideologisches Prinzip und politische Praxis durch Lenin und die von ihm dominierte Personengruppe.

Frühe Mahner und Warner wie Rosa Luxemburg und Maxim Gorki waren wohl die letzten, welche die Frage öffentlich aufwarfen, ob bolschewistischer revolutionärer Terror eine bolschewistische revolutionäre Tugend, ob im Sinne einer solchen Weltanschauung die massenhafte Vernichtung von a priori und per se zu Feinden erklärten Personen und Personengruppen ethisch begründ- und moralisch vertretbar, als eine unausweichliche Notwendigkeit einer solchen Art höherer Sittlichkeit zu rechtfertigen sei. Beide haben diese Frage aus teilweise übereinstimmenden, teilweisen unterschiedlichen Gründen entschieden verneint und beide konnten nicht als »Konterrevolutionäre« oder ähnlich verdächtig und bezeichnet werden, wie jene Abrechnungen mit dem bolschewistischen Terror von Sergej Petrowitsch Melgunow.⁵ Melgunow war 1906 Gründer der Partei der Volkssozialisten, wurde 1920 zum Tode verurteilt und ausgewiesen.

Luxemburg hat in einem Fragment »Zur russischen Revolution« (1918) die nicht bolschewistisch-kommunistische, sondern *bürgerliche Diktatur* Lenins und Trotzki (in der Attitüde eines »proletarischen Jakobiners«) entschieden verurteilt: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution [...] im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft [...] solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw.«⁶

5 Siehe Sergej Petrowitsch Melgunow: Der rote Terror in Rußland. Berlin 1924 (frz., Paris 1923).

6 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution (1918). In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 2000. – Siehe auch Paul Levi: Einleitung zu Die russische

Noch weitaus entschiedener hat Gorki in der von ihm herausgegebenen Zeitung »Nowaja Shisn« den bolschewistischen Terror und besonders Lenins Verantwortung für diese »Entartung« der revolutionären Ideen und der entsprechenden Politik verurteilt: »Eine Sowjetrepublik? Leere Worte. In Wahrheit ist es eine oligarchische Republik einiger Volkskommissare. Worin haben sich die Sowjets verwandelt? In unfreie, unnötige Anhängsel der bolschewistischen Kriegsrevolutionskomitees oder von oben ernannter Kommissare« (20. Dezember 1917).

Als in Petrograd Arbeiter, Matrosen und andere gegen das Auseinanderjagen der Gesetzgebenden Versammlung und für die Einhaltung der Versprechen der Gruppe um Lenin demonstrierten und zusammengeschossen wurden, schrieb Gorki: »Sie schießen, weil sie Angst haben wie der Zarismus. Die Bolschewiken wollen, weil sie in der Minderheit sind, die Mehrheit mit Terror, Diktatur und Gewehren vergewaltigen [...] Lenin und seine Leute glauben, ihnen seien alle Verbrechen erlaubt, so das Massaker in der Petrograder Vorstadt, die Plünderung Moskaus, die Beseitigung der Pressefreiheit, die Massenverhaftungen und alle Verfolgungen, die schon Plehwe und Stolypin ausgezeichnet haben [...] (diese) haben gegen die Demokratie gewütet [...] Hinter Lenin steht zur Zeit noch ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse, ich glaube aber, daß das Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung ihnen bald die Augen öffnen wird über die Aussichtslosigkeit der Leninschen Versprechungen, über das Ausmaß seines Wahnsinns und über seinen Anarchismus [...] Die Arbeiterklasse kann nicht übersehen, daß Lenin mit ihrer Haut und ihrem Blut Experimente macht.« (22. Januar 1918).

Auf fortgesetzte Angriffe durch den Sownarkom antwortete Gorki schließlich: »Die *Nowaja Shisn* wird die Regierung der Volkskommissare ebenso kritisieren wie jede andere Regierung. Wir haben nicht gegen die Selbstherrschaft der Kanaillen gekämpft, damit diese durch die Selbstherrschaft von Barbaren ersetzt werde [...] Die Volkskommissare schrecken nicht, wie andere Regierungen, davor zurück, Andersdenkende einfach hinzurichten, abzuschlachten und obendrein noch zu verleumdern [...] Wo ist also der Unterschied zwischen der bestialischen Mentalität der Monarchie und euch? [...] Neue Lebensformen fordern

Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg (1922). In: Annelies Laschnitz (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden ... Berlin 1990.

eine neue Moralauffassung. Seid ihr zur Schaffung einer solchen Moral überhaupt imstande? Nach euren Worten und Taten zu schließen, seid ihr [...] noch Barbaren [...] mit Despotenwahnsinn [...] Durch euer Handeln gebt einer künftigen Reaktion das Recht, durch Hinweis auf euer Beispiel zu sagen: Als ihr die Macht hattet, habt ihr genau so gehandelt wie wir vor der Revolution; ihr habt das Volk massenweise hingeschlachtet, und so habt ihr uns das Recht gegeben, euch abzuschlachten.« (26. März 1918).

Noch einmal wurde hier versucht, die bolschewistische revolutionäre politische Praxis nach moralischen Maximen zu beurteilen, »Tugend gegen Terror« zu stellen. Es war vergeblich; Gorki wurde allerdings nicht umgebracht, sondern zur »Erholung« nach Capri geschickt. Seine Mahnungen und Warnungen allerdings waren berechtigt; sie haben sich schon im Verlaufe des Jahres 1918 als zutreffend erwiesen. Am Beginn der schließlich im Grunde bis heute unermeßlichen und unvorstellbaren Steigerungen des »Despotenwahnsinns« zwischen 1934 und 1939 ist Gorki gestorben; hier könnte man sogar von einem »gnädigen (oder rechtzeitigen) Tod« sprechen.

Als Konterrevolution und Bürgerkrieg beendet waren und schließlich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet wurde, war dies bereits eine »Union ohne Sowjets«, waren die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Gestaltung einer sozialistischen Demokratie und mit ihr einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bereits nicht mehr vorhanden.

Wohin dies führte, ist bekannt. Die russischen Revolutionen des Jahres 1917 und namentlich die bolschewistische haben sich sieben Jahrzehnte später schließlich selbst delegitimiert und liquidiert. Ob das Folgende nun als Reaktion oder Restauration oder Konterrevolution oder anders bezeichnet wird, ist weltgeschichtlich gesehen schon nicht mehr erheblich.

Die Französische Revolution hat trotz der mörderischen Verbindung von »Terror und Tugend« und gegen sie schließlich gesiegt; die bolschewistische Revolution hat wegen ihrer selbstmörderischen Obsessionen des »Terrors ohne Tugend« schließlich verloren. Allerdings hat dies Jahrzehnte gedauert und ist sowohl durch den Zweiten Weltkrieg, den Kampf zwischen dem Hitlerschen großdeutschen Nationalsozialismus und dem Stalinschen großrussischen Bolschewismus historisch verzögert und

nach dem Sieg des Letzt- über den Erstgenannten zeitweilig verschoben, in andere weltgeschichtliche, geopolitische Konstellationen und Konfrontationen verlagert worden.

Die Ursachen für den Aufstieg und Fall der bolschewistischen Revolution im »kurzen 20. Jahrhundert« liegen jedoch in diesem Gebilde selbst, nicht nur in der Fortsetzung asiatisch-despotischer, tyrannischer Machtausübung und allen anderen in der zahlreichen Literatur genannten Gründen, sondern im seinem entscheidenden, grundlegenden historisch-»genetischen« Defekt: der Geburt durch/mittels Terror und der geschichtlich beispiellosen Hybris, der Hypertrophierung des Terrors als/ im Stalinismus.

* * *

Damit soll noch einmal der Bogen zum Ausgangspunkt dieser Betrachtungen geschlagen und anhand der Bündnisfrage versucht werden, das Phänomen »Terror« in Hinsicht auf den Jakobinismus wie den Bolschewismus zu erklären.

Revolutionen werden, das ist seit der englischen Revolutionsperiode der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, offensichtlich, nicht durch die »Volksmassen an sich gewonnen« (oder eben auch »verloren«), sondern durch eine zu allem entschlossene, ideologisch entsprechend indoktrinierte und militärisch organisierte Mannschaft. Deshalb wurden zwischen Cromwells 20.000 »Eisenseiten« und den 20.000 Angehörigen der militärischen Einheiten der Bolschewiki scheinbar so »naheliegende« Vergleiche angestellt – sowohl von Personen, welche diese Revolution bewunderten als auch von solchen, die sie verurteilten. Diese Kerntruppe wurde als brutal und fanatisch, das eigene Leben miß- und das Leben anderer verachtend beschrieben – geprägt und getrieben von einer amorali-schen, terroristischen Mentalität und Aktivität.

Revolutionen werden, auch dies hat sich seit dem oben genannten Zeitraum und danach immer wieder bestätigt, nicht vor allem durch »charismatische Führer«, sondern durch die Bündnisfähigkeit oder -unfähigkeit der Hauptakteure entschieden. So scheinbar einleuchtend die immer wieder auf Max Weber zurückgeführte, obwohl bereits zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert und besonders in diesem entstandene hi-

storisch/soziologisch gemeinte Ansicht von »charismatischem Führertum« sein mag, historiographisch evident oder verifizierbar ist sie kaum. Cromwell, Robespierre, Napoleon, Lenin waren viel weniger »charismatisch« als vielmehr machtbesessen. Sie strebten mit allen ihnen möglichen Mitteln die persönliche Macht in den/über die von ihnen geführten politischen Aktionen sowie ihre Mitakteure, besser: Gehilfen an, setzten die errungene individuelle Machtposition ideologisch und politisch konsequent und kompromißlos, rigoros und ohne moralische Skrupel durch und verteidigten sie mit dem Einsatz aller Mittel, so auch des Terrors gegen andere Haltungen oder Ansprüche. Sie waren keine »Charismatiker«, sondern »Machtmenschen« und insofern treffen auf sie die entsprechenden Beschreibungen Niccoló Machiavellis in »Il Principe« viel eher und mehr zu als die nebulösen Beschreibungen Webers.

Dieses Streben nach uneingeschränkter persönlicher Macht über alle und alles war verbunden mit und auch getragen von der Unfähigkeit, sich mit anderen Ansichten und Haltungen in einer sachlichen Auseinandersetzung zu beschäftigen, Kompromisse zu suchen und zu schließen, Bündnisse unter Angleichung unterschiedlicher Standpunkte einzugehen und durchzuhalten.

Die Jakobiner um Robespierre demonstrierten ihre schließliche Bündnisunfähigkeit im physischen Terror gegen ihre objektiven, potentiellen Bundesgenossen: Die nicht»jakobinischen« Personen und Fraktionen der Jahre 1789 bis 1794 waren mit Ausnahme der erklärten Gegenrevolutionäre eben keine solchen, sondern versuchten im Unterschied zu der Gruppe um Robespierre, die Revolution in sichere Bahnen zu leiten und dafür zuverlässige Mehrheiten in der Legislative auch zur Kontrolle der Exekutive zu bilden. Diese Ansichten und Handlungen waren mit dem Verständnis von Machterwerb und Machtausübung der Gruppe um Robespierre nicht vereinbar, also wurden alle Andersdenkenden und -handelnden – wie oben beschrieben – zu »Feinden« erklärt und als solche vernichtet. Im Frühsommer 1794 hatte sich diese Gruppe durch die physische Ausrottung aller »Feinde«, deren sie habhaft werden konnte, soweit isoliert, daß weder objektiv noch subjektiv Bündnispartner vorhanden waren und die »übriggebliebenen Anderen« nun Robespierre und seine Gehilfen hinrichten ließen.

Daß schließlich Napoleon Bonaparte als General, Erster Konsul und Kaiser die Revolution »beendete und vollendete«, lag schließlich auch daran, daß in Frankreich zwischen 1795 und 1815 neue Bündniskonstel-

lationen entstanden waren und hielten, solange jene Person im Besitz individueller Macht war, die aus diesen Konstellationen hervorging, sie vertrat, schließlich verkörperte.

Die Gruppe um Lenin, schließlich von ihm ideologisch und politisch im Sinne absoluter individueller Machtausübung dominiert, trug von Beginn an den Keim der Bündnisunfähigkeit in sich – mit der Konsequenz, dies entweder durch eine noch zu erlernende, erwerbende Bündnis- und Kompromißbereitschaft oder eben durch die Hybris des Terrors vor allem gegen objektive, potentielle Bündnispartner – eben nicht nur gegen »Feinde der Revolution« – zu kompensieren. Diese Gruppe war im Grunde eine historisch-logische Absurdität: In einer Abstimmung errang eine Minderheit einen Sieg über eine Mehrheit und beanspruchte fortan eine Mehrheitsposition, in dem sie die zufällig diese Abstimmung verlierende Mehrheit zur Minderheit erklärte. Daraus wurden »Bündnispartner«, von denen der eine den anderen so lange bekämpfte, bis von diesem buchstäblich physisch bis auf ein paar dubiose, obskure »Restfiguren« (exemplarisch Wyschinski) nichts mehr übrig war.

Die selbst ernannte Mehrheit ging nach dem gelungenen bewaffneten Aufstand dazu über, die noch vorhandenen objektiven, potentiellen Bündnispartner physisch zu vernichten. Um die Tragweite dieser grotesken Tragödie zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die von Lenin dominierte bolschewistisch-menschewistisch gemischte Gruppe (Kamenjew, Sinowjew, Trotzki, Bucharin, andere) keine »natürlichen Bundesgenossen« hatte: Das russische Proletariat (nach Angaben von Demographen und Soziologen eine kleine Minderheit von drei bis fünf Prozent der Bevölkerung) wurde von ihnen als undiszipliniert, unorganisierbar, ungebildet usw. angesehen, die russischen Bauern galten als halbzivilisierte Barbaren oder Wilde, die Intellektuellen als unzuverlässig und deshalb wurden Hunderte zwischen 1918 und 1922 aus dem Lande getrieben oder liquidiert. Selbst die eigens geschaffenen Sowjets wurden bereits zwischen 1905 und 1917 als höchst unsichere Kantonisten betrachtet und behandelt, nach 1918 wurden sie schrittweise entmachtet, zu Komparsen der Revolution degradiert.

So blieben als politische Bündnispartner nur die Sozialrevolutionäre. Gegen sie begann die Gruppe um Lenin bereits im November/Dezember 1917 jenen Kampf, der bereits im Sommer 1918 mit der politischen Entmachtung und Ausschaltung sowie der physischen Vernichtung von Sozialrevolutionären endete. Das Kaplan-Attentat war nicht Ursache,

Auslöser, sondern Vorwand, so wie das Kirow-Attentat 1934 der Vorwand für die Säuberungen, den sogenannten Großen Terror war. Im übrigen: Ob Kaplan überhaupt »Sozialrevolutionärin« war ist ebenso ungeklärt wie der Sachverhalt, ob sie auf Lenin geschossen hat; sie verschwand umgehend.

»Menschewist« und »Sozialrevolutionär« wurden Bezeichnungen für Feinde der »Revolution und der Sowjetmacht« und so gehandhabt. Als im zweiten Halbjahr 1918 zunächst die innere und dann die äußere Bedrohung für die Gruppe um Lenin, für die »Sowjetmacht« tatsächlich entstand und zunahm, war die bolschewistische Führung ohne Bündnispartner und blieb es. Den Terror nach innen hatte sie jedoch bereits um die Wende 1917/1918 gegen die einzigen und letzten Bündnispartner begonnen, nun wurde er – wie gesagt – zur ultima ratio der gesamten Politik, zu einem Weg ohne die Möglichkeit der Umkehr.

* * *

Das Bild der russischen Revolution(en) des Jahres 1917 hat, einmal abgesehen von der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie und -historiographie in den vergangenen Jahrzehnten manche eigenartigen und merkwürdigen Veränderungen erfahren. Das wird deutlich, wenn man bestimmte Schriften aus der enormen Menge der Revolutionsliteratur einmal vergleichend liest, so beispielsweise Rosenstock, Laski, Griewank, Metzger oder Pelinka/Reinalter, Tilly, Koenen, Baberowski, Luks – um nur einige zu nennen.⁷

7 Siehe Emil Rosenstock: Die europäischen Revolutionen. Volkscharaktere und Staatenbildung. Jena 1931. – Harold Laski: Revolutionäre Wandlungen in unserer Zeit. Zürich 1945. – Karl Griewank: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung. Frankfurt am Main 1969. – Arndt Metzger: Phänomenologie der Revolution. Frankfurt am Main 1979. – Anton Pelinka/Herbert Reinalter (Hrsg.): Revolution und Gesellschaft. Zur Entwicklung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs. Innsbruck 1980. – Charles Tilly: Die europäischen Revolutionen. München 1993. – Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Stalin und der Stalinismus. 3 Bde. Berlin 1992. – Gerd Koenen: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 1998. – Leonid Luks: Geschichte Rußlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin. Regensburg 2000. – Brian Moynahan: Das Jahrhundert Rußlands 1894 – 1994. München 2001. Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. München 2003.

Dabei fallen einige Merkwürdigkeiten auf: Bei Autoren der Jahre etwa vor 1980 erscheinen die Themen »Bündnis und Terror« zwar noch, sind jedoch für das Bild nicht prägend. Die eigentlich einen Kern marxistisch-leninistischer Revolutionstheorien bildende Bündnisfrage erscheint in nichtmarxistischen Darstellungen als Marginalie und der Terror als bedauerliche Begleiterscheinung; in marxistisch-leninistischen wird die Bündnisfrage ideologisch apodiktisch beschworen, ohne sie mit wenigen Ausnahmen (Kossok⁸) in ihrer tatsächlichen Beschaffenheit analytisch und kritisch zu behandeln; der »rote Terror« ist nur Reaktion auf den »weißen« und insgesamt Instrument zur Abwehr einer »tödlichen Bedrohung«, Staatsnotstand – oder antisowjetische Propaganda.

Geno- und Phänotyp der russischen Revolution(en) des Jahres 1917 werden in beiden Darstellungsmustern entweder ungenau, oberflächlich oder nicht nennenswert oder eben ideologisch apodiktisch, kategorisch und im Grunde historiographisch ebenso irrelevant behandelt. Die Abhandlungen aus beiden Gruppen oder Lagern waren und sind revolutions-theoretisch unbrauchbar (das betrifft übrigens auch die merkwürdigen Deutungen der europäischen Revolutionen nach 1989/1990⁹).

-
- 8 Siehe Manfred Kossok: In Tyrannos. Revolutionen der Weltgeschichte. Von den Hussiten bis zur Commune. Leipzig 1989. – Nach Kossok reicht diese Darstellung bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert; tatsächlich endet sie 1871. Die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« wird nirgends, auch nicht im *Epilog* (S. 437ff.) erwähnt. Das ist aus wenigstens zwei Gründen bemerkenswert: Die Oktoberrevolution galt bis 1989 in der DDR-Revolutionstheorie und -historiographie als die Vollendung der bisherigen globalen Revolutionszyklen (Kossok weist auf »globale Bezüge« vor 1900 hin) und als jene Revolution, mit der völlig neue Epochen der Weltgeschichte, die »Zukunft der Menschheit« eröffnet wurden. Kossok gehörte nach, neben oder mit Markov zu den tonangebenden Revolutionstheoretikern und -historiographen der DDR. Als im Jahre 1989 eine Vielzahl von Veröffentlichungen zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution erschien, fehlte in keiner wenigstens die Erwähnung der Oktoberrevolution, in manchen wurden gar Kontinuitäten etwa »1789 – 1917 – 1989« oder ähnlich hergestellt, bei/von Kossok nicht.
- 9 Die Revolutionen in Mittel- (DDR), Südost- und schließlich Osteuropa (UdSSR) werden weder revolutionstheoretisch noch -historiographisch auch nur annähernd geno- und/oder phänotypisch hinreichend, sondern mit merkwürdigen Epitheta beschrieben: »friedliche, gewaltlose, unblutige – unvollendete, verratene – samtene – singende, tanzende – schließlich orangene usw. Revolution«. Das ist, wenn man es als Quasi- oder Pseudobelletristik nimmt, eine Art mißglückter »Revolutionsprosa oder -lyrik«; »Revolutionswissenschaft« ist es nicht.

Es handelt sich bei den einen lediglich um einen zufällig erfolgreichen bolschewistischen Putsch, einen bewaffneten Aufstand und bei den anderen um die glorreiche Große Sozialistische Oktoberrevolution, in der sich teleologisch eine sozusagen eherne Gesetzmäßigkeit weltgeschichtlicher Entwicklung, der Beginn des Weges zu einer sozialistischen, schließlich kommunistischen Weltgesellschaft und -ordnung vollzieht.

In den Darstellungen etwa seit 1970/1980 wird das »Bündnis«-Thema nach wie vor ungenau, unbefriedigend behandelt, das »Terror«-Thema tritt unter dem Eindruck der Jahrzehnte vom Beginn des Stalinschen Terrors bis zum Zusammenbruch der KPdSU/UdSSR in den Vordergrund. Die Versuche, die Parallelität beider Diktaturen und ihre vergleichbaren Wesenszüge oder wenigstens Merkmale zu untersuchen, sind jedoch nach wie vor gering, die Ausnahme. In der Historiographie im Westen Deutschlands und in ihrer Kollegenschaft im westlichen Europa wirkt wahrscheinlich noch das intellektuelle Desaster des sogenannten Historiker-Streits der 1980er Jahre weiter.

Dies wird auch durch die postsowjetisch/-kommunistische Geschichtsschreibung nicht verbessert oder aufgelöst. Dort wirken der Stalinsche Terror und des endgültige Scheitern des 1917 begonnenen Versuchs offenbar traumatisch nach.

Ein Zusammenhang von »Tugend« und »Terror« erscheint nirgendwo mehr. Revolutionen, ob diese Bezeichnung nun jeweils tatsächlich zutraf oder nicht, oder was dafür aus zeitgeschichtlich erklärbaren – politischen oder/und ideologischen, propagandistischen oder/und opportunistischen – Gründen ausgegeben oder gehalten wurde, bedurften keiner noch so abgehobenen oder abstrakten ethischen Prinzipien oder moralischen Kriterien mehr. Ihre Weltanschauung entstand aus der Verbindung von absolutem Machtstreben einzelner Personen und ihres Anhangs mit der Ausübung absoluter Gewalt zum Erwerb und zur Ausübung dieser Macht.

ECKART MEHLS

Die russischen Revolutionen 1917 und die russisch-polnischen Beziehungen 1917–1920

Die »polnische Frage« und die russischen Revolutionen des Jahres 1917 sind seit langem Gegenstand eines besonderen Interesses nicht nur polnischer und sowjetischer/russischer Historiker. Dabei geht der Blick aus verständlichen Gründen weit über das Revolutionsjahr 1917 hinaus, war doch die »polnische Frage« während eines fast eineinhalb Jahrhunderte umfassenden Zeitraumes eine der brennendsten Fragen der europäischen Geschichte überhaupt. Sie spielte sowohl als Gegenstand der Machtpolitik der führenden europäischen Großmächte des 19. Jahrhunderts als auch als einer der Schwerpunkte der sich entwickelnden europäischen Demokratie- und der Arbeiterbewegung eine gewichtige Rolle. Der Rang des Umgangs mit dem Schicksal Polens sowohl als inneres Problem der »Teilerstaaten« als auch zunehmend mehr als einer internationalen Angelegenheit während des ersten Weltkrieges ist bekannt. Das Gleiche gilt auch für die völlig neue Dimension der Frage der Beziehungen des 1918 neu entstandenen unabhängigen polnischen Staates zu seinen Nachbarn sowie der Bestimmung seiner Rolle als völlig neuer Faktor in den sich umgestaltenden Staatenbeziehungen Mitteleuropas. Ausdruck dessen ist die Tatsache, daß die diesem Problembereich gewidmete Literatur unterschiedlichster Provenienz praktisch schon nicht mehr voll überschaubar geworden ist. Allein eine 1990 in Polen erschienene, nur dem polnisch-sowjetischen Krieg 1919–1921 gewidmete Bibliographie führt ohne Anspruch auf Vollständigkeit über 1.200 Titel an.¹

Die in den letzten 20 Jahren erneute intensivere Hinwendung von Historikern Polens und Rußlands zu Fragestellungen des russisch-polni-

1 Siehe Urszula Olech: *Wojna polsko-sowiecka 1919–1920. Materiały do bibliografii.* Warszawa 1990. – Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf das Kapitel 10 der Untersuchung von I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'ša. Sindrom wojny 1920 g.* Moskau 2005.

schen Verhältnisses ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß über einen Zeitraum von fast 50 Jahren auf Seiten beider Konfliktpartner der Umgang mit blutigen Zusammenstößen in den ersten Jahren der Existenz eines selbständigen polnischen Staates und Sowjetrußlands stark von politischen Aspekten und ideologisch überfrachteten Sichtweisen geprägt war. Dies erwies sich als ein schwerwiegendes Hindernis für eine unvoreingenommene Analyse des Geschehens und eine von Vorurteilen und verfestigten Dogmen weitgehend freie Erforschung des realen Geschichtsverlaufs. Die mit beginnenden Wandlungen des politischen Klimas in der Sowjetunion Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Bemühungen auf polnischer und zunehmend auch sowjetischer Seite, überkommene dogmatische Erstarrungen zu überwinden und sich im Zeichen des als notwendig empfundenen »neuen Denkens« auch der Aufarbeitung sogenannter »weißer Flecken« zuzuwenden, eröffnete den Historikern beider Länder neue Möglichkeiten des Umgangs auch mit diesem »schwierigen« Kapitel ihrer gegenseitigen Beziehungen.²

Für das Verständnis der Probleme, die sich während und unmittelbar nach den russischen Revolutionen des Jahres 1917 bei der Herausbildung und Gestaltung der polnisch-russischen Beziehungen ergaben, erscheint es zweckdienlich, in gebotener Kürze die Herausbildung der Konzeptionen für die Lösung der »polnischen Frage« in den wichtigsten politischen Lagern beider Länder in die Betrachtungen einzubeziehen.

Dazu ist zunächst festzustellen, daß ungeachtet der vergeblichen Versuche, die durch die Teilungen dem Land aufgezwungene Unfreiheit durch Aufstände abzuschütteln, über alle politischen Lager hinweg während der gesamten Zeit der Teilungen das Bestreben lebendig blieb, sich nicht mit dem Verlust der eigenen Staatlichkeit abzufinden und die Herrschaft fremder Mächte zu überwinden. Diese Grundposition, sowohl von patriotischen Kreisen in den drei Teilungsgebieten als auch vor allem von der zahlenmäßig bedeutsamen Emigration vertreten, fand starke Unterstützung nicht nur progressiver demokratischer Bewegungen der Teil-

2 In der bereits genannten Arbeit von I. S. Jashborowskaja und W. S. Parsadanowa schildern beide Verfasserinnen ausführlich den komplizierten Weg von der politischen Absichtserklärung der Parteiführungen der PVAP und der KPdSU zu der dann schließlich fruchtbringenden Zusammenarbeit polnischer und sowjetischer Historiker in der zur Aufarbeitung der sogenannten »weißen Flecken« gebildeten gemeinsamen Kommission (siehe I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'ska. Sindrom vojny 1920 g.* Moskau 2005. S. 332–365).

erstaaten, sondern in zunehmendem Maße auch der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kräftig entfaltenden internationalen Arbeiterbewegung.

In der polnischen Unabhängigkeitsbewegung kristallisierten sich im Zuge der politischen Differenzierung innerhalb der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft unterschiedliche Konzeptionen für den Kampf gegen die Fremdherrschaft heraus.³

Im wesentlichen standen sich drei Gruppierungen gegenüber, die, sich untereinander zunehmend bekämpfend, völlig verschiedenen Vorstellungen vom Weg zur Überwindung der Teilungsfolgen folgten.

Die am Beginn des 20. Jahrhunderts ganz wesentlich von Roman Dmowski geprägte Richtung der Nationalen Demokraten sah die Bedrohung polnischer Eigenständigkeit vor allem von Preußen-Deutschland ausgehen. Preußen unter Friedrich II. galt als die treibende Kraft für die seinerzeitigen Teilungen Polens, die Bismarcksche Politik der Germanisierung des preußischen Teilungsgebietes wurde als die ernsthafteste Bedrohung für die Existenz der polnischen Nation wahrgenommen. Dmowski und seine politische Gruppierung betrachteten zunächst die Forderung nach einem eigenen Staat als »unerfüllbar« und strebten vorrangig nach Ausweitung der Anerkennung der nationalen Rechte der Polen in den jeweiligen Teilungsgebieten, wobei für sie die Orientierung auf Rußland als Gegengewicht gegen die von Deutschland ausgehenden Gefahren Bestandteil ihrer Grundkonzeption war.⁴ Die Aufnahme der Forderung nach staatlicher Selbständigkeit erfolgte erst im Laufe des ersten Weltkrieges.⁵

Völlig entgegengesetzt entwickelten sich die politischen Ziele des sozialdemokratisch geprägten Unabhängigkeitslagers, für das im wesentlichen die Person Józef Piłsudskis steht. In der Politik des russischen Zaren die Hauptgefahr für die Existenz Polens sehend, hatte für das sich um Piłsudski formierende Lager der Kampf gegen Rußland und die Unterstützung jeglicher, von wo auch immer ausgehenden, antirussischen Politik absolute Priorität. Als programmatisches Ziel wurde die Wieder-

3 Siehe Eckart Mehls: An der Schwelle des Ersten Weltkrieges. Über die drei Richtungen des polnischen Unabhängigkeitskampfes. In: *Polen und Wir. Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung*. Berlin 11(1994)3. S. 1f.

4 Ausführlich dazu siehe Roman Dmowski: *Niemcy, Rosya i kwestya polska*. Lwów 1908. S. 244–249.

5 Siehe Weronika Gostyńska: *Stosunki polsko-radzieckie 1918–1919*. Warszawa 1972. S. 29f.

herstellung eines selbständigen polnischen Staates in den Grenzen von 1772 verfolgt.

Ganz anders hingegen entwickelten sich bekanntlich die Vorstellungen der polnischen revolutionären Arbeiterbewegung. Unter starkem Einfluß theoretischer Positionen Rosa Luxemburgs verfolgten als Vertreter dieser Richtung die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) und der sich als linke, auf die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft orientierende, von der Sozialdemokratischen Partei Polens (PPS) unter dem Namen PPS-Lewica abspaltende Flügel einen Kurs, der die Notwendigkeit der Erringung eines selbständigen polnischen Staates nicht als vordergründige Aufgabe betrachtete. Eine solche Losung würde nach dem Verständnis dieser Richtung auf die Herausbildung eines bürgerlichen polnischen Staates hinauslaufen. Dies könne nicht das Ziel der Arbeiterklasse sein, da deren Mission darin bestünde, über die proletarische Revolution die kapitalistische Gesellschaft und deren staatliche Organisationsformen zu überwinden. Die Orientierung auf staatliche Selbständigkeit Polens sei daher eine die Arbeiterklasse von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenkende Losung, an ihre Stelle müsse die proletarische Revolution als Ziel treten und die über sie zu erreichende internationale Vereinigung der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder. Bekanntlich rief dies die entschiedene Kritik und Ablehnung der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR) und insbesondere Lenins hervor, der das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen als Kernforderung der revolutionären Arbeiterbewegung zur Lösung der nationalen Frage unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus ausführlich begründete und der theoretischen Position Rosa Luxemburgs in dieser Frage entgegenstellte.⁶

Der Erste Weltkrieg stellt in der Entwicklung hin zu einer Lösung der »polnischen Frage« eine wichtige Zäsur dar. Die polnischen Teilungsge-

6 Es würde den Rahmen dieses Überblicks sprengen, auf wesentliche Inhalte und Streitpunkte in den Auseinandersetzungen um die Problematik des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen hier weiter einzugehen. Es sei nur angemerkt, daß Lenin dieser Problematik, insbesondere im Zusammenhang mit der »polnischen Frage«, in seinem theoretischen Wirken bis zu seinem Lebensende große Aufmerksamkeit widmete. Einen sehr instruktiven Überblick vermittelt dazu eine Sammlung von Arbeiten Lenins unter dem Titel »Lenin o Pol'se i pol'skom rabočem dviženii. Stati, reči dokumenty, pis'ma« (Moskau 1990).

biete befanden sich plötzlich in den sich im Krieg gegeneinander bekämpfenden Lagern. Polen wurde zu einem wichtigen Kriegsschauplatz des Ersten Weltkrieges mit verheerenden Folgen. In den Armeen der gegeneinander kämpfenden Bündnisse standen sich polnische Soldaten an den Fronten des Krieges unmittelbar »feindlich« gegenüber. Zugleich hatten sich mit dem Zerfall des ehemaligen Bündnisses der Teilmächte völlig neue Bedingungen und Möglichkeiten für die Lösung der Frage der staatlichen Existenz Polens herausgebildet.

Zunächst wurde seitens der Teilmächte, also Rußland einerseits und Deutschland im Bündnis mit Österreich-Ungarn andererseits, versucht, durch Appelle und Versprechungen, die in vagen Formulierungen Statusveränderungen der Teilungsgebiete in Richtung Selbständigkeit in Aussicht stellten, Teile der polnischen Bevölkerung für eine aktive Unterstützung der Kriegführung der jeweiligen Seite zu gewinnen.⁷

Für die anstehende Lösung der polnischen Frage und damit zusammenhängend für die künftige Gestaltung der Beziehungen Polens (hier zu verstehen als das Königreich Polen als Bestandteil des Russischen Reiches) zu Rußland hatte der Aufruf des russischen Oberkommandierenden, des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, vom 14. August 1914,⁸ in dem er unter Berufung auf die historische Schlacht von Grunwald die Polen aufrief, den gemeinsamen Feind mit dem Ziel der Vereinigung aller drei getrennten Teile Polens unter der Ägide Rußlands zu schlagen. In ihm hieß es u. a.: »Mögen die Grenzen, die das polnische Volk in Teile zerreißen, verschwinden. Schließe es sich zusammen unter dem Zepter des russischen Zaren. Unter diesem Zepter wird Polen, frei in seinem Glauben, der Sprache und Selbstverwaltung, wiedererstehen.«⁹ Um die Interpretation dieses Versprechens, d. h. was nun tatsächlich unter der versprochenen »Selbstverwaltung« verstanden werden kann, bewegten sich während der gesamten Zeit des Krieges intensive, teilweise kontroverse Diskussionen, ohne daß es zu einer definitiven Klärung des zu-

7 Siehe eine detaillierte Schilderung dieser Versuche und ihrer Wirkungen sowie entsprechende Wertungen dazu bei I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'sa. Sindrom vojny 1920 g.* Moskau 2005. S. 12–18.

8 Alle Datumsangaben zu Entwicklungen und Ereignissen in Rußland erfolgen der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit mit den Ereignissen und Polen in diesem Beitrag nur nach den Daten neuen Stils.

9 Zit. nach I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'sa. Sindrom vojny 1920 g.* Moskau 2005. S. 13.

künftigen Status Polens »unter dem Zepter des russischen Zaren« gekommen wäre. Angemerkt sei hier lediglich noch, daß die Lösung der »polnischen Frage« gegenüber den Verbündeten in der Entente, zunächst so auch voll akzeptiert, von russischer Seite strikt als eine innere Angelegenheit Rußlands betrachtet wurde.

Die russische Februarrevolution 1917 setzte unter die letzten Endes ergebnislosen Diskussionen im russischen Regierungslager nicht nur einen Schlußpunkt. Sie war zugleich Ausgangspunkt für eine in völlig neuer Qualität sich vollziehende Entwicklung in der »polnischen Frage«. Mit dem Sturz des autokratischen Systems des russischen Zarismus und der Einleitung bürgerlich-demokratischer Veränderungen der Gesellschaft ergaben sich für die Lösung der nationalen Frage Polens neue Möglichkeiten. Bereits erste Maßnahmen der Provisorischen Regierung, z. B. der Beschluß über die Aufhebung bisher bestehender Einschränkungen in der Glaubensausübung und in Vermögensfragen (2. März 1917) wies auf substantielle Veränderungen der Stellung nationaler oder religiöser Minderheiten in Rußland hin.

Herausragende Bedeutung für die Gestaltung künftiger russisch-polnischer Beziehungen hatte jedoch der Beschluß eines anderen Machtorgans Rußlands. Der Petersburger Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten behandelte auf seiner Beratung am 27. März 1917 die »polnische Frage« und beschloß einstimmig die am nächsten Tag veröffentlichte Resolution »An das Polnische Volk«, in der es heißt:

»Das Zarenregime, das im Laufe von eineinhalb Jahrhunderten das polnische Volk und zugleich das russische unterdrückt hat, ist durch die vereinigten Kräfte des Proletariats und der Streitkräfte gestürzt worden.

Das polnische Volk von diesem Sieg der Freiheit über den gesamt-russischen Gendarmen in Kenntnis setzend, erklärt der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, daß die Demokratie Rußlands auf dem Boden der Anerkennung der nationalen und politischen Selbstbestimmung der Völker steht und verkündet, daß Polen das Recht hat, in staatlich-internationaler Beziehung vollständig unabhängig zu sein.

Wir übersenden dem polnischen Volk unseren brüderlichen Gruß und wünschen ihm Erfolg in dem bevorstehenden Kampf für die Einführung der demokratischen republikanischen Ordnung im unabhängigen Polen.«¹⁰

10 Dokumenty i materiały do historii stosunków polskich-radzieckich. T. 1. Warszawa 1962. S. 8f.

Parallel zu den Beratungen im Petrograder Sowjet, während derer auch Vertreter der SDKPiL und der PPS-Lewica dem revolutionären Proletariat Rußlands solidarische Grüße überbrachten, spielte auch für die Provisorische Regierung die »polnische Frage« eine bedeutende Rolle, sicher nicht ganz unabhängig von der bereits der Öffentlichkeit bekannten Erklärung des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates.

Am 29. März 1917 veröffentlichte die Provisorische Regierung ihrerseits einen Aufruf (Manifest) an das polnische Volk, in dem ebenfalls »für das brüderliche polnische Volk in Gänze das Recht zur Bestimmung seines Schicksals nach seinem eigenen Willen anerkannt« wird, allerdings mit zwei weitreichenden Einschränkungen: *erstens* das Versprechen der Bildung eines unabhängigen polnischen Staates aus der Vereinigung der geteilten Gebiete, die »mehrheitlich polnisch besiedelt« sind, und *zweitens*, daß das unabhängige Polen auf der Grundlage der mit den Bündnispartnern der Entente getroffenen Vereinbarungen zum Kampf gegen die Mittelmächte durch eine »freie Militärunion« mit Rußland verbunden bleibt.¹¹ Insbesondere die erste der genannten Bedingungen, nämlich die Gewährung der Unabhängigkeit für Polen in seinen ethnographischen Grenzen, benannte einen für die polnisch-russischen Beziehungen auch und gerade in der unmittelbaren Folgezeit sich als schwerwiegend erweisenden Konfliktstoff. Entsprechend war auch die polnische Reaktion. Der im deutsch besetzten Warschau die »polnischen« Staatsgeschäfte führende Provisorische Staatsrat (Tymczasowa Rada Stanu) begrüßte zwar am 6. April 1917 die Erklärung der Provisorischen Regierung Rußlands, erklärte aber zugleich zur Frage der polnischen Ostgrenze: »Der jahrhundertlange polnisch-russische Streit über ausgedehnte Gegenden zwischen dem ethnographischen Polen und Rußland, seit Jahrhunderten mit dem Schicksal Polens verbunden, ist durch den Aufruf der russischen Regierung nicht beendet. Das Schicksal dieser Gebiete muß entschieden werden im Sinne der Machtinteressen des unabhängigen Polen und unter Beachtung des Willens der diese Gebiete bewohnenden Völker.«¹²

Die Erklärungen sowohl des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten als auch der Provisorischen Regierung Rußlands entfalteten allerdings, was nicht übersehen werden kann, vorerst noch kei-

11 Siehe ebenda. S. 18f.

12 Ebenda. S. 28.

ne praktische Wirkung, da der größte Teil des »ethnographischen Polen« nach wie vor von deutschen und österreich-ungarischen Truppen besetzt war.

Vorwiegend im Bereich theoretischer Absichtserklärungen verblieben gleichermaßen die Positionsbestimmungen der Bolschewiki in der Frage des Verhältnisses Rußlands zu Polen, die auf der für die Strategie dieser Partei in der russischen Revolution wichtigen VII. Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz) vom 7. bis 12. Mai 1917 eine große Rolle spielten. Am Rande sei vermerkt, daß auch auf dieser Konferenz, wie auf strategisch wichtigen Beratungen der Führungsgremien der SDAPR(B) überhaupt, das Beispiel Polen bei der Behandlung von Problemen der »nationalen Frage« eine herausragende Rolle spielte.

Bereits am Anfang der Konferenz, als es um die Stellungnahme der Bolschewiki zu einem Vorschlag des dänischen Sozialdemokraten Borgbjerg ging, eine internationale Beratung von Vertretern sozialdemokratischer Parteien der Krieg führenden Länder einzuberufen, bezog die Konferenz die von Lenin vorgeschlagene Ablehnung einer Teilnahme daran. In der dazu am 8. Mai 1917 angenommenen »Resolution zu dem Vorschlag von Borgbjerg« wurde zugleich das im Manifest der Provisorischen Regierung vom 29. März 1917 enthaltene Versprechen der Gewährung der Unabhängigkeit Polens mit den genannten einschränkenden Bedingungen, insbesondere das Bestehen auf einer »freien Militärunion« Polens mit Rußland, als Betrug gekennzeichnet. Ihren Standpunkt zur Lösung des Problems formulierten die Bolschewiki in dieser Resolution wie folgt: »... für eine wirkliche Ermittlung des Willens des Volkes aller annektierten Gebiete ist der Abzug der Truppen und eine freie Befragung der Bevölkerung unerlässlich. Nur die Durchführung dieser Maßnahme in ganz Polen (d. h. nicht nur in dem russisch eroberten, sondern auch im von Deutschen und Österreichern eroberten) und in ganz Armenien usw. wäre ein Schritt zur Umsetzung der Regierungsversprechen in die Tat.«¹³

Die Charakterisierung des Manifestes der Provisorischen Regierung als ein mit »nichtssagenden Redensarten vollgestopft« Dokument, dessen eigentlicher Kern die Bindung Polens an Rußland in der angeblich »freien Militärunion« sei, und daraus abgeleitet die erneute ausführliche Begründung der Durchführung eines Plebiszits als einzig gangbarem Weg

13 KPSS v rezolucijach i rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK. T. I. Moskau 1953. S. 343.

zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wiederholte Lenin in seiner Rede zur Resolution über den Krieg auf der Aprilkonferenz zwei Tage später.¹⁴

Von Interesse im Zusammenhang mit der Entwicklung der Position Lenins zu dem hier behandelten Gegenstand sind im Übrigen zwei Aussagen in seiner ebenfalls dort gehaltenen »Rede zur nationalen Frage«: »Wenn die sozialistische Revolution herangereift ist, wenn sie ausbricht, wird sie auf andere Länder übergreifen, und wir werden ihr helfen, aber wie, das wissen wir nicht.«¹⁵ Und ein wenig später im gleichen Zusammenhang zu der nach dem Sieg der Oktoberrevolution, also unter der Notwendigkeit der praktischen Regierungspolitik, wie noch gezeigt werden wird, ganz zentralen Frage des Wie der Hilfe für die proletarische Revolution in anderen Ländern: »Etwas ganz anderes ist die Frage des Krieges. Wenn nötig, werden wir einen revolutionären Krieg nicht ablehnen. Wir sind keine Pazifisten.«¹⁶

Die Position der Provisorischen Regierung zur Unabhängigkeit Polens unterlag bis zum gewaltsamen Ende ihrer Tätigkeit keinerlei grundlegenden Veränderung. Die vollständige Übereinstimmung mit der Haltung der verbündeten Entente-Mächte und rechter polnischer Exilpolitiker fand ihren Ausdruck in einer in Petrograd am 16. Oktober 1917 durchgeführten Gedenkveranstaltung für den polnischen Nationalhelden Kościuszko, auf der der Außenminister der Provisorischen Regierung den im Manifest vom 29. März 1917 zur Frage Polens eingenommenen Standpunkt zur Unabhängigkeit Polens und zur strikten Einhaltung der Bündnisverpflichtungen (»freie« Militärunion) bekräftigte. Die Botschafter Großbritanniens, Italiens, der USA und Frankreichs betonten in ihren Reden die volle Übereinstimmung mit der Provisorischen Regierung Rußlands in dieser Frage.¹⁷ Es war dies die letzte öffentliche Äußerung der Provisorischen Regierung zur »polnischen Frage« während ihrer Amtszeit.

Mit dem Sturz der Provisorischen Regierung und der Installation der Macht der Sowjets unter Führung der Bolschewiki durch die Oktoberre-

14 Siehe W. I. Lenin: Siebente Gesamtreussische Konferenz der SDAPR(B): Rede zur Resolution über den Krieg]. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. Berlin 1974. S. 252f.

15 Ebenda. S. 292.

16 Ebenda. S. 293.

17 Siehe I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: Rossija i Pol'sa. Sindrom vojny 1920 g. Moskau 2005. S. 103.

volution entstand für die Lösung der »polnischen Frage« und die Gestaltung künftiger russisch-polnischer Beziehungen erneut eine völlig veränderte Ausgangssituation. Die bisher im Bereich theoretischer strategischer Erwägungen entwickelten Positionen der Bolschewiki zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und zu der auf dieser Grundlage angestrebten Wiederherstellung der Unabhängigkeit eines polnischen Staates hatten nunmehr ihre praktische Bewährungsprobe zu bestehen. Ungeachtet dessen, daß ein unabhängiger polnischer Staat noch nicht existierte und von »Staatenbeziehungen« im eigentlichen Sinne daher noch nicht die Rede sein konnte, standen die Bolschewiki vor der schwierigen Aufgabe, im von vielen Widersprüchen selbst der bisherigen theoretischen Positionen geprägten Spannungsfeld von nationalem Selbstbestimmungsrecht auf der einen und dem internationalistisch geprägten Ziel der proletarischen Weltrevolution auf der anderen Seite praktische Politik zu gestalten, und dies unter den konkreten Bedingungen des noch nicht beendeten Krieges, der sich international formierenden antisowjetischen Front zur Abwehr der »bolschewistischen Gefahr«, des blutigen, das Land an den Rand des völligen Ruins führenden Bürgerkrieges im Innern, um nur einige zu nennen.

Wichtige Positionen hinsichtlich der hier betrachteten Fragestellung der russisch-polnischen Beziehungen fanden in ersten Dekreten und Deklarationen der Sowjetmacht ihren Ausdruck. Das im »Dekret über den Frieden« vom 8. November 1917 proklamierte Prinzip eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen¹⁸ schloß territoriale Ansprüche der sowjetischen Regierung gegenüber dem vormals einen Bestandteil des Russischen Reiches bildenden Polen aus. Noch deutlicher wurde das Recht auch des polnischen Volkes auf »freie Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates« in der »Deklaration der Rechte der Völker Rußlands«¹⁹ vom 15. November 1917 als Grundlage der Politik Sowjetrußlands formuliert, abgesehen davon, daß die Deklaration auch die Vereinigung der Arbeiter und Bauern der Völker Rußlands zu einer einheitlichen revolutionären Kraft als wünschenswertes Ziel ansprach.

18 Siehe Dokumenty i materiały do historii stosunków polskich-radzieckich. T. 1. Warszawa 1962. S. 156–158.

19 Siehe ebenda. S. 167.

Bei der Bewertung des Verzichts der Sowjetregierung auf die ehemaligen russischen Teilungsgebiete als Bestandteil des Brester Friedensvertrages vom 3. März 1918 als endgültige Beendigung der russischen Souveränität über diese Gebiete²⁰ wäre allerdings zu berücksichtigen, daß dieser Verzicht unter dem Druck des deutschen Ultimatums erfolgte und der Brester Friedensvertrag seitens Sowjetrußlands am 12. November 1918 offiziell annulliert wurde. Das Allrussische Zentralexekutivkomitee rief in diesem Beschluß gleichzeitig die werktätigen Massen der von der deutschen Okkupation befreiten Gebiete zum Bündnis mit den Arbeitern und Bauern Rußlands auf und versprach ihnen volle Unterstützung »in ihrem Kampf für die Errichtung der sozialistischen Macht der Arbeiter und Bauern in ihren Ländern«.²¹

Wesentlich größer ist das Gewicht des Dekrets der sowjetischen Regierung vom 29. August 1918 über die Annullierung der Abkommen des russischen Zaren mit Preußen und Österreich-Ungarn über die Teilungen Polens. Mit diesem Dekret bekannte sich Sowjetrußland völkerrechtsverbindlich zum Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und »zum Recht des polnischen Volkes auf Unabhängigkeit und Vereinigung«, wie es in der Verbalnote des Bevollmächtigten Sowjetrußlands bei der Übergabe des Textes an das deutsche Außenministerium hieß.²²

Mit der nach der Kapitulation des Deutschen Reiches erfolgten Übergabe zunächst der militärischen (11. November 1918) und dann auch der zivilen Macht (14. November 1918) durch den Warschauer Regentschaftsrat an den unmittelbar zuvor aus deutscher Festungshaft entlassenen ehemaligen Kommandeur der Polnischen Legionen, Józef Piłsudski, war de facto der in allen polnischen Teilungsgebieten herbeigesehnte unabhängige polnische Staat zur Realität geworden.

Das polnisch-russische Verhältnis, auch ohne daß es formelle Deklarationen dazu gegeben hätte, war von Stund an auf die Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen entsprechend den allgemeinen Nomen des Völkerrechts gehoben. Die damit verbundenen Probleme der Gestaltung

20 Siehe Weronika Gostyńska: *Stosunki polsko-radzieckie 1918–1919*. Warszawa 1972. S. 48.

21 Zit. nach I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'sa. Sindrom vojny 1920 g.* Moskau 2005. S. 113.

22 Siehe Weronika Gostyńska: *Stosunki polsko-radzieckie 1918–1919*. Warszawa 1972. S. 48.

der zwischenstaatlichen Beziehungen waren jedoch unermesslich umfassend und schwierig.

Mit der Person Lenins als des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Sowjetrußlands auf der einen Seite und Piłsudskis als Oberkommandierender und Staatschef des neu entstandenen polnischen Staates²³ auf der anderen Seite standen sich Konzeptionen für die Gestaltung beider Staaten selbst, die Bestimmung der Rolle des jeweiligen Staates im internationalen Staatengefüge und daraus abzuleiten für die Beziehungen beider Staaten zueinander gegenüber, wie sie unterschiedlicher kaum sein konnten.

Was die Konzeption Lenins²⁴ betrifft, wurde bereits weiter oben auf den sich über einen langen Zeitraum entwickelnden Kampf insbesondere Lenins für die feste Verankerung der Forderung nach Aufnahme des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung in die Pogrammatik der revolutionären Arbeiterbewegung eingegangen. Das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen«, das als Richtschnur der internationalen Politik der Bolschewiki die ersten offiziellen Erklärungen der Sowjetregierung charakterisierte, war noch eng mit der Überzeugung verbunden, daß die sich in vielerlei Anzeichen manifestierende revolutionäre Krise auch in anderen Ländern, stimuliert durch die Ereignisse in Rußland, die auf ein teilweise starkes positives Echo in der Arbeiterbewegung entwickelter kapitalistischer Länder Europas stießen, zu einer Situation führen würde, in der die Werktätigen der anderen Länder dem Beispiel des russischen

23 Auf die innerpolnischen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der staatlichen Ordnung, die Kontroversen der sich gegenüber stehenden politischen Gruppierungen und die Geschichte der ersten Zeit der Existenz des neu entstandenen polnischen Staates kann aus verständlichen Gründen hier nicht näher eingegangen werden, zumal zu diesem Problemkreis eine Fülle von Untersuchungen vorliegt.

24 Die »Konzeption Lenins« steht hier etwas stark generalisierend für die Strategie und Taktik der Bolschewiki, wobei auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen zum Problemkreis »nationale Selbstbestimmung«, proletarische Weltrevolution und Rolle Sowjetrußlands als Ausgangspunkt des weltrevolutionären Prozesses, das Wechselverhältnis von Krieg und friedlicher Ausstrahlung als Motor der revolutionären Umgestaltung der Welt in seiner ganzen Vielschichtigkeit und situationsabhängigen Veränderung nur sehr streng auf das russisch-polnische Verhältnis bezogen eingegangen werden kann. Eine tiefergehende Untersuchung zu diesem sehr widersprüchlichen Kernproblem in seiner historischen Entwicklung und als Gegenstand der breit gefaßten bolschewistischen Revolutionstheorie würde den Rahmen der ohnehin breit gefächerten Fragestellung nach den russischen Revolutionen und den russisch-polnischen Beziehungen völlig sprengen.

Proletariats zu folgen bereit wären. Die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen würde, so die Hoffnung der Bolschewiki in Rußland, zu einer schnellen Bolschewisierung benachbarter Länder und so zu der angestrebten »Weltrepublik der Sowjets« führen.

Die um den Abschluß des Brester Friedens in der politischen Führung Sowjetrußlands geführten überaus kontroversen Auseinandersetzungen markierten den Übergang von der bloßen Theorie in die Ebene praktischer Politik mit all den risikoreichen und unabsehbaren Folgen einer solchen nun zu tagespolitischer Notwendigkeit gewordenen Entscheidung. Es ist bekannt, daß sich in heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der Bolschewiki schließlich unter der Drohung Lenins, von allen seinen Ämtern zurückzutreten,²⁵ der lange Zeit (und auch nach der schließlich unter dramatischen Bedingungen erfolgten Annahme noch) umstrittene Standpunkt äußerst knapp durchgesetzt hatte, daß die Schaffung eines ersten Staates vom Sowjettypus das weltpolitisch wichtigste Ergebnis der Oktoberrevolution gewesen sei und nicht die in diesem Zuge entstandene Möglichkeit, mit Hilfe regulärer militärischer Einheiten den »revolutionären Krieg« nach Westeuropa zu tragen. Der von Lenin proklamierte Übergang zur »sozialistischen Vaterlandsverteidigung« und die Konzentration auf die Schaffung und stete Verbesserung der Möglichkeiten, die von innen und außen militärisch bedrohte Sowjetordnung eigentlich erst zu stabilisieren und dann langfristig zu sichern, waren in der Folgezeit Grundlinie nicht nur der Militärpolitik Sowjetrußlands. Im Übrigen kann am Rande vermerkt werden, daß die außerordentlich schweren Belastungen, denen sich das neue Regime in der Zeit des Bürgerkrieges gegenüber gestellt sah, weitere theoretische Diskussionen in den Hintergrund drängten. Unberührt von dieser »Realpolitik« blieb die Überzeugung, daß auf Dauer Sowjetrußland in der Isolierung nicht existieren könne, daß die proletarische Revolution in den Nachbarländern, besonders aber in Deutschland, dem russischen Proletariat zu Hilfe kommen müsse, um der internationalen proletarischen Revolution den Sieg zu ermöglichen.

Dieser Standpunkt behielt, nach allen einschlägigen Dokumenten zu urteilen, bis zum absehbaren siegreichen Ende des Bürgerkrieges volle

25 Eine ausführliche Schilderung der dramatischen Auseinandersetzungen siehe Wladimir Iljitsch Lenin. Dokumente seines Lebens. 1870–1924. Ausgewählt und erläutert von Arnold Reisberg. Bd. 2. Leipzig 1980. S. 144ff.

Gültigkeit. Vieles spricht dafür, daß die von Lenin oft als unerlässlich bezeichnete Atempause mehr als nur ein notwendiges Übel von kurzer Dauer sein sollte. Die Überwindung der totalen Zerrüttung des Landes, die Überführung der Wirtschaft auf ein einigermaßen normales Gleis der Entwicklung, die politische Festigung der errungenen Machtpositionen hatten zumindest für den Zeitraum bis Ende 1919/Anfang 1920 absolute Priorität.

Diese Bedingungen stellten auch den Rahmen für das sowjetische Herangehen an die Gestaltung der russisch-polnischen Beziehungen dar. Ohne auf längere (oder auch kürzere) Sicht auf die Stimulierung der revolutionären Kräfte in Polen zu verzichten oder gar die Hoffnung auf ein schnelles Voranschreiten des revolutionären Prozesses in Polen aufzugeben, war die sowjetische Führung angesichts der immensen Schwierigkeiten, denen sie sich im eigenen Land gegenüber sah (Bürgerkrieg an verschiedensten Fronten), abgesehen von Meinungsunterschieden in Detailfragen, an der Herstellung und Festigung friedlicher Beziehungen zu Polen interessiert, auch um den Preis erheblicher Zugeständnisse in territorialen Fragen. Weitaus höhere Priorität besaßen zu dieser Zeit die Erfordernisse der innenpolitischen Konsolidierung und das Vorankommen der handelspolitischen Kontakte etwa zu Großbritannien. Es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, an der Aufrichtigkeit einer Vielzahl öffentlicher Erklärungen, diplomatischer Offerten und Positionsbestimmungen, die dies unterstreichen, zu zweifeln. Auch in neuerer Zeit zugänglich gewordene Quellen bestärken diesen begründeten Eindruck. So fordert z. B. Tschitscherin in einer Notiz für Lenin angesichts drohender polnischer Aggression im Zusammenhang mit einem von der sowjetischen Nachrichtenagentur veröffentlichten Interview eines ukrainischen Politikers, in dem dieser von »Hilfe für die deutschen und ungarischen Arbeiter« im militärischen Sinne sprach, dringlich, »alles zu vermeiden, was von den polnischen Aktivisten als Bestätigung ihrer Vorwürfe« mißbraucht werden könnte.²⁶ Lenin seinerseits fordert tags darauf vom Leiter der ROSTA, den für diese »Dummheit« Verantwortlichen ausfindig zu machen und zu bestrafen, worüber auch wenig später Vollzug gemeldet wurde.²⁷

26 Siehe Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 41.

27 Siehe ebenda. S. 42.

Dem stand auf der anderen Seite das Konzept Piłsudskis diametral entgegen.²⁸ Obwohl sich Piłsudski selbst nie zusammenhängend über seine theoretischen Grundpositionen geäußert hat,²⁹ lassen sich diese un schwer nicht nur auf ihre weit in die Geschichte Polens zurückreichenden Wurzeln, sondern auch auf ein relativ geschlossenes Ganzes von politischen und militärischen Vorstellungen für die Gestaltung der damaligen Gegenwart und unmittelbaren Zukunft Polens zurückführen.

Der aus Litauen stammende junge Piłsudski, früh mit den auch ihn prägenden Traditionen der Insurrektionen im geteilten Polen sympathisierend und zunächst deutlich sozialdemokratischen Vorstellungen anhängend, geriet schon bald in den offenen Konflikt mit der zaristischen Selbstherrschaft. Familientradition und eigene Erfahrungen aus sibirischer Verbannung ließen ihn, wie viele Vertreter seiner Generation, über das Schicksal seines Volkes und mögliche Wege Polens zur Überwindung der Teilung intensiv nachdenken. Er kam, wie weiter oben bereits angedeutet, zu der Schlußfolgerung, daß die nationale Existenz des polnischen Volkes am unmittelbarsten und stärksten gefährdet sei durch die Politik der russischen Teilmacht. Gewissermaßen unter Rückgriff auf die bekannte Losung der polnischen Insurrektionen im geteilten Polen »Für eure und unsere Freiheit!« vertrat er vehement die Position, daß von allen im Russischen Reich unterdrückten Völkern nur allein die Polen in der Lage wären, wirkungsvoll gegen die Selbstherrschaft zu kämpfen und sich damit an die Spitze aller vom Zaren unterdrückten Nationen zu stellen.³⁰

Mit Blick auf die Geschichte Polens seit den Teilungen und in Verallgemeinerung der in dieser Zeit in der polnischen Gesellschaft heftig geführten Diskussionen hatte sich schließlich bei Piłsudski (und seinen Gesinnungsgenossen) die feste Überzeugung herausgebildet, daß in erster Linie die geopolitische Lage Polens zwischen den starken Nachbarn

28 Siehe dazu auch Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 3(2). Leipzig. 2001. S. 79–103.

29 Ausführlich dazu siehe M. K. Dziewanowski: Joseph Piłsudski. A European Federalist. 1918–1922. Stanford [1969]. S. 350.

30 Siehe M. K. Dziewanowski: Joseph Piłsudski. A European Federalist. 1918–1922. Stanford [1969]. S. 35ff. – Titus Komarnicki: Rebirth of the Polish Republic. A Study in the diplomatic history of Europe 1914–1920. Melbourne u. a. 1957 (im weiteren Titus Komarnicki: Rebirth of the Polish Republic ...). S. 406.

Rußland und Preußen (Deutschland) zwangsläufig eine stetige Existenzbedrohung für Polen ist. Eine Änderung seiner Stellung und Stärke von Grund auf sei daher eine der unerläßlichen Existenzbedingungen für ein freies und unabhängiges Polen.

Gedankengänge, wie sie nach dem Aufstand von 1830 insbesondere von Adam Czaratoryjski in die allgemeine Diskussion eingeführt worden waren, waren fester Bestandteil dieses Ideengebäudes. Vor allem die Überlegung, daß, wenn Polen selbst nicht über genügend politische und militärische Stärke verfügen sollte, eine wirkungsvolle Abwehr potentieller Gefahren über Zusammenschlüsse von Staaten zwischen den Großmächten zu Bündnissen oder Föderationen der einen oder anderen Art gesichert werden sollte, war einer der wesentlichen Ausgangspunkte für die Vorstellungen Piłsudskis und seiner politischen Freunde und Partner hinsichtlich der Sicherung einer neuen Rolle Polens in Osteuropa. Der Rückgriff auf die Geschichte der Polnisch-Litauischen Union und der in ihr realisierten Führungsrolle Polens als einer regionalen Großmacht war in diesem Konzept unverkennbar.

Folgerichtig war dementsprechend eine radikale Beschneidung der Einflußmöglichkeiten Rußlands in der Region und die Ersetzung Rußlands als der bisherigen Führungsmacht durch Polen. Als eines seiner Ziele, erklärte er 1920, ginge es ihm darum, die Uhr der Geschichte zurückzudrehen und eine große Polnische Republik entstehen zu lassen, als die stärkste militärische und kulturelle Macht des gesamten Ostens. Rußland müsse auf die Grenzen des Reiches Peters des Großen zurückgeschnitten, alle nichtrussischen Nationalitäten aus dem unmittelbaren Einfluß Rußlands befreit, die Grenzen des Jahres 1772 definitiv wiederhergestellt und eine funktionsfähige Föderation Polens, Litauens und der Ukraine geschaffen werden, um die sich weitere kleine Staaten vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer (eingeschlossen die kaukasischen Gebiete) gruppieren sollten.³¹

Daß diese Konzeption in der polnischen Gesellschaft der ersten Nachkriegsjahre nicht unumstritten war, sei hier ausdrücklich festgestellt, ohne Details weiter zu beleuchten. Daß auch international diesen Zielen erhebliche Widerstände erwachsen, sei hinzugefügt, insbesondere seitens Großbritanniens.

31 Ausführlicher dazu siehe Adam Bromke: *Poland's Politics: Idealism vs. Realism*. Cambridge/Mass. 1967. S. 39.

Die in direkter Verantwortung Pi³sudskis unternommenen politischen und militärischen Aktivitäten zur Gestaltung der polnisch-russischen Beziehungen belegen dann auch in der Praxis, daß sie dieser knapp skizzierten weitreichenden strategischen Konzeption entsprachen. In der Gegenüberstellung mit den strategischen Sichten der Bolschewiki ergibt sich somit, daß der Einschätzung von Piotr Wandycz, ein solcher Plan könne entweder gewinnen oder verlieren, nicht aber Gegenstand eines Kompromisses sein, voll zuzustimmen ist.³²

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich von Beginn der Existenz des unabhängigen polnischen Staates an die sich zunehmend verschärfenden Konflikte mit Sowjetrußland, die schließlich in die offene militärische Konfrontation des polnisch-russischen Krieges 1919–1921 hinüberwuchsen.³³

Zu ersten Zusammenstößen kam es, als Ende 1918/Anfang 1919 entsprechend den Festlegungen der Entente die deutschen Truppen, die noch in den von ihnen okkupierten Gebieten an der ehemaligen Ostfront verblieben waren, ihren Rückzug begannen. Die von ihnen geräumten Gebiete wurden von Truppen Sowjetrußlands besetzt, da die sowjetrussische Regierung davon ausging, daß es sich um Gebiete handelte, die Bestandteile des Russischen Reiches waren und in denen die dort lebenden Völker entsprechend der »Deklaration der Rechte der Völker Rußlands« die ihnen zugesagte »Selbstbestimmung« wahrnehmen sollten. Die Bildung der Belorussischen und der Litauischen Sowjetrepublik Ende 1918, die sich im Februar 1919 schließlich vereinigten, entsprach der Linie der sowjetrussischen Regierung, einerseits die »historischen Grenzen« Polens nicht anzuerkennen, andererseits aber durch die Existenz

32 Siehe Piotr S. Wandycz: *Soviet-Polish Relations 1917–1921*. Cambridge/Mass. 1969. S. 284f.

33 Auf die militärischen Operationen im wechsellvollen Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzung kann hier nicht weiter eingegangen werden, zumal dazu eine Fülle auch neuerer Literatur vorliegt. Detaillierte Aussagen siehe I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'sa. Sindrom vojny 1920 g.* Moskau 2005. S. 149–275 (Kapitel 5 bis 7). Siehe dazu auch Irina Michutina: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921*. Moskau 1991. – *Wojna polsko-sowiecka 1920 roku. Przebieg walk i to międzynarodoe*. Warszawa 1991. – Einen kurz gefaßten, sehr instruktiven Überblick gibt »Sovetsko-pol'skaja vojna 1919–1921« (siehe <http://www.volk59.narod.ru/sovpolwar1.htm>).

selbständiger staatlicher Einheiten zwischen Rußland und Polen »unmittelbarem Einwirken des Imperialismus auf Rußland auszuweichen«.³⁴

Die unterschiedlichen Standpunkte fanden ihren Ausdruck in einem auf das Vorrücken sowjetrussischer Truppen bezogenen geharnischten Notenwechsel. Der Protest der polnischen Regierung vom 22. Dezember 1918 gegen das Vorrücken sowjetischer Einheiten nach der Proklamation der Belorussischen, Litauischen und Ukrainischen Sowjetrepubliken »an die polnische Grenze« wurde tags darauf mit dem sowjetrussischen Hinweis zurückgewiesen, daß er gegenstandslos sei, befänden sich doch zwischen dem Standort sowjetrussischer Truppen und der polnischen Grenze weite Gebiete Belorußlands, Litauens und der Ukraine. Die polnische Regierung erklärte ihrerseits daraufhin am 30. Dezember 1918 die fraglichen litauischen und belorussischen Gebiete zu »unzweifelhaft polnischen«, lehnte zugleich unmittelbare Verhandlungen mit der Regierung der RSFSR zu diesen Fragen ab und bekundete ihre Entschlossenheit, die Unantastbarkeit der Territorien, die von der polnischen Nation bewohnt werden, mit allen Mitteln zu verteidigen.³⁵

Ungeachtet des der komplizierten innenpolitischen Situation entsprechenden Bestrebens Sowjetrußlands, alles zu vermeiden, was einen Vorwand für eine kriegerische Auseinandersetzung mit Polen liefern könnte, insonderheit das Überschreiten der Grenze Polens (im Sinne der von Sowjetrußland als solche betrachteten »ethnographischen Grenze«) durch sowjetrussische Truppen, und der sich daraus ergebenden Bemühungen, auf dem Wege direkter Gespräche mit Polen Lösungen des sich zuspitzenden Konflikts zu finden, scheiterten alle derartige Versuche an der mangelnden Kompromißbereitschaft beider Seiten, soweit es den Kernbereich ihrer oben kurz skizzierten Grundpositionen betraf. Das Hinüberwachsen der »äußerst angespannten Lage« in den Krieg im Laufe des Jahres 1919, das insbesondere seinen Ausdruck durch polnische Militäraktionen in Litauen und in der Ukraine fand, konnten auch polnisch-sowjetrussische Sondierungsgespräche von Oktober bis Ende Dezember in Mikaszewicz nicht beenden. Fast parallel mit dem ergebnislosen Abbruch dieser Gesprächsrunde (14. Dezember 1919) setzte die Proklama-

34 A. A. Joffe am 22. Januar 1919 in der Sitzung des Zentralbüros der KP(B) Belorußlands. Zit. nach I. S. Jaźborovskaja/V. S. Parsadanova: *Rossija i Pol'ša. Sindrom vojny 1920 g.* Moskau 2005. S. 152.

35 Siehe *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty.* Bd. 1. Moskau 1994. S. 7.

tion des Rates der Entente vom 8. Dezember 1919 über die vorläufige Ostgrenze Polens (deren später unter der Bezeichnung »Curzon-Linie« bekannt gewordener Verlauf sich an den mehrheitlich von Polen bewohnten Gebieten orientierte und somit den seit langem als »ethnographische Grenze« Polens in der internationalen Diskussion befindlichen Begriff in gewissem Sinne völkerrechtlich fixierte) neue Akzente, ohne jedoch zunächst spürbare Veränderungen in der Haltung der Kontrahenten zu bewirken. Die polnisch-russische Konfrontation verschärfte sich weiter, nachdem auch erneute Angebote und Proklamationen der sowjetrussischen Seite Anfang des Jahres 1920 keinerlei Annäherung der Standpunkte herbeizuführen vermochten – im Gegenteil. Erneute Friedensangebote der RSFSR und Erklärungen, daß seitens der Kommunisten Rußlands nicht daran gedacht wird, den Kommunismus in anderen Ländern mit gewaltsamen Mitteln einzuführen,³⁶ wurden am 11. Februar 1919 durch Vorschläge des polnischen Außenministeriums für Friedensverhandlungen mit folgenden Zielen beantwortet:

»Anerkennung der Unabhängigkeit der nationalen Staaten, die auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches entstanden sind, durch die Regierung der RSFSR und Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten; Liquidierung aller historischen Schäden, hervorgerufen durch die Beteiligung Rußlands an den polnischen Teilungen, und Annullierung aller Folgen der Teilung seit 1772; Verzicht auf die Propagierung der sowjetischen sozialen und politischen Doktrinen außerhalb der Grenzen der RSFSR; Rückzug aller sowjetischen Armeeeinheiten vom Territorium Polens in den Grenzen von 1772; Wiedergutmachung von Schäden für polnische Bürger im Gefolge des Rückzugs der russischen Armee 1914/1915, der russischen Revolution von 1917 und der nachfolgenden militärischen Aktivitäten.«³⁷

Tschitscherin, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR, schlug daraufhin Lenin vor, diese Vorschläge als »mehr als unannehmbar« abzulehnen und sich gleichzeitig auf einen möglichen Angriff Polens vorzubereiten.

Die Befürchtungen erfüllten sich. Dem am 21. April 1919 zwischen Piłsudski und dem antisowjetischen ukrainischen Politiker Semon Petljura abgeschlossenen Vertrag über die ukrainische Anerkennung der polni-

36 Siehe Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 11.

37 Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 54.

schen Grenze nach dem Stand von 1772 und gemeinsame militärische Aktionen gegen Sowjetrußland folgte unmittelbar die militärische Aktion – in der polnischen Literatur vorzugsweise die Kiewer Auseinandersetzung genannt –, in deren Verlauf die polnischen Truppen, ohne auf wesentlichen Widerstand zu stoßen, bis nach Kiew vorrückten und die Stadt schließlich am 8. Mai 1920 einnahmen.

Erst im Juni gelang es schließlich der sowjetischen Seite, nach ersten mißglückten Versuchen einer Gegenoffensive die polnischen Einheiten in der Ukraine stärker unter Druck zu setzen und zu erfolgreichem Vorrücken auf breiter Front vorzugehen. Auf die sich in dieser Situation zeigenden Rivalitäten zwischen einzelnen sowjetischen militärischen und politischen Funktionären, die letzten Endes einen nicht geringen Einfluß auf das spätere Fiasko vor Warschau haben, sei hier nur am Rande hingewiesen.

Die militärischen Erfolge der Roten Armee bildeten den Hintergrund für die Beschlüsse der Konferenz in Spa vom 10. Juli 1920, in denen Großbritannien, Frankreich und Italien dringlich von Polen verlangen, der RSFSR Verhandlungen mit dem Ziel der sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen anzubieten, wobei als Bedingungen die beiderseitige Anerkennung einer Grenzziehung auf der Grundlage der Vorschläge des Rates der Entente vom Dezember 1919, die Rückgabe von Vilnius an Litauen und eine Grenzziehung in Galizien nach dem Verlauf der Frontlinie am Tage des Waffenstillstandes vorgeschlagen wurden. Für den Fall der Ablehnung des Angebotes durch die RSFSR solle Polen die unmittelbare Hilfe der Westmächte zuteil werden.³⁸

Tags darauf übermittelte im Auftrage der Konferenzteilnehmer der britische Außenminister Lord Curzon die später häufig unter seinem Namen zitierte Note an die sowjetische Regierung mit dem kurz skizzierten Inhalt. Sie löste innerhalb der sowjetischen Führung eine heftige Diskussion aus, die schließlich, wie Lenin etwas später, nämlich in dem (erst 1992 im vollen Wortlaut veröffentlichten) Bericht an die IX. Parteikonferenz der RKP (B) am 22. September 1920, selbst einschätzte, einen »Wendepunkt der gesamten Politik der Sowjetmacht« darstellt.³⁹

38 Ausführlich dazu siehe Titus Komarnicki: *Rebirth of the Polish Republic ...* S. 605ff.

39 Siehe V. I. Lenin: *Političeskij otčet ZK RKP(b). Stenogramma vystuplenija na IX konferencii RKP(b). 22 sentjabrja 1920 g.* In: *Istoričeskij archiv. Moskau (1922)1* (im weiteren V. I. Lenin: IX. Parteikonferenz ...). S. 15.

Erneut standen, ähnlich wie seinerzeit anlässlich der Entscheidung in Sachen Brester Frieden, die Bolschewiki vor der Frage, wie sie sich angesichts der gegebenen Situation zur Alternative »revolutionärer Krieg« oder »friedlicher Aufbau« verhalten sollten. Vieles spricht dafür, daß es bis in die erste Hälfte des Jahres 1920 hinein der politischen Spitze der Bolschewiki ernst war mit dem Bemühen, dem Land vorrangig friedliche Bedingungen für die politische und wirtschaftliche Konsolidierung zu sichern (Lenin spricht hier mehrmals vom Übergang vom blutigen Krieg zum unblutigen Krieg an der Front der Arbeit als der Hauptfrage des Sowjetaufbaus in Rußland⁴⁰). Davon zeugt auch die im Bericht an die IX. Parteikonferenz der KPR(B) gegebene Begründung für das Friedensangebot an Polen vom Anfang des Jahres 1920 zu für Sowjetrußland relativ ungünstigen Bedingungen: »Wir waren einverstanden, den Frieden abzuschließen, weil wir die friedliche wirtschaftliche Arbeit, auf die wir das Leben der Armee und das Leben Zehntausender Arbeiter und Bauern hinüberführten, um ein Vielfaches höher bewerteten, als die Möglichkeit, durch militärische Erfolge Belorußland und einen Teil der Ukraine oder Ostgalizien zu befreien.«⁴¹

Auch der amerikanische Historiker Thomas Fiddick, der 1990 eine m. E. bemerkenswert vorurteilsfreie Untersuchung der Geschehnisse des Jahres 1920 vorgelegt hat,⁴² kommt bei der Analyse des ihm verfügbaren Materials über die Kriegsziele der sowjetischen Seite zu dem Schluß, daß es sicher, wie in politischen Kreisen an der bzw. im unmittelbaren Umfeld der Macht nicht selten üblich, unterschiedliche Positionen in der Frage »revolutionärer Krieg« oder »friedliche Aufbauarbeit« gegeben hat, daß aber für ihn zweifellos Anfang 1920 die Ablehnung militärischer Aktionen mit dem Ziel des »militärischen Exports der Revolution« im Entscheidungsprozeß der sowjetischen Führung vorherrschte. Insofern äußert auch er keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit von Erklärungen des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets vom Februar 1920, in dem ausdrücklich versichert wird, daß die sowjetischen Kommunisten nicht daran denken oder auch nur in Erwägung ziehen, den

40 So z. B. im Schreiben an die Parteiorganisationen in Vorbereitung des [IX.] Parteitag vom 2. März 1920 (siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 398).

41 V. I. Lenin: IX. Parteikonferenz ... S. 14.

42 Siehe Thomas C. Fiddick: Russia's retreat from Poland. 1920. From permanent Revolution to Peaceful Coexistence. Basingstoke u. a. 1990.

Kommunismus gewaltsam in anderen Ländern einzuführen.⁴³ Ganz in diesem Sinne äußerte sich später auch Leo Trotzki über die in der Führung der Bolschewiki vorherrschenden Einschätzungen, denen zufolge die Vermeidung einer militärischen Konfrontation mit Polen bis in das Jahr 1920 hinein absolute Priorität hatte.⁴⁴

Dies alles bedeutete keinesfalls den Verzicht der Bolschewiki auf die Weltrevolution als eines der vordringlichsten Ziele ihrer Politik. Die Meinungsverschiedenheiten in dieser Zeit rankten sich nicht um die Frage, ob alles getan werden müsse, damit die Proletarier anderer Länder dem russischen Proletariat nacheifern, sondern vorrangig darum, auf welchem Wege dies erreicht werden könnte. Vorstellungen von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in zunächst einem Lande hatten zu dieser Zeit noch keinen Eingang in das theoretische Arsenal der Bolschewiki gefunden.

Einen engen Bezug zu dieser Fragestellung hatten die in den Führungskreisen vorhandenen unterschiedlichen Einschätzungen zur Stärke des revolutionären Potentials in den Ländern des Westens. Die in dieser Beziehung vorhandenen Fehleinschätzungen erscheinen manchmal geradezu abenteuerlich. Zur Besonnenheit ratende und vor möglichen Folgen warnende Stimmen von Experten verhalten völlig unberücksichtigt, wie z. B. die Warnung Tschitscherins, sich angesichts der Gesamtsituation, in der sich Sowjetrußland befand, nicht zu »übernehmen«.⁴⁵

Es war aber nicht zuletzt Lenin, der sich womöglich verständlichem Wunschdenken nicht entziehen konnte. Nach seinen Worten in vielerlei Auftritten des Jahres 1920 zu urteilen, und es gibt wenig Grund, dies nur als agitatorischen Zweck abzutun, ging er, wie auch nicht wenige seiner Mitstreiter, davon aus, daß die Revolution in den entwickelten Ländern Westeuropas weitgehend herangereift war. Seine Verweise auf eine de facto bestehende Doppelherrschaft in England, die revolutionäre Situation in Deutschland, den erfolgten Zerfall der II. Internationale u. a. m. belegen dies.

Auf der anderen Seite haben ernsthafte Stimmen in der Diskussion darauf hinzuweisen versucht, daß man sich in Sowjetrußland in dieser

43 Siehe Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 11.

44 Siehe Leo Trotzki: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Berlin 1990. S. 406f.

45 Siehe I. S. Jažborovskaja/V. S. Parsadanova: Rossija i Pol'sa. Sindrom vojny 1920 g. Moskau 2005. S. 226.

Beziehung keinerlei Illusionen machen dürfe. Karl Radek sowie vor allem Vertreter (und Kenner!) der kommunistischen Bewegung Polens, die eindringlich vor Fehleinschätzungen warnten,⁴⁶ fanden nicht genügend Gehör, um letzten Endes Entscheidungen vorzubeugen, die nicht nur Sowjetrußland selbst in eine außerordentlich komplizierte und folgenreiche Situation führten.

Nach ausführlichen Beratungen und Einholung von Stellungnahmen jener Spitzenfunktionäre, die nicht direkt an den Beratungen teilnehmen konnten (z. B. Trotzki), sowie Konsultationen mit Vertretern der polnischen Kommunisten (die im übrigen ganz unterschiedliche Standpunkte hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit oder gar Sicherheit revolutionärer Aktionen in Polen für den Fall des Einmarsches der Roten Armee in Polen vertraten⁴⁷) beschloß das ZK der Partei der RKP(B) am 17. Juli 1920 tags zuvor von Lenin vorbereitete Thesen, die faktisch die in der Curzon-Note vom 11. Juli enthaltenen Vorschläge, insbesondere die Vermittlung zwischen den kriegführenden Parteien durch die Entente, ablehnten und statt dessen unmittelbare Verhandlungen RSFSR – Polen vorschlugen. Die Parteiführung hatte zugleich beschlossen, die (militärische) Gunst der Stunde zu nutzen und Kurs auf die Sowjetisierung Polens zu nehmen. Mit den Thesen wurde beschlossen, »dem Proletariat und den werktätigen Massen Polens zu helfen, sich von den Gutsbesitzern und Kapitalisten zu befreien«. Zu diesem Zweck seien die »Kräfte zur Verstärkung und Beschleunigung des Angriffs in höchstem Maße anzuspannen«. Dem polnischen Volk wurde die Existenz in einem unabhängigen Staate in Grenzen, die günstiger sind als in der Curzon-Note vorgesehen, zugesagt. Bei der Schaffung von Räteorganen sei Hilfe zu leisten. Die RSFSR werde bei den Friedensbedingungen »den Interessen und Erfordernissen Polens um so weiter entgegenkommen, je schneller und entschlossener die werktätigen Massen eine Ordnung schaffen, die sie aus der Rolle eines Werkzeuges französischer, englischer und anderer ausländischer Kapitalisten befreit« und »Bedingungen schafft für

46 Siehe u. a. Notiz Tschitscherins für Lenin vom 14. Juli 1920. In: Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 136f. – Notiz des Polnischen Büros beim ZK der KPR(B) vom 20. April 1920. In: Ebenda. S. 63ff.

47 Eine ausführliche Darstellung dazu bei Irina Michutina: Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921. Moskau 1991. S. 173f.

wirklich brüderliche Beziehungen zwischen Arbeiter-und-Bauern-Polen, -Rußland und der -Ukraine«.⁴⁸

Damit wurde jener Punkt markiert, den Lenin, wie bereits zitiert, als Wendepunkt in der Politik der Sowjetmacht bezeichnete. Es war dies der Übergang von der langandauernden eindeutigen Verteidigung gegen alle Versuche der Entente, das neue Regime in Sowjetrußland militärisch zu beseitigen, zum Angriff. Der Beschluß des ZK über die Beantwortung der Curzon-Note bedeutete vor allem im Verhältnis zu Polen die Veränderung der bisherigen auf die Rettung und Festigung der Sowjetrepublik gerichteten Politik in Richtung der Nutzung militärischer Mittel,⁴⁹ um der »Sowjetisierung Polens« zu helfen. In seinem aufschlußreichen Bericht an die IX. Parteikonferenz schilderte Lenin die Situation wie folgt: »Wir formulierten dies nicht in einer offiziellen Resolution, festgehalten im Protokoll des ZK und damit Gesetz für die Partei bis zum nächsten Parteitag. Aber unter uns sagten wir, daß wir mit den Bajonetten sondieren müssen, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist.«⁵⁰

Über Hintergründe der Bereitschaft der Führung der RKP(B) zu dem in dieser Situation vollzogenen Wandel kann nach den vorliegenden Materialien nur gemutmaßt werden. Es scheint mir dabei festzustehen, daß nach wie vor drei Prämissen der sowjetischen Politik in der Frage »Krieg und Revolution« zugrunde lagen: erstens die Priorität der Existenz und Sicherheit Sowjetrußlands als »Heimstatt der Weltrevolution«; zweitens das Bekenntnis zur unbedingten Pflicht, notfalls mit allen Mitteln den weltrevolutionären Prozeß zu intensivieren und drittens die Überzeugung, daß Bajonette allein die Revolution nicht exportieren können. Es ging wohl vielmehr um eine gedankliche Konstruktion, derzufolge die Hilfe für die »Sowjetisierung« nicht in erster Linie in der durch die militärischen Kräfte zu errichtenden Sowjetordnung zu sehen sei, sondern in der Hilfe für das Proletariat des jeweiligen Landes bei der Brechung der Macht »seiner eigenen« Unterdrücker, für deren Sturz die eigenen Kräfte noch nicht ausreichen. So bat Lenin den führenden Vertreter polnischer Kommunisten, Józef Unszlicht, in einem Telegramm vom 15. Juli 1920 um dessen Stellungnahme zu den folgenden Positionen: »1. Wir erklären

48 Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 142f. (Dok. 74).

49 Ausführlich dazu siehe Titus Komarnicki: Rebirth of the Polish Republic ... S. 605ff.
50 V. I. Lenin: IX. Parteikonferenz ... S. 16.

feierlichst, daß wir den polnischen Arbeitern und Bauern eine Grenze östlicher als jene von Curzon und der Entente gegebenen zusichern. 2. Wir strengen alle Kräfte an, um Piłsudski zu schlagen. 3. Wir dringen nur für kürzeste Frist in das eigentliche Polen ein, um die Arbeiter zu bewaffnen und ziehen uns von dort sofort wieder zurück. 4. Halten sie einen Sowjetumsturz in Polen für wahrscheinlich – und wie bald?«⁵¹ Für eine solche Konzeption als Grundlage für die getroffene Entscheidung gibt es auch in dem bereits zitierten Bericht Lenins an die IX. Parteikonferenz, um dessen vertrauliche Behandlung er selbst gebeten hatte (»Ich bitte, weniger mitzuschreiben: dies darf nicht in die Presse gelangen«⁵²), eine Reihe weiterer wichtiger Anhaltspunkte – bis hin zu der Bemerkung, daß es in Deutschland ohne Bürgerkrieg keine Sowjetmacht geben werde.

Für die Annahme einer solchen Konzeption im Hintergrund der gefaßten Beschlüsse spricht nicht zuletzt das Eingeständnis, daß nicht in erster Linie militärische Faktoren zu der »katastrophalen Niederlage« geführt hätten, sondern daß eben die Sondierung der »Revolutionsbereitschaft« des industriellen Proletariats und der armen Bauern ergeben habe, daß diese Bereitschaft in Polen außerordentlich gering war.

Die eindringlichen Warnungen polnischer Kommunisten (Marchlewski, Próchniak u. a.), daß ungeachtet einer großen Unzufriedenheit der breiten Masse in Polen mit den bestehenden Verhältnissen die Bereitschaft zur »Vaterlandsverteidigung« auch in den proletarischen und kleinbäuerlichen Schichten Polens nicht unterschätzt werden sollte und daher alles vermieden werden müßte, was den Eindruck erwecken könne, Sowjetrußland beabsichtige, »auf Bajonetten den Kommunismus in Polen einzuführen«,⁵³ hatten sich als völlig gerechtfertigt erwiesen. Die Überschreitung der Grenzen des »ethnischen Polen« hatte in der Tat zu einer Verstärkung feindseliger Stimmungen gegen die Rote Armee und Sowjetrußland in einem Ausmaß geführt, mit dem offensichtlich von verantwortlichen Entscheidungsträgern nicht gerechnet worden war. Die angesichts der militärischen Situation im Sommer 1920 sich als Verlok-

51 Zitiert nach Irina Michutina: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921*. Moskau 1991. S. 173.

52 V. I. Lenin: IX. Parteikonferenz ... S. 15.

53 Notiz des Polnischen Büros beim ZK der KPR(B) vom 20. April 1920. In: *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty*. Bd. 1. Moskau 1994. S. 64.

kung anbietende Möglichkeit, mit der Sowjetisierung Polens auch den entscheidenden Eckpfeiler dieses Systems in Osteuropa zu Fall zu bringen, hatte (wiederum gegen die ausdrücklichen Warnungen Tschitscherins) daher sicher einen nicht geringen Einfluß auf die getroffene Entscheidung.⁵⁴

Die Ablehnung der Curzon-Note und die damit verbundene Forcierung der militärischen Operationen erfolgten im Übrigen ganz im Sinne der militärischen Führung. Insbesondere Tuchatschewski vertrat prononciert die Ansicht, daß es internationalistische Pflicht des Sowjetstaates sei, mit allen verfügbaren Mitteln die Revolution gen Westen zu tragen. In diesem Sinne wurde die begonnene Offensive weiter entfaltet bis zum Vormarsch der sowjetischen Truppen bis an den Stadtrand von Warschau. In dieser Situation politisch-militärischer Euphorie hatten polnische Angebote, in Verhandlungen über die Beendigung der Kampfhandlungen und einen Friedensvertrag einzutreten, keine Chance. Die von Sowjetrußland als Verhandlungsgrundlage der polnischen Seite zugemuteten Bedingungen (der vom Politbüro des ZK der RKP(B) gebilligte Entwurf für einen Vertrag über einen Waffenstillstand und einige vorläufige Bedingungen für den Frieden vom 30. Juli 1920 sah u .a. die radikale Reduzierung der polnischen Armee auf einen Bestand von 50.000 Mann und Übergabe der danach überschüssigen Ausrüstungen an Sowjetrußland, die Bewaffnung von zu bildenden Arbeitermilizen, die Durchführung einer Agrarreform und anderes in diesem Sinne mehr vor⁵⁵) konnten nicht ernsthaft als eine von der Gegenseite zu akzeptierende Basis für Verhandlungen gelten. Die bereits nach Minsk zu den Verhandlungen angereiste polnische Delegation reiste nach deren Kenntnisnahme ohne Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen ab.

Mit der jähen Wendung des Kriegsverlaufs durch das »Wunder an der Weichsel« oder, wie der britische Diplomat und Augenzeuge des Geschehens, Lord D'Abernon, formulierte, die »Achtzehnte Entscheidungsschlacht der Welt«,⁵⁶ zerstob die von Tuchatschewski in einem Tagesbefehl formulierte Vision von der militärisch in den Westen zu tragenden Weltrevolution, zu der sich die Bolschewiki Mitte Juli bekannt

54 Siehe dazu auch V. I. Lenin: IX. Parteikonferenz ... S. 17f.

55 Siehe dazu Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994. S. 155ff.

56 Edgar V. D'Abernon: The Eighteenth Decisive Battle of the World. Warsaw 1920 [London 1931].

hatten: »Auf den Bajonetten bringen wir der werktätigen Menschheit Glück und Frieden. Die Stunde des Angriffs hat geschlagen. Nach Warschau, Minsk, Vilna – Marsch!«⁵⁷

Nach der gigantischen, unerhörten Niederlage der Roten Armee vor Warschau (wie Lenin es bezeichnete), nach verlustreichen Rückzugskämpfen und langwierigen, komplizierten Verhandlungen, beendete die Unterzeichnung des Rigaer Friedens am 18. März 1921 eine erste Etappe der russisch-polnischen Beziehungen nach den russischen Revolutionen des Jahres 1917.⁵⁸

57 Zit. aus dem Politbefehl Nr. 1423 des Revolutionären Kriegsrates der Westfront der Roten Armee vom 2. Juli 1920. In: Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Bd. 1. Moskau 1994.

58 Zu ausführlicheren Wertungen des Friedens und seiner Folgen siehe Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 3(2). Leipzig. 2001. S. 101 ff.

Dokumentationen

KARL RADEK

Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands

[3]

I.

Grundsätze des Sozialismus stellen nichts anderes dar, als die Grundlinien der Tätigkeit des aufgeklärten Teiles des Proletariats, wie sie sich aus seiner Kenntnis der Entwicklungsrichtung der Gesellschaft ergeben. Konkret gesprochen bestand also das sozialistische Programm aus dem Wissen der Vorderreihen des Proletariats über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, über die Richtung ihrer Entwicklung und aus Forderungen, die das Proletariat im Kampfe an die kapitalistische Gesellschaft stellt. Diese Forderungen wieder bewegten sich in der Richtung der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, sie stellten das dar, was die Arbeiter von dem Kapitalismus zu erringen suchten, um sich zum Kampfe gegen den Kapitalismus, zu seiner Ueberwindung zu rüsten. Da die sozialistischen Programme sehr oft nicht unter streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt, da die Auffassungen über die Taktik des Proletariats nicht überall genügend geklärt waren, so enthielten die sozialistischen Programme noch andere Dinge, so z. B. Forderungen, die aus dem Kommunistischen Manifest übernommen und die im Kommunistischen Manifest auf die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus berechnet waren und in einem Gegenwartsprogramm einer proletarischen Partei einen Fremdkörper bilden mußten. Oder man fand in dem sozialistischen Programm Forderungen, die in der kapitalistischen Gesellschaft unerfüllbar waren, in der sozialistischen unnötig, von sogenanntem demonstrativen Charakter waren. Sie sollten eben durch ihre Unerfüllbarkeit die kapitalistische Klasse und ihre lügenhafte Demokratie vor den Arbeitermassen demaskieren.

1 Die Veröffentlichung erfolgt nach der Drucklegung durch den Internationalen Verlag (Zürich 1920. S. 3–32). Orthographie und Grammatik des Originals sind beibehalten worden. In eckige Klammern gesetzte Zahlen geben die Seitenfolge im Original an.

In seinem Grund und Wesen, von diesen Fremdkörpern abgesehen, war das sozialistische Programm die Vereinigung der Analyse der kapitalistischen Entwicklung mit den Forderungen, die, verwirklicht, das Proletariat am leichtesten zum Siege führen würden. Am leichtesten nicht in dem Sinne, daß ihm der Sieg ohne Kampf zufallen, sondern [4] in dem Sinne, daß die Arbeiterklasse vom Kapitalismus selbst die Waffen zu ihrer Befreiung bekommen würde. Die wichtigsten sozialistischen Programme sind in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Jahrhunderts geschrieben worden, so das Erfurter Programm im Jahre 1891, das Programm der österreichischen Sozialdemokratie im Jahre 1901, das Programm der russischen Sozialdemokratie im Jahre 1903. Die letzten beiden Programme berücksichtigen schon die Resultate der sogenannten Bernstein-Debatte, d. h. alle die Erfahrungen der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, die bei einem Teil der Marxisten Zweifel an der Richtigkeit der marxistischen Analyse geweckt haben. Während diese Zweifel bei Bernstein und seinen Anhängern durch die Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges erzeugt waren, wurden sie nicht nur durch die Kritik der sogenannten orthodoxen Marxisten, sondern sehr bald auch durch die wirtschaftlichen Krisen entkräftet und das marxistische Programm, das sich die Russische Sozialdemokratie auf dem Brüssel-Londoner Parteitag 1903 gegeben hat, war ein streng durchdachtes marxistisches Programm in seiner schärfsten Ausprägung. Aber schon zehn Jahre später empfand der linke Flügel der russischen Sozialdemokraten, die Bolschewiki, daß dieses Programm ungenügend sei. Die zehn Jahre nach seinem Erscheinen waren von großen Weltkonflikten erfüllt, in denen die Auffassung dieses Programms von der Verschärfung der Klassengegensätze eine grelle Beleuchtung und Bestätigung fand. Die »friedliche« Entwicklung des Kapitalismus, die nach Bernstein allmählich die kapitalistische Welt in die sozialistische Gesellschaft umwandeln sollte, erzeugte den Imperialismus, und das letzte Jahrzehnt vor dem Weltkrieg war von Konflikten erfüllt, die das Kommen des großen Weltkrieges anzeigten. Im Lichte dieser Konflikte traten die Aenderungen der kapitalistischen Gesellschaft, ihre neue Gruppierung, ihre neue wirtschaftliche und politische Machtorganisation viel schärfer zutage, als man sie früher sehen konnte. Gleichzeitig mit den Aenderungen in der Struktur des Kapitalismus bahnten sich tiefgehende Aenderungen in der Arbeiterbewegung an. Da die Kapitalistenklasse sich immer mehr in großen Trusts und Kartellen organisierte, sich immer mehr alle Machtmittel des Staates direkt untertänig

machte, da sie der Arbeiterklasse den friedlichen demokratischen Weg versperrte, begann sich in dieser immer stärker das Empfinden zu regen, daß sie mit den [5] bisherigen Kampfmethoden nicht auskommen könne, daß sie ihre ganze Kraft als Produktionsfaktor einsetzen müsse, um sich den Weg vorwärts zu bahnen.

Während äußerlich in den Parteien, in der Gewerkschaftsbewegung der Opportunismus sich immer mehr ausbreitete, fühlte man in den letzten Jahren vor dem Kriege sowohl in den Massen wie in den kritischen Teilen der Internationale das Bedürfnis nach einer Neuorientierung, und die Debatten über die Formen der Massenbewegung, wie sie seit dem Jahre 1905, seit der russischen Revolution, immer weiter um sich griffen, waren nicht nur taktischer, sondern auch prinzipieller Natur. Schon vor dem Kriege empfand man in linksradikalen deutschen Kreisen das lebhafteste Bedürfnis nach der Ausarbeitung eines neuen Programms, das die Resultate der zwanzigjährigen Entwicklung seit der Abfassung des Erfurter Programms berücksichtigen würde. Der Krieg kam. Mit ihm brach die Sozialdemokratie zusammen. Jedem war es – mit Ausnahme von ein paar Invaliden um Kautsky herum – klar, daß die Welt aus dem Kriege anders hervorgehen würde, als sie in ihn eingetreten war. In der Zeit, wo die Arbeiterklasse sich vollkommen den Mächten des Weltkrieges untergeordnet hatte, in der Zeit, wo sich erst die schüchternen Regungen der pazifistischen Opposition in der Arbeiterklasse zeigten, sprach man schon in den Kreisen der russischen Bolschewiki und der deutschen Linksradikalen von der Notwendigkeit eines neuen Programms, d. h. von der Notwendigkeit der scharfen Erkenntnis der Grundlinien der kapitalistischen Entwicklung in der Periode der sozialen Revolution. N. Lenin, der Führer der Bolschewiki, hatte damals mehrmals dem Verfasser dieser Worte den Gedanken nahegelegt, an eine solche Arbeit zu gehen; aber die mehrmalige gemeinsame Arbeit an den verschiedenen taktischen und prinzipiellen Resolutionen, die von der Zimmerwalder Linken in Zimmerwald und Kiental vorgelegt wurden, zeigten die Unlösbarkeit dieser Aufgabe in der damaligen Zeitperiode.

Wenn es klar war, daß der Weltkrieg die Periode der Weltrevolution eröffnet hatte, so konnte man nicht wissen, inwieweit der Kapitalismus aus dem Kriege zersetzt, zermürbt herausgehen würde, man konnte nicht wissen, ob der Kapitalismus nicht einen neuen Anlauf als Staatskapitalismus nehmen und ob nicht erst auf dieser Basis der revolutionäre Kampf des Proletariats beginnen würde. Wenn es leicht war, die Grundlinien der Taktik [6] des Proletariats im Kriege festzulegen, wie dies in den Resolu-

tionen der bolschewistischen Berner Konferenz im Jahre 1915, der Zimmerwalder Linken, den Zusätzen der Gruppe Internationale geschah, so war es schwierig, eine programmatisch-taktische Plattform für die ganze Epoche festzustellen.

Nach dem Siege der russischen Märzrevolution hat Lenin sofort nach seiner Rückkehr nach Rußland in einer Rede, die die Umwandlung der bolschewistischen Partei in die kommunistische ankündigte, auf die Notwendigkeit eines neuen Programms hingewiesen, und er nannte und beantwortete schon die Hauptfrage der Epoche: die Frage von der Form der proletarischen Diktatur. Das alte russische Parteiprogramm vom Jahre 1903 gab folgende Definition der Diktatur: »Die Diktatur ist die Eroberung einer solchen politischen Gewalt durch das Proletariat, die erlauben wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu brechen.« Lenin gab der algebraischen Formel im April 1917 den konkreten Inhalt. Der Staat vom Typ der Kommune, der Staat, in dem die Organe der Arbeiterklasse in ihren Händen gleichzeitig die gesetzgeberische und ausführende Macht vereinigen, das ist die Form der Diktatur, – erklärte im April 1917 Lenin. In den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten sah er diese Organe. Da die Arbeitermasse leichter unter dem Drucke der Verhältnisse die richtige Politik fand, als daß sie den Sinn ihres Tuns verstand, so war das Bewußtsein der Bedeutung dieses Schrittes Lenins über das alte sozialdemokratische Programm hinaus weder der Partei noch ihren Gegnern klar. Es bedurfte der acht Monate des Kampfes um die Diktatur, es bedurfte vieler Monate des Kampfes um die Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur, bis sich in den Massen der russischen Arbeiterklasse und in der bolschewistischen Partei die Erkenntnis der Bedeutung der vollzogenen praktischen Entwicklung voll durchsetzte.

Das auf dem achten Parteitag der russischen Kommunistischen Partei im März 1919 angenommene, hier vorliegende Programm, ist der Ausdruck dieser Erkenntnis von dem Wesen der in Rußland vollzogenen Umwandlung.

II.

Das russische kommunistische Programm geht von der Voraussetzung aus, daß die russische Revolution den Anfang der proletarischen Weltrevolution bilde, die den Kapitalismus liquidieren [7] wird. Es charakterisiert die sich jetzt ihrem Ende zuneigende Epoche des Kapitalismus, es

charakterisiert kurz die Epoche des Imperialismus und den Zusammenbruch des Kapitalismus, der mit dem Weltkriege begann. Daraufhin charakterisiert es die Aufgaben des Proletariats und die Stellungnahme verschiedener seiner Teile zu ihnen. Ueber diesen Teil des Programms gab es auf dem Parteitag zwischen den beiden Referenten der Programmkommission, den Genossen Lenin und Bucharin, eine Auseinandersetzung, nicht so sehr des Inhalts, wie der Form wegen. Dieser Teil des Programms ist am meisten aphoristisch gefaßt. Die Analyse der imperialistischen Phase des Kapitalismus wie die Momente seiner Zersetzung sind nur in Schlagworten angezeigt, im Gegensatz zu der Analyse der vorkapitalistischen Phase der Entwicklung, die in den Worten des alten Programms der russischen Sozialdemokratie breit und rund charakterisiert wird. Aber abgesehen von dieser formellen Seite der Frage, die sich dadurch erklärt, daß die theoretischen Führer des russischen Proletariats so mit Arbeit überhäuft sind, daß sie auf eine ruhige Ausarbeitung und Abrundung ihres theoretischen Standpunktes verzichten müssen, wurde die Frage aufgeworfen, ob es jetzt, in der Epoche des reifen Kapitalismus, überhaupt notwendig ist, das Wesen des Kapitalismus in seiner vorimperialistischen Phase zu charakterisieren. Lenin war im Recht, wenn er diese Frage bejahte. Nicht nur steht der Kapitalismus in den Ländern, in denen er am höchsten entwickelt ist, in vielen Industriezweigen noch auf der vorimperialistischen Stufe, nicht nur hat der Kapitalismus in vielen Ländern noch eine Zukunft, die Epoche der Zersetzung des hochentwickelten Kapitalismus wird gleichzeitig vorübergehend eine Wiedererwachung seiner primitiveren Formen sehen. Der Sozialismus entsteht nicht mit einem Schlage. Während die Organisation des Kapitalismus in seiner modernsten Form der Zersetzung unterliegt, während die neue sozialistische Organisation der Produktion sich erst langsam kristallisieren wird – in der Periode des Bürgerkrieges geschieht das nur in kleinem Maße, da der Bürgerkrieg erst der Kampf um die Vorbedingungen der sozialistischen Organisation ist – in dieser Zeit geht das Leben mit seinen Bedürfnissen weiter, und da sie weder in hochkapitalistischer noch in sozialistischer Weise befriedigt werden, so entstehen vorübergehend vorkapitalistische Formen der Befriedigung dieser Bedürfnisse. So [8] wie während eines Streiks der Straßenbahner alle alten Kabriolets und Fuhrwerke auf den Straßen erscheinen, so haben z. B. in Lodz die Textilfabrikanten, die keine Kohlen zur Bedienung der Textilmaschinen bekommen, die alten vorsintflutlichen Handmaschinen, die in irgendeinem Winkel moderten, hervorgezogen und in Betrieb ge-

setzt. In Rußland sucht sich die Bevölkerung in ihrem Warenhunger durch handwerksmäßige Produktion zu helfen. Es ist natürlich lächerlich, wenn daraus geschlossen würde, die soziale Revolution führe zur Aera der Zünfte zurück. Aber als vorübergehende Tatsache muß man solche Rückbildungen in Betracht ziehen und das russische kommunistische Programm hat in seinem prinzipiellen Teil den Zweck, der russischen Arbeiterklasse alle die Tatsachenreihen vor Augen zu führen, mit denen sie in ihrem Kampf zu rechnen haben wird.

Die jetzige Epoche der historischen Entwicklung charakterisiert das Programm als die Epoche des Bürgerkrieges in dem Rahmen einzelner Staaten und die Epoche der revolutionären Kriege der sich verteidigenden proletarischen Staaten, wie der unterdrückten Völker gegen die imperialistischen Staaten. Der Kommunismus allein kann die Menschheit aus der Sackgasse herausführen, in der sie sich befindet. Die kommunistische Revolution ist keine Voraussage mehr, keine Perspektive. Sie ist in Rußland schon Tatsache, dort hat die Arbeiterklasse die Macht erobert. Das kommunistische Programm kann daher in Rußland nicht mehr Forderungen darstellen, die das Proletariat der Bourgeoisie vorlegt. *Das Programm der kommunistischen Partei in Rußland bildet die Darstellung der Umwälzungen, die das Proletariat schon vollzogen hat und der, die es vollziehen muß, um seine Revolution zum Siege zu führen.* Wenn wir vom ersten Teile des Programms sagten, daß er sehr aphoristisch gehalten ist, so kann vom zweiten Teile gesagt werden, daß er mit voller Klarheit und Exaktheit seine Aufgaben erfüllt. Er ist ebenso nüchtern in der Darstellung dessen, was erreicht worden ist, wie überlegen, kühl und bedacht in dem, was er als Zukunftsforderungen aufstellt. Von diesem Teil des Programms wurde auf dem Parteitag gesagt, er bilde eine Instruktion für all die Kommunisten, die auf hundert Gebieten des neuen Lebens des kommunistischen Rußlands an verantwortlicher Stelle stehen. Er stellt sozusagen die Instruktion für die Soldaten, Politiker, [9] Organisatoren der russischen Revolution dar. Das Gefühl der Verantwortung, das hinter jedem Worte dieses Programms steht, gibt ihm eine besondere Bedeutung auch für die nichtrussischen Kommunisten, indem es ihnen in vollkommen ungeschminkter Weise die Wahrheit über Sowjetrußland sagt. Es ist unmöglich, alle Probleme hier auch nur zu nennen, die das Programm aufwirft. Wir wollen nur auf ein paar die Aufmerksamkeit der westeuropäischen und amerikanischen Genossen richten.

*

*

*

In seinem politischen Teil gibt das Programm die Charakteristik der Räterepublik. In letzter Zeit wurde sehr viel darüber geschrieben und diskutiert, besonders in der sozialdemokratischen Presse, daß die Räteform in Rußland sich jetzt nur auf dem Papier befindet, in Wirklichkeit seien die Räte nur eine Kulisse der *herrschenden revolutionären Bürokratie*. Mit voller Wahrhaftigkeit äußert sich zu dieser Frage das Programm der Kommunistischen Partei. Es stellt fest, daß zum richtigen Funktionieren der Räteregierung, die wie keine andere den Volksmassen die Möglichkeit der direkten Teilnahme an der Leitung der Staatsangelegenheiten gibt, die ununterbrochene Hebung des Kulturgrades, der Organisation und der Selbständigkeit der Massen notwendig sei. Im achten Punkt des politischen Teils des Programms lesen wir: »Nur dank der Räteorganisation des Staates konnte die Revolution sofort den alten bürgerlichen Beamtenstaatsapparat zerschlagen und bis zu den Fundamenten zerstören. *Aber das nicht genügend hohe Kulturniveau der breiten Volksmassen, das Fehlen der notwendigen Gewohnheiten in der Verwaltung bei den Arbeitern, die von der Masse auf verantwortliche Posten gestellt werden, die Unumgänglichkeit der schnellen Heranziehung von Spezialisten der alten Schule unter schweren Bedingungen, der Abgang der am meisten entwickelten Proletarier zur Kriegsarbeit, alles das hat zur teilweisen Wiederbelebung des Bürokratismus in der Sowjetrepublik geführt.*« Nachdem das Programm dies festgestellt hat, nennt es aber die Mittel, die die *Ueberwindung* der bürokratischen Gefahr erleichtern können.

[10] »Die Kommunistische Partei Rußlands führt den entschiedenen Kampf gegen den Bürokratismus und vertritt zur völligen Ueberwindung dieses Uebels folgende Maßnahmen:

a) Obligatorische Heranziehung eines jeden Rätemitgliedes zur Leistung einer bestimmten Arbeit in der Staatsverwaltung.

b) Konsequente Abwechslung in diesen Arbeiten, damit sie sich nach und nach auf sämtliche Verwaltungszweige erstrecken.

c) Allmähliche Heranziehung der ganzen werktätigen Bevölkerung ohne Ausnahme zur Arbeit in der Staatsverwaltung.«

Auch diese Forderungen der Kommunistischen Partei Rußlands sind keine ausgedachten Heilrezepte, sondern sie spiegeln nur das wieder, was geschieht. Hunderttausend Mitglieder der Arbeiterräte Rußlands führen die Verwaltungsarbeit und sind genötigt, sehr oft das Feld ihrer Tä-

tigkeit zu ändern. Keine einzige Gefahr wurde überwunden, ohne daß die breiten Massen des Volkes zur Staatsarbeit herangezogen wurden. Das geschieht tagtäglich und in keinem Staate führt die Regierungspresse eine so kritische Sprache über die eigene Verwaltung, wie es die kommunistische Presse Rußlands tut. Eben aus dem einzigen Grunde, weil die Kommunistische Partei Rußlands die Tatsachen klar zu sehen versucht, um die Gefahren bekämpfen zu können. Lenin war im Recht, als er auf dem Kongreß über diesen Punkt sagte: »Die Räteregierung könne nur verwirklicht werden in einer langen Periode des Kampfes, während der das Proletariat die Sklavereitendenzen überwindet, die in ihm durch die lange Zeit der Herrschaft der Kapitalisten und der Bürokratie gezüchtet werden.« Und wenn sogar manche Kommunisten in Westeuropa erklären, daß die besonderen russischen Verhältnisse, die Rückständigkeit der Volksentwicklung und ein glänzender Stab von Führern des Kommunismus bewirkt haben, daß »die Herrschaft der Massen hier vielfach die Form einer Regierung der Kommunistischen Partei annehme, während in Deutschland, angesichts der Summe von Bildung, Fähigkeit und Organisationskraft in den Arbeitermassen die neue Aufgabe zu einem Werke der Massen wird«, (siehe die Artikel des holländischen »Kommunisten« Horner im Bremer Kommunisten vom 13. Dezember 1919), so ist an dieser Auslassung nur eines richtig, daß das Kulturniveau, die Organisationsfähigkeit der Massen, in Westeuropa höher ist als in Rußland. Es ist übersehen, daß auch in Rußland der neue Aufbau das Werk der [11] Massen ist, daß *sie* nicht nur das alte Gebäude zerstört haben, sondern auch die Fundamente legen und das neue Leben verteidigen. Die Kommunistische Partei ist Führerin in diesem Kampfe und führen kann man nur, wenn man die Massen hinter sich hat. Die Auffassung ist auch unwahr und unrichtig, daß in Westeuropa die Masse selbst ohne weiteres das Werk vollenden werde. Auch in Westeuropa ist das Proletariat noch wenig selbständig. Denn der Kapitalismus hat zwar die Volksmassen genötigt, sich zu rühren, zu denken, aber er hat gleichzeitig ihnen den Gehorsam aufgenötigt, sie zurückgehalten von der selbständigen Durchführung ihrer Gedanken und auch in Westeuropa ist es nur eine kleine Schicht von Arbeitern, deren Gedanken bis zur selbständigen Tat reichen. Und diese Schicht wird ebenso wie in Rußland die große Masse der Arbeiter führen müssen.

*

*

*

Wie die Frage der Bürokratisierung, so stellt das Programm auch mit voller Klarheit und Offenheit die Frage von der *Bedeutung der Diktatur und des Terrorismus in der Epoche der sozialen Revolution*. Der zweite Paragraph des politischen Programms spricht sich darüber mit vorbildlicher Klarheit aus. Wenn ein Kautsky in seiner Broschüre über die Demokratie und Diktatur erklärt, er sei nicht gegen die Diktatur als Zustand, sondern gegen sie als Verfassung, so ist das entweder Heuchelei oder Stupidität oder beides zugleich. Es ist klar, daß es sich bei den Diktaturmaßregeln der Räteverfassung nicht um *Zufälligkeiten* des Kampfes handelt, nicht um *Notwendigkeiten* eines Tages. Es handelt sich um einen Zustand, der so lange dauern wird, wie der Widerstand des Bürgertums dauert. Da es sich also um politische Notwendigkeiten einer längeren Zeitspanne handelt, in der das Proletariat den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen haben wird, so wäre es eine rein bürgerliche Heuchelei, diesen Zustand nicht in der Verfassung zu dokumentieren. Wenn während der Französischen Revolution die Männer des Berges die Girondisten aus dem Konvent ausschlossen, und nachdem sie auf diese Weise die konterrevolutionären Schichten der politischen Rechte beraubten, die Verfassung, die die politische Rechtsgleichheit aller Staatsbürger proklamierte, behielten, so waren die Jakobiner kleinbürgerliche Demokraten. Sie standen [12] voller Illusionen den eigenen Taten gegenüber. Die Arbeiterklasse, der der Marxismus die Geheimnisse des gesellschaftlichen Lebens aufgedeckt hat, hat diese Illusion nicht. Sie weiß, was sie tut, und sie will wissen, was sie tut. Darum erklärt das russische kommunistische Programm mit voller Offenheit, »die Rätewacht erkennt offen an, daß jeder Staat unvermeidlich einen Klassencharakter tragen muß, solange die Einteilung der Gesellschaft in Klassen und somit auch jede Staatsmacht nicht völlig verschwunden ist.« Es erklärt offen: »Seinem eigentlichen Wesen nach ist es das Bestreben des Rätestaats, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken, da die Räteverfassung davon ausgeht, daß jede Freiheit Betrug ist, sobald sie der Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitals widerspricht, so macht sie auch davor nicht Halt, den Ausbeutern die politischen Rechte zu nehmen.« Aber gleichzeitig stellt das Programm fest, daß dieser Zustand der politischen Rechtlosigkeit nur so lange andauern soll, wie er absolut unumgänglich ist, um den Sieg der Arbeiterklasse zu garantieren. »*In dem Maße, wie*

die objektive Möglichkeit der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen verschwindet, verschwindet auch die Notwendigkeit dieser zeitweiligen Maßnahmen und die Partei wird deren Einschränkung und völlige Aufhebung anstreben.« Die Frage der Diktaturmaßregel ist damit mit vollkommener Offenheit beantwortet. Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands sagt hier den besitzenden Klassen Rußlands und ihren Helfershelfern in Europa: Wer den Kampf der Ausbeuter gegen die arbeitenden Massen weiterführt oder unterstützt, der trägt die Verantwortung dafür, daß das Proletariat denen, die es versklaven wollen, die politischen Rechte nimmt, vermittels welcher die Versklavungsarbeit vollführt werden soll. Legt die Waffen gegen die Arbeiterklasse nieder und ihr seid gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft mit allen Rechten und mit allen Pflichten! Die Stelle des Programms, in der gesagt wird, daß die notwendigen diktatorischen Maßregeln eingeengt werden entsprechend der sich mindernden Gefahr, zeigt auch den Weg der Abtragung der Diktatur. *Je breiter die Basis der Diktatur wird, desto weniger scharf ihre Maßregeln.* Auf diese Weise faßt das Programm die Möglichkeit in die Augen, den Schichten des Kleinbürgertums, die sich von der Unmöglichkeit der Besiegung des Proletariats überzeugen, die [13] auf die Seite dieses Proletariats übergehen, auch die politischen Rechte zu verleihen. Was in der westeuropäischen Presse bei jeder Nachricht von dem Versuche der Sowjetregierung, Abkommen mit den Bauern und kleinbürgerlichen Parteien, wie den Menschewiki und Sozialrevolutionären, zu treffen, als Konzessionen, als Kompromiß, als Verzicht auf die bisherige Politik genannt wird, das ist eine programmatisch festgelegte Politik der russischen Kommunistischen Partei, die in der Diktatur keinen dauernden Zustand, sondern eine vorübergehende Notwendigkeit sieht, eine Notwendigkeit, auf die sie gern in dem Maße verzichtet wird, in dem ein Teil des Bürgertums nach dem anderen die Waffen vor dem Proletariat streckt, den Kampf gegen die Arbeiterklasse aufgibt. Wie einheitlich die Partei in dieser Frage dasteht, beweist am besten die Tatsache, daß dieser Punkt des Programms gar keinen Widerspruch auf dem Parteitag fand. Es gibt in der Kommunistischen Partei Rußlands entgegen allen Fabeln der bürgerlichen Presse keine Strömung, die den Terrorismus erstreben will. Der Standpunkt des Programms ist derjenige der gesamten Kommunistischen Partei. Die Räteregierung ist nicht nur dadurch die demokratischste Regierung der Welt, daß sie schon heute den breiten Massen des Volkes die wirkliche Teilnahme an den Staatsgeschäften ermöglicht, wie es keine andere Regierung der Welt tut, sondern

auch dadurch, daß ihr Sieg die dauernde Ausbreitung der Demokratie auf immer weitere Schichten bedeutet. Siegt in Rußland die Bourgeoisie, so wird sie genötigt sein, die Volksmassen Rußlands in Ketten zu schlagen, weil sie von ihrer Ausbeutung lebt. Der Sieg Sowjetrußlands dagegen bedeutet, daß die diktatorischen Maßnahmen aufgehoben werden, bedeutet, daß das ganze Volk zur Teilnahme an der Regierung herangezogen wird.

*

*

*

Die heißesten Debatten auf dem Kongreß erweckte der Punkt über die *nationale Frage*. In der ausländischen Presse wurde die Frage so dargestellt, als ob sich die Debatten um den bolschewistischen Imperialismus gedreht hätten. Lenin sei gegen die Expansion des Bolschewismus mit den Waffen in der Hand gewesen, während Bucharin und Pjatakoff die Vertreter des bolschewistischen Imperialismus, für den Versuch der Aufdrängung des Kommunismus bei anderen Völkern vermittels der Waffen seien. Das ist natürlich [14] eine vollkommene Verkennung des Charakters der Debatte über diesen Punkt. Die gesamte Kommunistische Partei Rußlands steht auf dem Boden der Auffassung, daß das Proletariat endgültig nur international siegen kann; aus diesem Grunde sieht sie die Hauptbedingung des Sieges in der Annäherung der Proletarier aller Länder zum gemeinsamen Kampfe. Die gesamte Kommunistische Partei Rußlands ist einig in der Ueberzeugung, *daß der Kommunismus keinem Volke mit den Waffen in der Hand aufgedrängt werden kann*, fordert er doch die freiwillige bewußte Mitarbeit der Volksmassen an dem Bau der Gesellschaft. Der Streit dreht sich nicht um die Tat, nicht um die Politik, er dreht sich um die theoretische Formel. Ein Teil der Kommunistischen Partei Rußlands lehnt die Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ab, weil er behauptet, es gäbe keinen allgemeinen Volkswillen in einer kapitalistischen Gesellschaft. Wie man sich auch zu dieser Formel stellen mag, *theoretisch unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Sowjetregierung keinesfalls daran denkt, die Räteform anderen Völkern aufzudrängen*. Die Frage ist natürlich ohne Bedeutung für die Großstaaten des Westens. Die Scheidemänner und Noske glaubten selbst nicht daran, als sie schrien, Sowjetrußland wolle mit Waffengewalt die Kommunisten in Deutschland zur Herrschaft bringen. Würde Sowjetrußland mit den Waf-

fen in der Hand die deutschen Kommunisten, so lange sie Minderheit in der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands sind, zur Herrschaft bringen, so könnten diese sich auch nicht allein halten. Sie würden als Fremdherrschaft von den breiten Massen des Volkes empfunden werden und *Ossinski* hatte Recht, als er in der Diskussion über diesen Punkt des Programms sagte: »Wenn die arbeitenden Massen eines Staates ihren Willen im nationalen Maßstabe realisieren können, wenn sie ein reales Uebergewicht von Kräften haben, erst dann können wir ihnen helfen; ist die Lage anders, so könnte unsere Hilfe nur dazu führen, daß wir ihre und unsere Lage verschlimmern. Würden wir versuchen, den Spartakisten in Deutschland durch Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu helfen, dann würden wir nur die Lage der deutschen Kommunisten verschlechtern. Wenn sie selbst den Willen des deutschen Staates bestimmen oder wenigstens [15] an der Schwelle dessen stehen werden, nur dann können wir ihnen helfen und auch das nur im Falle ihrer Zustimmung.« Diese Frage hat eine viel größere Bedeutung den kleinen russischen Bundesstaaten gegenüber. Der Verzicht auf militärische Intervention den großen Staaten gegenüber ergibt sich nicht nur aus taktischen und prinzipiellen Erwägungen, sondern einfach aus dem Kräfteverhältnis. Sowjetrußland ist nicht so stark, um zur Offensive gegen die Weststaaten übergehen zu können. Dieses Argument fällt den Randstaaten gegenüber fort. Ihre militärischen Kräfte sind gering, und wenn Sowjetrußland die russische Konterrevolution besiegt hat, so wäre es ohne weiteres militärisch imstande, die Randstaaten zu besetzen. Das fürchtet nicht nur die Bourgeoisie der Randstaaten, sondern auch das Kleinbürgertum, das auf die Volksmassen dieser kleinen Völker einen großen Einfluß ausübt. Sowjetrußland heuchelt nicht, wenn es die Unabhängigkeit dieser kleinen Gebilde anerkennt. Es hat keine Ursache, ihre Eroberung zu erstreben. Es hat alle Ursache, durch ein freundschaftliches Nachbarverhältnis die Entwicklung dieser Staaten zur Räteherrschaft zu fördern. Die Annexion dieser Gebiete würde sogar bei dem Uebergewicht der militärischen Kräfte Rußlands einen dauernden nationalen Kampf mit dem Kleinbürgertum der Randstaaten aufdrängen, einen Kampf, der eine Wunde am Leibe Sowjetrußlands darstellen würde und der ihm nicht erlauben würde, endlich zur wirtschaftlichen Organisationsarbeit zu kommen. Verzichtet Sowjetrußland auf jeden Versuch der gewaltsamen Angliederung dieser Staaten, so wird es erstens in der Lage sein, zu einem wirtschaftlichen Abkommen mit ihnen zu gelangen, das ihm den Warenaustausch, die Benutzung ihrer Häfen erlaubt, zweitens wird die friedliche Politik

Sowjetrußlands diesen Staaten gegenüber der Bourgeoisie den Vorwand zu Rüstungen nehmen, sie wird die Proletarierrmassen von dem nationalistischen Einfluß befreien und den Augenblick des Sieges des Rätegedankens in diesen Staaten nur beschleunigen. Es ist keine Phrase und keine Sentimentalitätspolitik, wenn Sowjetrußland sich programmatisch auf den Boden der Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Staaten stellt. Nichts kann sie schneller freiwillig zu einem Bund mit den russischen Proletariern führen, als diese Politik. Diese Rücksicht auf die Ueberreste der nationalistischen [16] Ideologie, auf das Gefühlsleben der kleinen Völker ist kein Opportunismus und steht nicht im Gegensatz zu der ausgesprochenen Internationalität der russischen Proletarier und der russischen Kommunistischen Partei. Es ist nur eine Politik, die mit der Tatsache rechnet, daß die Volksmassen in den Randstaaten den Nationalismus desto schneller abstreifen werden, je weniger sie von der nationalen Unterdrückung bedroht sind. Aus diesem Grunde steht die Kommunistische Partei Rußlands, eine ausgesprochen zentralistische Partei, auf dem Boden der Förderation der Sowjetstaaten. Sie unterstreicht damit, daß die straffe Zentralisierung nur ein Resultat der freiwilligen Anerkennung der Notwendigkeit der Zentralisation durch die Volksmassen der Rätestaaten sein kann. Theoretisch ist ausschlaggebend in dem Punkte über die Nationalfrage die Stelle, in der gesagt wird: »In der Frage, wer als Träger des Volkswillens im Falle einer Loslösung zu betrachten sei, nimmt die Kommunistische Partei Rußlands den historischen Klassenstandpunkt ein und berücksichtigt dabei, *auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht*: Auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Räte- oder proletarischen Demokratie.« Diese Formel ist der Wegweiser auch für die praktische Politik Sowjetrußlands anderen Völkern gegenüber. Der Wille der Nation, den Sowjetrußland in seiner Politik respektieren will, ist der Wille, der in der gegebenen historischen Phase der anderen Nation den Stempel aufdrückt. Es handelt sich nicht um eine Summe von Einzelwillen, wie sie durch Abstimmung festgestellt wird, sondern es handelt sich darum, daß Sowjetrußland mit den bestehenden Staaten rechnen muß, und so lange in diesem Staate eine Klasse ihren Willen als Staatswillen aufrecht zu erhalten imstande ist, muß Sowjetrußland, wie es auch immer zu dieser Klasse sich stellt, diesen Willen als den der Nation betrachten, wenn es keine Eroberungskriege führen will.

*

*

*

Von den übrigen politischen Fragen des Programms der russischen Kommunisten ist noch die *Militärfrage* zu behandeln, über die die Sozialpatrioten wie die Kautskyner Europas den größten Unsinn zusammengeschrieben haben. Wer erinnert sich nicht an die Klage Karl Kautskys über den *bolschewistischen Militarismus*, [17] die auf dem Fuße seiner früheren Klagen über die *Demoralisation der alten zaristischen Armee durch die Bolschewiki* folgte? Wer erinnert sich nicht daran, daß die Rote Armee teils als eine *disziplinlose Horde*, teils als *stummes Instrument* in den Händen der alten zaristischen Offiziere in der sogenannten sozialdemokratischen Presse dargestellt wurde. Und wer hat nicht die tiefen soziologischen Betrachtungen darüber gelesen, wie die Bolschewiki, indem sie die Rote Armee bilden, den Boden für den *Sieg des Bonapartismus* mit eigenen Händen vorbereiten? Der § 10 des russischen Programms formuliert kurz den Standpunkt der Kommunistischen Partei in dieser höchst wichtigen Frage, die als besonderer Punkt ausführlich auf dem Parteitage behandelt und in einer besonderen Resolution mit voller Umständlichkeit besprochen wurde. Ueber die Vorwürfe, daß die Bolschewiki durch ihre anti-kriegerische Agitation die alte zaristische Armee vernichtet haben, braucht jetzt nach der deutschen Erfahrung nicht mehr viel gesagt zu werden. In Deutschland waren die Kommunisten vor der Revolution sehr schwach, sie konnten die deutsche Armee nicht »zersetzen«. Die Unabhängigen haben niemals irgendwelche systematische Agitation im Heer betrieben und soweit die Ideen der Unabhängigen in die Armee gelangten, waren sie von ganz allgemeinem Charakter, enthielten keinen Appell an die unmittelbare Tat. Die einzige, mehr systematische revolutionäre Agitation, die die deutsche Armee erreichte, war die Ostfrontpropaganda der Bolschewiki, die natürlich als Propaganda des »Feindes« keinen allzu großen Einfluß ausüben konnte. Und trotzdem zerbrach die deutsche Armee von innen heraus, als das Maß der Entbehrungen, Leiden, Verluste, die sie ertragen mußte, zu groß wurde und als die Aussicht auf den Sieg schwand. Erst diese Erfahrung hat die Zersetzung der russischen zaristischen Armee in ein richtiges Licht auch für die westeuropäischen Sozialisten gerückt. Sie war ein natürlicher Vorgang. Sie war das Resultat des Versagens des Einflusses der russischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten auf die Volksmassen bei ihrem Erwachen unter dem Eindruck der unerhörten Kriegsleiden. Die Bolsche-

wiki sehen es als Ehrentitel an, daß sie in diesen spontanen Prozeß eingriffen, daß sie die umsichgreifende Zersetzung (vom imperialistischen Standpunkt) in eine positiv revolutionäre Bewegung umzuwandeln versuchten, die die Liquidierung der Kerenski-Regierung, des Großgrundbesitzes und des Kapitalismus erleichtert hat. Aber [18] dieser Prozeß machte eine Zeitlang die russische Revolution wehrlos, er führte zum Brest-Litowsker Frieden, der eine nicht zu umgehende Etappe auf dem Wege der russischen Revolution gebildet hat. Wenn die Sozialpatrioten oder Kautskyner (von Ströbel bis zu Friedrich Adler) die Sache so darstellten, als ob die russischen Kommunisten in ihrem phantastischen Vertrauen auf das Schlagwort von der Weltrevolution Rußland wehrlos gemacht hatten, um eines Tages am Grabe ihrer Illusion den triumphierenden General Hoffmann zu erblicken, so ist das natürlich einfach eine Legende. Die Bolschewiki wußten sehr gut, daß die Weltrevolution sich nicht kommandieren läßt und daß sie manchmal sogar die Radioaufrufe an Alle mißachtete. Als sie ihre revolutionäre Politik in Brest trieben, als sie vom diplomatischen Verhandlungstisch aus an die Arbeitermassen appellierten, wußten sie sehr gut, daß ihnen momentan nur ein schwaches Echo antworten konnte. Sie wußten, daß sie für den morgigen Tag arbeiteten, während sie momentan durch den Gang der Geschichte dem Kaiser gegenüber wehrlos wurden. Daß dem so war, zeigen die Artikel, die der Verfasser dieser Worte aus Brest-Litowsk an die bolschewistische Presse telegraphierte, als die Nachrichten über den Massenstreik in Oesterreich und Deutschland kamen. Deshalb schlossen sie doch den Frieden und gingen nicht in unterirdische Gänge, um den Friedensschluß zu vermeiden. Würden sie, um dieser schweren Prüfung aus dem Wege zu gehen, auf die Macht verzichten oder den Kampf sofort aufgenommen haben, so hätten sie ihn nur mit kleinen Partisanenabteilungen führen können. Das würde zwar den deutschen Militarismus geschwächt, aber es würde gleichzeitig die besten Elemente der russischen Arbeiterklasse aufgerieben haben. Die ganze Last des Kampfes wäre auf die regsten aufopferungsvollsten Elemente der Arbeiterklasse gefallen, während die breiten Massen wehrlos der deutschen militaristischen Maschine gegenüberstanden. Die russischen Kommunisten hatten den Mut, die Erniedrigung von Brest-Litowsk auf sich zu nehmen, um Zeit zu gewinnen, die Räteorganisation zu stärken, die Rote Armee aufzubauen. Dieselben Leute, die den Bolschewiki den Vorwurf machten, daß sie nach Brest Litowsk sich ohne Waffen begaben, machen ihnen jetzt den Vorwurf, daß sie die russischen Volksmassen bewaffnen. Diese Vorwürfe

eines Kautsky lassen nicht einmal mehr die Stupidität eines Greises, der die Welt um sich herum nicht mehr versteht, [19] erkennen; denn so viel Verständnis hat auch dieses ausgetrocknete Gehirn für die Wirklichkeit, um zu wissen, daß eine sozialistische Republik, umgeben von der kapitalistischen Welt, bewaffnet sein muß, wenn sie überhaupt leben will. Es ist nicht mehr Stupidität, es ist Böswilligkeit, es ist die Verleumdungssucht, die bei diesem Leichnam ausbricht wie bei allen anderen Lakaien der Bourgeoisie, wenn es sich um die junge proletarische Welt handelt, die so ganz anders aussieht, als er sich zurechtgelegt hat. Als erster Vorwand zu den Angriffen galt die Tatsache, daß die Räteregierung eine »Söldnerarmee« bilde. Die »Söldnerarmee« bestand ein paar Monate. Von vornherein war es der Kommunistischen Partei Rußlands klar, daß es sich hier um eine vorübergehende Maßregel handele. Die alte Armee war zerstoßen, ihre Organisation vollkommen zerfallen. Man mußte schnell irgend einen Schutz der Räterepublik bilden, und dazu war die Freiwilligenwerbung der einzig gangbare Weg. Die Freiwilligenarmee sammelte zum Schutze Räte-Rußlands die Elemente der alten Armee, die durch den Krieg nicht zermürbt waren, die noch eine gewisse Kampfeslust besaßen. Zu diesen Elementen gesellten sich Genossen, die das Kriegshandwerk erlernt hatten oder erlernen wollten. Die so formierten Ansätze der Roten Armee hatten alle Fehler der Freiwilligenarmeen, in erster Linie geringe Disziplin; und trotzdem erfüllte diese Freiwilligenarmee ihre Aufgabe. Unter ihrem Schutz und mit ihren Kräften begann man die reguläre Rote Armee zu bilden. Die Grundsätze des Aufbaues der Roten Armee, die das Programm jetzt kurz zusammenfaßt, sind praktisch gewonnen worden. Die erste Frage, wer eigentlich dieser Armee angehören sollte, wurde beantwortet durch die Tatsache, daß diese Armee dem ringenden Sozialismus als Schutz dienen sollte. Hätte die Sowjetrepublik die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, so würde sie eine große Armee haben, aber diese Armee würde in ihrem Innern die Zersetzung tragen. Die bürgerlichen, die junkerlichen Elemente würden Waffen in die Hände bekommen und da sie geistig den Bauernsöhnen überlegen sind, würden sie schnell starken geistigen Einfluß in der Armee besitzen. Die Struktur der Roten Armee muß der Struktur der Räterepublik entsprechen. Die Waffen können nur die tragen, die die Träger der Räterepublik sind, die Arbeiter und armen Bauern. Die Elemente, die ein Interesse an der Rückkehr zum Kapitalismus hatten, mußten zu den finanziellen Lasten herangezogen, als Arbeitskräfte der Armee zur Verfügung gestellt [20] werden. Die Waffen mußten ihnen versagt werden. Die Waffe ist das Zeichen der

politischen Rechte. Unsere Gegner, wie z. B. Martoff, der Führer der Menschewiki, machten uns darauf aufmerksam, daß wir eine zu große Last auf die Arbeiterklasse wälzten, indem wir ihr allein und dem armen Bauerntum die Verteidigung der Sowjetrepublik überwiesen. Die Armen bemerkten dabei nicht, daß die Geschichte es ist, die nur die Arbeiterklasse mit der Aufgabe der Bildung der sozialistischen Gesellschaft beauftragt hat. Die jetzige Zusammensetzung der Roten Armee weist vier Fünftel Bauern, ein Fünftel Arbeiter auf. Da die Arbeiterklasse der gebildetste, bestorganisierteste, straff politisch zusammengefaßte Teil der Roten Armee ist, so hat sie ihre Führung, so bildet sie ihren Geist. Kautsky zitiert in seinem Buche über den Kommunismus und Terrorismus Nachrichten über die Desertion in der Roten Armee und schreibt dazu höhnend: »Eine etwas eigenartige Manier der Roten Armee, der Begeisterung für die bolschewistischen Prinzipien Ausdruck zu geben.« (S. 137 des zitierten Buches.) Die Frage der Desertion aus der Roten Armee erklärt sich ebenso wie die Frage der Desertion aus den Reihen des Sozialismus, über die Karl Kautsky aus eigenen Erfahrungen urteilen kann. Schwankende oder eigennützige Elemente reißen angesichts der Gefahr aus den Reihen des Sozialismus aus, nachdem sie ihre Begeisterung für den Sozialismus jahrzehntelang auf dem Papier bekundet haben; in Rußland handelt es sich nicht um schwankende Elemente, sondern es handelt sich auch um Volkselemente, die zwar sozial ein Interesse an der Verteidigung der Sowjetrepublik besitzen, aber dieses Interesse noch nicht verstanden haben. Denselben Prozeß sah die Französische Revolution, die, umzingelt von Feinden, Armeen bilden mußte und sie nur im rücksichtslosen Kampfe gegen den Unwillen eines Teiles der Volksmassen bilden konnte. Dieselben Bauernjungen, die heute ausreißen, weil sie die Notwendigkeit des Kampfes noch nicht verstanden haben oder ihr Leben höher schätzen als die Interessen ihrer Klasse, dieselben Deserteure kommen morgen, wenn die Gefahr größer wird, wenn die Konterrevolution ihnen die Notwendigkeit der Verteidigung der Sowjetrepublik eingebläut hat, wieder zurück. Zu ihren Gunsten kann man nicht nur sagen, daß sie zum großen Teil nur aus Unwissenheit Verrat an der Revolution üben, sondern auch soweit es sich um Feigheit handelt, sie aus der Feigheit keine Theorie machen. Keiner der Deserteure aus der Roten Armee hat [21] ein Buch über Kommunismus und Terrorismus geschrieben. Die schweren Kämpfe, die die Rote Armee seit dem tschecho-slowakischen Aufstand an allen Fronten führt, an denen sie den Feind mehrmals geschlagen hat, beweisen, daß sie sich zu einer militärischen

Macht auswächst. Dies ist in hohem Maße der Tatsache zu verdanken, daß die Kommunistische Partei Rußlands und die Sowjetregierung trotz aller Bedenken und mancher Opposition sich entschieden hat, die alten Militärspezialisten, die Offiziere, zu gebrauchen. Die Argumente, die dagegen sprachen, lagen auf der Hand. Aber indem die Sowjetregierung dauernd und mit voller Rücksichtslosigkeit den Widerstand der besitzenden Klassen brach, nahm sie den Offizieren, die sie in die Rote Armee aufnahm, jede Hoffnung, sich dieser Armee gegen die Sowjetregierung und die Arbeiterklasse zu bedienen, ganz abgesehen davon, daß die soziale Zusammensetzung dieser Armee ein solches Vorgehen der Offiziere zur Unfruchtbarkeit verurteilte. Man kann sagen, daß umgekehrt die Gefahr nicht darin bestand, daß die Offiziere die Armee zum Kampfe gegen die Sowjets benutzen konnten, sondern darin, daß die Bauern und Arbeiter in der Armee den Offizieren militärisch nicht folgten, daß die Rote Armee keine Disziplin ausbilden würde. Diese Gefahr wurde bekämpft nicht nur indem die Presse, die Sowjets, die Kommunistische Partei mit voller Energie daran arbeiteten, den Soldaten beizubringen, daß ohne Disziplin keine Verteidigung Sowjetrußlands möglich sei, daß diese Disziplin in keinem Falle zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht werden könne, da die höheren militärischen Behörden, die über die Armee wachen, unter schärfster Kontrolle der Sowjetregierung stehen, sondern es wurde auch in jeder militärischen Einheit ein Apparat geschaffen, der gleichzeitig die Gefahr jeder konterrevolutionären Machenschaften bekämpft und für die Bildung der revolutionären Disziplin sorgt. Dieser Apparat besteht aus dem Netz politischer Kommissäre und kommunistischer Organisationen in der Armee, die nicht hinter der Front als Heimkrieger den Mund aufreißen, sondern mit dem Gewehr in der Hand in den Reihen der Soldaten stehend, ihren Geist haben, sie disziplinieren und die alten Offiziere beaufsichtigen. Schon bei dem ersten Schritt der Roten Armee während des tschecho-slowakischen Aufstandes, bei dem Aufstände des Obersten Murawjeff haben die politischen Kommissäre bewiesen, von welcher Bedeutung sie als Wachorgane der Sowjetrepublik sind. Die Heranziehung [22] der alten zaristischen Offiziere war ebenso wichtig wie die Heranziehung bürgerlicher Ingenieure und Techniker für die Industrie. Das Proletariat konnte in dem Aufbau der Roten Armee ebensowenig auf die organisatorischen und wissenschaftlichen Kräfte, die der Kapitalismus zurückließ, verzichten, wie es in der Industrie die technischen Kräfte entbehren konnte. Die Frage war nur, ob in der Roten Armee Einrichtungen geschaffen wurden, die es den alten

Offizieren unmöglich machten, die Armee in ihr Werkzeug zu verwandeln, und ob die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei Vorkehrungen treffen konnten, um in wachsendem Maße eigene Offiziere heranzubilden. Die Entwicklung der Militärschulen sichert der Roten Armee dauernden Zustrom von Offizieren aus den besten Elementen der Arbeiterklasse. Bei der Bildung der Führung der Roten Armee mußte noch die Frage der Wahl der Offiziere entschieden werden. Vorerst war es überhaupt keine praktische Frage. Da die Armee noch nicht bestand, erst gebildet wurde, konnte sie auch die Offiziere noch nicht wählen. Dazu ist die intime Bekanntschaft der Mannschaft mit denen notwendig, die gewählt werden sollen. Die Sowjetregierung führte das System der öffentlichen Atteste ein. Jeder Kandidat für den Offiziersposten wurde bekanntgemacht und die Sowjetorgane hatten jeden gegen ihn erhobenen Vorwurf nachzuprüfen. Der ganze Aufbau der Sowjetrepublik, die Tatsache, daß die Rote Armee ihr Organ ist, nahm der Forderung der Wahl der Offiziere jede Bedeutung. Diese Forderung entstand in der kapitalistischen Armee, wo es sich darum handelte, durch die Wahl der Offiziere die Möglichkeit zu vermindern, daß sie die Armee zum blinden Werkzeug der Bourgeoisie machten. Wo das ganze Kräfteverhältnis dies ausschließt, ist die Frage der Wahl der Offiziere keine prinzipielle Frage mehr und das kommunistische Programm löst sie sehr richtig, indem es erklärt, diese Frage habe eine rein praktische Bedeutung und hänge von dem Grade ab, den die Formierung der Armee, ihre Vereinheitlichung erreicht hat, von der Zahl der revolutionär erzogenen Offiziere usw. Wie alle Fragen der Räterepublik, so konnte und kann auch die Frage der Roten Armee nicht auf einmal gelöst werden. Die Armee ist in dauernder Umwandlung begriffen, die Bedingungen des Krieges, der Sowjetrußland durch den Weltkapitalismus aufgedrängt wird, nötigte es, die Rote Armee in den Kasernen zu bilden, anstatt daß ihre Ausbildung auf dem Dorfe oder im Anschluß an die Fabrikarbeit erfolgt. [23] Indem die Kommunistische Partei als Ziel die Ausbildung der Roten Armee innerhalb ihres sozialen Milieus erstrebt, sucht sie gleichzeitig schon jetzt, wo sie zur schnellen Ausbildung genötigt ist, die mobilisierten Arbeiter und Bauern in den Kasernen zusammenzufassen, jeder Absonderung der Soldaten von ihren Klassengenossen entgegen zu wirken. Die Roten Soldaten nehmen an dem Leben der Arbeiter ihrer Garnisonstädte teil. Gemeinsame Bildungseinrichtungen, gemeinsames Gesellschaftsleben, Teilnahme am politischen Leben. Das alles stärkt den sozialistischen Geist in der Roten Armee. Die Schilderungen von den Einrichtungen der Roten Ar-

mee, wie sie sich aus ihrer Entwicklung ergeben und im Programm der Kommunistischen Partei festgelegt sind, gibt auch die Antwort auf das Gerede von der bonapartistischen Gefahr, die die Rote Armee bilde. Mit vollem Rechte lehnt die besondere Resolution über die Militärfrage dieses Gerede ab. Die Armee wurde zum Organ des Bonapartismus, wo die Staatsgewalt zwischen den Klassen zu vermitteln versuchte und wo in der Armee die bürgerlichen Elemente überwogen. Die Rote Armee steht im schärfsten Kampfe mit der Konterrevolution. Sie kann in diesem Kampfe unterliegen, aber sie kann nicht zum Werkzeuge der Konterrevolution werden – die sich gegen ihre sozialen Interessen richtet –, die sie auf den Schlachtfeldern bekämpft.

III.

Wir haben kurz die wichtigsten Streitfragen besprochen, die der politische Teil des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands aufwirft. Wir wollen dasselbe mit dem ökonomischen Teil des Programms tun. Das Programm bespricht mehr die noch zu ergreifenden Maßregeln als die bisherige Arbeit, die den russischen Arbeitern bekannt ist. Deshalb ist es notwendig, kurz den Gang dieser Arbeit zu schildern, da auf diese Weise das Gerede von der Preisgabe des Kommunismus durch die neue Praxis der Bolschewiki beleuchtet wird. Die kommunistische Politik in Rußland auf dem ökonomischen Gebiet zerfällt in drei Phasen. In der ersten, die die Monate vor der Eroberung der politischen Macht umfaßt, bestand die Aufgabe in der Zerstörung des kapitalistischen Ausbeutungsapparates. Vor der Eroberung der politischen Macht war dieser Zerstörungsprozeß ein spontaner, er war der Kampf der Massen in den Fabriken gegen die kapitalistische [24] Disziplin, gegen die Ausbeutung und Unterjochung. In diesem spontanen Kampfe hatten die Bolschewiki nur die Rolle des aufklärenden und organisierenden Elementes, des Elementes, das auf der Grundlage der selbständigen Bewegung der Massen wirkte. Wenn man die kommunistischen Kundgebungen aus dieser Zeit prüft, so zeigt es sich, daß sie zwar nicht die Urheber des Kampfes der Arbeiter um jede Fabrik waren, wohl aber die Organisatoren dieses Kampfes. Sie waren zu wenig »deutsch«, um anzunehmen, man könne das Rätssystem fix und fertig nach einem ausgedachten System nach der Eroberung der politischen Macht aus dem Tintenfaß herausholen. Sie wußten, daß der Kampf um die Macht in erster Linie darin besteht,

daß die Arbeiter in jeder Fabrik im ununterbrochenen Kampfe gegen die Bourgeoisie die Fesseln der kapitalistischen Disziplin zerbrechen, daß sie in jeder Fabrik die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte erobern. Nur in dem Maße, wie die Arbeiterklasse diesen Kampf durchführt, wird sie sich bewußt ihres unüberbrückbaren Gegensatzes zur Bourgeoisie und bildet allmählich die organisierte Kraft zur Ueberwindung der Bourgeoisie. Die tiefen Bemerkungen der Kautsky & Co., es sei doch nicht Sozialismus, wenn die Arbeiter in jeder Fabrik die Produktionsmittel in Besitz nehmen, beweisen nur, daß die gelehrten Herren garnicht kapiert haben, daß die Arbeiterklasse zuerst durch den Kampf in jeder Fabrik ihre eigenen Kräfte entwickeln muß, bevor sie zur Staatsmacht wird, die die Bourgeoisie expropriieren kann. Der Prozeß der Zersetzung der kapitalistischen Disziplin, der Bildung der Betriebsräte ging in verschiedenen Teilen Rußlands in verschiedenem Tempo vor sich. In manchen Teilen Rußlands, in manchen Gewerben, haben die Arbeiter sich in den Fabriken gegen die Kapitalisten vor der Eroberung der politischen Macht überhaupt nicht durchsetzen können. Deshalb ging dieser Prozeß der Zersetzung über in die Periode nach der Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse. Er war ungefähr abgeschlossen, d. h. die Arbeiterklasse kontrollierte überall durch die Betriebsräte die Produktion in den ersten Monaten nach dem Novembersiege. In diesen Monaten suchte die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung die Kontrolle der Produktion durch einzelne Betriebsräte durch die Kontrolle seitens der Bezirks- und Reichskontrollorgane zu ersetzen, die auf Arbeiterkongressen einzelner Industrien durch eine Kombination von [25] Gewerkschaft, Betriebsräten und Vertretern der Staatsgewalt gebildet wurden. An diese zweite Periode schliesst die bekannte Rede *Lenins* über die nächsten Aufgaben der Sowjetgewalt [an], die von den Gegnern des Bolschewismus als Abkehr von dem Bolschewismus aufgefaßt wurde, in Wirklichkeit nichts anderes war, *als der Beginn der eigentlichen Aufgabe der Arbeiterregierung.*

Die Arbeitermassen haben im Kampfe mit dem Kapital die Fabriken in ihre Hände genommen. Jetzt galt es, in geordneter Weise die Leitung der Produktion in die Hände zu nehmen. Zwei Fragen waren hier in erster Linie strittig, die Frage, inwieweit die private kapitalistische Initiative in allen Industriezweigen ausgeschaltet wird und die Frage, inwieweit in allen Betrieben die kapitalistischen Techniker und Ingenieure an der Leitung beteiligt sein sollen. Die Arbeiterregierung sprach sich dafür aus, daß nur in den Industriezweigen, in denen der kapitalistische Prozeß

der Konzentration selbst die Sozialisierung vorbereitet hat, die kapitalistische Initiative ausgeschaltet werde, in allen anderen sollte die kapitalistische Initiative unter die Kontrolle der Arbeiterstaatsorgane gestellt und in den allgemeinen Wirtschaftsplan eingereiht werden; diese Politik ließ sich nicht überall aufrechterhalten aus dem einfachen Grunde, weil die russischen Kapitalisten sich hinter das deutsche, in Brest-Litowsk siegreiche Kapital zu verstecken suchten, um große Teile des russischen Volksvermögens vor dem Zugreifen der Arbeiterregierung zu bewahren. Das nötigte der Arbeiterregierung ein schnelleres Tempo der Sozialisierung auf, als sie es vorhatte. In der Frage der Beschäftigung der Techniker und Ingenieure bestanden bei der Arbeiterregierung nicht die geringsten Zweifel. In dieser Frage war es jedem denkenden Kommunisten klar, daß die Arbeiterklasse, die vom Kapitalismus zur Leitung der Industrie nicht herangezogen war, erst allmählich sich diese Fähigkeit erwerben kann, daß ein Verzicht auf die Ingenieure und Techniker vollkommen ausgeschlossen sei. Wie unsinnig die Behauptung ist, daß die Sowjetregierung anfangs die Techniker und Ingenieure ausschalten wollte und erst dann, als sie sah, daß sie ohne sie nicht auskommen konnte, sie heranzog, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß dieselben Leute, die diese Anklage erheben, gleichzeitig uns wegen des Kampfes gegen die Sabotage der Intellektuellen anklagen. Weshalb hat denn [26] die Sowjetregierung die Sabotage bekämpft, wenn sie die bürgerlichen Spezialisten nicht gebrauchen wollte? Der Kampf gegen die Sabotage diente doch dem Zweck, die Techniker, Ingenieure und Beamten zu nötigen, sich in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen. Dieses Ziel wurde erreicht, und somit stand die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung vor der Frage der Behandlung der bürgerlichen Spezialisten. Diese Frage wird im Programm offen und klar beantwortet, indem es die Heranziehung der bürgerlichen Techniker und ihre entsprechende Belohnung offen als Notwendigkeit anerkennt. »Die Rätemacht, die eine gleiche Entlohnung jeder Arbeit und vollständigen Kommunismus anstrebt, kann sich nicht zur Aufgabe machen, diese Gleichheit augenblicklich zu verwirklichen, wo erst die ersten Schritte zum Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus getan werden. Deshalb muß für eine gewisse Zeit *die höhere Entlohnung der Fachleute noch beibehalten werden, damit sie nicht schlechter, sondern besser als vorher arbeiten, aus demselben Grunde darf auch auf das Prämiensystem für besonders erfolgreiche und organisatorische Arbeit nicht verzichtet werden.*«

Die Kommunistische Partei stellt sich hier auf den Boden der Wirklichkeit; aber gleichzeitig empfiehlt sie eine Reihe von Maßregeln, die eine neue Wirklichkeit schaffen helfen, indem sie die möglichst energische Verbreitung des technischen Wissens unter dem Proletariat fordert, um auf diese Weise die Teilung zwischen den Hand- und Kopfarbeitern aufzuheben.

*

*

*

Ein Punkt im Programm verdient eine besondere Aufmerksamkeit der westeuropäischen Leser. Es ist die Rolle, die das kommunistische Programm Rußlands den *Gewerkschaften* zuspricht. Die Gewerkschaften sollen in ihren Händen die Leitung der Produktion konzentrieren, sie sollen den Apparat der Produktionsleitung bilden. Diese Auffassung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands, die eine starke Tendenz der russischen Praxis widerspiegelt, wird mancherorts als *Syndikalismus* angesehen. Sie hat aber mit dem Syndikalismus nichts zu tun. Der Syndikalismus sah in den Gewerkschaften die einzige Kampfes-[27]organisation gegen den Kapitalismus. Er war der Ausdruck des Widerwillens der proletarischen Massen gegen die opportunistischen Machenschaften und Korruptionen der überwiegend parlamentarischen Sozialdemokratie. Die Leiterin im Klassenkampfe Rußlands war die Kommunistische Partei. Sie steht an der Spitze des Kampfes des proletarischen Staates, hat also weder praktisch noch theoretisch irgend etwas gemeinsam mit dieser Auffassung der Syndikalisten. Der Syndikalismus lehnt die Diktatur des Proletariats, lehnt den proletarischen wie den kapitalistischen Staat ab. Nicht nur die Leitung der Produktion, sondern die Produktionsmittel selbst sollten nach seinem Ideal einzelnen Gewerkschaften angehören, die untereinander in förderativem Verhältnis stehen. Auch mit diesem Ideal hat die Kommunistische Partei Rußland nichts gemein. Die Produktionsmittel gehören der Gesellschaft, die durch den proletarischen Staat repräsentiert ist. Die Bergwerke gehören nicht den Bergarbeitern, die Eisenwerke nicht den Metallarbeitern, sondern der als Staat organisierten Gesamtarbeiterklasse. Aber diese Verwaltung einzelner Produktionszweige, wenn sie nicht lokal durch die Betriebsräte oder zentral durch eine Bürokratie geleitet werden sollen, muß die aktivsten Kräfte der Arbeiterklasse jedes Industriezweiges zur Verfügung haben. Die ak-

tivsten, erfahrensten Arbeiter sind organisiert in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die in Rußland eine revolutionäre Massenkampforganisation waren, die rüstig mit teilgenommen haben an der Niederwerfung des Kapitalismus, sollen jetzt den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft leiten. Da ihre Vertrauensmänner dauernd von der Arbeiterschaft in den Betrieben abhängig sind, so bedeutet die Verlegung des Schwergewichts der Leitung eines Produktionsgebietes in die Hände der Gewerkschaft den Kampf gegen die bürokratischen Tendenzen. Es braucht nach dem Vorhergesagten nicht unterstrichen zu werden, daß gleichzeitig an dieser Leitung die technischen Spezialisten wie die Vertreter der Wirtschaftsorgane des proletarischen Staates beteiligt sind, was die Gefahr aus der Welt schafft, daß eine Kategorie der Arbeiter, wie z. B. die Grubenarbeiter oder die Eisenbahner dank ihrem sozialen Uebergewicht über die anderen sich Privilegien verschaffen können, was der Fall wäre, wenn der Aufbau auf syndikalistischem Boden erfolgen würde.

*

*

*

[28] Noch ein paar Bemerkungen verdient der *agrarisches* Teil des Programms. Er gibt die Antwort auf die vollkommen unsinnigen Anklagen, die gegen die Kommunisten Rußlands erhoben werden, als hätten sie das sozialistische Programm verraten, indem sie in Rußland den Kleinbesitz zugelassen haben. In der ganzen Literatur des modernen Sozialismus gibt es keinen irgendwie ernst zu nehmenden Theoretiker, der die Meinung vertreten würde, daß die siegreiche Arbeiterklasse die Bauern mit Gewalt expropriieren und den bäuerlichen Besitz von oben herab in Gemeinwirtschaft nehmen könnte. Eine solche Politik wäre schon physisch unmöglich, da es keine Kraft im Staate gibt, die Millionen von Besitzern expropriieren könnte. Der Sozialismus expropriiert die Expropriateure, d. h. die kleine Anzahl derer, die im ökonomischen Entwicklungsprozeß die Produktionsmittel des Volkes in ihren Privatbesitz verwandelt haben. Der Sozialismus kann nicht die Volksmassen expropriieren. Er kann dies auch aus ökonomischem Grunde nicht, weil die kommunistische Wirtschaft zur Grundlage eine höhere Technik erfordert, die Konzentration der Produktion. Die russischen Bauern haben den feudalen Grund und Boden, den sie bisher bearbeiteten, zu ihrem Eigentum gemacht. Das ist

eine Tatsache, die man durch verschiedene juristische Fiktionen verschleiern kann, die jedoch bestehen bleibt und nur durch einen langsamen Prozeß aufgehoben werden kann. Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei zeigt den Weg zur Sozialisierung der Landwirtschaft. Die Sowjetregierung versucht landwirtschaftliche Kommunen auf bisher technisch hochstehenden landwirtschaftlichen Betrieben einzurichten. Sie unterstützt den freiwilligen Zusammenschluß der Bauern zur gemeinsamen Arbeit, sie unterstützt alle Formen des landwirtschaftlichen Gemeinschaftswesens, sie unterstützt die landwirtschaftliche Bildung, um die landwirtschaftliche Technik zu heben, sie sucht den Gegensatz zwischen Stadt und Land aufzuheben, die Bauern dem sozialistischen Proletariat nahezubringen. Einen anderen Weg zur Sozialisierung der Landwirtschaft gibt es nicht.

Die anderen Punkte des Programms erfordern keinen Kommentar. Das sozial-politische Programm zeigt, daß in der Zeit des Uebergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus die Not noch nicht aufhört zu existieren, daß der proletarische Staat durch weitgehendsten Arbeiterschutz und soziale Versicherung die Arbeiter-[29]klasse aus dem Sumpfe des kapitalistischen Elends herauszureißen sucht, bevor noch die kommunistische Arbeit alle Sümpfe austrocknen kann. Es gibt viel Not in Sowjetrußland, das zu leugnen wäre unsinnig; aber die Kommunistische Partei Rußlands und Sowjetrußlands sollen nicht nach dem Maß des Elends allein, das in Rußland als in einem zurückgebliebenen, durch den Krieg ruinierten Lande noch existiert, beurteilt werden, sondern nach dem Widerstand, den die Kommunistische Partei Rußlands gegen diese Not aufbringt.

IV.

Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands stellt ein großes Interesse für die westeuropäischen Arbeiter dar. Es zeigt ihnen die Probleme, mit denen das Proletariat Rußlands nach der Eroberung der politischen Macht zu ringen hat. Diese Probleme werden selbstverständlich sich nicht einförmig in den anderen Ländern wiederholen. Und niemand liegt der Gedanke ferner, als den Führern der russischen Kommunistischen Partei, daß die Kommunisten im Auslande das russische Beispiel zu kopieren hätten. »Es wäre direkt lächerlich, unsere Revolution als ein Ideal für alle Länder darzustellen, zu sagen, daß sie eine ganze Reihe

genialer Entdeckungen gemacht und Neuerungen in den Sozialismus eingeführt habe. Wir haben die praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der ersten Schritte zur Niederwerfung des Kapitalismus gemacht, in einem Lande mit einem ganz besonderen Verhältnis des Proletariats und Bauertums. Mehr haben wir nicht getan. Wenn wir einen Frosch darstellen werden, der sich aufbläst, so werden wir uns nur lächerlich machen, und wir werden ganz gewöhnliche Prahler sein,« führte Lenin in der Programmdebatte aus. Er hob in einer ganzen Reihe von Fragen dies immer wieder hervor, um zu zeigen, daß die Arbeitermassen der anderen Länder *ihre eigenen Wege gehen*, daß sie sich mit ihrem eigenen Kopfe zurechtfinden müssen, daß es unmöglich ist, für sie eine Schablone auszudenken, die sie nur anzuwenden hätten. Aber trotzdem wird die Auseinandersetzung mit dem Programm der Kommunistischen Partei Rußlands für die westeuropäischen Arbeiter von großer Bedeutung sein. Obwohl sich die Bedingungen keiner Schlacht in der Geschichte wiederholen, so bleibt trotzdem die Strategie eine wichtige [30] militärische Disziplin, indem sie dem gebildeten Soldaten Probleme stellt, seinen Geist schult, elastisch macht. So stellen die Probleme der russischen Arbeiterrevolution, wie sie hier im Programm der Kommunistischen Partei Rußlands fixiert sind, eine Schule revolutionären Denkens dar. Nicht nur, indem sie die westeuropäischen Arbeiter nötigen, sich konkret mit den Fragen zu befassen, vor die sie durch den Sieg gestellt werden, sondern auch, indem sie ihnen *den realistischen Geist der Kommunistischen Partei Rußlands* nahebringen.

Die junge kommunistische Bewegung Westeuropas ist einstweilen mehr ein Schlachtruf eines Teiles der Arbeiterklasse, der sich von der Bourgeoisie endgültig abgelöst hat, als ein konkretes Programm des Kampfes. Dieses Programm wird erst geschmiedet, wenn der westeuropäische Kommunismus aus propagandistischen Zirkeln zur Massenbewegung wird, wenn er als Massenbewegung aufhört, eine nur spontane Bewegung zu sein, und als Massenorganisation über die Probleme des Kampfes nachzudenken beginnt. Dann wird der europäische Kommunismus sein Aktionsprogramm bilden müssen. Der Schwerpunkt dieses Aktionsprogrammes wird vorerst nicht darin liegen, was man am Tage des Sieges tun wird, sondern *wie man zum Siege gelangt*. Die ausschlaggebenden Fragen werden die Fragen des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats auf seinem Wege zur Diktatur sein. Für diese Fragen gibt die Geschichte der russischen Revolution ein großes und wichtiges Material, das zum Nachdenken auffordert, das die Fehler zeigt,

die zu vermeiden sind. Da aber der westeuropäische Kommunismus mit anderen Verhältnissen zu rechnen hat, als der russische, da sein Kampf um den Sieg viel länger sein wird, so muß er sich seinen konkreten Weg zur Diktatur praktisch wie geistig selbst mühselig suchen. Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands wird ihm dabei durch *seinen Geist* helfen, indem es ihm zeigt, daß die revolutionäre Politik eine *kühle Abschätzung aller Faktoren, aller Möglichkeiten voraussetzt, daß sie keinesfalls sich über die Schwierigkeiten hinwegsetzen darf, indem sie sie mit einer revolutionären Phrase negiert, sondern indem sie sie in mühseligem, allmählichem Kampfe überwindet*. Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands zeigt, wie die Räterepublik in mühseligem Kampfe [31] errungen und aufgebaut werden muß, selbst nachdem man dem Bürgertum die Macht entrissen hat. Es zeigt, wie die Arbeiter in ihrer Aufbauarbeit die bestehenden, auf dem Boden des Kapitalismus entstandenen Kräfte benutzen, wie sie sogar ihre früheren Gegner, wenn sie überwunden sind, in den Dienst der Arbeiterklasse zu nehmen suchen. Mit einem Worte, das kommunistische Programm der russischen Partei zeigt *die tägliche Mühe des Kommunismus, seine Tage und seine Arbeit, nicht die Legende des Kommunismus*. Es ist selbstverständlich, daß die junge, im Entstehen begriffene kommunistische Bewegung den zum Ziele führenden Weg viel kürzer einschätzt, als er ist. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse, um zu siegen, voll Begeisterung sein muß und es wäre lächerlich, wenn man das als »Fehler« ansehen würde. Aber gleichzeitig unterliegt es keinem Zweifel, daß die Arbeiterklasse neben dem Elan die richtige Einschätzung der Kräfte braucht, daß neben dem Elan Zähigkeit notwendig ist, das Wollen zum ununterbrochenen Anfangen von neuem nach jeder Niederlage und daß der Sieg ohne richtige Beurteilung des Kräfteverhältnisses unmöglich ist. All diese Eigenschaften wird sich die kommunistische Bewegung Westeuropas auf ihrem langen mühseligen Wege zur Macht aneignen müssen, bevor sie den Sieg erreicht. Diese Erfahrungen, diese Einsicht werden die Grundlage des Aktionsprogramms der westeuropäischen kommunistischen Bewegung bilden. Schon heute erkämpft sich die stärkste kommunistische Bewegung des Westens, die deutsche, diese Erfahrung, und sie ist auf dem Wege, sich ein solches Aktionsprogramm zu schaffen, das die Entschiedenheit, den revolutionären Elan mit richtiger Visierung der Entfernung des Zieles, mit richtiger Einschätzung der Kräfte vereinigt, indem es die Eroberung der bestehenden großen Arbeiterorganisationen, ihre Umwandlung in revolutionäre Zentren, die Ausnutzung jeder

Kampfesmöglichkeit, von der Flugblattverteilung, der parlamentarischen Tribüne über den Massenstreik und Aufstand hinweg dem Proletariat als den einzig möglichen Weg zum Ziele zeigt. Die deutsche Kommunistische Partei ist jetzt im Begriff, die wichtigste Vorarbeit für die Kommunistische Internationale nach ihrer Gründung zu tun. Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale konnte nur die allgemeinen Richtlinien der Entwicklung und ihr Ziel feststellen. Dies alles ergab sich aus den Erfahrungen der russischen Revolution [32] und dem allgemeinen Charakter der Zersetzung der kapitalistischen Welt. Der konkrete Weg, der zum Ziele in den kapitalistisch entwickelten Ländern führt, ergibt sich erst aus den Erfahrungen, die die Arbeiterklasse im Laufe der Entwicklung der Weltrevolution ansammelt. Diese Erfahrungen sind schon soweit gediehen, daß sich die Linien der proletarischen Politik in der Periode der Weltrevolution viel konkreter herausarbeiten. Die proletarische Politik in der Weltrevolution wird ganz gewiß wenig dem Bilde einer kavalleristischen Attacke entsprechen, eines Ansturmes auf die Bastion des Kapitals, sie wird ein langes, schweres Ringen sein, das viel mehr Mut, viel mehr Aufopferung, viel mehr Klarheit erfordern wird, als es sich die junge Kommunistische Partei bei ihren ersten Phasen oft vorstellte, und manche Genossen, die noch an den schönen Bildern, die sie sich über den Sieg gemacht haben, an dem Traum vom Fallen der Mauern Jerichos bei dem ersten Trompetenstoß hängen, sie werden ganz gewiß den Dornenweg und den Martyriumsweg der kommunistischen Bewegung für wenig revolutionär halten. Wie heute die verschiedenen kleinbürgerlichen Sozialisten in Rußland über die Kompromißpolitik der Sowjetregierung zetern, so wird man auch von der Verwässerung des Kommunismus sprechen, wenn die Kommunistische Partei des Westens sagen wird, der Kommunismus sei kein Lied, kein Sturm, keine siegreiche Schlacht, sondern er sei ein Ringen um jeden Fuß Boden, er bestehe ebenso aus Stürmen wie aus Rückzügen, er sei mit einem Worte *die Mobilisierung der Massen für die Periode, deren Dauer ein Menschenleben sein wird*. Möge das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands, indem es von schwerer Arbeit, von kühlem Rechnen, wie von großen Kämpfen berichtet, den westeuropäischen Kommunistischen Parteien helfen, auch ihre nächsten Aufgaben in demselben Sinne der Verantwortung, des Wissens, des Rechnens, wie des Stürmens zu erfüllen.

Berlin, Ende Dezember 1919.

**Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands
(Bolschewiki)
angenommen auf dem 8. Parteikongreß
(8. bis 23. März 1919)¹**

[35] Die Oktoberrevolution 25. Oktober (7. November) 1917, hat in Rußland die Diktatur des Proletariats verwirklicht, die mit Unterstützung der ärmeren Bauernschaft oder des Halbproletariats begonnen hat, die Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Der Werdegang der Revolution in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, das Wachstum der revolutionären proletarischen Bewegung in allen vorgeschrittenen Ländern, die Verbreitung, welche das Rätesystem in dieser Bewegung findet als das System, das unmittelbar auf die Verwirklichung der proletarischen Diktatur hinzielt, – all das beweist, daß das Zeitalter der proletarischen kommunistischen Weltrevolution begonnen hat.

Diese Revolution war das unvermeidliche Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus, der noch in den meisten zivilisierten Ländern herrscht. Das Wesen des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft hat, abgesehen von der ungenauen Benennung der Partei als Sozialdemokratische Partei, unser altes Programm in folgenden Sätzen richtig charakterisiert:

»Das Hauptmerkmal einer solchen Gesellschaft bildet die Warenproduktion auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, in denen der wichtigste und bedeutendste Teil der Produktions- und Umlaufmittel der Waren einer an Zahl geringen Klasse von Personen gehört, während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich aus Proletariern und Halbproletariern zusammensetzt, die infolge ihrer wirtschaftlichen Lage gezwungen sind, ihre Arbeitskraft dauernd oder vorübergehend zu verkaufen, d. h. Lohnarbeiter der Kapitalisten zu werden

1 Die Veröffentlichung erfolgt nach der Drucklegung durch den Internationalen Verlag (Zürich 1920. S. 34–67). Orthographie und Grammatik des Originals sind beibehalten worden. In eckige Klammern gesetzte Zahlen geben die Seitenfolge im Original an.

und durch ihre Arbeit das Einkommen der höheren Gesellschaftsklassen zu schaffen.«

[36] »Der Herrschaftsbereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse breitet sich immer mehr und mehr in dem Maße aus, als die fortwährende Vervollkommnung der Technik, durch die die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht wird, zur Verdrängung der selbständigen kleinen Produzenten führt, indem sie einen Teil derselben in Proletarier verwandelt und die Rolle der übrigen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben einengt und sie teilweise in eine mehr oder minder vollständige, mehr oder minder offensichtliche, mehr oder minder drückende Abhängigkeit vom Kapital bringt.«

»Dieses Fortschreiten der Technik gibt außerdem den Unternehmern die Möglichkeit, im Prozesse der Warenproduktion und des Warenlaufes in stets wachsendem Umfange Frauen- und Kinderarbeit zu verwenden. Da es aber andererseits zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Unternehmer an lebendiger Arbeitskraft führt, so bleibt notwendigerweise die Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Angebot zurück, infolgedessen vergrößert sich die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und das Niveau ihrer Ausbeutung steigt.«

»Diese Lage innerhalb der bourgeoisen Länder, sowie die ständige Verschärfung des gegenseitigen Wettbewerbes auf dem Weltmarkt erschweren immer mehr und mehr den Absatz der Waren, die in dauernd wachsendem Maße produziert werden. Die Ueberproduktion, die sich in mehr oder weniger scharfen Industriekrisen äußert, denen längere oder kürzere industrielle Stockungen folgen, bilden die unvermeidliche Begleiterscheinung der Entwicklung der Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Krisen und Perioden der industriellen Stockungen richten ihrerseits die Kleinproduzenten noch mehr zu Grunde, erhöhen andererseits die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und führen noch schneller zu einer relativen, manchmal auch absoluten Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.«

»Auf diese Weise bedingt die Vervollkommnung der Technik, die eine Steigerung der Produktivität der Arbeit und das Wachstum [37] des Volksreichtums bedeuten sollte, in der kapitalistischen Gesellschaft ein Anwachsen der gesellschaftlichen Ungleichheit, eine Vergrößerung des Abstandes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, eine steigende Unsicherheit der Existenz, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und mannigfache Entbehrungen für die immer breitere Schichten der werktätigen Massen.«

»Im gleichen Maße aber wie alle diese Widersprüche, die der bürgerlichen Gesellschaft eigen sind, wachsen und sich entwickeln, steigt auch die Unzufriedenheit der arbeitenden und ausgebeuteten Massen mit der bestehenden Ordnung, wächst auch die Zahl und Geschlossenheit des Proletariats und verschärft sich sein Kampf gegen seine Ausbeuter. Gleichzeitig schafft die Vervollkommnung der Technik, indem sie die Produktions- und Umlaufmittel konzentriert und den Arbeitsprozeß in den kapitalistischen Betrieben vergesellschaftet, immer schneller und schneller die materielle Möglichkeit, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch kommunistische zu ersetzen, d. h. die Möglichkeit der sozialen Revolution, die das Endziel der internationalen Kommunistischen Partei als der zielbewußten Führerin der ganzen Klassenbewegung bildet.«

»Die soziale Revolution des Proletariats ersetzt das Privateigentum an Produktions- und Umlaufmitteln durch das Gesellschaftseigentum und führt eine planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Sicherung der Wohlfahrt und der allseitigen Entwicklung sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft ein. Dadurch beseitigt sie die Teilung der Gesellschaft in Klassen und befreit die ganze geknechtete Menschheit, indem sie allen Formen der Ausbeutung eines Teiles der Gesellschaft durch den andern ein Ende bereitet.«

»Eine notwendige Bedingung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die ihm erlaubt, jeglichen Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken. Die internationale Kommunistische Partei, die sich zur Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung [38] die arbeitenden Massen zu einer selbständigen politischen Partei, die allen bürgerlichen gegenüber steht, leitet alle Kundgebungen seines Klassenkampfes, enthüllt ihm den unveröhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und denen der Ausgebeuteten und bringt ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution zum Bewußtsein. Gleichzeitig enthüllt sie allen übrigen arbeitenden und ausgebeuteten Massen die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung vom Drucke des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ruft alle Schichten der arbeitenden und ausgebeuteten Bevölkerung, die sich zum Standpunkte des Proletariats bekennen, in ihre Reihen.«

Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals hat den freien Wettbewerb aufgehoben und zu Anfang des 20. Jahrhunderts zur Bildung der mächtigen Monopolverbände der Kapitalisten geführt, zur Bildung von Syndikaten, Kartells and Trusts, die eine entscheidende Bedeutung im ganzen wirtschaftlichen Leben erhielten, ferner auch zur Verschmelzung des Bankkapitals mit dem gewaltig konzentrierten Industriekapital und zur verstärkten Ausfuhr des Kapitals ins Ausland. Die Trusts, welche ganze Gruppen kapitalistischer Mächte umfassen, begannen die *wirtschaftliche* Aufteilung der Welt, als die territoriale Aufteilung derselben unter den reichsten Ländern bereits vollendet war. Diese Epoche des Finanzkapitals, die unvermeidlich den Kampf zwischen den kapitalistischen Staaten verschärfte, ist die Epoche des Imperialismus.

Hieraus entspringen notwendigerweise die imperialistischen Kriege, Kriege um Absatzmärkte, um Gebiete der Kapitalanlagen, um Rohstoffe und Arbeitskräfte, d. h. Kriege um die Weltherrschaft und um die Macht über die kleinen und schwachen Völker. [39] Ein solcher Krieg war der erste große imperialistische Krieg von 1914–1918.

Die außerordentlich hohe Entwicklung des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung des freien Wettbewerbes durch den staatlich monopolisierten Kapitalismus und der durch die Banken und Kapitalistenverbände vorbereitete Apparat zur gesellschaftlichen Regulierung des Produktionsprozesses und der Warenverteilung, die mit dem Wachstum der kapitalistischen Monopole in Zusammenhang stehende Zunahme der Teuerung und des durch die Syndikate auf die Arbeiterklasse ausgeübten Druckes, die Versklavung der Arbeiterschaft durch den imperialistischen Staat, die ungeheure Erschwerung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes des Proletariats, Schrecken, Not und Ruin als Folge des imperialistischen Krieges, – alles das hat den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Uebergang zu einem höheren Typus der gesellschaftlichen Wirtschaft unvermeidlich gemacht.

Der imperialistische Krieg konnte weder mit einem *gerechten* Frieden, noch überhaupt mit dem Abschluß eines einigermaßen beständigen Friedens zwischen den bürgerlichen Regierungen enden. Auf der erreichten Entwicklungsstufe des Kapitalismus mußte sich dieser Krieg mit Naturnotwendigkeit in einen gegen Buorgeoisie gerichteten Bürgerkrieg der ausgebeuteten, werktätigen Massen unter Führung des Proletariats verwandeln, wie dies heute vor unsern Augen geschieht.

Der wachsende Ansturm des Proletariats und insbesondere seine Siege in den einzelnen Ländern steigern den Widerstand der Ausbeuter.

Gleichzeitig verursachen sie die Schaffung neuer Formen internationaler kapitalistischer Verbände (Völkerbund usw.), welche eine – die ganze Welt umfassende – systematische Ausbeutung sämtlicher Völker der Erde organisieren sollen, zunächst jedoch auf die unmittelbare Unterdrückung der revolutionären Bewegung des Proletariats aller Länder gerichtet sind.

[40] Alles das führt notwendigerweise zur Verschmelzung des Bürgerkrieges innerhalb der einzelnen Länder mit den Revolutionskriegen, sowohl sich verteidigender proletarischer Länder, als auch gegen das Joch imperialistischer Mächte kämpfender unterdrückter Völker.

Unter diesen Bedingungen sind Losungen wie Pazifismus, internationale Abrüstung unter dem Kapitalismus, Schiedsgerichte usw. nicht nur eine reaktionäre Utopie, sondern ein direkter Betrug der Werktätigen, der darauf hinzielt, das Proletariat zu entwaffnen und es von seiner Aufgabe, die Ausbeuter zu entwaffnen, abzulenken.

Nur die proletarische, kommunistische Revolution ist imstande, die Menschheit aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie durch den Imperialismus und die imperialistischen Kriege geraten ist. Wie groß auch die Schwierigkeiten der Revolution, mögliche vorübergehende Mißerfolge oder die Wogen der Gegenrevolution sein mögen, – der endgültige Sieg des Proletariats ist unabwendbar.

Dieser Sieg der proletarischen Weltrevolution erfordert das vollste Vertrauen, die engste Verbrüderung und die größtmögliche Einheitlichkeit des revolutionären Vorgehens der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Ländern.

Diese Bedingungen sind unerfüllbar ohne einen grundsätzlichen entschiedenen Bruch und einen schonungslosen Kampf gegen jenes bürgerliche Zerrbild des Sozialismus, das in den Oberschichten der offiziellen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien maßgebend geworden ist.

Eine solche Entstellung bildet einerseits der Opportunismus und der Sozialchauvinismus – Sozialismus in Worten, Chauvinismus in der Tat, – die Bemäntelung der Verteidigung räuberischer Interessen der eigenen nationalen Bourgeoisie durch die lügnerische Losung der Vaterlandsverteidigung im allgemeinen und speziell zur Zeit des imperialistischen Krieges 1914–1918. Diese Richtung wurde dadurch geschaffen, daß die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten durch Ausraubung der kolonialen und schwachen Völker der Bourgeoisie die Möglichkeit gaben, auf Kosten des durch [41] diesen Raub erlangten Uebergewinns den Ober-

schichten des Proletariats eine bevorzugte Stellung zu geben, diese zu bestechen, indem sie ihnen in Friedenszeiten eine erträgliche kleinbürgerliche Existenz sicherte, und die Führer dieser Schicht in ihren Dienst zu nehmen. Die Opportunisten und Sozialchauvinisten sind als Diener der Bourgeoisie die unmittelbaren Klassenfeinde des Proletariats, besonders jetzt, da sie im Bunde mit den Kapitalisten mit bewaffneter Hand die revolutionäre Bewegung des Proletariats, sowohl in ihren eigenen als in fremden Ländern zu unterdrücken versuchen.

Ein bürgerliches Zerrbild des Sozialismus ist andererseits das »Zentrum«, das in gleicher Weise in allen kapitalistischen Ländern beobachtet werden kann und das zwischen Sozialchauvinisten und Kommunisten schwankt, indem es die Einheit mit den ersteren verfißt und die bankrotte II. Internationale zu erneuern versucht. Führer im Befreiungskampfe des Proletariats ist aber einzig und allein die neue III. Kommunistische Internationale, von der die Kommunistische Partei Rußlands einen Teil bildet. Diese Internationale bildete sich tatsächlich durch das Entstehen kommunistischer Parteien aus den wirklich proletarischen Elementen der früheren sozialistischen Parteien in einer Reihe von Ländern, besonders in Deutschland, und wurde offiziell im März 1919 auf ihrem ersten Kongreß in Moskau gegründet. Diese kommunistische Internationale, die bei den Massen des Proletariats aller Länder immer mehr und mehr an Ansehen gewinnt, kehrt nicht allein durch ihren Namen zum Marxismus zurück, sondern auch durch ihren ganzen ideell-politischen Inhalt. Durch ihre Taten verwirklicht sie die von bürgerlich-opportunistischen Einstellungen gereinigte revolutionäre Lehre von Marx.

Indem die Kommunistische Partei Rußlands die konkreten Aufgaben der proletarischen Diktatur auf Rußland, dessen Haupteigentümlichkeit das zahlenmäßige Uebergewicht der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten ist, angewandt und entwickelt hat, bestimmt sie diese Aufgaben in folgender Weise:

[42]

AUF ALLGEMEIN-POLITISCHEM GEBIET.

1. Die bürgerliche Republik mußte selbst in ihrer demokratischsten, durch die Losung des allgemeinen, über den Klassen stehenden Volkswillens geheiligten Form, in Wirklichkeit unvermeidlich eine Diktatur der Bourgeoisie bleiben, eine Maschine zur Ausbeutung und Unterdrückung

der großen Mehrheit der Werktätigen durch eine Handvoll Kapitalisten und zwar deshalb, weil das Privateigentum an Grund und Boden und an anderen Produktionsmitteln fortbestand. Im Gegensatz dazu verwandelte die proletarische oder Rätedemokratie die Massenorganisation gerade der durch den Kapitalismus unterdrückten Klassen der Proletarier und ärmsten Bauern und der Halbproletarier, d. h. der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, in die ständige und einzige Grundlage sowohl des gesamten zentralen Staatsapparates als auch des lokalen und zwar von unten nach oben. Gerade dadurch hat die Rätemacht unter anderem in unvergleichlich größerem Umfange als irgend ein anderes Regierungssystem die lokale und provinzielle Selbstverwaltung ohne irgendwelche von oben eingesetzte Behörden, durchgeführt. Die Aufgabe der Partei besteht darin, unaufhörlich an der praktischen und völligen Durchführung dieser höheren Form von Demokratie zu arbeiten, die nur dann erfolgreich funktionieren kann, wenn das Kulturniveau, das Organisationsvermögen und die Selbsttätigkeit der Massen ständig gehoben wird.

2. Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die den Klassencharakter ihres Staates verschleierte, erkennt die Rätemacht offen an, daß jeder Staat unvermeidlich einen Klassencharakter tragen muß, solange die Einteilung der Gesellschaft in Klassen und somit auch jede Staatsmacht nicht völlig verschwunden ist. Seinem eigentlichen Wesen nach ist es das Bestreben des Rätestaats, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen und da die Räteverfassung davon ausgeht, daß jede Freiheit Betrug ist, wenn sie der Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitals widerspricht, so macht sie auch [43] davor nicht Halt, den Ausbeutern die politischen Rechte zu nehmen. Die Aufgabe der Partei des Proletariats besteht in der Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter und der geistigen Bekämpfung der tief eingewurzelten Vorurteile über den absoluten Charakter der bürgerlichen Rechte und Freiheiten. Zugleich ist es ihre Aufgabe, klarzustellen, daß die Aufhebung der politischen Rechte und irgendwelche Freiheitsbeschränkungen einzig und allein als vorübergehende Kampfmittel gegen die Versuche der Ausbeuter, ihre Vorrechte zu verteidigen oder wieder herzustellen, notwendig sind. In dem Maße, wie die objektive Möglichkeit der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen verschwindet, verschwindet auch die Notwendigkeit dieser zeitweiligen Maßnahmen und die Partei wird deren Einschränkung und völlige Aufhebung anstreben.

3. Die bürgerliche Demokratie begnügte sich damit, politische Rechte und Freiheiten, wie Versammlungs- und Preßfreiheit, Koalitionsrecht und dergleichen formell auf alle Bürger gleichmäßig auszudehnen. In Wirklichkeit jedoch hinderte die Verwaltungspraxis und die wirtschaftliche Knechtschaft die Arbeiter unter der bürgerlichen Demokratie, diese Rechte und Freiheiten in einigermaßen größerem Umfange auszunutzen.

Dagegen setzte die proletarische Demokratie anstelle einer formellen Proklamierung von Rechten und Freiheiten, ihre tatsächliche Gewährung und zwar vor allem für die Bevölkerungsklassen, welche vom Kapitalismus unterdrückt wurden, d. h. also für das Proletariat und die Bauernschaft. Zu diesem Zwecke enteignete die Rätewacht der Bourgeoisie ihre Gebäude, Druckereien, Papiervorräte und dergleichen und stellte sie den Arbeitenden und ihren Organisationen zur ausschließlichen Verfügung. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei Rußlands besteht darin, immer weitere Massen der werktätigen Bevölkerung zu veranlassen, die demokratischen Rechte und Freiheiten auszuüben und die materielle Möglichkeit dazu auszudehnen.

[44]

4. Die bürgerliche Demokratie proklamierte Jahrhunderte lang die Gleichheit der Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion und Nationalität, aber der Kapitalismus ermöglichte es nirgends, diese Gleichberechtigung tatsächlich zu verwirklichen, und in seinem imperialistischen Stadium führte er zur heftigsten Verschärfung des Druckes auf Nationalitäten und Rassen. Nur weil die Rätewacht die Macht der Werktätigen ist, vermochte sie diese Gleichberechtigung zum ersten Male in der Welt vollständig auf allen Gebieten durchzuführen und zwar bis zur völligen Beseitigung der letzten Spuren von Ungleichheit zwischen Mann und der Frau auf dem Gebiete des Ehe- und Familienrechts. Die Aufgabe der Partei bildet augenblicklich vorwiegend die geistige und erzieherische Arbeit, um alle Spuren der früheren Ungleichheit und die Vorurteile besonders unter den rückständigen Schichten des Proletariats und der Bauernschaft endgültig zu vernichten.

Die Partei beschränkt sich nicht auf formelle Gleichstellung der Frau, sondern sucht sie von den materiellen Lasten der veralteten häuslichen Wirtschaftsführung zu befreien, indem sie an ihre Stelle Hauskommunen, öffentliche Speisehäuser, Zentral-Waschanstalten, Säuglingsheime und dergleichen setzt.

5. Indem die Rätewacht den werktätigen Massen in unvergleichlich höherem Maße als die bürgerliche Demokratie und der Parlamentarismus die Möglichkeit sichert, auf dem für die Arbeiter und Bauern einfachsten und zugänglichsten Wege Abgeordnete zu wählen und abzurufen, beseitigt sie zugleich die negativen Seiten des Parlamentarismus, besonders die Trennung von gesetzgebenden und vollziehenden Macht, die Loslösung der gesetzgebenden Körperschaften von den Massen usw.

Die Räteverfassung bringt den Staatsapparat den Massen auch dadurch näher, daß die Wahleinheit und Grundzelle des Staates nicht einen territorialen Begriff bildet, sondern eine Produktionseinheit (Betrieb und Fabrik).

[45] Es ist die Aufgabe der Partei, durch Fortführung der Arbeit in dieser Richtung eine weitere Annäherung zwischen den Regierungsorganen und den Arbeitermassen auf dem Boden einer immer strengeren und vollständigeren Verwirklichung der Demokratie durch diese Massen in der Praxis, besonders aber durch Einführung von Verantwortlichkeit und Rechenschaftsablegung für Amtspersonen zu erreichen.

6. Während die bürgerliche Demokratie trotz ihrer gegenteiligen Erklärungen das Heer zu einem Werkzeug der besitzenden Klassen machte, von den werktätigen Massen trennte und ihnen entgegenstellte, indem sie den Soldaten die Möglichkeit der Ausübung ihrer politischen Rechte nahm oder erschwerte, schließt der Rätestaat in seinen Organen, den Räten, die Arbeiter und Soldaten auf dem Boden völliger Gleichberechtigung und der Einheitlichkeit ihrer Interessen zusammen. Es ist die Aufgabe der Partei, diese Einheitlichkeit der Arbeiter und Soldaten zu verfechten und zu entwickeln und das unlösbare Band, das zwischen der bewaffneten Macht und den Organisationen des Proletariats und Halbproletariats besteht, zu festigen.

7. Die leitende Rolle, die das städtische Industrieproletariat als der am meisten konzentrierte, geschlossene, aufgeklärte und im Kampfe gestählte Teil der werktätigen Massen während der ganzen Revolution gespielt hat, hat sich sowohl in der Entstehung der Räte selbst, als auch im ganzen Verlauf ihrer Entwicklung zu Regierungsorganen gezeigt. In unserer Räteverfassung spiegelt sich dies insofern wider, als sie dem Industrieproletariat im Vergleich zu den stärker zersplitterten kleinbürgerlichen Massen auf dem Lande gewisse Vorrechte einräumt.

Die Kommunistische Partei Rußlands, die diese Vorrechte, welche historisch mit den Schwierigkeiten der sozialistischen Organisation auf dem Lande verknüpft sind, als vorübergehend kennzeichnet, muß da-

nach streben, unentwegt und systematisch [46] diese Lage des Industrieproletariats auszunützen, um als Gegengewicht zu den engzünftigen und gewerkschaftlichen Interessen, die der Kapitalismus unter den Arbeitern gezüchtet hat, die rückständigsten und am meisten zersplitterten Massen der ländlichen Proletarier und Halbproletarier sowie der mittleren Bauernschaft mit den fortgeschrittenen Arbeitern in möglichst nahe Föhlung zu bringen.

8. Nur dank der Räteorganisation des Staates war die Revolution des Proletariats imstande, mit einem Schlage die alte bürgerliche Staatsmaschine, den Beamten- und Richterapparat zu zerschmettern und von Grund auf zu zerstören. Das zu tiefe Kulturniveau der breiten Massen, der Mangel an der erforderlichen Praxis im Verwaltungsdienst der von den Massen an verantwortliche Posten gestellten Vertreter, die Notwendigkeit, unter schwierigen Verhältnissen Fachleute der alten Schule schleunigst heranzuziehen und die Abberufung der am meisten entwickelten Schicht der städtischen Arbeiter zum Kriegsdienst, all das führte zum teilweisen Wiederaufleben des Bureaukratismus innerhalb der Räteordnung.

Die Kommunistische Partei Rußlands führt den entschiedensten Kampf gegen den Bureaukratismus und fordert zur völligen Ueberwindung dieses Uebels folgende Maßnahmen:

- a) Obligatorische Heranziehung eines jeden Rätemitglieds zur Leistung einer bestimmten Arbeit in der Staatsverwaltung.
- b) Konsequente Abwechslung in diesen Arbeiten, damit sie sich nach und nach auf sämtliche Verwaltungszweige erstrecken.
- c) Allmähliche Heranziehung der ganzen werktätigen Bevölkerung ohne Ausnahme zur Arbeit in der Staatsverwaltung.

Die vollständige und allseitige Durchführung aller dieser Maßnahmen, die einen weiteren Schritt auf dem von der Pariser Kommune betretenen Weg darstellen, und die Vereinfachung der Verwaltungsfunktionen bei gleichzeitiger Hebung des Kulturniveaus der Werktätigen, führen zur Beseitigung der Staatsgewalt.

[47]

NATIONALE BEZIEHUNGEN.

9. In der nationalen Frage läßt sich die Kommunistische Partei Rußlands von folgenden Grundsätzen leiten:

a) Den Grundstein bildet die Politik der Annäherung zwischen Proletariern und Halbproletariern der verschiedenen Nationalitäten zu gemeinsamem revolutionären Kampfe, zum Sturze der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie.

b) Zur Ueberwindung des Mißtrauens von seiten der werktätigen Massen der unterdrückten Länder gegen das Proletariat der Staaten, welche diese Länder unterdrückten, sind erforderlich: Aufhebung aller und jeglicher Vorrechte irgend einer nationalen Gruppe, vollständige Gleichberechtigung der Nationen, Anerkennung des Rechtes der Kolonien und nicht gleichberechtigter Nationen auf staatliche Loslösung.

c) Zu diesem Zweck stellt die Partei als eine der Uebergangsformen auf dem Wege zur völligen Einheit die föderative Vereinigung der Staaten hin, die als Rätestaaten organisiert werden.

d) In der Frage, wer als Träger des Volkswillens im Falle einer Loslösung zu betrachten sei, nimmt die Kommunistische Partei Rußlands den historischen Klassenstandpunkt ein und berücksichtigt dabei, auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht: auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Räte- oder proletarischen Demokratie.

Jedenfalls ist von seiten des Proletariats jener Nationen, die als unterdrückende Nationen auftraten, besondere Vorsicht und besondere Aufmerksamkeit gegenüber den Resten nationaler Gefühle bei den werktätigen Massen der unterdrückten und nicht gleichberechtigten Nationen erforderlich. Nur bei einer solchen Politik wird die Schaffung von Bedingungen zu einer wirklich dauerhaften freiwilligen Verschmelzung national verschiedenartiger Elemente des internationalen Proletariats möglich sein, wie uns das die Erfahrung der Vereinigung einer Reihe von nationalen Räterepubliken an den Grenzen von Räterußland gezeigt hat.

[48]

HEERESWESEN.

10. Auf militärischem Gebiete werden die Aufgaben der Partei durch folgende Grundsätze bestimmt:

a) In der Zeit der Zersetzung des Imperialismus und des sich ausbreitenden Bürgerkrieges ist weder die Beibehaltung der alten Armee, noch die Bildung einer neuen, außerhalb der Klassen oder auf allgemeiner nationaler Grundlage stehenden Armee möglich. Die Rote Armee muß als Werkzeug der proletarischen Diktatur notwendigerweise einen offenen Klassencharakter tragen, d. h. sich ausschließlich aus dem Proletariat und den ihm nahestehenden halbproletarischen Schichten der Bauernschaft rekrutieren. Erst mit der Vernichtung der Klassen wird eine solche Klassenarmee sich in eine sozialistische Volksmiliz verwandeln.

b) Erforderlich ist eine umfassende militärische Ausbildung aller Proletarier und Halbproletarier, sowie die Einführung der entsprechenden Lehrfächer in der Schule.

c) Die Arbeit der militärischen Ausbildung und Erziehung der Roten Armee vollzieht sich auf Grundlage des Klassenzusammenschlusses und der sozialistischen Aufklärung. Es bedarf deshalb politischer Kommissäre aus den Reihen zuverlässiger und opferfreudiger Kommunisten neben den militärischen Befehlshabern und der Bildung kommunistischer Gruppen in jedem Truppenteil zwecks Herstellung eines inneren geistigen Bandes und einer selbstgewollten Disziplin.

d) Im Gegensatz zur Ordnung der alten Armee ist notwendig: möglichst kurze kasernenmäßige Ausbildung, Annäherung der Kasernen an die Form der militärischen und militärpolitischen Schulen, sowie eine möglichst enge Verbindung der militärischen Formationen mit den Fabriken, Betrieben, Gewerkschaften und den Organisationen der Dorfarmut.

e) Der erforderliche organisatorische Zusammenhang und die Stabilität kann der jungen revolutionären Armee nur mit Hilfe [49] eines Kommandopersonals verliehen werden, das sich (in der ersten Zeit wenigstens in seinen unteren Stellen) aus der Mitte der klassenbewußten Arbeiter und Bauern rekrutiert. Die Ausbildung der begabtesten, tatkräftigsten und der der Sache des Sozialismus ergebensten Soldaten für die Kommandostellen bildet daher bei Schaffung der Armee eine der wichtigsten Aufgaben.

f) Notwendig ist auch die größtmögliche Ausnutzung und Anwendung der strategischen und technischen Erfahrungen des letzten Krie-

ges. Zu diesem Zwecke sollen zur Organisierung der Armee und ihrer strategischen Leitung im, weiteren Umfange Militär-Fachleute verwandt werden, die die Schule der alten Armee durchgemacht haben. Eine unumgängliche Vorbedingung für diese Heranziehung bildet wiederum die Konzentration der politischen Leitung der Armee und der allgemeinen Kontrolle des Kommandos in den Händen der Arbeiterklasse.

g) Die Forderung der Wahl des Kommandos, die bei der bürgerlichen Armee, wo das Kommando als Apparat der Klassenunterordnung der Soldaten und vermittels der Soldaten der Arbeitermassen ausgewählt und herangezogen wurde, eine ungeheure prinzipielle Bedeutung hatte, verliert diese bei der Roten Klassenarmee der Arbeiter und Bauern vollständig. Eine etwaige Verknüpfung von Wahl und Ernennung wird in der revolutionären Klassenarmee einzig und allein von praktischen Rücksichten bestimmt und ist abhängig von dem erreichten Niveau der Formierung, dem Grade der Geschlossenheit der Truppenteile, der Zahl der vorhandenen Kommandokader und dergleichen.

RECHTSPRECHUNG.

11. Die proletarische Demokratie, die die ganze Macht in ihre Hände genommen und die Rechtsorgane der bürgerlichen Herrschaft – die Gerichte der ehemaligen Ordnung – restlos abgeschafft hat, stellt der Parole der bürgerlichen Demokratie: »Wahl der Richter durch das Volk«, die Klassenlösung: »Wahl der Richter [50] aus der Mitte der Werktätigen nur durch Werktätige« gegenüber und führt sie in der ganzen Organisation des Gerichtswesens durch, wobei auch die beiden Geschlechter in allen Rechten sowohl bei der Wahl der Richter wie bei der Ausübung der richterlichen Pflichten gleichgestellt werden.

Um die weitesten Massen des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft zur Ausübung der Rechtspflege heranzuziehen, sollen an der Rechtsprechung beständig wechselnde provisorische Richterbeisitzende teilnehmen, wobei zur Aufstellung der Listen die Massenorganisationen der Arbeiter, Gewerkschaften usw. heranzuziehen sind.

Dadurch, daß die Rätewahl an Stelle der unzähligen früheren Gerichte verschiedenster Art mit ihrer Menge von Instanzen das Einheitsgericht geschaffen hat, hat sie das Gerichtswesen vereinfacht, es der Bevölkerung restlos zugänglich gemacht und jede Verschleppung in der Prozeßführung beseitigt.

Nach Aufhebung der Gesetze der gestürzten Regierungen hat die Rättemacht die von den Räten gewählten Richter mit der Aufgabe betraut, den Willen des Proletariats durch Anwendung seiner Dekrete zu verwirklichen und, wo solche fehlen oder unvollständig sind, sich vom sozialistischen Rechtsbewußtsein leiten zu lassen.

Auf dem Gebiete des Strafrechts haben die derartig organisierten Gerichte bereits eine radikale Veränderung des Strafwesens herbeigeführt, indem sie in großem Maßstabe die bedingte Verurteilung verwirklichten, als eine Strafmaßregel den öffentlichen Verweis einführten, die Freiheitsberaubung durch Zwangsarbeit unter Belassung der Freiheit ersetzten, an Stelle der Gefängnisse Erziehungsanstalten setzten und die Möglichkeit gaben, Kameradschaftsgerichte praktisch anzuwenden.

Die K. P. R. muß in Verfolgung der Weiterentwicklung des Gerichtswesens in denselben Bahnen danach trachten, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung ohne Ausnahme zur Ausübung der Richterpflichten herangezogen und das Strafsystem endgültig durch Maßnahmen erzieherischen Charakters ersetzt wird.

[51]

VOLKSBILDUNG

12. Auf dem Gebiete der Volksbildung macht sich die K. P. R. zur Aufgabe, das seit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Werk zu Ende zu führen, die Schule aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu einem Werkzeug völliger Vernichtung der Klasseneinteilung der Gesellschaft, zu einem Werkzeug der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu verwandeln.

In der Periode der Diktatur des Proletariats, d. h. in dem Zeitraum, wo die Bedingungen, die eine volle Verwirklichung des Kommunismus ermöglichen, vorbereitet werden, muß die Schule nicht allein Wegweiserin zu den Grundsätzen des Kommunismus überhaupt sein, sondern auch Leiterin der geistigen, organisatorischen und erzieherischen Beeinflussung halbproletarischer und unproletarischer Schichten der werktätigen Massen durch das Proletariat, um eine Generation heranzuziehen, die fähig ist, den Kommunismus endgültig herbeizuführen. Als nächste Aufgabe in dieser Richtung erscheint gegenwärtig die Fortentwicklung folgender durch die Räteregierung bereits festgesetzter Grundlagen des Schul- und Bildungswesens:

a) Durchführung eines unentgeltlichen und obligatorischen allgemeinen und polytechnischen Unterrichts (der die Lernenden theoretisch und praktisch mit allen Hauptzweigen der Produktion bekannt macht) für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zu 17 Jahren.

b) Schaffung eines Netzes von Anstalten für das vorschulpflichtige Alter, Kinderkrippen, -gärten, -heimen usw., zwecks Verbesserung der gesellschaftlichen Erziehung und der Entknechtung der Frau.

c) Vollständige Verwirklichung der Grundsätze der einheitlichen Arbeitsschule mit Unterricht in der Muttersprache, gemeinsamen Unterricht der Kinder beiderlei Geschlechts und einer unbedingt weltlichen, d. h. einer von jeglichem religiösen Einfluß freien [52] Schule, die den Unterricht mit der produktiven Arbeit für die Gesellschaft in engen Zusammenhang bringt und so allseitig entwickelte Mitglieder der kommunistischen Gesellschaft heranbildet.

d) Versorgung aller Schiller mit Nahrung, Kleidung, Schuhwerk und Lehrmitteln auf Kosten des Staates.

e) Heranbildung eines neuen Lehrkörpers, der von den Ideen des Kommunismus durchdrungen ist.

f) Heranziehung der arbeitenden Bevölkerung zur tatkräftigen Teilnahme am Bildungswesen (Ausbau der »Volksbildungsräte«, Mobilisation der des Lesens und Schreibens Kundigen usw.)

g) Allseitige Staatshilfe auf dem Gebiete des Selbstunterrichts und der Selbstentwicklung der Arbeiter und Bauern (Schaffung eines Netzes von Fortbildungsanstalten: Bibliotheken, Schulen für Erwachsene, Volkshäusern und Hochschulen, Kursen, Vorträgen, Kinematographen, Ateliers usw.)

h) Umfassende Entwicklung der Fachausbildung in Verbindung mit allgemein polytechnischen Kenntnissen für Personen über 17 Jahre.

i) Ermöglichung leichten Zutritts zu den Hörsälen der Hochschule für alle Lernbegierigen und vor allem für Arbeiter; Heranziehung zur Lehrtätigkeit an der Hochschule aller Kräfte, die dort unterrichten können; Beseitigung aller und jeglicher künstlichen Schranken zwischen jungen Lehrkräften und dem Katheder; materielle Versorgung der Lernenden, um Proletariern und Bauern tatsächlich die Möglichkeit zu geben, von der Hochschule Gebrauch zu machen.

j) Ebenso müssen den Werkträgern alle Kunstschätze eröffnet und zugänglich gemacht werden, die durch Ausbeutung ihrer Arbeit geschaffen wurden und bis jetzt ausschließlich den Ausbeutern zur Verfügung standen.

k) Entfaltung einer umfassenden Propaganda kommunistischer Ideen und Ausnutzung des Apparates und der Mittel der Staatsmacht zu diesem Zwecke.

[53]

RELIGIÖSE BEZIEHUNGEN.

13. In bezug auf die Religion begnügt sich die K.P.R. nicht mit der bereits dekretierten Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, d. h. mit Maßnahmen, die von der bürgerlichen Demokratie in ihren Programmen aufgestellt, aber infolge der mannigfaltigen Bande, die in Wirklichkeit das Kapital mit der religiösen Propaganda verknüpfen, nirgends in der Welt von ihr zu Ende geführt worden sind.

Die K.P.R. läßt sich von der Ueberzeugung leiten, daß nur die Verwirklichung planmäßiger und zielbewußter Ordnung auf dem Gebiete der gesamten allgemein-wirtschaftlichen Tätigkeit der Massen das völlige Absterben der religiösen Vorurteile nach sich ziehen wird. Die Partei ist bestrebt, das Band zwischen den Ausbeuterklassen und den Organisationen religiöser Propaganda vollständig zu zerstören, indem sie durch eine umfassend organisierte, wissenschaftlich-aufklärende und anti-religiöse Propaganda zur tatsächlichen Befreiung der werktätigen Massen von religiösen Vorurteilen beiträgt. Dabei ist jede Verletzung der Gefühle der Gläubigen sorgfältig zu vermeiden, da das nur zur Festigung des religiösen Fanatismus führt.

AUF WIRTSCHAFTLICHEM GEBIETE.

1. Die begonnene und im wesentlichen bereits vollendete Enteignung der Bourgeoisie sowie die Uebernahme der Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum der Räterepublik, d. h. den Gemeinbesitz aller Werktätigen, ist unbeugsam fortzusetzen und zu Ende zu führen.

2. Die höchst mögliche Steigerung der produktiven Kräfte des Landes bildet die für die gesamte Wirtschaftspolitik der Rätewirtschaft bestimmende Grundlage. In Anbetracht der überaus schweren Erschütterung, die das Land durchmacht, muß alles [54] andere dem praktischen Ziel untergeordnet werden: die Menge der für die Bevölkerung notwendigen Produkte unverzüglich und um jeden Preis zu vermehren. An den prakti-

schen Ergebnissen auf diesem Gebiet ist der Arbeitserfolg jeder Räteinstitution, die mit der Volkswirtschaft verknüpft ist, zu messen.

Dabei muß in erster Linie auf folgendes geachtet werden:

3. Der Zerfall der imperialistischen Wirtschaft hat der ersten Arbeitsperiode des Räteaufbaues einen gewissen Wirrwarr in der Organisation und Verwaltung der Produktion als Erbschaft hinterlassen. Um so dringender erscheint als eine der Grundaufgaben die größtmögliche Zusammenfassung der gesamten Wirtschaftstätigkeit des Landes nach einem für den ganzen Staat einheitlich ausgearbeiteten Plane; größte Zentralisation der Produktion durch Vereinigung nach einzelnen Betrieben und Betriebsgruppen und Konzentrierung in den besten Produktionseinheiten, mit dem Ziel der schnellsten Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben; größte Ausgleichung des ganzen Produktionsapparates und rationelle und sparsame Ausnutzung aller materiellen Hilfsquellen des Landes.

Dabei ist es nötig, für Ausdehnung des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens und der politischen Verbindungen mit anderen Völkern Sorge zu tragen und gleichzeitig die Aufstellung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes mit denen unter ihnen anzustreben, die bereits zum Räteregime übergegangen sind.

4. Was die Klein- und Heimindustrie (gemeint ist das »Kustar« genannte ländliche Heimgewerbe) anbetrifft, so soll sie in großem Umfange dadurch ausgenutzt werden, daß den Heimarbeitern Staatsaufträge erteilt werden, daß die Heim- und Kleinindustrie in den Gesamtplan der Roh- und Brennstoffbelieferung mit einbezogen und finanziell unterstützt wird. Voraussetzung ist hierbei, daß die einzelnen Heimarbeiter und Heimarbeiterkartelle, Produktionsgenossenschaften und Kleinbetriebe zu größeren Produktions- und Industrieeinheiten zusammengeschlossen werden, und daß [55] durch Erteilung wirtschaftlicher Vorrechte solche Verschmelzungen gefördert werden, die neben anderen Zielen dahin führen, das Bestreben der Heimarbeiter, sich in Kleinindustrielle zu verwandeln, zu lähmen und einen schmerzlosen Uebergang dieser rückständigen Produktionsformen zu einer höheren und umfassenden maschinellen Großindustrie zu ermöglichen.

5. Der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie muß sich vor allem auf die Gewerkschaften stützen. Diese müssen sich immer mehr von zunftartiger Beengtheit freimachen und in große Produktionsverbände verwandeln, die die Mehrzahl und allmählich auch die Gesamtheit der Arbeiter des betreffenden Produktionszweiges umfassen.

Da die Gewerkschaften nach den Gesetzen der Räterepublik und der eingebürgerten Praxis bereits an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen, so müssen sie soweit kommen, daß sie tatsächlich die gesamte Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft als einer wirtschaftlichen Einheit in ihren Händen konzentrieren. Indem die Gewerkschaften auf diese Weise ein unlösbares Band zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen sichern, haben sie in größerem Umfange letztere zur unmittelbaren Arbeit an der Wirtschaftsführung heranzuziehen. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der großen Massen bildet zugleich auch das beste Kampfmittel gegen die Bureaукratisierung des wirtschaftlichen Apparates der Rätewacht und bietet die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle der Produktionsergebnisse einzusetzen.

6. Die zum Zweck der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft notwendige größtmögliche Ausnutzung der ganzen im Staate vorhandenen Arbeitskraft, ihre richtige Verteilung und Weiterverteilung sowohl auf die verschiedenen territorialen Gebiete, wie auch auf die verschiedenen Zweige der Produktion, muß die [56] nächste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Rätewacht bilden, die nur im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften gelöst werden kann. Die allgemeine Mobilisierung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung durch die Rätewacht unter Beteiligung der Gewerkschaften zur Ausführung bestimmter öffentlicher Arbeiten muß ungleich weiter und systematischer durchgeführt werden, als es bisher der Fall war.

7. Inmitten des Zerfalls der kapitalistischen Organisation der Arbeit ist die Wiederherstellung und Entwicklung der Produktivkräfte sowie die Festigung des sozialistischen Produktionsverfahrens nur möglich auf Grundlage einer kameradschaftlichen Disziplin der Werktätigen, ihrer größten Selbsttätigkeit, des Verantwortungsgefühls und strengster gegenseitiger Kontrolle der Produktivität der Arbeit.

Zur Erreichung dieses Zieles ist eine unermüdliche systematische Neuerziehung der Massen erforderlich, die gerade jetzt dadurch erleichtert wird, daß die Massen die Beseitigung der Kapitalisten, Gutsbesitzer und Kaufleute tatsächlich verwirklicht sehen und durch eigene praktische Erfahrung zur Ueberzeugung gelangen, daß das Niveau ihres Wohlstandes einzig und allein von der Disziplin ihrer eigenen Arbeit abhängt.

In diesem Werke der Schaffung einer neuen sozialistischen Disziplin fällt die Hauptrolle den Gewerkschaften zu. Letztere müssen zu diesem

Zweck mit der alten Schablone brechen und verschiedenartige Maßnahmen einführen und praktisch erproben, wie: Einführung von Rechenschaftsablegung, Produktionsnormierung, Verantwortlichkeit vor besonderen kameradschaftlichen Arbeitergerichten u. a. m.

8. Die gleiche Aufgabe der Entwicklung der Produktionskräfte fordert eine unverzügliche, weitgehende und allseitige Ausnutzung der wissenschaftlichen und technischen Fachleute, die uns der Kapitalismus hinterlassen hat, ohne Rücksicht darauf, daß sie in den meisten Fällen unvermeidlich von bürgerlicher Weltanschauung [57] und Gewohnheiten durchdrungen sind. Die Partei ist der Ansicht, daß die Periode des scharfen Kampfes gegen diese Schicht, der durch die von ihr organisierte Sabotage hervorgerufen wurde, zu Ende ist, da diese Sabotage im großen und ganzen gebrochen ist. Die Partei hat im engen Kontakt mit den Gewerkschaftsverbänden ihre frühere Richtlinie zu verfolgen: einerseits der betreffenden bürgerlichen Schicht nicht die geringste politische Konzession zu machen und jede konterrevolutionäre Regung derselben rücksichtslos zu unterdrücken; andererseits aber ebenso schonungslos die pseudoradikale, in Wirklichkeit aber unwissende selbstüberhebliche Ansicht zu bekämpfen, daß die Werk tätigen imstande seien, den Kapitalismus und die bürgerliche Ordnung zu überwinden, ohne von den bürgerlichen Fachleuten zu lernen, ohne sich ihrer zu bedienen und ohne eine lange Arbeitsschulung an ihrer Seite durchmachen zu müssen.

Die Rätewacht, die eine gleiche Entlohnung jeder Arbeit und vollständigen Kommunismus anstrebt, kann sich nicht zur Aufgabe machen, diese Gleichheit augenblicklich zu verwirklichen, wo erst die ersten Schritte zum Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus getan werden. Deshalb muß für eine gewisse Zeit die höhere Entlohnung der Fachleute noch beibehalten werden, damit sie nicht schlechter, sondern besser als vorher arbeiten; aus demselben Grunde darf auch auf das Prämiensystem für besonders erfolgreiche und organisatorische Arbeit nicht verzichtet werden.

Man muß ferner die bürgerlichen Fachleute auch in ein Verhältnis kameradschaftlicher gemeinsamer Arbeit Hand in Hand mit der Masse der einfachen Arbeiter bringen und zwar unter Leitung von zielbewußten Kommunisten, um dadurch das gegenseitige Verständnis und die Annäherung zwischen den durch den Kapitalismus getrennten Hand- und Kopfarbeitern zu fördern.

9. Die Rätewacht hat bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die darauf gerichtet sind, die Wissenschaften weiter zu entwick-

keln und für die Produktion aufzuschließen: Schaffung eines [58] ganzen Netzes von neuen Instituten für angewandte Wissenschaft, Laboratorien, Versuchsstationen, Versuchsarbeitsstätten zur Prüfung neuer technischer Methoden, Verbesserungen und Erfindungen, Registrierung und Organisation aller wissenschaftlichen Kräfte, Mittel usw. Die Kommunistische Partei Rußlands unterstützt alle diese Maßnahmen und ist bestrebt, sie weiter zu entwickeln und möglichst günstige Bedingungen für die wissenschaftliche Arbeit in ihrem Zusammenhange mit der Hebung der produktiven Kräfte des Landes zu schaffen.

LANDWIRTSCHAFT.

10. Die Rätemacht, die die vollständige Abschaffung des Privatgrundbesitzes zur Tatsache gemacht hat, ist bereits zur Verwirklichung einer ganzen Reihe von Maßnahmen übergegangen, die die Organisation sozialistischer Großbetriebe in der Landwirtschaft bezwecken. Zu diesen wichtigsten Maßnahmen gehören:

- a) Einrichtung von Rätewirtschaften, d. h. von großen sozialistischen Gütern;
- b) Unterstützung von Gesellschaften und Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens;
- c) Organisation der staatlichen Bestellung aller brachliegenden Ländereien, wem sie auch gehören mögen;
- d) staatliche Mobilisation aller agronomischen Kräfte zwecks Ergreifung energischer Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur;
- e) Unterstützung landwirtschaftlicher Kommunen als völlig freiwilliger Verbände von Landleuten zwecks Führung eines gemeinsamen Großbetriebes.

Die Kommunistische Partei Rußlands betrachtet alle diese Maßnahmen als den einzigen Weg zur unbedingt notwendigen Hebung der Produktivität der Arbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet [59] und erstrebt eine möglichst vollständige Durchführung dieser Maßnahmen ihre Ausdehnung auf die rückständigeren Gebiete des Landes und weitere Schritte in dieser Richtung.

Im besonderen tritt die Kommunistische Partei Rußlands ein für:

1. Umfassende Staatshilfe für die Landwirtschaftlichen Genossenschaften, die sich der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte widmen.
2. Ein im großen Maßstabe durchgeführtes Meliorationssystem.
3. Umfassende und planmäßige Versorgung der armen und mittleren Bauernschaft mit Inventar durch Verleihstellen.

Mit Rücksicht darauf, daß der bäuerliche Kleinbetrieb noch lange fortbestehen wird, erstrebt die Kommunistische Partei Rußlands eine Reihe von Maßnahmen, die die Hebung der Produktivität der bäuerlichen Wirtschaft bezwecken. Zu solchen Maßnahmen gehören:

- a) Regelung der bäuerlichen Bodennutzung (Beseitigung der Dreifelderwirtschaft, der schmalen Ackerparzellen usw.)
- b) Versorgung der Bauern mit verbessertem Saatkorn und künstlichem Dünger.
- c) Verbesserung der Viehrassen durch Zucht.
- d) Verbreitung agronomischer Kenntnisse.
- e) Agronomische Beratung und Hilfe für die Bauern.
- f) Ausbesserung des landwirtschaftlichen Inventars der Bauern in den örtlichen Räte-Reparaturwerkstätten.
- g) Einrichtung von Verleihstellen, Versuchsstationen, Musterfeldern usw.
- h) Melioration des bäuerlichen Ackerbodens.

11. In Anbetracht dessen, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land eine der wesentlichsten Ursachen der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der Landbevölkerung bildet und in der Zeit einer so scharfen Krisis wie der gegenwärtigen sowohl [60] Stadt wie Land unmittelbar mit Entartung und Untergang bedroht, erblickt die Kommunistische Partei Rußlands in der Beseitigung dieses Gegensatzes eine der Hauptaufgaben des Kommunistischen Aufbaues und hält neben den allgemeinen Maßnahmen für notwendig: eine weitgehende und planmäßige Heranziehung der Industriearbeiter zum kommunistischen Aufbau in der Landwirtschaft, eine Ausdehnung der Tätigkeit des von der Räte-macht bereits ins Leben gerufenen gesamtstaatlichen »Arbeiterhilfsausschusses« und dergleichen mehr.

12. In ihrer ganzen Tätigkeit auf dem Lande stützt sich die K. P. R. nach wie vor auf dessen proletarische und halbproletarische Bevölkerungsschichten, organisiert diese vor allem zu einer selbstständigen Macht, gründet Parteisektionen auf dem Lande, Organisationen der Dorfarmut, besondere Gewerkschaften der ländlichen Proletarier und Halbproletarier usw., bringt sie nach Möglichkeit dem städtischen Proletariat näher und entreißt sie dem Einfluß der Dorfbourgeoisie und der Kleinbesitzer-Interessen.

Gegenüber den Großbauern und der Dorfbourgeoisie besteht die Politik der K. P. R. in einem entschiedenen Kampf gegen ihre ausbeuterischen Gelüste und in der Unterdrückung ihres Widerstandes gegen die Räterepublik.

In bezug auf den mittleren Bauernstand besteht die Politik der K. P. R. darin, ihn allmählich und planmäßig in die Arbeit am sozialistischen Aufbau mit hineinzuziehen. Die Partei stellt sich die Aufgabe, ihn von den Großbauern zu trennen und durch aufmerksames Eingehen auf seine Bedürfnisse auf die Seite der Arbeiterklasse herüberzuziehen, dabei auf seine Rückständigkeit mit geistigen Waffen, keinesfalls aber mit Unterdrückungsmaßregeln einzuwirken, in allen Fällen, wo seine Lebensinteressen berührt werden, eine praktische Verständigung mit ihm anzustreben und ihm bei der Wahl der Mittel zur Durchführung sozialistischer Umwandlungen entgegenzukommen.

[61]

VERTEILUNG

13. Auf dem Gebiete der Verteilung besteht die Aufgabe der Rätewacht gegenwärtig darin, an Stelle des Handels unbeirrt eine planmäßige, für den ganzen Staat einheitlich organisierte Verteilung der Produkte zu setzen. Das zu erstrebende Ziel ist, die gesamte Bevölkerung zu einem einheitlichen Netz von Konsumkommunen zusammenzuschließen, die fähig sind, mit größter Schnelligkeit, Planmäßigkeit, Sparsamkeit und mit dem kleinsten Arbeitsaufwand alle erforderlichen Produkte zu verteilen, wobei der ganze Verwaltungsapparat streng zu zentralisieren ist.

Den Konsumkommunen und ihren Verbänden ist die bestehende allgemeine Bürger- und Arbeiterkonsum-Genossenschaft zu Grunde zu legen, welche die bedeutendste Konsumenten-Organisation und den durch

die Geschichte des Kapitalismus am meisten vorbereiteten Apparat für Massenverteilung darstellt.

Da die K. P. R. einen derartigen kommunistischen Weiterausbau des Konsumgenossenschaftlichen Apparates, aber nicht dessen Verwerfung grundsätzlich für das einzig Richtige hält, so hat sie ihre Politik systematisch fortzuführen: die Parteimitglieder zu verpflichten, in den Konsumgenossenschaften zu arbeiten und sie auch mit Hilfe der Gewerkschaften im kommunistischen Geiste zu leiten, die Initiative und Disziplin der werktätigen, zu Konsumgenossenschaften vereinten Bevölkerung zu entwickeln; danach zu streben, daß die Konsumgenossenschaften die ganze Bevölkerung umfassen und zu einer einheitlichen, die ganze Räterepublik von oben nach unten umfassenden Konsumgenossenschaft zu verschmelzen; schließlich – und das ist die Hauptsache – ist der überwiegende Einfluß des Proletariats auf die übrigen Schichten der Werktätigen ständig zu wahren und überall sind praktisch mannigfache Maßnahmen zu erproben, die den Uebergang von den kleinbürgerlichen Konsumgenossenschaften alten kapitalistischen Schlages zu den von Proletariern und Halbproletariern geleiteten Konsumkommunen erleichtern und bewirken.

[62]

GELD- UND BANKWESEN.

14. Die Rätewacht in Rußland hat unter Vermeidung der Fehler der Pariser Kommune sofort von der Reichsbank Besitz ergriffen und ist sodann dazu übergegangen, die privaten Handelsbanken zu verstaatlichen und die verstaatlichten Banken, Sparkassen und Rentämter mit der Reichsbank zu vereinigen, wodurch sie das Gerüst einer einheitlichen Volksbank der Räterepublik schuf und die Bank aus, einem Mittelpunkt wirtschaftlicher Herrschaft des Finanzkapitals und einem Werkzeug politischer Herrschaft der Ausbeuter in ein Werkzeug der Arbeitermacht und einen Hebel der wirtschaftlichen Umwälzung verwandelte. Indem die K.P.R. es als ihr Ziel betrachtet, die von der Rätewacht begonnene Arbeit folgerichtig bis zu ihrem Ende durchzuführen, vertritt sie in erster Linie folgende Grundsätze:

1. Monopolisierung des ganzen Bankwesens in den Händen des Rätestaates.

2. Durchgreifende Umgestaltung und Vereinfachung der Bankoperationen durch Umwandlung des Bankapparats in einen Apparat einheitlicher Verrechnung und allgemeiner Rechnungsführung der Räterepublik. Mit fortschreitender Organisation der planmäßigen Volkswirtschaft führt das zur Abschaffung der Bank und zu ihrer Umwandlung in eine Zentral-Buchhalterei der kommunistischen Gesellschaft.

15. In der ersten Zeit des Ueberganges vom Kapitalismus zum Kommunismus, solange die kommunistische Produktion und Warenverteilung noch nicht völlig organisiert sind, ist die Beseitigung des Geldes unmöglich. Unter solchen Umständen fahren die bürgerlichen Elemente der Bevölkerung fort, die im Privatbesitz verbleibenden Geldzeichen zu Spekulations- und Bereicherungszwecken und zur Beraubung der Werktätigen auszunützen. Die K.P.R. stützt sich auf die Verstaatlichung der Banken und erstrebt, nach Durchführung einer Reihe von Maßnahmen, die das Gebiet [63] der geldlosen Verrechnung erweitern und die Abschaffung de» Geldes vorbereiten: obligatorische Aufbewahrung der Gelder in der Volksbank; Einführung von Budgetbüchern; Ersatz des Geldes durch Schecks; kurzfristige Gutscheine für den Empfang von Produkten usw.

FINANZWESEN.

16. In einer Epoche, in der mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch Enteignung der Kapitalisten begonnen ist, hört die Staatsmacht auf, ein Schmarotzerapparat zu sein, der über dem Produktionsprozeß steht; sie beginnt sich in eine Organisation zu verwandeln, die lediglich die Funktion erfüllt, das Wirtschaftsleben des Landes zu verwalten. Dadurch wird das Staatsbudget zum Budget der gesamten vereinheitlichten Volkswirtschaft.

Unter diesen Umständen ist ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben lediglich bei einer richtigen Regelung der staatlichen planmäßigen Produktions- und Warenverteilung möglich. Was die Deckung der direkten Staatsausgaben in der Uebergangszeit betrifft, so befürwortet die K.P.R. den Uebergang von dem System der Verhängung von Kontributionen über die Kapitalisten (einer historischen Notwendigkeit, die in der ersten Zeit der sozialistischen Revolution gesetzlich war) zu dem der progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer. Wenn jedoch diese Be-

steuerung angesichts der umfassenden Durchführung der Enteignung der besitzenden Klassen sich überlebt, muß die Deckung der Staatsausgaben darauf beruhen, daß ein Teil des Einkommens der verschiedenen Staatsmonopole direkt als Staatseinnahme verwandt wird.

WOHNUNGSFRAGE.

17. In dem Bestreben, die Wohnungsfrage, die sich besonders während des Krieges zugespitzt hat, zu lösen, hat die Rätemacht alle Häuser der Kapitalisten-Hausbesitzer gänzlich enteignet und [64] sie den städtischen Räten übergeben; sie veranlaßte eine Massenumsiedlung der Arbeiter von der Peripherie der Stadt in die Häuser der Bourgeoisie, übergab die besten darunter den Arbeiterorganisationen, wobei die Kosten der Instandhaltung vom Staate übernommen wurden und sie begann mit der Versorgung der Arbeiterfamilien mit Möbeln usw. Es ist die Aufgabe der K.P.R., auf dem vorgezeichneten Wege weiterzuschreiten und ohne die Interessen des nicht kapitalistischen Hausbesitzers zu schmälern, mit allen Kräften eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der werktätigen Massen anzustreben, die Uebervölkerung und Gesundheitswidrigkeit der alten Stadtviertel zu beheben, ungeeignete Wohnstätten abzutragen, alte umzubauen, neue zu bauen, die den neuen Lebensbedingungen der Arbeitermassen entsprechen, und die Werktätigen rationell anzusiedeln.

ARBEITSSCHUTZ UND SOZIALE FÜRSORGE.

Mit der Festigung der Diktatur des Proletariats wurde zum ersten Mal die Möglichkeit geschaffen, das Minimalprogramm der sozialistischen Parteien auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes zu verwirklichen.

Die Rätemacht hat auf dem Wege der Gesetzgebung folgendes durchgeführt und in dem »Kodex der Arbeit« niedergelegt: achtstündiger Arbeitstag für alle Werktätigen als Höchstarbeitszeit, wobei für Personen unter 18 Jahren in besonders schädlichen Produktionszweigen sowie für Bergarbeiter, die im Schacht arbeiten, der Arbeitstag nicht mehr als sechs Stunden betragen darf; eine 42stündige wöchentliche ununterbrochene Ruhepause für alle Werktätigen; das Verbot von Ueberstunden als allgemeine Regel; das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren; das Verbot der Nacharbeit und der Beschäftigung in besonders

schädlichen Betrieben sowie der Ueberstundenarbeit für alle Personen weiblichen Geschlechts und Personen männlichen Geschlechts unter 18 Jahren; die Befreiung der Frau von der Arbeit acht Wochen [65] vor und acht Wochen nach der Niederkunft unter Beibehaltung des vollen Arbeitslohnes für diese ganze Zeit, wobei die Arbeiterinnen unentgeltlich ärztlichen Beistand und Arzneien, alle drei Stunden mindestens eine halbe Stunde Pause zur Stillung des Säuglings und die stillenden Mütter verstärkte Beihilfe erhalten; eine Arbeits- und Sanitätsinspektion, die von den Gewerkschaftsräten gewählt wird.

Die Rätewacht hat auf dem Gebiete der Gesetzgebung für alle Werktätigen, die nicht fremde Arbeit ausbeuten, in allen Fällen des Verlustes der Arbeitsfähigkeit und – zum ersten Mal in der Welt – bei Arbeitslosigkeit völlige soziale Versorgung durchgeführt, und zwar auf Kosten der Arbeitgeber und des Staates, bei völliger Selbstverwaltung der Versicherten und weitgehender Mitwirkung der Gewerkschaften.

Die Rätewacht ist in mancher Beziehung sogar über das Minimalprogramm hinausgegangen und hat in demselben »Kodex der Arbeit« verfügt: Beteiligung der Arbeiterorganisationen an der Lösung von Einstellungs- und Entlassungsfragen, einen einmonatlichen Urlaub unter Beibehaltung des Arbeitslohnes für alle Werktätigen, die ununterbrochen mindestens ein Jahr lang gearbeitet haben; staatliche Regelung des Arbeitslohnes auf Grund von Tarifen, die von den Gewerkschaften ausgearbeitet werden; Schaffung bestimmter Organe und zwar Sektionen der Räte und Gewerkschaften, die mit der Verteilung und Registrierung betraut werden und verpflichtet sind, den Arbeitslosen Arbeit anzuweisen.

Der durch den Krieg hervorgerufene Zustand äußerster Zerrüttung und der Ansturm des Weltimperialismus haben jedoch die Rätewacht gezwungen, folgende Abweichungen zuzugestehen:

In Ausnahmefällen sind Ueberstunden zuzulassen, die auf 50 Tage im Jahre zu beschränkt sind; die Arbeit von Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren ist erlaubt unter Beschränkung ihres Arbeitstages auf vier Stunden; zeitweilig kann auch nur ein [66] vierzehntägiger Urlaub statt eines monatlichen gewährt werden; die Dauer der Nacharbeit kann bis auf sieben Stunden verlangen werden.

Die Kommunistische Partei Rußlands muß eine weitgehende Propaganda für aktive Anteilnahme der Werktätigen selber an der energischen Durchführung aller Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes betreiben, wozu erforderlich ist:

1. Noch intensivere Arbeit in der Fürsorgeorganisation und Erweiterung der Arbeitsinspektion auf dem Wege der Auswahl und entsprechenden Ausbildung von tatkräftigen Mitarbeitern aus der Mitte der Arbeiter selbst und Ausdehnung der Inspektion auf die Klein- und Hausindustrie.

2. Ausdehnung des Arbeitsschutzes auf alle Arten der Arbeit (Bauarbeiter, Land- und Wassertransport, Dienstpersonal und Landarbeiter).

3. Endgültige Abschaffung der Arbeit Minderjähriger und weitere Verkürzung des Arbeitstages für Jugendliche.

Die Kommunistische Partei Rußlands muß sich außerdem zum Ziel setzen;

1. Einführung des sechsständigen Höchstarbeitstages ohne Kürzung des Lohnes bei allgemeiner Steigerung der Produktivität der Arbeit, wobei die Arbeitenden verpflichtet sind, darüber hinaus zwei Stunden ohne besondere Vergütung dem Studium der Handwerks- und Produktions-theorie, der praktischen Ausbildung in der Technik, der Staatsverwaltung und der Kriegskunst zu widmen.

2. Einführung eines Prämiensystems, das zur Steigerung der Produktivität der Arbeit anfeuern soll.

Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge erstrebt die Kommunistische Partei Rußlands die Organisation umfassender Staatshilfe nicht nur für die Opfer des Krieges und für die durch Natur-[67]gewalten in Not Geratenen, sondern auch für die Opfer anormaler gesellschaftlicher Beziehungen, ferner den entschiedenen Kampf gegen jede Art Schmarotzertum und Faulenzerei; sie betrachtet es als ihre Aufgabe, jeden aus dem Arbeitsgeleise Geschleuderten zum werktätigen Leben zurückzuführen.

SCHUTZ DER VOLKSGESUNDHEIT.

Als Grundlage ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des Schutzes der Volksgesundheit beabsichtigt die Kommunistische Partei Rußlands vor allem die Durchführung umfassender sanitärer und hygienischer Maßnahmen, welche den Zweck haben, die Verbreitung von Erkrankungen zu verhüten. Die Diktatur des Proletariats hat bereits die Verwirklichung einer ganzen Reihe von sanitären und ärztlichen Maßnahmen ermöglicht, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht durchführbar waren: die Verstaatlichung des Apothekenwesens, der großen Heilanstalten, die Pri-

vatunternehmern gehörten, und der Kurorte, die Arbeitspflicht der medizinischen Arbeitskräfte usw.

Dementsprechend betrachtet die Kommunistische Partei Rußlands als ihre nächste Aufgabe:

Die entschiedene Durchführung umfassender sanitärer Maßnahmen im Interesse der Werktätigen, wie:

a) Sanierung bewohnter Orte (Boden-, Wasser- und Luftregulierung);

b) Umgestaltung der Volksernährung auf wissenschaftlich-hygienischer Grundlage;

c) Ergreifung von Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Entwicklung und Verbreitung ansteckender Krankheiten;

d) Schaffung einer Gesundheitsgesetzgebung;

e) Bekämpfung der sozialen Krankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Trunksucht usw.);

f) Unentgeltliche und qualifizierte ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln.

Kritik und Information

WOLFGANG GRABOWSKI

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Realität oder Fiktion

DIE GUS – INSTRUMENT FÜR EINE »ZIVILISIERTE SCHEIDUNG«

Wenn man heute über die GUS sprechen will, ist es geraten, sich zunächst auf ihre Entstehungsquellen zu beziehen.

Eigentlich ist sie ein illegales Kind. Niemand hatte die Präsidenten Rußlands, der Ukraine und Bjelorußlands Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch bevollmächtigt, die Auflösung der Sowjetunion zu vollziehen. Es gab keinerlei rechtliche Grundlagen dafür.

Der Willkürakt, faktisch ein Staatsstreich, vom »demokratischen« Westen verständlicherweise bejubelt, sollte unwiderrufliche Tatsachen schaffen. Natürlich wissen wir heute mit großer Sicherheit, daß die Sowjetunion, der real existierende Sozialismus, so wie sie waren, keinen Fortbestand hatten. Grundlegende Umwälzungen waren objektiv zwingend. Aber mußte es gleich die Rolle rückwärts zum Kapitalismus, zu finstersten Zeiten des Gewinnstrebens und der Verarmung großer Teile der Bevölkerung sein? Warum mußte das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden, wie Jewgenij Primakow im Herbst 1998, als er noch Premierminister war, in einem Vortrag in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik feststellte.

Es wird oft behauptet, natürlich in erster Linie von Verfechtern der westlichen »Wertewelt«, daß dies ein objektives Erfordernis war, sozusagen gesetzmäßigen Entwicklungen entsprach.

Ich sehe das anders. Historiker werden mich kritisieren, denn die Geschichte hat nun einmal so stattgefunden. Was soll da ein »Wenn und Aber«? Das ist sicher die *eine* Wahrheit. Aber ich bin Diplomat und gehalten, in Varianten und unterschiedlichen Szenarien zu denken. Also, was wäre z. B. gewesen, hätten nicht nationalistische, vom Westdrill und sehr eigensüchtigen Interessen Besessene damals das Ruder an sich gerissen, sondern andere es Gorbatschow aus der Hand genommen und einen behutsamen Konsolidierungskurs beschritten, hin zu neuen Ufern,

warum nicht sogar mit sozialistischem Anspruch.. Man hätte sich auf das Volk stützen können, das sich im damaligen Referendum – die baltischen Republiken ausgenommen – mit großer Mehrheit für den Fortbestand der Sowjetunion ausgesprochen hatte. An dieser Volksstimmung zum Zusammenhalt hat sich bis heute nicht viel geändert. Es lag der Dokumentenentwurf für eine reformierte Union zur Debatte und Beschlußfassung vor. Teile der politischen Eliten, so vor allem in Zentralasien, waren gegen die Zerstörung der Union. Dem demokratischen, verfassungsmäßigen Weg sollte offensichtlich in der Beloweshskaja Putsch vorgegriffen werden. Und es gab auch andere Wege und Erfahrungen für zeitgemäße Veränderungen, in China, Vietnam und Laos.

Fakt ist freilich, daß sich diese anderen Kräfte in der SU nicht durchsetzen konnten, allemal nach dem rückwärtsgewandten, noch dazu dilettantisch und altlastig vorgetragenen Putsch vom August 1991.

Aber zurück zur Beloweshskaja Putsch. Am 8. Dezember unterzeichneten die drei »slawischen Präsidenten« eine Erklärung zur Auflösung der SU und zur Gründung der GUS. Diese gilt gemeinsam mit der Erklärung von Alma Ata vom 21. Dezember 1991, in der sich mit Ausnahme der baltischen Republiken, Aserbaidshans, Georgiens und Moldowas die politischen Führungen der UdSSR-Nachfolgestaaten auf einen lockeren Vertrags- und Konsultationsmechanismus einigten, als Gründungsdokument.

Im Unterschied zur EU wurde die GUS nicht als Folge gemeinsamer Interessen der herrschenden Eliten an integrativen Prozessen geschaffen. Eine realistische Bewertung ihrer 15jährigen Geschichte und des gegenwärtigen Zustands muß immer davon ausgehen, daß die GUS nach dem Zerfall einer hoch integrierten Struktur entstand. Bis heute wirkt sich aus, daß das Gründungsziel der GUS die einigermaßen geordnete Auflösung der Sowjetunion, eine »zivilisierte Scheidung« und nicht die Schaffung von Integrationsmechanismen war.

Maßgeblich dazu beigetragen zu haben, daß es zu keiner »Jugoslawisierung« der Desintegration kam, ist das bisher wohl wichtigste Verdienst der GUS. Übrigens, im Westen wird dies kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn wie notwendig gewürdigt. Die GUS ist durchweg negativ besetzt, man will keine integrativen Prozesse im Osten, angeblich wegen imperialer Ambitionen Rußlands, die man bekämpfen müsse.

Zentrifugale Interessen prägten sich damals aus. Dabei wurde von den politischen Eliten der teilweise objektiv gegebene Nachvollzug natio-

nalstaatlicher Entwicklung maßgeblich für die Durchsetzung eigener Machtinteressen instrumentalisiert. Nationalistische Ressentiments wurden bewußt geschürt, chauvinistische Ausfälle nicht nur geduldet, sondern genutzt. Die Führungskräfte in Politik und Wirtschaft häuften dabei in kurzer Zeit große materielle Reichtümer und Machtprivilegien an, in deren Absicherung sie fortan ihre Prioritäten sahen. Dies steht auch heute noch im Vordergrund.

DIE GUS ALS ORGAN DER ZUSAMMENARBEIT

Diese teilweise sehr unterschiedliche, gar konträre Interessenlage fand ungenügende Berücksichtigung, als ab 1993 durch die Jelzin-Administration begonnen wurde, die GUS als Organ der Zusammenarbeit auszubauen. Kein Wunder also, daß es mit der GUS, trotz vieler Beschlüsse und anfänglicher Zuläufe so richtig nie voranging.

Am 22. Januar 1993 wurde das auch heute noch gültige Statut beschlossen. Dieser Grundsatzvertrag, der eine Entwicklung von einer Freihandelszone bis zur politischen Einheit bewirken sollte, erwies sich als nicht real. Aber im Grunde erst seit diesem Zeitpunkt kann von Mechanismen für die Zusammenarbeit gesprochen werden, die zumindest in Teilbereichen eine Neuintegration zu Wege bringen sollten. In unmittelbarer Folge wurden als hauptsächliche Instrumente ein Vertrag über kollektive Sicherheit, ein Abkommen über den gemeinsamen Schutz der Außengrenze, die Bildung eines Wirtschaftskomitees und ein Abkommen zum Zahlungsverkehr abgeschlossen. Georgien und Aserbaidshan traten der GUS bei. Moldowa gab seine Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft auf. Leonid Kutschma setzte sich bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen 1994 gegen seinen Haupttrivalen Krawtschuk deshalb durch, weil er dessen harten Kurs der Abgrenzung gegenüber Rußland und der GUS scharf kritisiert hatte.

Auf der Tagung der Staatsoberhäupter im Herbst 1994 erfolgte die Gründung eines »Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees« mit exekutiven Vollmachten. Seine Hauptaufgabe sollte die Sicherung einheitlicher Regelungen auf den Gebieten der Zoll- und Antimonopolgesetzgebung, der Standardisierung, der Energieversorgung, des Transport- und Fernmeldewesens sein. Es wurde das Prinzip der Mehrheitsentscheidung festgelegt. Erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion war ein übernatio-

nales Wirtschaftsorgan mit formal weitreichenden Kompetenzen geschaffen worden.

Insgesamt bestehen gegenwärtig über 50 gemeinsame Organe und Institutionen der GUS. Zu den wichtigsten zählen: Die Räte der Staats- und Regierungschefs, das Exekutivsekretariat, die Räte der Außen- und Verteidigungsminister, der Sicherheitsrat, das Wirtschaftskomitee und das Koordinierungskomitee. Des Weiteren gibt es zahlreiche Kommissionen, so u. a. für Menschenrechte sowie gemeinsame Institutionen wie Verrechnungsbank, Handelsgericht, Statistisches Komitee. Über 1.300 Verträge wurden abgeschlossen.

Es existiert eigentlich eine ausreichende Zahl von Instrumentarien. Tatsächlich ist die Zusammenarbeit aber wenig effektiv. Der Gründe dafür gibt es viele. Sie reichen von politischem Unwillen, gegenläufigen Interessen bis zur Ineffizienz der Mechanismen und Instrumente.

Die meisten Organe haben geringe Kompetenzen und arbeiten sehr sporadisch. Es entsteht manchmal der Eindruck, als würden Instrumente und Arbeitsweisen aus RGW oder Warschauer Vertragsorganisation übernommen. Wie früher gibt es eine Fülle faktisch folgenloser Beratungen. Der Apparat ist aufgebläht (etwa 2.500 Personalstellen) und schwerfällig. Viele Aufgabenbereiche überschneiden sich, Doppelungen und widersprüchliche Entscheidungsvorschläge sind die Folge. Niemand ist in der Lage, das Gewirr der vielen Verträge und Entschließungen in die Tat umzusetzen. Außerdem tragen die meisten von ihnen ohnehin mehr deklarativen Charakter. Kontrollmechanismen gibt es kaum oder funktionieren wenig wirkungsvoll. Die Beziehungen zwischen den GUS-Staaten wurden mehr und mehr bilateral abgewickelt. Ein von Rußland initiiertes Vorstoß, die Wirtschaftsintegration voranzubringen, scheiterte auf der Konferenz der GUS-Staatsoberhäupter am 28. März 1997. Der Versuch, dabei die Dominanz russischer Interessen durchsetzen zu wollen – und daß bei dramatischem Verfall Rußlands – brachte die Organisation 1997/1998 an den Rand des Abgrunds. Die regionalen Eliten sahen sich verstärkt veranlaßt, ihre Interessen außerhalb der GUS zu realisieren, was sich mit Bestrebungen (geostrategische, Zugang zu Energieträgern) von Außenkräften traf, die in den postsowjetischen Raum drängten. Einige Staatschefs von GUS-Ländern waren bestrebt, mit der NATO und der EU Sonderbeziehungen zu realisieren. Das zeigen solche Projekte wie TRACECA und INOGATE, die an Rußland vorbei strategische Ressourcen und neuralgische Transportwege durch den Kaukasus betreffen. Die NATO wurde sogar zu militärischen Übungen eingeladen. Das

Rußland unter Jelzin verlor mehr und mehr die Mittel, um sich dem entgegenzustellen. Hinzu kam, daß der Nutzen aus der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS sehr dürftig blieb. Ausgeprägt blieb das Mißtrauen gegenüber Moskau, das aus tief verwurzelten historischen Erfahrungen, der Mißachtung nationaler Belange und von Verbrechen gegenüber Minderheiten unter dem Zarismus und unter Stalin, den gravierenden Fehlern und Versäumnissen in der Nationalitätenpolitik nach ihm, auch unter Gorbatschow, sowie aus der zerstörerischen Politik des Jelzin-Regimes, der Unberechenbarkeit und machiavellischen Machtpolitik Jelzin gespeist wurde. Die GUS war dem Kollaps nahe. Die Regierung Primakow stellte sich gegen diese Entwicklung. Unter seiner Leitung wurde im Herbst 1998 die Arbeit an einer Reform der GUS, an der Effizienzsteigerung ihrer Mechanismen begonnen.

SONDERBÜNDNISSE IN DER GUS

Verstärkt haben sich innerhalb der GUS Sonderbündnisse bzw. -verbindungen gebildet:

- Die Staatsunion zwischen Rußland und Belarus ist völkerrechtlich ein Novum, ein Experiment von beträchtlicher Auswirkung.
- Im Oktober 2000 haben die Präsidenten von Rußland, Belarus, Kasachstan, Kyrgistan und Tadshikistan (diese GUS-Staaten waren schon zuvor in einer Zollunion zusammengeschlossen) einen Vertrag über die Gründung einer Euro-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) abgeschlossen, die auch als Kern-GUS bezeichnet wird. Sie stellt gegenwärtig die einzige lebensfähige multilaterale Struktur im Rahmen der GUS dar.
- Struktur über kollektive Sicherheit und gemeinsame Luftverteidigung (auch als Taschkenter Vertrag bezeichnet). Ihr gehören gegenwärtig Rußland, Kasachstan, Belarus, Tadshikistan, Kyrgistan und Armenien an. Dieser Sicherheitspakt erwies sich als wenig effektiv, um als Klammer zu wirken. In Ihm verblieben vor allem jene, die aus der Vergangenheit keine eigenen, in sich geschlossene Militärstrukturen (Militärbezirke) übernehmen und auch nicht aufbauen konnten, Rußland natürlich ausgenommen.
- Der GUAM gehören Georgien, die Ukraine, Aserbaidshan und Moldowa an. Diese Organisation wurde faktisch als Gegengewicht gegen die

GUS und gegen Rußland gegründet. In GUS-Kreisen geht man davon aus, daß dahinter vor allem die USA stecken.

– Die Zentralasiatische Wirtschaftsunion (Kasachstan, Kyrgistan, Tadschikistan, Usbekistan) und die Kislowodsker Gruppe (Rußland, Armenien, Georgien, Aserbaidshan) stehen mehr oder weniger nur auf dem Papier.

a) Die Staatsunion Rußland–Belarus

Trotz aller Probleme, die bei einem solchen Vorhaben zwangsläufig und aus subjektiven Gründen auftreten, entwickelte sich das Projekt zunächst erfolgreich. Es basierte auf grundlegenden Interessen beider Seiten. Zweifelsohne ist das in erster Linie das gemeinsame Sicherheitsinteresse. NATO- und EU-Osterweiterung haben dieses Interesse noch vertieft. Für Rußland bedeutet der Schulteranschluß mit Belarus wichtige Vorteile in militärstrategischer Hinsicht. Die NATO steht an diesem sensiblen Abschnitt, der für Rußland gegen Invasionen aus dem Westen immer von großer Bedeutung war, nicht direkt an der russischen Grenze. Ein effektiveres Frühwarnsystem und eine effektivere Luftabwehr, Unterstützung durch eine intakte, kampfstärke bjelorusische Armee, gewisse Neutralisierung der Gefahren der NATO-Osterweiterung in Richtung Baltikum, sind einige wesentliche Faktoren. Gemeinsam mit Belarus ist es einfacher, die komplizierte Kaliningrad-Frage im Griff zu behalten. Rußland ist trotz geplanter Ostsee-Pipeline auch weiterhin auf die Transitwege durch Belarus nach Westeuropa angewiesen.

Für Belarus bedeutet die Union mit Rußland vor allem Schutz gegen den harten Dauerdruck seitens der USA, der NATO, der OSZE und mit gewissen Abstrichen auch der EU. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes unter dem Motto der »Verletzung von Menschenrechten« und demokratischer Werte ist beispiellos. Besonders taten sich die amerikanische Botschaft (1997 wurde der Botschafter des Landes verwiesen) sowie die vom ehemaligen BND-Chef Wieck geleitete OSZE-Vertretung in Minsk hervor. Wieck, der endlich abgelöst wurde, hatte vor den Präsidentenwahlen im September 2001 die Kontakte zu den Behörden eingestellt und nur noch mit Vertretern der Opposition Verbindungen unterhalten, diesen auch finanzielle Unterstützung gewährt. Der US-amerikanische Finanzspekulant Söros wurde 1997 ausgewiesen, weil er versucht hatte, mit drei Millionen Dollar oppositionelle Gruppen zu unterstützen (das Geld wurde konfisziert und für Jugendprojekte einge-

setzt). Insgesamt 5.000 katholische Missionare, die unter der litauisch-polnischen Minderheit vor allem gegen die Union mit Rußland agierten, wurden ausgewiesen. Die Union mit Rußland ist ein sicherer Schutz gegen politische Abenteurer. Sie hilft Belarus, mit den Belastungen aus NATO- und EU-Osterweiterung sowie der politischen Blockade durch den Westen besser fertig zu werden und eine eigenständige Entwicklung zu gewährleisten. Sie wirkt stabilisierend. Belarus hat ebenso wie Rußland ein starkes Interesse an wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kooperation und dem Absatz von Erzeugnissen der Schwer- und Konsumgüterindustrie sowie der Landwirtschaft im Partnerland. Für Belarus sind die russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen lebenswichtig. Belarus könnte die komplizierten Wirtschaftsprobleme ohne Rußland nicht lösen (Verschleiß und Überalterung der Grundfonds und der Grundausrüstungen bis zu 80%; die angespannte Finanzlage; zu geringe Investitionen in der Produktionssphäre, auch ausländische Investitionen fließen zumeist in die Dienstleistungssphäre; geringe Rentabilität der Produktion; Rückstände in der Hochtechnologie). 60 Prozent der belorussischen Produktion geht auf den russischen Markt. Die belorussischen Waren sind für russische Bürger mit geringerem Einkommen von großer Attraktivität. Die Union ist auch für die gegenwärtig recht komplizierten Beziehungen mit Polen und den baltischen Ländern von beträchtlichem Gewicht.

Das Modell des Unionsstaats ist im Vertrag über die Schaffung des Unionsstaates dargestellt. Andere Dokumente gibt es bisher nicht.

Rußland und Belarus sind die beiden Staaten im postsowjetischen Raum, die sich kulturell, politisch, historisch und wirtschaftlich am nächsten sind. Über zehn Jahre entwickelt sich ein integrativer Prozeß, von der Errichtung der Gemeinschaft Rußland–Belarus 1996, über die Union Rußland–Belarus 1997 bis zum Vertrag über die Schaffung eines Unionsstaates vom 8. Dezember 1999.

Hauptziel ist die Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dynamisch entwickelt sich der russisch-bjelorussische Außenhandel. Wenn er Mitte der neunziger Jahre fünf Mrd. Dollar erreichte, waren es 2006 20 Mrd. Lediglich Deutschland, Holland, die USA, China und die Ukraine liegen vor Belarus im Handel mit Rußland. Die Zusammenarbeit fördert insbesondere innovative, wissenschaftsintensive Projekte. Wurden 2001 18% des Unionshaushalts für derartige Programme und Projekte verausgabt, so waren es 2006 80%. Diese Orientierung ist auch 2007 beibehalten.

Für die Realisierung der gemeinsamen Programme und die Tätigkeit der zwischenstaatlichen Industrie-Finanzgruppen wurden normativ-rechtliche Grundlagen und ein effektiver Mechanismus geschaffen. Gegenwärtig wird an der Realisierung folgender Programme gearbeitet, wie die Entwicklung des Dieselautomobilbaus, von Computertechnologien, von speziellen Chemiefasern, von biologisch und ökologisch unbedenklichen Arzneimitteln neuer Generation. Die Programme sind nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sondern auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen, insgesamt etwa fünf Millionen in Rußland und Belarus.. Im Unionshaushalt für dieses Jahr sind vier Mrd. Rubel (rund 114,3 Mill. Euro) eingestellt. Das ist das Zehnfache im Vergleich zu anderen Integrationsvorhaben im postsowjetischen Raum.

Wichtige Ergebnisse konnten bei der Vereinheitlichung von Normen und Rechtsgrundlagen im Zoll und bei der Valutakontrolle im Außenhandel erreicht werden.

Wirksam geregelt ist die enge Zusammenarbeit im militärischen Bereich, beim Funktionieren der regionalen Verteidigungsstreitmacht, der effektiven Nutzung der wissenschaftlich-technischen Basis des militärisch-industriellen Komplexes.

Realisiert wird ein Programm abgestimmter außenpolitischer Aktivitäten.

Für die Bürger ist die weitgehende rechtliche Gleichbehandlung, vor allem auch im Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsbereich, besonders spürbar und akzeptabel.

Zwischen den beiden Staaten besteht keine Grenze, keine Grenz- und Zollkontrolle. Die Bürger beider Länder können sich ungehindert in Rußland und in Belarus bewegen.

Trotz alledem sind die Probleme in den Beziehungen nicht zu übersehen. Der Streit um den Erdgaspreis zum Jahreswechsel verdeutlichte das anschaulich. Mancher sprach gar von einer Beziehungskrise. Kompromißlösungen wurden zwar für den konkreten Anlaß gefunden. Aber die Ursachen und Gründe liegen natürlich tiefer.

Die Formierung eines einheitlichen Wirtschafts- und Zollraumes, mit einheitlicher Währung ist nicht zu Ende gebracht. Die Rücksichtnahme auf die Erfordernisse und Probleme der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, der auch noch Kasachstan, Tadshikistan und Kyrgistan angehören, erschwert momentan das Voranschreiten.

Eine schwerwiegende Ursache der Probleme bleiben die beträchtlichen Unterschiede in den Eigentumsformen im Wirtschaftssektor, die in

Belarus in Größenordnungen unter Staatskontrolle verblieben sind. In Belarus kann berechtigt darauf hingewiesen werden, daß die Verhinderung einer wilden und chaotischen Privatisierung, wie sie à la Gaidar und Tschubais in den neunziger Jahren in Rußland ablief, trotz fehlender Naturreichtümer eine beachtliche stabile Wirtschaftsentwicklung, und zwar ohne soziale Turbulenzen wie in Rußland, möglich machte. Die bisherigen Verhältnisse im Wirtschaften stoßen aber nun an ihre Grenzen, was die belarussische Führung auch versteht. Rigorose Umbrüche zu unvernünftiger Privatisierung wird es aber auch in Zukunft nicht geben, was bei kapitalschweren russischen Unternehmern und Oligarchen Frust auslöst, weil man nicht ungebremst in Belarus agieren, z. B. Eigentum erwerben kann. Eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die bjelorussische Führung in ihrem Festhalten an den sozialen Programmen, sowie bei der Förderung des kollektivem Wirtschaftens und des traditionellen Lebens im ländlichen Raum, was wesentlich zur Stabilität der Versorgung und der politischen Situation beigetragen hat.

Sehr viel wird vom weiteren Vorgehen der russischen Führung auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet abhängen, von der sich wieder ausprägenden staatlichen Regulierung und Kontrolle.

Offenbar muß auch eingeschätzt werden, daß die Vorstellungen russischer Politiker, Belarus könne sich in der Russischen Föderation auflösen, also als unabhängiger nationaler Staat aufhören zu existieren, nicht real sind. Eine Aufgabe der nationalen Identität ist nicht vorstellbar, eine Union Gleichberechtigter schon. Das wäre dann tatsächlich ein Novum von weitreichender Tragweite auch für künftige Integrationen im post-sowjetischem Raum. Das ist sicher eine Vision. Aber wer hätte gedacht, daß einmal die komplizierte Grenzfrage zwischen China und Rußland, die zur Sowjetzeit zu einem Krieg geführt hatte, in beidseitigem Einvernehmen gelöst würde.

Man muß auch berücksichtigen, daß die Idee des Unionsstaates von Jelzin forciert wurde, als er 1999 einen Duma-Beschluß, in der seine Mitverantwortung für die Auflösung der Sowjetunion gebrandmarkt wurde, nur durch sein Veto zurückweisen konnte. Er hoffte wohl damals, sich durch das Vorpellen in Richtung Belarus aus seiner Notlage herauszumanövrieren.

b) Die Euro-Asiatische Wirtschaftsgemeinschaft

Im Oktober 2000 haben die Präsidenten von Rußland, Belarus, Kasachstan, Kyrgistan und Tadshikistan (diese GUS-Staaten waren schon zuvor in einer *Zollunion* zusammengeschlossen) einen Vertrag über die Gründung einer *Euro-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG)* abgeschlossen, die auch als Kern-GUS bezeichnet wird. Sie stellt gegenwärtig die einzige lebensfähige multilaterale Struktur im Rahmen der GUS dar. Hier liegen die Dinge gar so, daß die geschaffenen organisatorischen Rahmen hinter den Interessen der Beteiligten zurückbleiben. Aber auch bei der EAWG ist Euphorie fehl am Platz. Belarus hat in der Gemeinschaft zu 95% Interesse an der Vertiefung der Zusammenarbeit mit Rußland, für dessen Realisierung eine multilaterale Vereinigung eigentlich gar nicht nötig wäre. Kasachstan ist vor allem daran interessiert, Erdöl und Erdgas wie bisher in Größenordnungen über den Nordweg, also über Rußland zur internationalen Vermarktung zu bringen. Die Schaffung südlicher Transportkorridore, über die nachgedacht wird, braucht viel Zeit und Geld. In Kasachstan hat man in Rechnung zu stellen, daß immer noch vier bis fünf Millionen Bürger russischer Nationalität in der Republik verblieben sind. Das starke Engagement von Unternehmen aus China, Japan und Indonesien ist auszubalancieren. Von Süden wird Kasachstan von terroristischen Kräften bedroht. Der euro-asiatische Aspekt begleitete von Anbeginn die Politik Nasarbajews in starkem Maße. All diese Faktoren begründen das nachhaltige Interesse Nasarbajews an guten Beziehungen mit Rußland und an der Stärkung der EAWG. Für Kyrgistan und Tadshikistan sind die Beziehungen mit Rußland und die Möglichkeit, sich an eine relativ stabile und starke Gemeinschaft anlehnen zu können, von existenzieller Bedeutung. Daran wird sich auch im überschaubaren Zeitraum nichts ändern. Nur mit Rußland und Kasachstan sind die Energie- und Wasserprobleme zu lösen. Die USA, die an den beiden Gebirgsrepubliken kein wirtschaftliches Interesse haben, sind keine Alternative.

c) Der Taschkenter Vertrag

Struktur über kollektive Sicherheit und gemeinsame Verteidigung des Luftraums (auch als Taschkenter Vertrag bezeichnet). Ihr gehören gegenwärtig Rußland, Kasachstan, Belarus, Tadshikistan, Kyrgistan und

Armenien an. Dieser Sicherheitspakt erwies sich als wenig effektiv, um als Klammer zu wirken. In ihm verblieben vor allem jene, die aus der Vergangenheit keine eigenen, in sich geschlossenen Militärstrukturen (Militärbezirke) übernehmen und auch nicht aufbauen konnten, Rußland natürlich ausgenommen. Daß Rußland unter Jelzin die Militärführung an sich riß, war ein Fehler, zumal für jedermann sichtbar wurde, daß die nötigen Aufwendungen fehlten und die Streitkräfte mehr und mehr verfielen. Rußland war faktisch nicht im Stande, Militärschirm zu sein. In einigen GUS-Staaten werden die Offiziere nicht in Rußland, sondern in NATO-Staaten ausgebildet. Förderlich für die Zusammenarbeit ist jedoch die fortbestehende gegenseitige Abhängigkeit bei militärischen Ausrüstungen; Kooperationsbeziehungen wirken fort, zumal westliche Waffen und ihre Installierung in der Regel zu kostspielig sind. Interesse an einer Zusammenarbeit besteht bei der Verteidigung des Luftraums und der sehr kostspieligen Ausbildung von Militärpiloten fort.

d) Die GUAM

Der *GUAM* gehören Georgien, die Ukraine, Aserbaidshan und Moldowa (Usbekistan ist wieder ausgetreten) an. Diese Organisation wurde faktisch als Gegengewicht gegen die GUS und gegen Rußland gegründet. Vorläufer war die »Union der Drei« (Georgien, Ukraine, Aserbaidshan), die im Herbst 1996 Gestalt annahm. 1997 trat Moldowa bei; die Vereinigung nannte sich fortan *GUAM*. Diese wurde durch eine Reihe von Verträgen ausgebaut, die Bereiche der Öl- und Gasindustrie, die Schaffung gemeinsamer Transportwege wie auch militärische Kooperation beinhalteten. Usbekistan, das bereits früh auf Distanz zu den russischen Integrationsbemühungen gegangen war bei gleichzeitiger Intensivierung der Westorientierung, schloß sich am 24. April 1999 der *GUAM* an, die sich seit dem *GUAM* nannte. Auf dem Gipfeltreffen der *GUAM* am 5.–6. Juni 2000 in Jalta wurde auf Initiative der ukrainischen Delegation eine Formalisierung und Erweiterung der Arbeit der *GUAM* festgelegt, obwohl bislang besonders die Ukraine und Moldowa immer den informellen Charakter des Bündnisses betont hatten. Die Initiative hat bei den Teilnehmern keinen Enthusiasmus ausgelöst. Neben Treffen der Staatsoberhäupter am Rande internationaler Tagungen sollen nun auch Treffen der Ministerpräsidenten und von Fachministern (Wirtschaft/MfAA/Verteidigung) stattfinden. Der Gründerelan ist langsam versiegt. Die tragende Idee

der GUUAM war ursprünglich der Aufbau eines Energie-Transport-Korridors »Ost-West«, wobei die Realisierung des EU-Projekts TRACECA, bekannter unter der Bezeichnung »Große Seidenstraße«, eine zentrale Rolle spielen sollte. Die Aktivitäten Rußlands und Kasachstans haben diese Bemühungen ausgehöhlt. Die Lage ist nach dem Austritt Usbekistans noch komplizierter geworden. Die krisenhafte Lage in der Ukraine trägt ebenso dazu bei.

e) Die Zentralasiatische Wirtschaftsunion

Die *Zentralasiatische Wirtschaftsunion* (Kasachstan, Kyrgistan, Tadshikistan, Usbekistan) und die *Kislowodsker Gruppe* (Rußland, Armenien, Georgien, Aserbaidshan) stehen mehr oder weniger nur auf dem Papier.

BEZIEHUNGEN UKRAINE–RUSSLAND

Das Verhältnis zwischen Rußland und der Ukraine ist von besonderer Bedeutung für die GUS. Es war von Anfang an heiß umkämpft, nicht nur in den beiden Ländern. Äußere Akteure waren und sind bemüht, kräftig mitzumischen: vor allem die USA/NATO, die EU, aber auch Polen.

Einmütigkeit herrschte zwischen den Präsidenten beider Länder lediglich hinsichtlich des Strebens, eigene Wege zu gehen und die Sowjetunion aufzulösen. Als das mit den Beschlüssen beim Treffen in der Bjeloweshskaja Putsch im Dezember 1991 vollzogen war, bestand gemeinsames Interesse fortan im wesentlichen nur darin, daß die Trennung einigermaßen zivilisiert verläuft und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aufgefangen werden sollte.

Die Illusion, durch Abgrenzung von Rußland und eigenständig besser voranzukommen, verflieg schnell, zumal in der Bevölkerung, vor allem im russischsprachigen Osten, die Gemeinsamkeiten der Vergangenheit lebendig geblieben waren und sich andererseits die wirtschaftliche und soziale Lage dramatisch zuspitzte. Mitte der neunziger Jahre plädierte bei Umfragen eine Mehrheit für eine Union mit Rußland und Belarus.

Der Herausforderer von Präsident Krawtschuk, Leonid Kutschma, war bei den Wahlen 1994 mit der Losung für enge Zusammenarbeit mit Rußland siegreich. Lediglich im Westen der Ukraine, vornehmlich in jenen Gebieten, die erst unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg der So-

wjetunion angegliedert worden waren, dominierten und dominieren bis zum heutigen Tag antirussische, prowestliche Stimmungen, die auch zur entscheidenden Triebkraft der »Orangenen Revolution« wurden und bis heute die fortdauernde ukrainische Krise anfeuern.

Charakteristisch für das Vorgehen Kutschmas in der ersten Zeit seiner Präsidentschaft war ein ständiges Manövrieren zwischen Ost und West, wofür die Druck- und Drohpolitik Jelzins oft genug Anlaß bot. Kiew wandte sich mehr und mehr dem Westen zu und erbrachte viele Vorleistungen, um sich als Aufnahmekandidat der EU zu präsentieren.

Gemessen daran, blieb die Aufmerksamkeit der EU für das Land eher unterentwickelt. Das Interesse an seinen wirtschaftlichen und sozialen Problemen hielt sich sehr in Grenzen, selbst die Verpflichtungen aus den für die Ukraine lebenswichtigen Kernkraftvereinbarungen wurden nur schleppend und schwierig realisiert. Enttäuschung und Ernüchterung machten sich breit. Man mußte zur Einsicht kommen, daß ein Beitritt zur EU in Brüssel faktisch nicht gewünscht war und die ukrainischen Exportgüter in Westeuropa kaum Absatz fanden. Der erhoffte Ausgleich für die Belastungen aus der EU-Osterweiterung entsprach nicht den Erwartungen (aus Gesprächen in der Präsidentschaftsadministration, im Außenamt sowie im Parlament, Juni 2000).

Der Westen, allen voran die USA sehen in der Ukraine in erster Linie ein geostrategisches Gegengewicht gegen Rußland und die GUS. Und man war dabei im Umgang mit den russischen Interessen nicht zimperlich, wohl wissend, welche strategische Bedeutung Moskau der Ukraine beimißt. In dem Strategiepapier für die Ukraine, angenommen vom Europarat im Dezember 1999, ist nicht wenig über die Nachbarn der Ukraine die Rede, kein Wort aber über ihren hauptsächlichsten Nachbarn Rußland. Der Osten, die GUS kommen nicht vor. »Die EU erkennt die auf Europa gerichteten Bestrebungen der Ukraine an und begrüßt, daß es sich für Europa entschieden hat.« Und an anderer Stelle heißt es: »Die EU unterstützt die Bemühungen der Ukraine um Förderung der Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meers, dem Rat der Ostseestaaten sowie mit Georgien, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldau.« Diese Staaten traten aus dem 1991 beschlossenen Verteidigungspakt der GUS aus und bildeten die GUUAM, faktisch als Gegenentwurf zur GUS, maßgeblich von den USA befördert. Die gegen die GUS und Rußland abzielende Stoßrichtung ist unschwer ablesbar (Usbekistan ist nicht mehr Mitglied).

Der Präsidentenwechsel in Moskau brachte Bewegung in die russisch-ukrainischen Beziehungen, auch wenn Kutschma zunächst auf die rasche Besuchsgeste des neuen russischen Präsidenten eher abweisend reagierte. »Präsident Kutschma hat sich entschlossen, auch nach dem Putin-Besuch weiterhin zwischen dem Westen und dem Osten zu lavieren.«¹

Moskau knüpfte aber beharrlich an die Bemühungen von Jewgenij Primakow als russischer Außenminister und dann als Premier an, dem es gelungen war, in langwierigen Verhandlungen einen Freundschaftsvertrag auszuhandeln. Dessen fortwirkende Bedeutung kann in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

- Eröffnet wurden neue Möglichkeiten für eine umfangreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit, einschließlich der Grenzgebiete; beseitigt wurden Barrieren für das Zusammenleben der Bevölkerung und für die Kontakte zwischen Wirtschaftseinheiten;
- es verbesserten sich die Bedingungen für den Kampf gegen verschiedene Gesetzesverletzungen, einschließlich der organisierten Kriminalität und dem Drogenschmuggel;
- verbreitert wurden die kulturellen und humanitären Kontakte, Perspektiven wurden für das Erlernen der russischen Sprache, für die Nutzung wissenschaftlicher Literatur und Belletristik, von Zeitschriften und Zeitungen eröffnet;
- verbessert wurden die Garantien für ein normales Leben der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine.

Die wachsenden innenpolitischen Probleme waren dann wohl entscheidend, als man sich den Moskauer Offerten aufgeschlossener gegenüber verhielt. Der ukrainische Präsident erklärte nach einem Treffen mit Putin im Juni 2000, daß dessen neue Politik pragmatischer, verständlicher und berechenbarer sei. Sie sei im Interesse der Ukraine, weil der Wunsch zu erkennen wäre, die Probleme zu lösen, die von der Ukraine und anderen GUS-Partnern vorgebracht wurden.²

Präsident Putin war im Frühjahr 2001 erfolgreich bemüht, die schwierige innenpolitische Lage des ukrainischen Präsidenten zu nutzen, um weitere Tatsachen für die engere Zusammenarbeit mit der Ukraine

1 »Nezavisimaja gazeta«. Moskau vom 20. April 2000.

2 Siehe regierungsnaher Zeitung »Fakty«. Kiew vom 23. Juni 2000.

zu schaffen. Während der Anti-Kutschma-Demonstrationen unterzeichneten Putin und Kutschma 15 Abkommen. Die Realisierung dieser Verträge hat in den folgenden Jahren maßgeblich zur Steigerung der Wachstumsraten in der Ukraine beigetragen.

Präsident Kutschma übernahm Verantwortung im Rahmen der GUS.

Eine solche Entwicklung lief natürlich gegen die Interessen Washingtons. Unter Nutzung der großen Unzufriedenheit mit dem Kutschma-Regime und antirussischer Stimmungen, die insbesondere in der Westukraine dominant sind, forcierte man mit Hilfe einer großen Schar amerikanischer Berater die Ereignisse. Nach dem Schema der Einmischung in Jugoslawien und Georgien wurde die »Orangene Revolution« stabsmäßig vorbereitet, durchgeführt und finanziert. Alles lief zunächst wie geplant: Die Prowestler Juschtschenko und Timoschenko wurden in die Macht gehievt, Rußland ausgebremst.

Aber die »Revolutionseuphorie« hielt nicht lange an. Die Hauptakteure der Ereignisse, die sich weiterhin auf massive westliche, vor allem US-amerikanische Hilfe stützen konnten, waren nicht in der Lage, die Versprechungen einzulösen und die Erwartungen der Demonstranten zu erfüllen. Die Wirtschaft rutschte wieder in rote Zahlen ab, die soziale Lage verschlechterte sich, Unzufriedenheit breitete sich aus. Die wachsenden Probleme generierten Streit in der Führungsmannschaft. Insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen Juschtschenko und Julia Timoschenko schufen viel Ungemach. Der Präsident verlor dramatisch an Einfluß. Die Wahlen zum Parlament (Rada) sollten Abhilfe schaffen, bestätigten aber nur den Entwicklungstrend. Die Sieger der »Orangenen Revolution« konnten nicht verhindern, daß ihr Verlierer, Janukowitsch, im Ergebnis der Wahlen, deren fairer Charakter nicht bestritten werden konnte, Regierungschef wurde. Die von ihm geführte Koalitionsregierung aus der Partei der Regionen, der KP und der Sozialistischen Partei setzte sich effektiv in Szene, die Ukraine erreicht wieder Wachstumsraten um die acht Prozent. Die Energiekrise mit Rußland konnte beigelegt werden. Janukowitsch entwickelte Aktivitäten gegenüber der EU und unterstrich die Notwendigkeit guter Beziehungen mit Rußland. Seine Zurückhaltung gegenüber der NATO und zu einem Beitritt der Ukraine, rief die »Prowestler« und ihre Anhänger auf den Plan. Die Aktionen des Präsidenten gegen die Regierung stürzten das Land erneut in eine tiefe Krise. Und noch ist kein Ende abzusehen, trotz der Neuwahlen im September 2007, deren Ergebnisse wiederum keine grundsätzlich veränderte Situation ergaben: 34% stimmten für die »Partei der Regionen«, 32% für den

Block Julia Timoschenko und 15% für den Präsidentenblock »Unsere Ukraine«.

Erneut steht die Frage »Quo vadis, Ukraine«. Die Zerstrittenheit in der Gesellschaft wie unter den Intellektuellen brachte auch die Konferenz zum Ausdruck, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihr Partner, das Kiewer Institut für Internationale Beziehungen, am 29./30. Mai 2007 zum Thema »Russisch-ukrainische Beziehungen im Kontext der Integrationsprozesse in Europa« in Kiew durchgeführt haben. Einige möchten lieber heute als morgen in die EU, und da das in Brüssel auf wenig Gegenliebe stößt, dann in die NATO. Nur so könne man die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine gewährleisten und dem Druck des übermächtigen östlichen Nachbarn widerstehen.

Zugleich fällt es schwer, den Realitäten auszuweichen. Zum Energiegeschäft mit Rußland gibt es faktisch keine Alternative. Alle Versuche zur Diversifizierung der Importe von Erdöl und Erdgas brachten keine wesentliche Erleichterung. Die Einnahmen aus dem Energietransfer stellen einen wichtigen Teil der Staatseinnahmen dar, auf die man schwerlich verzichten kann.

Generell ist in den letzten Jahren der Handel mit Rußland deutlich angewachsen, dagegen der im EU-Bereich auf Grund geringer Konkurrenzfähigkeit und Restriktionen zurückgegangen. Die Alternative im Export sind die GUS-Staaten, in erster Linie Rußland.

Zehn Prozent der Staatseinnahmen sind Geldüberweisungen von in Rußland Arbeitenden.

Die Ereignisse vom Dezember 2004 und die Entwicklung danach machen deutlich, daß das Land faktisch nach West und Ost gespalten bleibt, und das die Instrumentalisierung dieser Sachlage gefahrvoll ist. Nur Ausgleich wird die Ukraine befrieden können und eine stabile, nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten. Dazu gehören normale, partnerschaftliche Beziehungen mit Rußland, das sich in den letzten Jahren durch wirtschaftliche und politische Stabilität und entsprechende Ausstrahlung wieder zu einem Akteur von Weltgeltung entwickelt hat.

Vergangenheit und Traditionen, tief im Volk verwurzelte Stimmungen sind von großer Bedeutung und für die ukrainische Zukunftswahl zu bedenken. Alexander Dergatschow, führender Soziologe der ukrainischen Akademie der Wissenschaften, führte auf der Konferenz von IMO und RLS interessante soziologische Forschungsergebnisse an. Der Anteil derjenigen, die sich eher mit der Sowjetunion als mit der Ukraine identifizieren, ist nach wie vor hoch (2006 34%, im Osten 62%). Die Be-

schlüsse der Perejaslawer Rada von 1654 (Vereinigung mit Rußland unter Hetman Chmelnitzki) empfinden 60% der Ukrainer als positiv, nur 17% als negativ, die Oktoberrevolution 42 als positiv, 33% als negativ. Daß die Ukraine der Sowjetunion angehört hat, sehen 63% positiv, 20% negativ. 54% der Befragten bedauern den Zerfall der Sowjetunion, in den Ostgebieten 81%, in der Westukraine 21%. Bemerkenswert ist, daß immerhin noch 41% der bis 30jährigen den Zerfall negativ betrachten. 20,4% möchten, daß die Sowjetunion wieder hergestellt wird, weitere 28,3 Prozent wünschten sich das, wenn es denn möglich wäre.

Die Konferenz brachte die Ratlosigkeit und Zerrissenheit vieler zum Ausdruck. Wohl auch das Gefühl, daß einseitige, voluntaristische Schritte in Richtung Westen, vor allem für einen NATO-Beitritt, das Land vor eine katastrophale Zerreißprobe stellen würden, so sehr man sich die NATO-Mitgliedschaft auch herbeiwünschen mag.

Es gab auch Stimmen, die den Ausweg für die Ukraine in einem partnerschaftlichen Dreiecksverhältnis zwischen der Ukraine, Rußland und der EU sehen (Prof. Dr. Manshola, Leiter des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Außenpolitik des Instituts für Internationale Beziehungen).

Viel wird von der künftigen Politik Rußlands abhängen. Die Akzeptanz der staatlichen und nationalen Unabhängigkeit der Ukraine, verbunden mit beharrlichen Angeboten für eine konstruktive Zusammenarbeit auf zukunftssträchtigen und innovativen Gebieten, also nicht nur im Energiebereich, auf gleichberechtigter Grundlage und im Geiste des Freundschaftsvertrages, dürfte dauerhaft Chancen für Stabilität und Entwicklung auf tun.

SCHANGHAIER ORGANISATION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT (SCHOZ)

Entwicklungen in der GUS sind seit geraumer Zeit im Zusammenhang mit der »Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit« zu betrachten. Der SchoZ gehören neben China immerhin fünf GUS-Staaten an: Rußland, Kasachstan, Usbekistan, Tadshikistan und Kirgistan. Sie begann 1996 ihre Tätigkeit als »Schanghaier Fünfergruppe« (Usbekistan wurde 2001 Mitglied) zunächst als Konsultationsforum. Im Mittelpunkt standen die Grenzprobleme zwischen den fünf Staaten. Die historische Dimension wird deutlich, wenn man bedenkt, daß um die Grenzstreitigkeiten an

Ussuri und Amur ein blutiger Krieg zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China getobt hatte, und es nun gelang für eine Riesengrenze von über 3.000 km Länge dauerhafte, einvernehmliche Regelungen zu vereinbaren.

Inzwischen hat sich die SchOZ zu einer aufstrebenden Regionalorganisation von Weltgeltung entwickelt. Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei wurden Beobachter und nehmen aktiv an der Arbeit teil, auf der Ebene der Staatschefs und von Expertengremien.

Schritt für Schritt wurde eine effektive Struktur aufgebaut. Das Sekretariat mit dem Generalsekretär Bulat Nurgaliew (Kasachstan) hat seinen Sitz in Peking.

Ein Koordinierungsrat ist in Taschkent tätig.

Die Organisation verfügt über ein Jahresbudget von vier Millionen Dollar, die Beiträge werden entsprechend dem Bruttosozialprodukt entrichtet.

Die SchOZ arbeitet gegenwärtig an 120 Projekten.

Das Gipfeltreffen der SchOZ 2002 diente einer gründlichen Erörterung der Entwicklung nach dem Terroranschlag gegen die USA, und eine entsprechende Abstimmung der Aktivitäten erfolgte.

Auf dem letzten Gipfeltreffen stand Afghanistan im Mittelpunkt, Staatschef Karsaj hatte Gelegenheit, ausführlich und gleichberechtigt die Probleme seines Landes darzulegen. Es wurde beschlossen, daß die Afghanistanproblematik ein zentrales Anliegen der SchOZ wird.

Im Rahmen der SchOZ finden gemeinsame Militärmanöver Rußlands, Chinas und Indiens statt; ihr deklariertes Ziel ist der Kampf gegen den Terrorismus.

Auf dem nächsten Gipfel im Oktober soll die Gründung eines Energieklubs erörtert werden, der die Bedeutung einer Gas-OPEC erlangen könnte. Rußland, Kasachstan und Turkmenistan haben unlängst bereits weitreichende Verträge abgeschlossen.

Welch große Bedeutung Deutschland der SchOZ beimißt, kam auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit dem Generalsekretär Nurgalijew am 3. April 2007 zum Ausdruck. Dabei werteten der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, und der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, ganztägige Verhandlungen mit dem Gast aus. Sie unterstrichen den hohen Rang der SchOZ und den Willen der Bundesrepublik und der EU zu enger Kooperation. Moderator Alexander Rahr sprach gar

davon, daß, wenn die USA im Irak und in Afghanistan scheitern, die SchOZ zum zweiten Machtpol in der Welt werde.

USA-PRÄSENZ UND NATO-OSTERWEITERUNG

Ein zentrales Problem für die GUS ist die robuste Einmischung des Westens, insbesondere der USA.

Die USA haben große Teile der ehemaligen Sowjetunion als ihre strategischen Interessensphäre deklariert. Sie sind bemüht, den Einfluß Rußlands zurückzudrängen, die Erinnerung an die Sowjetunion auszulöschen, Ansätze für Kooperation und Integration im postsowjetischen Raum zu stören und zu unterbinden. Mit diesem Hauptziel wurde die Schaffung der GUUAM betrieben.

Ähnliche Bestrebungen sind für die EU zutreffend, wobei man eigenen Interessen folgt. In den Strategiepapieren mit GUS-Staaten war man bestrebt, gegen die GUS und gutnachbarliche Zusammenarbeit mit Rußland zu wirken. Ansätze zu Realpolitik (Initiativbericht des konservativen Abgeordneten Ooslander des Europäischen Parlaments vom Oktober 2000) nahm man zur Kenntnis, Taten folgten kaum. Im Gegenteil, antirussische Ressentiments und Klischees traten immer wieder in den Vordergrund und vergifteten das Klima. Sie behindern die Zusammenarbeit, die eigentlich von maßgeblichen Wirtschaftskreisen Westeuropas angestrebt wird, um die Positionen der westeuropäischen Akteure auch gegenüber den USA zu stärken.

Das provokative Verhalten der polnischen Regierung wird mehr oder weniger hingenommen. Ein Strategiepapier des Auswärtigen Amtes für konstruktive Beziehungen mit Rußland, das im September unter dem Motto »Annäherung durch Verflechtung« von Außenminister Steinmeier präsentiert wurde, ist auf Eis gelegt.

Die USA unterhalten Militärstützpunkte in zentralasiatischen Republiken und im Kaukasus. Von Versprechungen gegenüber Rußland nach dem Terrorüberfall auf die USA, die als Antwort auf das russische Entgegenkommen geäußert wurden, will man heute nichts mehr wissen, so z. B. darüber, die seinerzeit eingerichteten Militärbasen wieder zu räumen. Der Druck auf die Ukraine und Moldowa ist maßlos.

WIE GEHT ES WEITER MIT DER GUS?

Die Mitglieder der GUS gehen gegenwärtig wirtschaftlich und politisch immer noch auseinander. Für Rußland sind die geostrategischen Aspekte der postsowjetischen Staatengemeinschaft wichtiger, als die wirtschaftlichen.³

Die unterschiedliche Organisation der Macht und die Unterschiede in den Wirtschaftsmethoden verringern objektiv die Möglichkeiten für eine Kompatibilität ihrer Wirtschaften. Die Situation, in der die politischen Spitzenfiguren zu den Hauptfaktoren der Kooperation werden, schränken die Integrationsprozesse ein. Die jetzige Stagnation der Zusammenarbeit in der GUS zeugt gewissermaßen davon, daß die bisherige Zusammenarbeit und ihre Strukturen an ihre Grenzen gestoßen sind.

Das wirtschaftliche Zusammenwirken weist auch deshalb keine Dynamik auf, weil es sich hauptsächlich auf traditionelle Technologien stützt. In den Jahren der Unabhängigkeit sind die Industriestrukturen praktisch in allen GUS-Ländern primitiver geworden. Im Warenumsatz Rußlands und der anderen Länder der Gemeinschaft dominieren Brenn- und Rohstoffe sowie Metalle, deren Anteil mehr als 50 Prozent beträgt. Die Verringerung des Segments der bearbeitenden Industrie und der Hochtechnologie-Branchen führt objektiv zu einer Einengung der Grundlage für ein vielseitiges Zusammenwirken. Der Brenn- und Rohstoffsektor ist zugleich nicht dynamisch genug, um GUS-Integrationsprozesse zu fördern. Da die Staaten der Gemeinschaft mit ähnlichen Artikeln – vorwiegend Ölprodukte, Metalle, Dünger und Textilien – auf den Weltmarkt kommen, müssen sie miteinander konkurrieren, was zu ernsthaften Verlusten für einzelne von ihnen führt.

Das Streben, die eigenen Positionen auf den Märkten der Nachbarn durch Dumpingpreise zu stärken, verursacht des Öfteren Verluste in der Qualität. Dies zwingt wiederum einzelne GUS-Länder nicht selten zur Einführung von Einschränkungen im Handel mit diesen Partnern im Interesse des Schutzes der einheimischen Produzenten.

3 In diesem Abschnitt wurden Fakten und Einschätzungen aus einem Aufsatz von Prof. Wardomski, Leiter des Zentrums für die GUS- und baltischen Staaten des Wirtschaftsinstituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, RIA Novosti, 18. September 2006, eine Konsultation mit dem 1. Stellvertreter des Direktors vom Moskauer Institut für die Länder der GUS, W. I. Romanenko, sowie der Artikel von Irina Wolkowa im »Neuen Deutschland« vom 12. Juni 2007 verarbeitet.

Ein weiterer Störfaktor ist die Polarisierung der Staaten nach deren Einkommen. Rußland und Kasachstan gehören heute zu den Ländern mit einem mittleren Entwicklungsstand, während Kyrgistan und Tadshikistan unter den ärmsten Ländern der Welt angesiedelt sind. Zu beobachten ist eine Zunahme der sozialen und regionalen Unterschiede, was in der Kombination mit ethnisch-politischen Konflikten und ethnisch-kulturellen Reibungen Gefahren für die innere Stabilität einzelner GUS-Länder verursacht. All das zusammen macht die Arbeit an einer gemeinsamen Tagesordnung und die Wahl eines annehmbaren Modells der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit äußerst schwierig.

Aus der Tätigkeit der postsowjetischen regionalen Vereinigungen kann Rußland wesentlich weniger Vorteile ziehen als die anderen Mitgliedsländer. Auf die GUS-Länder entfallen rund 15 Prozent des russischen Außenhandels – gegenüber einem mehr als 50prozentigen Anteil des Handels mit dem EU-Raum. Außerdem verfügen die Partnerländer aus der GUS über ein begrenztes Investitionspotential, das Rußland für die Modernisierung der eigenen Wirtschaft nutzen könnte. Ein überwältigender Anteil an ausländischen Investitionen kommt nach Rußland wiederum aus den EU-Ländern. Insofern ist das Mißverhältnis zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Interessen Rußlands im GUS-Raum offensichtlich. Gleichzeitig ist der Gemeinschaftsraum in geostrategischer Hinsicht zweifellos wichtig für Rußland.

Im postsowjetischen Raum bleibt Rußland weiterhin der Hauptakteur. Rußlands Politik gegenüber den neuen unabhängigen Republiken war all die Jahre nach dem Zerfall der UdSSR auf die jeweilige Situation bezogen. Stets war allerdings dabei der Faktor der Preispräferenzen präsent, vor allem was den Gaspreis anbelangt. In den Jahren 2003 und 2004 kam es zu beachtlichen Veränderungen, die mit der Berücksichtigung des »außenpolitischen Verhaltens« der Partnerländer verbunden waren. Rußland würde schon gern die international üblichen Standards übernehmen, was die WTO-Anforderungen hinsichtlich der regionalen Handelsgruppierungen anbelangt. Das Streben Rußlands, von den Vorzugspreisen für Erdgas zu marktwirtschaftlichen Preisen überzugehen, zerstört aber im Grunde genommen eine der bedeutendsten wirtschaftlichen Grundlagen der GUS-Existenz.

Das wichtigste und praktisch einzige Instrument, das den GUS-Raum um Rußland herum zusammenhält, ist eigentlich nur die Visafreiheit (mit Ausnahme Georgiens und Turkmenistans). Laut Expertenschätzungen beläuft sich die Zahl der in Rußland tätigen Gastarbeiter aus den GUS-

Ländern je nach Jahreszeit auf drei bis sieben Millionen. Die »Schattenverdienste« der ausländischen Arbeitskräfte betragen bis zu acht Mrd. Dollar im Jahr, von denen mindestens die Hälfte ausgeführt wird.

Zweifellos wird die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaftsstaaten im nächsten Jahrzehnt zunehmen. Die anzunehmende Intensivierung der Integration ist durch die Modernisierung der Wirtschaft in den Gemeinschaftsländern bedingt. Dieser Umstand führt objektiv dazu, daß das gegenseitige Interesse für die Märkte der Nachbarn zunehmen wird. Hervorzuheben ist auch eine Verstärkung der die Integration fördernden Tendenzen in der Politik Rußlands selbst. Diese sind sowohl auf die Festigung der politischen und der ökonomischen Positionen des Landes in der internationalen Gemeinschaft als auch auf die gegenseitigen Veränderungen in der Weltordnung bezogen.

Rußland, die EU, China, Japan, Indien, Iran und Brasilien bilden heute neue globale Zentren. Diese Zentren fechten die dominante Stellung der USA in der Weltpolitik an und konkurrieren zugleich untereinander um die Festigung der eigenen Positionen. Rußland, das zwischen Nordamerika, der EU und der islamischen Welt liegt, ist zur selben Zeit ein wachsendes Zentrum und eine Arena des Kampfes um seine Ressourcen, Innovationspotential und seinen Markt.

Im Rahmen der GUS ist der Integrationskern Rußland–Kasachstan entstanden. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Ländern sind von einem intensiven gegenseitigen Eindringen des jeweils nationalen Kapitals geprägt. Ähnlich verlaufen die Veränderungen der Staatssysteme. Vergleichbar ist auch das BIP dieser Länder in der Pro-Kopf-Berechnung. Außerdem werden die Beziehungen zwischen ihnen nicht durch Probleme des Gastransits und der Gaspreise erschwert. Die Landgrenze zwischen ihnen ist die längste in der ganzen Welt.

Einige bemerkenswerte Entwicklungen fanden auf dem Spitzentreffen der GUS ihren Ausdruck, das am Rande des Wirtschaftsforums am 9./10. Juni 2007 in Sankt Petersburg stattgefunden hat. Die Anziehungskraft Rußlands ist gewachsen, Präsident Putin konnte Punkte sammeln. Erstmals seit langer Zeit waren auch wieder schwierige Partner gekommen: der turkmenische Präsident Berdymuchammedow, der Präsident von Moldowa Woronin und der usbekische Präsident Karimow. Turkmenistan ist seit August 2005 nur noch assoziiertes Mitglied der GUS. Offiziell wird wohl an diesem Status nicht gerüttelt, aber inoffiziell gehört Turkmenistan inzwischen zu den Vorreitern einer Wiederannähe-

rung der zentralasiatischen Republiken an Rußland und Kasachstan, die vor allem durch ehrgeizige Wirtschaftsprojekte betrieben wird. Zu erwähnen ist die Absichtserklärung zum Bau einer Gaspipeline, die von den Präsidenten Rußlands, Kasachstans und Turkmenistans schon im Mai 2007 unterzeichnet wurde. Durch sie soll turkmenisches Gas über Kasachstan nach Rußland gepumpt werden. Ein weiteres wichtiges Projekt Rußlands und Kasachstans, das ebenfalls bereits vereinbart wurde, ist der Ausbau einer Pipeline, die kasachisches Erdöl zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk bringen wird.

Es sieht so aus, daß die Bestrebungen des Westens, vor allem der USA, Rußland in Zentralasien auszubremsen, gescheitert sind.

Mit neuen spektakulären Projekten, die der kasachische Präsident in Petersburg vorstellte, wartet Rußland auf. Das sind *erstens*: der Vorschlag zum Bau eines Kaspischen Kanals. Er soll das Kaspische Meer über das Asowsche Meer mit dem Schwarzen Meer verbinden. Die Staaten Zentralasiens würden Zugang zu den Weltmeeren erhalten, was für den Transport ihrer Energieressourcen von erheblicher Bedeutung wäre. Auch dieses Projekt, für das 15 Mrd. Dollar veranschlagt werden, ist so gut wie vereinbart.

Ein *zweites* Vorhaben hat für besonderes Aufsehen gesorgt. Die schon zu Sowjetzeiten viel diskutierte, dann aber verworfene Idee, Wasser der sibirischen Ströme nach Zentralasien umzuleiten, soll nun verwirklicht werden. Der Aral-See soll wieder aufgefüllt und die Wassernot in den zentralasiatischen Staaten überwunden werden. Dadurch würde die Position Rußlands in der Region auf Dauer gefestigt werden.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß in überschaubarem Zeitraum die GUS als internationale Organisation ihre Beratungs- und Koordinierungsfunktionen sowohl für die euroatlantisch als auch für die eurasisch orientierten Länder beibehalten wird.

ECKART MEHLS

Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der »IV. Republik« in Polen

In der Strategie der seit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 2005 in Polen die politisch dominierende Position einnehmenden rechts-konservativen Bewegung zur Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in eine »IV. Republik« wird der »polityka historyczna« (Geschichtspolitik) als Instrument der Gestaltung eines neuen kollektiven Bewußtseins eine zentrale Funktion zugewiesen. Ausdruck dessen ist eine seit geraumer Zeit zu beobachtende intensive und oftmals bis ans Hysterische grenzende Debatte nicht nur über den Begriff, die Notwendigkeit, Zielsetzungen und Instrumentarien der staatlich zu lenkenden Geschichtspolitik, sondern natürlich auch über die Geschichte selbst, insbesondere jener der letzten Jahrzehnte – ein polnischer Publizist gab seiner Betrachtung zu Erscheinungsformen dieser Debatte den treffenden Titel »Historia i historia« (»Geschichte und Hysterie«).¹

Es ist hier nicht der Ort, dem Blick auf neuere Tendenzen der Geschichtspolitik in Polen eine ausführliche Untersuchung über den Begriff der Geschichtspolitik, ihre eigene Geschichte, ihr Wirkungsfeld und ihr umfassendes Instrumentarium voranzustellen. Es sei nur kurz darauf verwiesen, daß auch im internationalen Rahmen in jüngerer Zeit eine umfassendere Debatte über Wesen, Ziele und spezifische Instrumentarien der Geschichtspolitik geführt wird, diese selbst aber natürlich seit Urzeiten unter jeweils wechselnden Vorzeichen sowohl von den Herrschenden als auch von allen gesellschaftlichen Gegenbewegungen betrieben wird.² Und ohne bereits hier auf die mit großer Intensität gegenwärtig in Polen geführten Diskussionen über den Begriff der Ge-

1 Siehe Michał Iwanowski: Historia i historia? In: Puls. Zielona Góra (2006)9 (siehe www.puls.ctinet.pl).

2 Siehe dazu u. a. Wozu ein Arbeitskreis »Geschichte und Politik« in der DVPW? In: <http://www.uni-stuttgart.de/soz/avps/pug/content/us.html>.

schichtspolitik, ihre Notwendigkeit, ihre Gefahren und Abgrenzungen zur »Propaganda« näher einzugehen,³ kann allgemein davon ausgegangen werden, daß es in der Praxis der betriebenen Geschichtspolitik wohl immer darum geht, Geschichte und geschichtliche Erfahrungen so zu »profilieren«, daß sie aktuell verfolgten politischen Zwecken dienen, also zumeist zweckentfremdet zur Begründung von Zielen und zur Rechtfertigung von Machtansprüchen oder Machterhaltungsstrategien mißbraucht werden können. Das Instrumentarium dafür ist weit gefächert, von selektivem Zugriff auf geschichtliche Ereignisse und Entwicklungen, über einseitige und verfälschende Interpretationen angeblicher historischer Erfahrungen oder Traditionen, über politische Vorgaben für die Interpretation der Geschichte durch die Fachhistoriker bis hin zur verbindlichen Festlegung von Inhalten des »kollektiven Gedächtnisses« und deren Bewertung. Hierauf wird im Einzelnen zurückzukommen sein.

Wenn im folgenden neuere Tendenzen der Geschichtspolitik in Polen den Schwerpunkt der Betrachtungen bilden sollen, sei vorangestellt, daß die dort zu beobachtenden Tendenzen zwar wegen ihrer spezifischen Ausprägung gegenwärtig eine besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, daß aber das Phänomen einer zugespitzten geschichtspolitischen Debatte und eines rüden Umgangs vor allem mit der neueren Geschichte keineswegs eine Besonderheit der Entwicklung in unserem Nachbarland sind. In allen Ländern der ehemaligen »sozialistischen Staatengemeinschaft« spielen Versuche des Umschreibens vor allem der jüngeren Geschichte als fester Bestandteil der gesellschaftlichen »Transformation«, d. h. beim Übergang von nach seinerzeit als sozialistisch aufgefaßten gesellschaftlichen Strukturen zur Wiederherstellung nunmehr modernisierter kapitalistischer Verhältnisse, eine bedeutende Rolle. Die zumeist

3 Zu dieser Problematik äußerte sich Michał Pawiński (Museum der Geschichte Polens) in der vom »Institut für das nationale Gedenken« in Warschau am 30. März 2006 veranstalteten Paneldiskussion über »Polska polityka historyczna« (»Polnische Geschichtspolitik«) wie folgt: »Propaganda basiert auf Vorbringen von Halbwahrheiten, d. h. Darreichen sowohl richtiger als auch unrichtiger Fakten, auf Vermischen von Wahrheit und Halbwahrheit zu einem bestimmten Zweck. Die Geschichtspolitik hingegen hat sich auszuzeichnen durch das Vorbringen von Fakten, nicht der Anführung aller Fakten, sondern lediglich jener, derenthalben man Stolz empfinden kann, allerdings bei strikter Einhaltung des Grundsatzes, daß es nicht zulässig ist, falsche Fakten vorzubringen. Und hierdurch, unter der Prämisse, daß Propaganda etwas Verwerfliches ist, haben sich beide Begriffe zu unterscheiden.« (Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej (im weiteren IPN-Bulletin). Warszawa (2006)5 (64). S. 32).

von politischen Prämissen ausgehende und unschwer den in dieser oder jener Richtung rechtfertigenden Charakter versteckt oder offen erkennen lassende Interpretation der realen Geschichte der betreffenden Länder während eines bedeutenden Teils des vorigen Jahrhunderts nimmt nicht nur in den Debatten der Historiker, sondern viel mehr noch in den in breiter Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen um das Woher und Wohin der jeweiligen Gesellschaft einen breiten Raum ein [Das gilt insbesondere für die prägenden Traditionen (auf beiden Seiten der Barrikaden) und die Klassenkämpfe].

Wenn die seit geraumer Zeit in Polen geführten Debatten – und namentlich die regierungsamtlich geführte Geschichtspolitik – völlig zu Recht große Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit, auch im internationalen Rahmen, auf sich ziehen, sollte nicht übersehen werden, daß ungeachtet vieler Besonderheiten und der Extreme, die der von der Politik der Regierung Polens als Instrument der Herausbildung der »IV. Republik« betriebenen Geschichtspolitik anhaften, sich am Beispiel der polnischen Entwicklungen in gewissem Sinne auch Allgemeines der Politik anderer mittel- und osteuropäische Staaten widerspiegelt.

ZU EINIGEN GRUNDZÜGEN DER DEBATTE UM DIE JÜNGSTE GESCHICHTE POLENS IN DEN NEUNZIGER JAHREN DES VORIGEN JAHRHUNDERTS

Kontroverse Debatten um die Geschichte der Volksrepublik Polen begannen bereits weit vor dem Ende dieser über 40jährigen Periode der polnischen Geschichte. Nicht nur Publikationen von im Exil lebenden und wirkenden Historikern und Beobachtern der Entwicklung in Polen bestimmten deren Verlauf. In zunehmendem Maße nahmen daran durch Publikationen in Verlagen in Paris, London und weiteren Orten (zum größten Teil unter Pseudonymen) auch in der VRP ausgebildete und arbeitende Autoren teil. Zu nennen wären hier z. B. die Namen Jerzy Holzer,⁴ Krystyna Kersten,⁵ Tereza Torańska⁶ und Maria Turlejska.⁷

4 Siehe Jerzy Holzer: *Solidarność 1980–1981. Geneza i historia*. Paris 1984.

5 Siehe Krystyna Kersten: *Narodziny systemu władzy. Polska 1943–1948*. Paris 1986.

6 Siehe Tereza Torańska: *Oni*. London 1984.

7 Siehe Maria Turlejska: *Te pokolenia żałobami czarne ... Skazani na śmierć i ich sądziowie 1944–1954*. London 1989.

Unmittelbar nach Abschluß der Beratungen des »Runden Tisches« in Polen und dem Beginn der Umsetzung seiner Vereinbarungen, die, wie bekannt, nicht voll den Intentionen und Erwartungen aller Beteiligten entsprach, verlagerte sich das Zentrum der Debatte direkt nach Polen. Die Auseinandersetzungen über die Bewertung der Nachkriegsgeschichte Polens gewannen schnell an Intensität. Starke Impulse bewirkten in schneller Folge erscheinende Rückblicke und Memoiren (ergänzt durch biographische Literatur) von in der Volksrepublik in hohen Funktionen tätigen Politikern und Oppositionellen.⁸ Es war geradezu ein charakteristisches Merkmal der öffentlichen Debatte im Polen der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, daß die diesem Gegenstand gewidmeten Konferenzen, Kolloquien, Seminare und Gesprächsrunden einander beinahe pausenlos ablösten. Fast alle Periodika, die etwas auf sich hielten (ausdrücklich zu nennen wären hier »Polityka«, »Res Publica Nowa«, »Więź«, »Mówią Wieki«, »Tygodnik Powszechny«⁹), widmeten diesem Thema besondere Ausgaben bzw. führten Gesprächsrunden durch, deren Verlauf zumeist in vollständiger Protokollfassung veröffentlicht wurde.

Der polnische Historiker Andrzej Friszke hat im Jahr 2000 im »Tygodnik Powszechny« einen sehr instruktiven Überblick über die wichtigsten Felder des »Streites über die VRP in der Dritten Republik« und die Positionen der beteiligten Protagonisten veröffentlicht.¹⁰

-
- 8 Als Beispiele seien hier nur genannt: Edward Gierek: *Smak Życia. Pamiętniki*. Warszawa 1993. – Wojciech Jaruzelski: *Stan wojenny dlaczego ...* Warszawa 1992. – Adam Michnik: *Der lange Abschied vom Kommunismus*. Reinbek b. Hamburg 1992. – Mieczysław F. Rakowski: *Jak to się stało*. Warszawa 1991 (dt. Ausgabe: *Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks*. Hamburg 1995). – Lech Wałęsa: *Droga nadziei*. Kraków 1990 (dt. Ausgabe: *Der Weg der Hoffnung*. Wien, Hamburg 1987).
- 9 Unter dem Titel »Spór o PRL« (»Der Streit um die VRP«) erschienen 1996 in Kraków z. B. die zwischen Mai 1994 und November 1995 im »Tygodnik Powszechny« der Geschichte der VRP gewidmeten Beiträge, darunter so bekannter Autoren wie Leszek Kołakowski, Jerzy Holzer, Krystyna Kersten, Jan Nowak-Jeziorański, Andrzej Paczkowski und Gustaw Herling-Grudziński, um nur einige zu nennen.
- 10 Siehe Andrzej Friszke: *Spór o PRL w Trzeciej Rzeczypospolitej. Stopniowanie zniewolenia*. In: <http://www.tygodnik.com.pl/numer/275416/friszke.html>. – Eine erweiterte und ergänzte Fassung des Artikels erschien unter dem Titel »Spór o PRL w Trzeciej Rzeczypospolitej (1989–2001)« im ersten Heft der seit 2002 vom IPN herausgegebenen Halbjahreszeitschrift »Pamięć i Sprawiedliwość«. Von Interesse sind dabei nicht nur die textlichen Erweiterungen, sondern auch die spürbar zugespitzte polemische Note des Artikels.

Eine hervorstechende Besonderheit in dieser über das gesamte Jahrzehnt geführten Debatte in Polen ist die Tatsache, daß die Frage nach dem Grad der Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Polen einen zunächst dominierenden Platz einnahm. Ursachen für diese Spezifik ergeben sich, ohne daß dies weiter erläutert werden müßte, aus den Besonderheiten der Entwicklung Polens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Wertungen dazu oszillieren zwischen »sowjetisch okkupiertes Gebiet« über »Protektorat« bis zu differenzierenden Einschätzungen in Richtung zunehmender Eigenständigkeit und relativer Unabhängigkeit über verschiedene Etappen der Geschichte der VRP, wobei das Jahr 1956 eine wichtige Zäsur darstellt. In der Zusammenfassung des Streites über diesen Komplex formuliert Friszke einige sich daraus ergebende Fragestellungen, die die Extreme der widerstreitenden Positionen verdeutlichen. Er schreibt: »Die Tatsache einer Abhängigkeit Polens von der UdSSR wird nicht in Frage gestellt, Gegenstand der heftigen Auseinandersetzungen ist der Grad dieser Abhängigkeit sowie ihre Konsequenzen. War die Zusammenarbeit der polnischen Kommunisten mit Stalin bei der Schaffung von Grundlagen eines kommunistischen Polens nationaler Verrat, oder die Nutzung der seinerzeit einzig bestehenden Möglichkeiten für die Schaffung eines solchen Polen, das im Schatten der UdSSR bestehen konnte? Kann man die Kommunisten als einen der Flügel polnischer Politik betrachten, oder muß man in ihnen eine sowjetische Agentur sehen? Tobte in den ersten Nachkriegsjahren ein Bürgerkrieg, oder war dies eine einseitige Terrorisierung und Ausmerzung des polnischen patriotischen Elements? Um diese Fragen werden die leidenschaftlichsten Auseinandersetzungen geführt.«

Neben dieser zentralen Frage nach der Souveränität bzw. dem Grad der Abhängigkeit (extreme Positionen gingen bis zu der Frage, ob man angesichts des Grades der Abhängigkeit überhaupt noch von einer polnischen Staatlichkeit zwischen 1944 und 1989 sprechen könne) nahmen Probleme der ökonomischen und zivilisatorischen Bilanz der Entwicklung der VRP, der politischen Organisation der »kommunistischen« Gesellschaft, des Rechtsstaates, der Rolle der Opposition und andere einen breiten Raum ein. Bezeichnend für nicht wenige Positionen der ausgemachten Gegner der VRP sind hinsichtlich der zivilisatorischen und ökonomischen Bilanz Vergleichsmethoden, die Zweifel erwecken müssen. So läßt die bloße Gegenüberstellung des Entwicklungsniveaus Polens mit dem Griechenlands oder Spaniens vor dem Zweiten Weltkrieg und am Ende der achtziger Jahre mit der Feststellung, daß bei etwa gleicher

Ausgangslage am Ende der Vergleichsperiode ein deutlicher Rückstand Polens, verursacht durch die fehlerhafte Politik der »Kommunisten«, zu verzeichnen sei, völlig außer Acht, daß weder Spanien noch Griechenland auch nur im Entferntesten ähnliche Probleme der unmittelbaren und mittelbaren Kriegsverluste und deren Folgen zu bewältigen hatten.

Zu verweisen ist schließlich darauf, daß Fragen der polnischen Historiographie in der Zeit der Volksrepublik selbst in den Debatten der neunziger Jahre einen nicht geringen Raum einnahmen. Besonders zu nennen wären hier der Komplex der sogenannten »weißen Flecken« (Katyń, Nichtangriffsvertrag Deutschland–UdSSR 1939 u. a.), Wertungen des Warschauer Aufstandes, der »Armia Krajowa«, der Rolle des polnischen Exils.

Spürbaren Einfluß nicht nur auf den inhaltlichen Rahmen, als vielmehr auf die zunehmende Schärfe (bis hin zur Unversöhnlichkeit der Positionen der Träger der Debatten auf den verschiedenen, vorwiegend politisch geprägten Seiten) gewannen im Verlauf der neunziger Jahre die sogenannte Jedwabne-Debatte¹¹ sowie das vom Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland geplante »Zentrum gegen Vertreibungen«, das in Polen untrennbar mit dem Namen der Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, verbunden ist, und das nicht nur heftige Reaktionen der Abwehr deutscher Ansprüche hervorrief, sondern auch Stimmen hörbar werden ließ, die auf Defizite der Auseinandersetzung in Polen selbst mit dem gewiß nicht einfachen Thema der Aussiedlung der Deutschen und der Eingliederung ihrer ehemaligen Siedlungsgebiete östlich von Oder und Neiße in den polnischen Staat aufmerksam machten.

Ohne in diesem Zusammenhang weiter auf das mit diesen Debatten engstens verbundene Thema des sogenannten »kritischen Patriotismus« weiter eingehen zu können, sei im Rückblick auf die Geschichtsdebatte der neunziger Jahre lediglich noch vermerkt, daß sie trotz der gelegentlichen Schärfe der Auseinandersetzungen und der sich in ihr gegenüber stehenden extrem unterschiedlichen Positionen überwiegend in einer im Vergleich zu gegenwärtigen Entwicklungen immer noch relativ sachlichen Atmosphäre geführt wurde. Man stritt (zumeist mit nachvollzieh-

11 Siehe dazu insbesondere die ausführliche Dokumentation Die Jedwabne-Debatte« in Polen. In: Transodra. Potsdam (Dezember 2001)23. – Bartosz Korzeniewski: O polskich debatach historycznych krytycznie. In: <http://prasa.wiara.pl/wydruk.php?grupa=6&art=1158259525&dzi=1157473744&katg=2006-09-14>.

baren oder wenigstens erwägenswerten Argumenten) noch über die Wertungen zur Volksrepublik. Selbst bei entschiedenen Gegnern der VRP fehlten differenzierende Betrachtungen nicht völlig. In einem beachtlichen Sektor des intellektuellen Milieus gab es nicht wenige zur Nachdenklichkeit und Zurückhaltung und vor den Gefahren einer oberflächlichen Schwarz-Weiß-Malerei warnende Stimmen, wie etwa von Jan Szczępański und Karol Modzelewski, um nur einige zu nennen.¹²

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß rechte politische Kräfte der Post-Solidarność-Bewegung gegen Ende des Jahrzehnts beträchtlich an Boden gewannen. Eine wichtige Weichenstellung in dieser Richtung war die Annahme der neuen Verfassung der Republik Polen am 2. April 1997, in deren Präambel es u. a. heißt:

»In der Sorge um unser Vaterland und seine Zukunft,
 nachdem wir im Jahre 1989 die Möglichkeit wieder gewonnen haben, souverän und demokratisch über unser Schicksal zu bestimmen,
 beschließen wir, das Polnische Volk – alle Staatsbürger der Republik, sowohl diejenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten,
 wir alle, gleich an Rechten und Pflichten dem gemeinsamen Gut, Polen, gegenüber,
 in Dankbarkeit gegenüber unseren Vorfahren für ihre Arbeit, für ihren Kampf um die unter großen Opfern erlangte Unabhängigkeit, für die Kultur, die im christlichen Erbe des Volkes und in allgemeinen menschlichen Werten verwurzelt ist,
 an die besten Traditionen der Ersten und Zweiten Republik anknüpfend,
 verpflichtet, alles Wertvolle aus dem über tausendjährigen Erbe an kommende Generationen weiterzugeben (usw.) ...«

Was auf den ersten Blick in dieser, einer Verfassungspräambel angemessenen pathetischen Formulierung nicht sofort ins Auge fällt, ist die Tatsa-

12 Siehe Jan Szczępański: *Polskie losy*. Warszawa 1993. – Karol Modzelewski: *Dokąd od komunizmu?* Warszawa 1993 (dt. Ausgabe: *Wohin vom Kommunismus aus?* Düsseldorf 1996).

che, daß die Volksrepublik Polen de facto aus der polnischen Geschichte eliminiert wurde. Der seit 1989 als III. Republik firmierende polnische Staat wird in unmittelbarer Kontinuität zur bis 1939 bestehenden polnischen Staatlichkeit gesehen, eine durch Verfassungstext sanktionierte Auffassung, deren weitreichende Konsequenzen erst später voll zu Tage traten.¹³

Unmittelbar anknüpfend an diesen »Verfassungsauftrag« verabschiedete der Sejm der Republik Polen bereits wenige Tage später, am 11. April 1997, das »Gesetz über die Offenlegung der Arbeit oder des Dienstes in den Organen der Staatssicherheit bzw. der Zusammenarbeit mit ihnen in den Jahren 1944–1990 durch Personen, die öffentliche Funktionen ausüben« (das sogenannte Lustrationsgesetz). Dies diente vor allem dem stärkeren Hinüberleiten der Auseinandersetzung über die Geschichte und das Wesen der VRP aus dem in gewissem Sinne noch wissenschaftlich geprägten Feld auf das des politischen Kampfes.

Bereits im folgenden Jahr wurde, ebenfalls unter Verantwortung einer Regierung des Post-Solidarność-Lagers, ein weiterer Schritt zur Politisierung der historischen Debatte getan, der von weitreichender Bedeutung war. Mit einem Gesetz vom 19. Dezember 1998 wurde eine besondere, in ihrem Zuschnitt sehr spezifische Institution zur »Aufarbeitung« der Geschichte geschaffen, das »Institut des Nationalen Gedenkens – Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk« (»Instytut Pamięci Narodowej – Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu«, IPN).

Auf dieses Institut wird im weiteren noch näher einzugehen sein, an dieser Stelle ist jedoch als Besonderheit zu vermerken, daß zumeist bei Berichten über dieses Institut lediglich vom »IPN«, also dem »Institut des Nationalen Gedenkens«, die Rede ist, dieses Institut jedoch neben der so harmlos klingenden »Pflege des Gedenkens« ein staatliches Untersuchungsorgan ist, in dem sowohl in der Zentrale als auch in den Zweigstellen in den Wojewodschaften Staatsanwälte tätig und auf »Verbrecherjagd« sind. So ist z. B. die Anklage gegen General Jaruzelski und

13 Ohne Kommentar sei dem hinzugefügt, daß, unbeirrt vom Streit der Historiker, Philosophen und Politiker seit Mitte der neunziger Jahre in repräsentativen Umfragen zur Wertung der VRP, sehr zum Unwillen einer ganzen Richtung von Politikern und ihnen nahe stehender Wissenschaftler und Publizisten, stets um die 40% (zeitweise sogar deutlich mehr) der Befragten die Epoche der VRP im Grunde genommen positiv bewerteten, ohne dabei eine Rückkehr zu ihr herbeizuwünschen.

andere Mitglieder des »Rates zur Rettung des Vaterlandes«, der 1981 den Kriegszustand in Polen verhängte, Ergebnis der Arbeit des IPN als Organ der Strafverfolgung.

Zur Charakterisierung des politischen Auftrages und jener der Tätigkeit dieses Instituts zugrunde liegenden geschichtspolitischen Konzeption zitiere ich der Authentizität und der Verdeutlichung der Grundauffassung der Initiatoren wegen etwas ausführlicher aus der Präambel und dem Artikel 1 des Gesetzes.

Es heißt dort:

»In Ansehung

der Bewahrung des Andenkens der gewaltigen Opfer, Verluste und Schäden, die während des Zweiten Weltkrieges und danach dem polnischen Volk zugefügt wurden;

der patriotischen Traditionen des Ringens des polnischen Volkes mit den Okkupanten, dem Nazismus und Kommunismus;

der Taten der Bürger, die für das unabhängige Dasein des polnischen Staates und zur Verteidigung der Freiheit und der Menschenwürde vollbracht wurden;

der Verpflichtung zur Verfolgung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen;

wie auch der Pflicht unseres Staates zur Wiedergutmachung gegenüber allen durch den Staat durch Menschenrechtsverletzungen Geschädigten, als Ausdruck unserer Überzeugung, daß keine Unrechtshandlung des Staates gegenüber dem Bürger als Geheimnis gehütet werden können und auch nicht dem Vergessen unterliegen dürfen

wird Folgendes beschlossen [...]

Art. 1

Das Gesetz regelt die Nachweisführung, Sammlung, Zugang, Verwaltung und Benutzung der Dokumente der Staatssicherheitsorgane, erstellt oder gesammelt zwischen dem 22. Juli 1944 und 31. Dezember 1989, sowie auch der Sicherheitsorgane des Dritten Deutschen Reiches und der UdSSR, betreffend:

a) die an Bürgern polnischer Nationalität oder polnischen Bürgern anderer Nationalität zwischen dem 1. September 1939 und dem 31. Dezember 1989 vollführten:

- nazistischen Verbrechen
- kommunistischen Verbrechen
- anderen Verbrechen, soweit sie Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen sind;
- b) andere politisch motivierte Repressionen, begangen von Funktionären der polnischen Untersuchungsorgane, der Organe der Rechtsprechung oder in ihrem Auftrag handelnden Personen [...]¹⁴

Die Behandlung des Zeitraumes 1. September 1939 bis 31. Dezember 1989 als eine Einheit im Sinne einer Zeit des Fehlens eigener polnischer Staatlichkeit sowie die absolute Gleichsetzung von »Okkupation, nazistischen und kommunistischen Verbrechen« durchzieht, auch das sei an dieser Stelle vermerkt, alle einschlägigen Dokumente (Statut des Instituts, Selbstdarstellungen in Publikationen und im Internet) und Erklärungen führender Vertreter des Instituts.

Ungeachtet dessen war damit noch nicht endgültig die Dominanz der extrem rechten Kräfte im politischen Spektrum erreicht. Kurz vor der Wahl Aleksander Kwaśniewskis zum Präsidenten der Republik Polen erhielt die sich seit 1989 in ständigem Auf und Ab befindliche Debatte über die Bewertung der jüngsten Vergangenheit einen starken Impuls. In der Wochenendausgabe der seinerzeit auflagenstärksten Zeitung, der »Gazeta Wyborcza«, vom 9./10. September 1995 veröffentlichten der linke Politiker Włodzimierz Cimoszewicz, von Anfang 1996 bis Ende 1997 selbst Ministerpräsident der von der SLD geführten Regierung, und Adam Michnik, Chefredakteur der »Gazeta Wyborcza« und vormals führender Vertreter der Opposition in der VRP, unter dem Titel »O prawdę i pojednanie« (»Über Wahrheit und Versöhnung«) ein Plädoyer für den Dialog von Anhängern der unterschiedlichen Lager und von, wie sie es ausdrückten, Menschen auf beiden Seiten der polnischen Barrikade. Sie verliehen ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sich angesichts einer nicht einfachen Situation, in der sich Polen im seinerzeitigen Stadium der Transformation befand, der allein auf die Bewertung der Vergangenheit konzentrierte Streit in Polen das Land nicht voranbringe, sondern daß der mit dem Blick in die Zukunft geführte offene und vorbehaltlose Dialog eine Forderung der Zeit sei. Dies sollte auch in dem sich seinem

14 Nichtautorisierte Übersetzung aus dem »Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polski z dnia 19 grudnia 1998 r.«.

Höhepunkt nähernden Präsidentschaftswahlkampf seinen Niederschlag finden.¹⁵

Die polemischen Reaktionen in der publizistischen Öffentlichkeit waren überwiegend harsche Ablehnung der Überlegungen. Andererseits gewann Kwaśniewski im zweiten Wahlgang im November 1995 mit hauchdünner Mehrheit den unter der Devise »Die Zukunft wählen« geführten Wahlkampf gegen seinen Amtsvorgänger Lech Wałęsa. Die von dem linken Parteienbündnis SLD geführte Regierung mußte hingegen im Oktober 1997 erneut den Vertretern des Post-Solidarność-Lagers die Geschäfte übergeben.

HINTERGRÜNDE DER GESCHICHTSPOLITIK DER »IV. REPUBLIK«

Das Jahr 2005 markiert einen wichtigen Einschnitt in der jüngsten Geschichte Polens. Dem Wechsel im Präsidentenamt von einem aus dem linken politischen Lager kommenden Politiker zu Lech Kaczyński als dem Vertreter der extrem national-konservativen Partei »Recht und Gerechtigkeit« (»Prawo i Sprawiedliwość«, PiS) folgte unmittelbar der erdrutschartige Verlust der Regierungsverantwortung seitens der SLD-Regierung. Die vom Zwilling Bruder des Präsidenten, Jarosław Kaczyński, geführte PiS erreichte in dem Wettlauf um den Wahlsieg mit der ebenfalls rechten »Bürgerplattform« (Platforma Obywatelska, PO) einen lange Zeit nicht vorausgesagten knappen Vorsprung, der Sieg der rechten Parteien stand zu keinem Zeitpunkt in Frage.

Die Wahlbeteiligung war extrem niedrig, weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten nahm an den Wahlen teil.¹⁶ Die Ursachen des Stimmungswandels in der polnischen Wählerschaft sind ausführlich analysiert und kommentiert worden, zu den gegenwärtig die Regierungsgewalt innehabenden Parteien liegen umfassende gründliche Einschätzungen vor.¹⁷

15 Abgedruckt in Spór o Polskę 1989–1999. Wybór tekstów prasowych. Warszawa 2000. S. 146f.

16 Nach dem offiziellen Endergebnis betrug die Wahlbeteiligung 40,57% (siehe <http://wybory2005.pkw.gov.pl/SJM/PL/WYN/F/index.htm>).

17 Siehe dazu Holger Politt: Novembernebel, Zwillingbrüder und allerlei Unwägbarkeiten. In: Polen und wir. Berlin (2006)1. S. 3–5. – Helmut Fehr: Der Mißbrauch der

In dem hier beleuchteten Zusammenhang ist als ein Bestandteil der Gesamtanalyse der Situation die Tatsache besonders relevant, daß es den Führern der PiS gelungen ist, eine sich in Polen über Jahre hinweg verstärkende Unzufriedenheit eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung mit der Lage in ihrem Land auf eindeutig populistische Art zu ihren Gunsten auszunutzen. Die zu Beginn der neunziger Jahre nach dem Wechsel der Macht aus den Händen der »Kommunisten« in jene des Post-Solidarność-Lagers gehegten, geradezu euphorischen Erwartungen und Hoffnungen stellten sich angesichts der Realitäten des Transformationsprozesses als reine Illusionen heraus und machten einer tiefen Enttäuschung Platz.¹⁸

Die Enttäuschung hat, wie Janusz Majcherek wohl zu Recht feststellt, nicht nur ökonomische Ursachen, sondern zumindest in gleichem Maße solche sozialpsychologischer Natur.¹⁹ Neben den deutlich zu spürenden ökonomischen und sozialen Folgen der Transformation (ungeachtet eines deutlichen Wachstums der wirtschaftlichen Kraft des Landes spürbare Verschlechterung der Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung bis hin zur Verarmung, hohe Arbeitslosigkeit einer wachsenden Anzahl selbst gut ausgebildeter junger Menschen ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz mit der Folge einer rapide steigenden Abwanderung gerade qualifizierter Fachleute in Richtung West- und Nordeuropa, Verschärfung der Polarisierung von Armut und Reichtum im Lande, deutliche Verschlechterung im Bereich der Bildung und medizinischen Versorgung für den überwiegenden Teil der Bevölkerung) machte sich ein Gefühl der Resignation, Benachteiligung und des Ausgeschlossenseins von der Wahrnehmung der angeblich in der Gesellschaft vorhandenen Chancen in fast allen Schichten der Bevölkerung breit. Ein vergleichsweise hohes Niveau der allgemeinen Kriminalität, die Zunahme der Korruption, die Verwicklung von immer mehr Angehörigen der sogenannten

Vergangenheit. Politische Kampagnen und Machtstrategien der nationalen Populisten in Polen. In: »Frankfurter Rundschau« vom 23. November 2005. – Tadeusz Szawiel: Das polnische Parteiensystem nach den Regional- und Kommunalwahlen im November 2006. In: Polen-Analysen. Bremen (2007)04 (8. Januar 2007). S. 2–6 (siehe www.polen-analysen.de).

18 Siehe Janusz A. Majcherek: »Recht und Gerechtigkeit« auf der politischen Bühne. Die gegenwärtige Situation in Polen und ihre Genese. In: Polen-Analysen. Bremen (2006)01 (21. November 2006). S. 3–8 (siehe www.polen-analysen.de).

19 Siehe ebenda. S. 3.

wirtschaftlichen und politischen Eliten in Skandale und kriminelle Machenschaften taten ein Übriges. Gegenseitige Anschuldigungen, Verdächtigungen und Beschuldigungen, eine steigende Anzahl von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die mehr und mehr das Bild der politischen Landschaft und deren Widerspiegelung in der journalistischen Öffentlichkeit prägten und zugleich das normale politische Agieren von Parlament und Regierung in den Hintergrund zu drängen drohten, beherrschten zunehmend die öffentliche Wahrnehmung der Realitäten des polnischen Staates, die von immer mehr Politikern und Kommentatoren des öffentlichen Lebens in eine Krise des polnischen Staates umgedeutet wurden.²⁰ Es war dies die Stunde der Populisten, die eine echte Krise des Staates herbeizureden (und herbeizuführen) bemüht waren, um sich und ihre Konzepte als Retter der Nation aus schwerer Not zu empfehlen. Dem angeblichen Chaos, in das der Staat zu versinken drohe, wurde allein schon durch das Banner, unter dem die Retter vor der Katastrophe antraten, die Hoffnung auf grundlegende Wandlung entgegengestellt: »Recht und Gerechtigkeit« war Name der Partei und versprochenes Programm. Moralische Revolution, kompromißloser Kampf gegen jede Rechtsverletzung ohne Ansehen der Person, »solidarisches« Polen waren zentrale Losungen eines Kampfes für die Ablösung der diskreditierten III. Republik durch eine von Grund auf erneuerte und gesundete IV. Republik,²¹ angereichert mit versprochenen Wohltaten (z. B. Bau von drei Millionen Wohnungen, materielle Anreize als Stimulus des Kampfes gegen die bedrohlich zurückgehende Geburtenrate u. a. m.). Mit dieser Strategie wurde der Stoß nicht nur gegen die linke Regierung, sondern

20 Ende 2004 setzte sich der Präsident der Republik Polen in einer Grundsatzrede vor der einflußreichen Batory-Stiftung mit dieser auch von ihm so gesehenen und von der Opposition nicht nur beförderten, sondern auch stark dramatisierten sehr komplizierten Lage in Polen auseinander, wobei er bei aller Anerkennung der realen Schwierigkeiten an maßvolle Bewertungen und ein stärkeres Engagement der Bürger bei der Überwindung der von ihm als durchaus ohne Panik und Hektik zu verändernden Situation appellierte (siehe Alexander Kwaśniewski: »O naprawie Rzeczypospolitej«. Wykład wygłoszony w Fundacji im. Stefana Batorego w dniu 13.12.2004. In: <http://www.batory.org.pl/doc/aKwaeniewski.pdf>).

21 Die Ähnlichkeit zur Politik des durch einen blutigen Staatsstreich 1926 an die Macht gekommenen und ungeachtet dessen im rechten Lager in Polen nach wie vor hoch verehrten Marschalls Piłsudski, der seine Politik der Ersetzung des parlamentarisch-demokratischen Systems durch eine autokratische Präsidialherrschaft als »Sanacja« (»Gesundung«) firmierte, ist keinesfalls zufällig

auch gegen die politischen Konkurrenten im rechten Lager gerichtet, vor allem gegen die liberal-konservative Bürgerplattform (PO). Wie bereits bei den Präsidentenwahlen, aus denen Lech Kaczyński so, wie er sich landesweit auf den Wahlplakaten bereits als »Präsident der IV. Republik« vorgestellt hatte, als Sieger hervorging, erzielte schließlich auch kurz danach die »Recht- und Gerechtigkeits«-Partei den Sieg bei den Parlamentswahlen im Herbst 2005.

Es ist allgemein anerkannt, daß aus vielerlei historischen Gründen in Polen Kategorien, die, wollte man es mit Termini marxistischer Geschichtsbetrachtung kennzeichnen, eher dem »Überbau« als der »Basis« zuzurechnen sind, eine weitaus größere Rolle spielen als anderswo. Patriotismus, Nation, Stolz, Moral, Werte, religiöse Überzeugungen, Ehre, Tapferkeit, um nur einige zu nennen, sind in starkem Maße mobilisierende Faktoren und so gut wie nicht utilitaristischen Erwägungen unterworfen. Dies erklärt nicht zuletzt, daß eben der bewußte Einsatz solcherart bestimmter Ziele in der Programmatik und politischen Strategie der PiS eine große Bedeutung zugemessen wurde – und dies mit Erfolg.

Einen besonderen Stellenwert erhielt in dieser Strategie die Geschichte, genauer gesagt der bewußte Einsatz der Geschichte und historischer Kategorien als Instrumente der Politik – also die Geschichtspolitik.²²

Die von der PiS in besonders augenfälliger Weise sowohl im seinerzeitigen Wahlkampf als auch in der Regierungsverantwortung als Kampfmittel eingesetzte Geschichtspolitik hat in Polen seit einigen Jahren eine intensive öffentliche Diskussion über Gegenstand und Zulässigkeit staatlicher Geschichtspolitik ausgelöst.

Erneut wird, wie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beim »Streit über die Volksrepublik Polen«, diesem Thema in einem breiten Spektrum der Publizistik große Aufmerksamkeit zuteil. Umfangreiche analytische Betrachtungen in der nach wie vor in der Presselandschaft

22 Edgar Wolfrum umschreibt dieses als politisches Instrument einzusetzende Potential wie folgt: »Geschichte – oder die Konstruktion von Vergangenheit – ist offenbar eine geeignete Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Einfluß und Macht. Sie kann als Bindemittel dienen, um nationale, soziale Gruppen zu integrieren. Sie kann ausgrenzen, den Gegner diffamieren und gleichzeitig das eigene Handeln legitimieren.« (Edgar Wolfrum: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2001. S. 4f.).

einflußreichen »Gazeta Wyborcza«,²³ entsprechende Beiträge in der »Rzeczpospolita« und anderen Zeitungen und Magazinen, vor allem aber um das Thema Geschichtspolitik gruppierte Beiträge oder ihm vollständig gewidmete Hefte der führenden kulturell-literarischen Zeitschriften,²⁴ nicht zu vergessen die speziell auf die Geschichtspolitik der PiS zugeschnittenen Publikationen des »Instituts des Nationalen Gedenkens«,²⁵ spiegeln ein breites Spektrum der öffentlichen Debatte wider, die sich allerdings in Vielem von den in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen der 1990er Jahre unterscheidet. Bartosz Korzeniewski macht diesen Unterschied in seiner Betrachtung der gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatte sehr knapp und treffend deutlich, wenn er schreibt: »Betrachtet man die gegenwärtige Diskussion über die polnische Geschichtspolitik, kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß es sich um eine der am meisten ideologisierten Fragen im öffentlichen Diskurs handelt: die in der Diskussion ausgedrückten Ansichten sind unübersehbar abhängig von der politischen Option der Diskussionsteilnehmer. Die politischen Sympathien der über die Geschichtspolitik Diskutierenden sind sofort zu entschlüsseln und mit großer Wahrscheinlichkeit ist die Auswahl der in die Diskussion eingebrachten Argumente bereits vorauszusehen. Dagegen sind Anzeichen für eine Mäßigung im Vorbringen der eigenen Argumentation, der Berücksichtigung von Auffassungen anders Denkender, sowohl auf der einen, wie auch auf der anderen Seite, kaum auszumachen.«²⁶

-
- 23 So fand der Artikel von Adam Leszczyński »Polityka historyczna. Wielki strach« in der »Gazeta Wyborcza« vom 7. April 2005 ein außergewöhnlich lebhaftes Echo, teilweise wird ihm sogar eine gewisse Signalwirkung für die breiten Debatte in der Öffentlichkeit zugeschrieben.
- 24 So erschien die Nummer 1 des Jahrgangs 2007 der »Więź« unter dem Motto »Meandry polityki historycznej« mit einer ganzen Reihe von Beiträgen speziell zu diesem Thema, ständig bringt der »Tygodnik Przegład« entsprechende Betrachtungen, gleiches gilt für »Dziś«, »Tygodnik Powszechny«.
- 25 Neben einem breiten Spektrum von Spezialdarstellungen, die der »Abrechnung« mit der VRP und der Aufdeckung ihrer »Verbrechen« dienen, gibt das IPN zwei Periodika heraus, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen sollen. Für die breitere Leserschaft gedacht ist das bereits weiter oben zitierte monatlich erscheinende »Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej«, halbjährlich erscheint als historische Fachzeitschrift die »Pamięć i Sprawiedliwość«.
- 26 Bartosz Korzeniewski: O polskich debatach historycznych krytycznie. In: <http://prasa.wiara.pl/wydruk.php?grupa=6&art=1158259525&dzi=1157473744&katg=2006-09-14>.

Ohne hier in der eigentlich gebotenen Ausführlichkeit auf die breite Palette der für bzw. gegen eine staatlich geförderte oder gar direkt geführte Geschichtspolitik vorgebrachten Argumentationen eingehen zu können, sei im Rahmen einer hier vertretbaren zusammenfassenden Verallgemeinerung festgestellt, daß aus den Kreisen der an Hochschulen bzw. Akademieeinrichtungen tätigen Historiker große Vorbehalte (zumeist sogar eine entschiedene Ablehnung) gegenüber der von der regierenden politischen Gruppierung und ihrem geistigen Hinterland betriebenen Geschichtspolitik vorgebracht werden. Bis auf ganz wenige Ausnahmen finden sich unter den Befürwortern und aktiven Gestaltern der regierungsnahen Geschichtspolitik keine der bekannteren Historiker und Gesellschaftswissenschaftler verwandter Disziplinen. Und auch im liberalen sowie katholischen intellektuellen Milieu und diesem nahestehender Publizistik (z. B. »Przegąd«, »Tygodnik Powszechny«, »Więź«, »Gazeta Wyborcza« und andere) dominieren starke kritische Vorbehalte bis hin zu strikter Ablehnung.

Wie bereits angemerkt, wurde und wird von der Kaczyński-Partei »Recht und Gerechtigkeit« die Geschichtspolitik in den Rang eines der wichtigsten Instrumente für die Gestaltung der von ihr angestrebten »IV. Republik« erhoben. Einer der maßgebenden Mitgestalter des Konzeptes der staatlichen Geschichtspolitik, Marek Cichocki, einflußreicher Berater des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński, formulierte dies im November 2005 kurz und knapp wie folgt: »Um der Hauptströmung gegenwärtiger Politik zu folgen, reichen eine richtige Wirtschaftspolitik oder professionelle Verwaltung nicht aus. Sie müssen ergänzt werden durch eine moderne Geschichtspolitik, die im Bereich der Erinnerung und Identität das Vertrauen des Bürgers zu sich selbst wiederherstellt.«²⁷

Ein besonderer Aspekt der Orientierung auf die Notwendigkeit einer staatlich gelenkten Geschichtspolitik als Element der zu gestaltenden »IV. Republik« ist die These ihrer Verfechter, daß es ein gravierender Fehler der politischen Eliten der III. Republik gewesen sei, sich vorschnell von der »Vergangenheit zu verabschieden«, das meint vor allem die Unterlassung einer gründlichen Abrechnung mit der »Volksrepublik« und deren

27 Zitiert nach Michał Iwanowski: Historia i histeria? In: Puls. Zielona Góra (2006)9 (siehe www.puls.ctinet.pl). – Siehe auch Leszek Szaruga: Polityka historyczna. In: Forum Akademickie. Lublin (2006)5 (siehe http://www.forumakad.pl/archiwum/2006/05/64_polityka_historyczna.html).

»verbrecherischer«, antinationaler, die Bedeutung Polens und seiner Geschichte mißachtenden Politik.²⁸ Die breite Forderung nach einer »Rückkehr zur Geschichte« als Korrektur grundlegender politischer Fehler der Politiker der III. Republik ist engstens verbunden mit einer scharfen Polemik gegen politische Bestrebungen führender Politiker Polens nach 1989, nicht die »Abrechnung« mit der jüngsten Vergangenheit allein in den Vordergrund gestellt zu haben, sondern im Sinne des »Runden Tisches« zum Wohle des Landes nach Gemeinsamkeiten aller politischer Lager im Interesse einer der Zukunft zugewandten konstruktiven Politik zu suchen.

Gewissermaßen als Gegengewicht zu diesem verfehlten Umgang mit der Geschichte und seiner Korrektur sprechen sich seit den Zeiten des Ringens um die politisch dominierende Rolle in Polen und noch intensiver und zielgerichteter seit dem Wahlsieg im Herbst 2005 sowohl die Führung der PiS selbst, als auch der Staatspräsident, die Regierung, insbesondere einige ihrer Minister (z. B. der Minister für Kultur und Nationales Erbe, Kazimierz M. Ujazdowski), das bereits an anderer Stelle erwähnte Institut für das Nationale Gedenken (IPN) und ihm nahe stehende Wissenschaftler und Publizisten vehement für eine gelenkte und staatlichen Vorgaben folgende Geschichtsinterpretation aus. Symptomatisch für diese Sicht auf die Aufgaben der Geschichtspolitik sind aus meiner Sicht drei Fragmente aus einer am IPN im März 2006 geführten Diskussion über »Polska polityka historyczna« (»Polnische Geschichtspolitik«). In ihr erklärte der zu dieser Zeit der PiS angehörende (und zeitweilige Parlamentspräsident) Marek Jurek: »Wir sprechen von der Geschichtspolitik als einem Bereich der Politik des Staates, gerichtet auf die Förderung des eigenen Erbes im gesellschaftlichen Bewußtsein und gleichzeitig der Darstellung der Werte der Geschichte Polens und unserer historischen Standpunkte nach außen – in der internationalen Debatte.«²⁹ Der Direktor des IPN, Prof. Jan Kurtyka, erklärte seine Sicht wie folgt: »Wenn wir von Geschichtspolitik sprechen, denken wir an bestimmte Aktivitäten, die wir als Staat unternehmen, um der Gesellschaft

28 Als typisches Beispiel für viele andere steht die Überschrift für ein von Kazimierz M Ujazdowski, dem späteren Minister für Kultur und Nationales Erbe der Republik Polen, der »Gazeta Wyborcza« gegebenes Interview über die Gründung des Museums der Geschichte Polens – »Powrót do historii« (»Rückkehr zur Geschichte«) (siehe »Gazeta Wyborcza«, Warszawa vom 8. Juli 2005).

29 IPN-Bulletin. Warszawa (2006)5(64). S. 9.

etwas zu eigen zu machen, was wir für richtig halten.«³⁰ Und Arkadiusz Rybicki, Sejm-Abgeordneter, meinte in der Diskussion: »Geschichtspolitik erfordert die Auswahl bestimmter Linien der nationalen Geschichte und das Beiseitelassen anderer. Damit sind immer Probleme verbunden. Diese Politik erfordert das Vorhandensein einer starken polnischen Identität, die wir als Polen noch nicht haben. Das ist das Erbe jener mehreren Dutzend Jahre des Kommunismus.«³¹

INSTRUMENTARIEN DER STAATLICH GELENKTEN GESCHICHTSPOLITIK

Zur Umsetzung der Geschichtspolitik im Sinne der die staatlichen Institutionen weitgehend beherrschenden PiS-geführten Regierung wurde in den letzten Jahren ein wirkungsvolles Instrumentarium geschaffen. Dies wurde zweifellos erleichtert durch offensichtliche Defizite politischer Gegenkräfte in diesem Bereich, insbesondere durch eine unübersehbare Schwäche der politischen Linken.

Przemysław Wielgosz, Chefredakteur der polnischen Ausgabe der »Le Monde diplomatique«, hat Ende 2006 voller Sarkasmus, jedoch wohl sehr realitätsnah, die in Polen entstandene Situation wie folgt charakterisiert: »Der Krieg in Nahost, in den Polen durch die Regierung der Allianz der Demokratischen Linken (SLD) verwickelt wurde, steht freilich vollends im Schatten eines anderen Krieges – des Feldzuges nämlich, den die polnische Rechte im Namen der derzeit regierenden Koalition (oder was davon übrig blieb) entfesselt hat. Es ist ein Krieg um kulturelle Hegemonie – als Schlachtfelder sind die Geschichte, die Erinnerung und das kollektive Bewußtsein auserkoren. Die Waffen, mit denen gekämpft wird, sind die Ideologie sowie ihre Institutionen: Schule, Kirche, Familie, Medien und Kulturbetrieb. Mit Sicherheit haben die Politiker der polnischen Rechten nicht Antonio Gramsci gelesen. Doch sie haben es verstanden, sich seine Ideen auf ihre Art anzueignen. Anders als die Linke sind sie sich dessen vollkommen bewußt, was es bedeutet, die Hoheit über die Mechanismen und Inhalte der kulturellen Reproduktion zu besitzen. Vor diesem Hintergrund erhält das Wort Kulturkampf, das man bis-

30 Ebenda. S. 13.

31 Ebenda. S. 29.

lang nur mit einer Episode in der Ära des Kanzlers Otto von Bismarck verband, in Polen derzeit einen neuen Klang und eine neue Dimension. Besser läßt sich die ideologische Offensive kaum beschreiben, die unmittelbar nach den Wahlsiegen der Rechten vor einem Jahr begann.«³² Dem durch die Rechten betriebenen »Schleifen der Geschichte« stellt er an gleicher Stelle die defensive, geradezu untätige Haltung der, wie er sagt, »kampfunfähigen, entideologisierten Linken« entgegen.³³

Zum breiten Spektrum der Instrumentarien der Geschichtspolitik der unter Führung der Kaczyński-Partei das politische Klima in Polen in entscheidendem Maße bestimmenden Kräfte gehören vor allem:

– Die fast ungeteilte Herrschaft über die massenwirksamsten Medien. Zu nennen sind insbesondere die Organe des polnischen Ablegers des Springer-Verlages »Fakt« (quasi die polnische »BILD«) und die seit kurzem erscheinende Tageszeitung »Dziennik«. Voll in der Hand der regierenden Koalition ist das staatliche Fernsehen, sowohl der Chef des Fernsehens als auch die Leiterin der einflußreichen Ethik-Kommission für Rundfunk und Fernsehen wurden nach Ablösung der vorherigen Amtsinhaber durch ergebene Anhänger Kaczyńskis ersetzt. Gleiches gilt für den staatlichen Rundfunk.

– Ergänzt wird der Medieneinfluß durch den bekannten Sender »Radio Maryja« und den ihm angeschlossenen Fernsehsender »Trwam« des Paters Rydzyk. Auf die dubiose Entstehungsgeschichte muß hier verzichtet werden, nicht jedoch auf die Feststellung, daß »Radio Maryja« mittlerweile einer der ganz wenigen, wenn nicht gar der einzige Sender ist, der buchstäblich in jedem Dorf Polens zu empfangen ist und auch mit kräftiger Fürsprache der Geistlichkeit vor allem von der älteren Hörschaft auf dem Lande gehört wird.

– Einen bedeutenden Platz im Instrumentarium der Geschichtspolitik nimmt das Schulwesen, dirigiert von dem Erziehungsminister Roman Giertych, Chef des ultrarechten und erzkonservativen Koalitionspartners »Liga der polnischen Familien« (LPR), ein. Das Bildungs- und Erziehungsprogramm, das den Schulen vorgegeben und von speziellen Aufsichtsgremien (Kuratoren, die im Auftrag und im Sinne der kommunalen

32 Przemysław Wielgosz: Polens IV. Republik. Die Rückkehr zum Kulturkampf. In: »Freitag«. Berlin (2006)40.

33 Es ist hier nicht der Ort, die Berechtigung dieser harschen Einschätzung zu bewerten, allerdings ist zu vermerken, daß Wielgosz mit dieser Einschätzung keineswegs ein Außenseiter ist.

Selbstverwaltungsgremien agieren) mit durchgesetzt wird, befindet sich voll auf der Linie der verordneten Geschichtspolitik. Dem dienen u. a. die geplante Trennung von polnischer Nationalgeschichte und allgemeiner Geschichte als eigenständige Unterrichtsfächer, die Erhebung des Faches Religion zum Abiturprüfungsfach sowie geplante gravierende Veränderungen der Berufungsvoraussetzungen für Hochschullehrer mit dem offen eingestandenen Ziel, deren schnellen Austausch, vor allem für gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen, an den Universitäten und Hochschulen des Landes zu ermöglichen.

Eine herausragende Rolle für die konzeptionelle Ausrichtung und die landesweite Wirksamkeit der staatlich gelenkten Geschichtspolitik kommt dem bereits weiter oben kurz charakterisierten »Institut für das Nationale Gedenken – Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk« (IPN) zu. Der bekannte polnische Publizist und Kolumnist des »Przegląd«, Krzysztof Teodor Toeplitz, sprach von ihm als von der »policja historyczna« (Geschichtspolizei)³⁴ bzw. vom »orwellowskie ministerstwo prawdy« (Orwellsches Wahrheitsministerium).³⁵ Im ursprünglichen Bestand des Instituts wirkt neben der »Hauptkommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk« und dem »Büro für die Erschließung und Archivierung von Dokumenten« ein »Büro für öffentliche Erziehung«.³⁶ Dieses gibt, neben einer umfangreichen Ausstellungstätigkeit, seit 2002 das bereits mehrfach erwähnte »Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej« heraus, das seit neuestem auf der Grundlage einer speziellen Vereinbarung zwischen dem Erziehungsministerium und dem IPN kostenlos an alle Schulen des Landes als Hilfe zur Gestaltung des Geschichtsunterrichtes verteilt wird, da seitens des Ministeriums für Nationale Erziehung die bisherigen Geschichtslehrbücher als nicht mehr ausreichend betrachtet werden, weil diese, wie der stellvertretende Erziehungsminister erklärte, nicht das enthalten, »was uns jetzt am meisten interessiert«.³⁷ Seit Anfang 2007 wurde das IPN um ein »Lustrationsbüro« erweitert.

34 Krzysztof Teodor Toeplitz: Nie dzwon, ale jednak dzwonek. In: Przegląd. Warszawa (2007)12. (19. März 2007).

35 Krzysztof Teodor Toeplitz: Czy boimy się strachu. In: Ebenda. Warszawa (2007)13 (26. März 2007).

36 Ergänzt wurde die ursprüngliche Organisationsstruktur des IPN Anfang 2007 durch ein neu geschaffenes »Lustrationsbüro«.

37 Biuletyny IPN nowymi podręcznikami. In: »Gazeta Wyborcza«. Warszawa vom 7. November 2006.

Zu erwähnen ist bei der Aufzählung wichtiger Instrumentarien der Geschichtspolitik in Polen eine Reihe von Seminaren unter dem Patronat und der direkten Teilnahme des Präsidenten Lech Kaczyński, die der Festlegung von Grundlinien der von der PiS propagierten Geschichtspolitik gewidmet sind.³⁸

Und schließlich ist, wenn es um Instrumentarien der Geschichtspolitik geht, darauf zu verweisen, daß entsprechend gestalteten Museen bzw. Einrichtungen ähnlicher Aufgabenstellung eine große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Lech Kaczyński hatte noch in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Warschau ein Museum des Warschauer Aufstandes initiiert und eröffnet. Ein Museum der Geschichte Polens befindet sich im Aufbau. Beschlossen ist durch ein entsprechendes Gesetz die Errichtung eines »Instytut Kresowy« (»Institut der Ostgebiete Polens«), das jedoch in der öffentlichen Propaganda noch eine weniger auffällige Rolle spielt, möglicherweise, um sich anbietende Parallelen zu dem mit großer Intensität vom Bund der Vertriebenen in der BRD geplanten »Zentrum gegen Vertreibungen« nicht zu deutlich werden zu lassen.

STOSSRICHTUNGEN UND WESENTLICHE INHALTE DER GESCHICHTSPOLITIK DER GEGENWÄRTIGEN KOALITION

Im Rahmen eines allgemeinen Überblicks können aus meiner Sicht folgende Hauptstoßrichtungen der von der gegenwärtig in der Regierungsverantwortung stehenden politischen Gruppierung betriebenen Geschichtspolitik benannt werden:

1. Einen ganz zentralen Platz nimmt alles ein, was in irgendeiner Weise mit dem Begriff der nationalen Unabhängigkeit verbunden ist. Die nationale Unabhängigkeit steht als ein Wert für sich, neben dem alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens fast vollständig in den Bereich der Bedeutungslosigkeit versinken. Fragen nach der sozialen Dimension des »unabhängigen Staates«, seiner politischen Verfaßtheit, nach dem Verhältnis von Opfern, Folgen und Ergebnissen sind mit dem Blick auf

38 Ein Kurzbericht über das 4. Seminar am 23. Juni 2006 befindet sich auf der Internetseite des Präsidenten der Republik Polen (siehe <http://www.prezydent.pl/x.node?id=1011848&eventId=6527072#>).

die Unabhängigkeit des Staates, für die mit aller Kraft und Opferbereitschaft zu wirken oberste Pflicht jedes Bürgers zu sein hat, völlig nebensächlich, ja, eigentlich nicht einmal statthaft.

Aus dieser Grundthese ergibt sich eine ganz einfache Einteilung in Gut und Böse: alles, was für die uneingeschränkte Unabhängigkeit eines polnischen Staates unternommen wurde, ist gut, alles Andere, selbst die Suche nach differenzierten Antworten auf Fragen nach Ursachen für den Verlust der Unabhängigkeit oder Bestrebungen, unter Bedingungen eingeschränkter Unabhängigkeit nach Wegen zur weitestgehenden Bewahrung der nationalen Identität zu suchen, sind dem Reich des Bösen zuzuordnen und als nationaler Verrat zu qualifizieren.³⁹ Die Konsequenzen sind einfach und einprägsam: polnische Geschichte ist dem Wesen nach Geschichte des Kampfes für nationale Unabhängigkeit, Polen existiert historisch betrachtet nur als unabhängiger Nationalstaat, Zeiten der fehlenden oder eingeschränkten staatlichen Unabhängigkeit sind in der Geschichte Polens quasi schwarze Löcher, um die man sich, abgesehen von der pauschalen Verurteilung der zu diesen Zeiten Verantwortlichen als »Vaterlandsverräter«, im Prinzip nicht weiter kümmern müsse, schon gar nicht durch den Versuch differenzierender Einschätzungen und Wertungen. Damit ist klar, daß in der Abfolge polnischer Staatlichkeit die Volksrepublik Polen nach dieser Auffassung völlig irrelevant ist. Der 1795 infolge der dritten Teilung Polens untergegangenen Adelsrepublik (der I. Republik Polen) folgt in der Reihung nahtlos die II. Republik zwischen den Weltkriegen, alsdann die III. Republik 1989 und, sofern es nach den Zwillingsbrüdern Kaczyński geht, vor unseren Augen der Übergang von der III. zur IV. Republik Polen.

Damit sind zugleich die »Kommunisten« und alle ihnen Nahestehenden des Verbrechens des Vaterlandsverrats schuldig, auf konkrete Handlungen oder Ähnliches kommt es nicht an. Es kommt jedoch hinzu, daß sich auch alle, die mit den »kommunistischen Vaterlandsverrättern« nicht konsequent abgerechnet, sondern sogar mit ihnen gemeinsam nach Auswegen aus einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes

39 Dies trifft nicht etwa nur auf neuere historische Debatten in Polen zu, sondern bezieht sich auch auf die bereits Ende des 19. Jahrhunderts von den Historikern um Michał Bobrzyński aufgeworfenen Fragestellungen, inwieweit innerpolnische Entwicklungen gegen Ende der polnischen Adelsrepublik selbst die Teilungspolitik der Teilmächte Rußland, Preußen und Österreich zumindest begünstigt hatten.

am »Runden Tisch« des Jahres 1989 gesucht haben, statt das Land in ein vorhersehbares, wahrscheinlich sogar blutiges Chaos abgleiten zu lassen, sich des Verrats schuldig gemacht haben. Fast hat es gegenwärtig den Anschein, daß sich die »geschichtspolitischen« Attacken stärker noch auf jene zweite Kategorie von »Verrätern« konzentrieren, als auf die bereits mehr oder weniger moralisch für besiegt und historisch entsorgt betrachteten Kommunisten. Adam Michnik und seine immer noch einflußreiche »Gazeta Wyborcza«, Lech Wałęsa, der verstorbene Jacek Kuroń, Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek und viele andere aus der langen Liste bekannter Dissidenten, Berater und Aktivisten der »Solidarność« sowie ihres Umfeldes werden Tag für Tag an den Pranger gezerrt – und beschuldigt, für die angeblich vertanen Chancen der III. Republik, für 16 verlorene Jahre polnischer Geschichte Verantwortung zu tragen. Deutlicher kann eines der politischen Ziele dieser Art Geschichtspolitik kaum hervortreten, nämlich die ungeliebte politische Konkurrenz im rechten Lager ins Abseits zu stellen.

Voll eingeordnet in diese Richtung des geschichtspolitischen Wirkens ist der bereits genannte »Unabhängigkeitsblickwinkel« bei der Be- und Umwertung konkreter Ereignisse der jüngeren polnischen Geschichte. Der Abwertung und Verurteilung als »antinational«, auch weil im Verdacht der Nähe zu den »Kommunisten« stehend, unterliegen so wie die polnischen antifaschistischen Spanienkämpfer auch die Angehörigen der Polnischen Streitkräfte, die an der Seite der Roten Armee einen bedeutenden Beitrag zur Befreiung Polens und auch Deutschlands vom Faschismus leisteten.

Über lange Jahre hatte sich andererseits auch unter polnischen Historikern und in der öffentlichen Debatte z. B. um den Warschauer Aufstand von 1944 eine umfassende Diskussion entwickelt. In ihr wurde um differenzierende Wertungen über Sinn und Erfolgsaussichten, Angemessenheit der absehbaren Folgen für eine vorwiegend politische antiso-wjetische Aktion sowie die Notwendigkeit des Abwägens von geplantem Ziel und Bedingungen für dessen Erreichbarkeit ernsthaft debattiert. Dies alles ist unter den Auspizien der gegenwärtig um eindeutige Vorherrschaft ringenden Geschichtspolitik obsolet. An eine ausschließlich nur noch als »heldenhafte Aktion des Kampfes für die Unabhängigkeit Polens« bewertete Aktion sind Fragen dieser Art nicht mehr opportun, und dieser Interpretation ist das vom jetzigen Staatspräsidenten noch in seiner Funktion als Warschauer Bürgermeister ins Leben gerufene »Muse-

um des Warschauer Aufstandes« gewidmet.⁴⁰ Helden des Unabhängigkeitskampfes, deren Wirken Gegenstand einer Reihe von Heften des Bulletins des IPN ist, sind fraglos alle, die sich der Errichtung der Volksmacht in Polen in einem blutigen, Bürgerkriegsausmaße annehmenden bewaffneten Kampf und mörderischen Terror gegen Funktionäre der neuen Macht entgegenstellten.⁴¹

2. Eine zweite wichtige Stoßrichtung könnte als Revitalisierung eines nicht ganz neuen, zeitweilig zwar etwas in den Hintergrund getretenen, den politischen Intentionen der gegenwärtig an der Macht befindlichen Koalition jedoch sehr förderlichen Syndroms sein, nämlich der These von der ständigen Bedrohung Polens durch innere und äußere Feinde.

Aufgenommen und durch entsprechenden Zuschnitt der Akzentsetzungen der Geschichtsbetrachtung wird das alte Thema von dem Schicksal Polens als einem Land zwischen ihm von Grund auf feindlich gesinnten Nachbarn, dem nur durch feste Geschlossenheit aller Polen um die patriotischen Kräfte, die die Gefahren erkennen, beim Namen nennen und gegen sie erfolgreich zu wirken bereit und in der Lage sind, Paroli geboten werden kann. Ergänzt wird diese Grundthese in jüngerer Zeit durch Verweis auf den Verrat der europäischen Bundesgenossen Frankreich und England, die entgegen ihren Zusicherungen Polen im Jahr 1939 im Stich gelassen haben⁴² und es schließlich in Jalta erneut verrieten. Die Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1917/1918 folgt dem Leitgedanken eines von Anfang an mit dem Ziel der Vernichtung des polnischen Staates konzipierten Zusammenwirkens Sowjetrußlands bzw. der Sowjetunion und Deutschlands bis hin zur gemeinsam von Stalin und Hitler realisierten Aggression und Okkupation

40 In einer kritischen Besprechung charakterisiert Michał Kozłowski das sehr vordergründig der geschichtspolitischen Konzeption der PiS-Führung folgende Museum als »eines der Museen, welche viel über die Gegenwart, aber wenig oder fast nichts über die Vergangenheit aussagen« (Michał Kozłowski: *W Muzeum Powstania Warszawskiego gloryfikuje się to samo, co gdzie indziej zarrzuca się politykom Hamasu – wysyłanie dzieci na rzeź*. In: *Przegląd*. Warszawa (2007)4 (22. Januar 2007).

41 Tadeusz Walichnowski gibt in einer 1980 erschienenen Bilanz die Zahl von insgesamt etwa 30.000 Opfern der bewaffneten Kämpfe an, davon ungefähr 10.000 Zivilisten, die bei etwa 54.000 Aktionen ihr Leben verloren (siehe Tadeusz Walichnowski: *U źródeł walk z Podziemiem reacyjnym w Polsce*. Warszawa 1980. S. 284f.).

42 Siehe u. a. Eugeniusz Guz: *Drugie Monachium. Kulisy zdrady*. Warszawa 1990.

Polens 1939 und der damit verbundenen Auslösung des Zweiten Weltkriegs.⁴³

In der bereits erwähnten geschichtspolitischen Grundsatzdebatte im Institut für das nationale Gedenken der Republik Polen (März 2006) legte Marek Jurek seine Sicht wie folgt dar: »Die moralische Wiedergutmachung für das Polen zugefügte Unheil, für die unserem Land vorenthaltene Unabhängigkeit, hat eine weitergehende Dimension. Dies ist auch eine Frage der polnisch-deutschen Beziehungen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß Deutschland die Verbrechen des Hitlerismus unterstützte. Aber in unseren gegenseitigen Beziehungen ist auch wichtig, daß Deutschland versteht, daß der Überfall Hitlers auf Polen das letzte Ergebnis der Politik der Weimarer Republik, der Kollaboration mit Sowjetrußland war, die sich faktisch gegen die Existenz eines polnischen Staates richtete. Und es ist doch eine Tatsache, daß die Folgen des II. Weltkrieges und der Politik der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit Polen nicht bis 1945, sondern bis 1989 zu ertragen hatte. Fakt ist, daß die wirtschaftliche Verzögerung, die politische Schwäche, deren Zeugen wir heute sind, ein Ergebnis des Zwanges sind, zu dem wir durch 40 Jahre Kommunismus verurteilt und die im Laufe nur einer Generation nicht zu überwinden sind. Aber Stalin ist vor allem durch die deutsche Politik in die Mitte Europas geführt worden. Um Vieles wichtiger als verbale Abbitten (die entsprechend der von der Mehrheit von uns anerkannten Ethik einen diskreten Charakter haben sollten und ausschließlich vor Gott ihren Platz haben) ist in diesem Zusammenhang Wiedergutmachung und ein Haltungswandel. Wir haben das Recht (und gegenüber Polen die Pflicht), in den Beziehungen zu Deutschland die uns zustehende – moralische und politische – Wiedergutmachung anzumahnen.«⁴⁴

Dieses Schüren von Bedrohungsängsten, gerichtet auf ein engeres Zusammenschließen der Bevölkerung um die wahren Verteidiger der Unabhängigkeit und Stärke des polnischen Staates, nämlich die von den Kaczyński-Zwillingen geführte PiS, ist in der geschichtspolitischen Debatte und in der aktuellen Politik der gegenwärtigen Regierung ständig zu beobachten. Bedrohlich sei die geplante Ostseepipeline, in den PiS-treuen Medien apostrophiert als Neuaufgabe des Stalin-Hitler-Paktes vom Au-

43 Siehe Karol Grünberg/Jerzy Serzyk: Droga do rozbioru Polski. 1918–1939. Nowe ustalenia. Warszawa 2005.

44 IPN-Bulletin. Warszawa (2006)5. S. 10f.

gust 1939 oder als Fortsetzung der imperialen Politik Katharinas II. mit deutschem Geld, kommentiert mit Slogans wie »Polen in der Zange«; bedrohlich sei der zu befürchtende Verrat polnischer Interessen durch vermutete Zugeständnisse der EU in den Verhandlungen mit Rußland über die Verlängerung des Kooperationsabkommens EU–Rußland, weshalb Polen genötigt war, gegen alle Überredungsversuche der EU-Außenminister sein Veto einzulegen. Auch die Mitgliedschaft Polens in der NATO und der EU gewährt in der Sicht des polnischen Premiers angesichts der Erfahrungen mit der Unzuverlässigkeit europäischer Bündnispartner nicht ausreichende Sicherheitsgarantien, diese seien nur durch engste Partnerschaft mit den USA zu erzielen, weshalb, um ganz aktuell zu sein, die Errichtung von Bestandteilen der US-amerikanischen Raketenabwehr unausweichlich sei. Die Bedrohung Polens gehe aber nicht nur von außerhalb des Landes aus, auch die Seilschaften (układy) der ehemals herrschenden »Vaterlandsverräter« sei hier einzuordnen. Deshalb mußte im Interesse der Abwehr drohender Unterminierung der polnischen Unabhängigkeit das in den militärischen Aufklärungs- und Abwehrdiensten bestehende russische Spionagenetz liquidiert werden.⁴⁵

Die wenigen angeführten Beispiele stehen für eine lange Reihe weiterer neuer bzw. unter neuen geschichtspolitischen Auspizien umgestalteter Geschichtsbilder, auf deren eingehendere Darstellung hier aus Raumgründen verzichtet werden muß.

3. Eine dritte, vielleicht sogar gegenwärtig die wichtigste Richtung, in der die »Geschichtspolitik« Wirkungen entfalten soll, ist das Erwecken nationalen Stolzes durch die geschichtspolitisch richtig bestimmte Gestaltung des zu vermittelnden Geschichtsbildes. In seiner Regierungserklärung vom 19. Juli 2006 erklärte der neue Premier Jarosław Kaczyński: »Notwendig ist die Konsolidierung des polnischen Nationalbewußtseins, notwendig ist es, den Stolz der Polen zu erwecken, wie es auch andere Völker tun. Auch solche, die sich in unvergleichbar größerem Ausmaß gegenüber der Geschichte zur Rede stellen müssen als wir, ungeachtet dessen, daß niemand ganz unschuldig ist. Und so werden auch wir es tun, gegen alle Kritik, gegen alle Angriffe.«⁴⁶

45 Siehe Antoni Macierewicz: Raport o WSI pokrzyżował szyki Rosji [Der WSI-Bericht durchkreuzt Rußlands Pläne]. In: »Dziennik«. Warszawa vom 26. Februar 2007.

46 Zitiert nach dem Text auf der Internet-Seite des Vorsitzenden der Regierung der Republik Polen (siehe <http://kprm.gov.pl/16570.htm> – nichtautorisierte Übersetzung).

Was und wie dies zu bewerkstelligen ist, faßte der stellvertretende Minister für Kultur und das nationale Erbe, Tomasz Merta,⁴⁷ in einer relativ einfachen Formel zusammen: »Die für die Tradition konstitutive Auswahl [...] wird nicht bestimmt durch die Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Werkstatt des Historikers, sondern durch Eignung für die Organisation der Gemeinschaft. In diesem Sinne erweisen sich die positiven Erfahrungen gegenüber den negativen und schändlichen als wichtiger, und Helden wichtiger als Verräter und Duckmäuser.«⁴⁸

Die Linie, der in diesem Sinne von den Massenmedien, deren massenwirksamste, wie bereits gesagt, mehrheitlich unter der vollen Kontrolle der Kaczyński-Partei sind, dem Schulwesen unter dem Dirigat des LPR-Vorsitzenden Giertych als zuständigem Minister sowie speziellen Institutionen zu folgen ist, orientiert sich auf das Hervorheben all jener Momente in der polnischen Geschichte, aus denen die Größe des eigenen Landes, seine Bedeutung für die Sicherung der Existenz Europas und der abendländischen Kultur, der Opfermut ganzer Generationen von Kämpfern für die Unabhängigkeit des Landes sowie die Rolle Polens für die Bewahrung der Zivilisation und ihrer Kultur vor den zerstörerischen Bedrohungen des Kommunismus hergeleitet und für die Erweckung des Nationalstolzes der heute lebenden Generationen genutzt werden können. Dabei wird ganz offensichtlich angeknüpft an geistesgeschichtliche Entwicklungen des 19. Jahrhunderts, namentlich an den vor allem mit den Namen von Zygmunt Krasiński und Adam Mickiewicz verbundenen sogenannten Messianismus. Beide entwickelten im Exil als Reaktion auf die Lage Polens nach der Zerschlagung seiner staatlichen Existenz und insbesondere nach der Niederlage des polnischen Aufstandes von 1830, der bekanntlich auch eine tiefe Niedergeschlagenheit insbesondere unter den in ganz Europa verstreut lebenden etwa 10.000 polnischen Emigranten hervorgerufen hatte, das Bild von der herausragenden Rolle Polens für die zu erringende Freiheit aller Völker. Eine besondere Ausprägung

47 Tomasz Merta ist einer der führenden Sprecher der Gruppe polnischer Politiker und Ideologen, die bereits seit geraumer Zeit eine stärkere Verantwortung des Staates für eine den nationalen Interessen dienende »Geschichtspolitik« plädieren. Gemeinsam mit Robert Kostro ist er Herausgeber des in gewisser Weise die Funktion eines Standardwerkes erfüllenden Sammelbandes »Pamięć i odpowiedzialność« (»Erinnerung und Verantwortung«) (Kraków 2002).

48 Zitiert nach Adam Leszczyński: *Polityka historyczna, Wielki strach*. In: »Gazeta Wyborcza«. Warszawa vom 4. Juli 2006.

fand dies in den 1832 erschienenen »Księgi Narodu i Pielgrzymstwa Polskiego« (»Bücher der Polnischen Nation und der polnischen Pilgerschaft«) Mickiewiczs, wo er die Überzeugung von der besonderen Führerrolle Polens im Kampf der Völker gegen die Tyrannei der Regierenden und von Polens besonderen religiösen und politischen Aufgaben für die Geschichte der Menschheit formuliert. Und nach Krasinski wird die Menschheit entsprechend der göttlichen Vorsehung in ihrer Suche nach endgültigen Zielen von der polnischen Nation angeführt, die dieser Rolle aufgrund ihrer Vergangenheit und ihres Leidens würdig ist.

Und es ist sicher kein Zufall, daß sich die auf die Stärkung des Stolzes der polnischen Bürger orientierende Geschichtspolitik eben gerade dieser (keineswegs ohne kritische Auseinandersetzung mit ihr⁴⁹) im kollektiven Gedächtnis der polnischen Nation fortlebenden Traditionslinie bemächtigt, wie unschwer aus Stellungnahmen führender Schöpfer und Vertreter der Geschichtspolitik des rechtskonservativen Regierungslagers hervorgeht. Zitiert sei hier aus der Paneldiskussion am IPN im März 2006 beispielsweise Janusz Kotański, Schriftsteller, Fernsehautor und -regisseur, zu dieser Zeit auch Leiter des Pressebüros des Senats der Republik Polen:

»Seien wir stolz, wer wir sind. Denn das XX. Jahrhundert, dieses tragischste Jahrhundert der Weltgeschichte, war das Jahrhundert unserer Größe. Ich bin der Überzeugung, daß die Vorsehung unserem Volk sein Dasein bescherte, damit es zwei Totalitarismen vernichtete, und das mehr oder weniger ohne Gewalt. Wir gaben seinerzeit der Welt zwei der größten Menschen: den Primas der Jahrtausendfeier und Johann Paul II. Das ist eine wundervolle Fortsetzung der Zeiten der I. Republik, über die II. Republik bis hin zur IV. Republik – die III. übergehe ich.«⁵⁰

In der gleichen Diskussion äußerte sich Marek Jurek ganz ähnlich wie folgt: »Diese Frage [der internationalen Rolle Polens – E. M.] behandelte der Heilige Vater in seiner Predigt in Sopot, als er darüber sprach, was wir für die Freiheit der Welt und Europas geleistet haben. Die »Solidarność« war der entscheidende Faktor für die Beendigung des Kalten

49 Der bereits erwähnte Kolumnist des »Przegląd«, Krzysztof Teodor Toeplitz, sprach in diesem Zusammenhang vom »polnischem martyriologischen Exhibitionismus« (Krzysztof Teodor Toeplitz: Konserwatyzm żałobny. In: Przegląd. Warszawa (2006)20).

50 IPN-Bulletin. Warszawa (2006)5. S. 31f.

Krieges, was in keiner Weise den Wert anderer Schlüsselereignisse der Konfrontation vermindert, wie auf der einen Seite das gesamte Wirken Johannes Pauls II. und andererseits der bewaffnete globale Widerstand der Vereinigten Staaten gegen die sowjetische Expansion. Die ›Solidarność‹ war jedoch der am meisten repräsentative Faktor auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Widerstandes der unterdrückten Völker.«⁵¹

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang im Übrigen eine Position des Ministers für Kultur und Nationales Erbe, Ujazdowski. In einem Interview (im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung des Museums der Geschichte Polens) gefragt, ob es nicht eine übertriebene Erwartung sei, daß das Museum zu einem Anziehungspunkt ausländischer Touristen werden möge, um die Verdienste Polens nach außen hin zu präsentieren, da ja wohl das Berliner Mauermuseum in weit stärkerem Maße Touristen anzieht, erwiderte er: »Ist das ein Argument, das Museum nicht zu errichten? Natürlich, wir haben unsere Chance verspielt und heute verbindet die öffentliche Weltmeinung mehrheitlich den Untergang des Kommunismus mit dem Fall der Berliner Mauer. Aber mit dieser Niederlage können wir uns nicht abfinden.«⁵²

Ganz in diesem Sinne führte Paweł Skibiński, Leiter der Forschungsabteilung des im Aufbau begriffenen Museums der Geschichte Polens, in der gleichen Diskussion zur Geschichtspolitik im IPN aus: »Tatsächlich haben wir etwas, dessen wir uns rühmen können; ich erinnere an die Rolle der polnischen demokratischen Traditionen für die Gestaltung der europäischen Demokratie, an die Rolle der altpolnischen Demokratie. Ich erinnere auch an die neuere Geschichte, an die einzigartige polnische Erfahrung des Widerstandes gegen zwei Totalitarismen – den sowjetischen und deutschen. Das ist eines der Probleme der Einzelstellung Polens in der Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts, daß es außer uns kaum andere Völker gab, die gleichzeitig gegen die Nazis und Kommunisten kämpften.«⁵³

In unmittelbarem Zusammenhang hiermit nochmals Marek Jurek. In der genannten Diskussion unterstrich er den besonderen Platz, den er – in der bei der Errichtung der IV. Republik zu betreibenden Geschichts-

51 Ebenda. S. 9.

52 Powrót do historii – Z Kazimierzem M. Ujazdowskim rozmawia Paweł Wroński. In: »Gazeta Wyborcza«. Warszawa vom 8. Juli 2005.

53 IPN-Bulletin. Warszawa (2006)5. S. 23.

politik – der christlichen Identität Polens für die Stärkung des Gefühls nationalen Stolzes der gegenwärtigen Generation gesichert wissen möchte: »Unsere Diskussion bewegte sich ein wenig [...] im Klima nachchristlicher Kultur. Aber der höchste Wert und wichtigste Strang unserer Identität ist die christliche Tradition, die Geschichte der Evangelisation [...] Polen ging über Jahrhunderte dem Punkt entgegen, an dem wir der ganzen Kirche Johann Paul II. gaben. Die Jahrhunderte des Christentums bereiteten die ›Solidarność‹ vor, die Werte bewahrend, die für die Mehrheit von uns in geistiger Hinsicht die wichtigsten sind. Das steht keineswegs im Widerspruch dazu, daß Polen zugleich fürsorgliche Mutter für andere Gemeinschaften war. So sind wir auch stolz darauf, daß die polnischen Wege im Allgemeinen nach Rom führen, aber wir können auch stolz darauf sein, daß alle Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung Israels aus Polen kamen, hervorgegangen aus diesem nationalen Leben.«⁵⁴

Und über die Notwendigkeit, Europa die polnischen Erfahrungen und die polnische Sicht auf den Kommunismus nahe zu bringen, erklärte er an gleicher Stelle:

»Geschichtspolitik, wie auch immer wir sie benennen und welche Varianten sie auch haben mag, ist notwendig. Die Interessen unseres Landes (wie auch anderer uns ähnlicher Völker), sowohl ökonomische, als auch Sicherheitsinteressen, werden in der Gemeinschaft der Länder des Westens keine Anerkennung finden, wenn der Westen und Europa den Kommunismus nicht verdammen; wenn sie den Antikommunismus nicht als Bestandteil ihrer Tradition anerkennen, so wie sie den Kampf gegen den Nazismus als gemeinsame Tradition anerkannt haben.

Und es geht nicht um Anerkennung des pazifistischen, friedlichen, des Flugblattantikommunismus, sondern des Antikommunismus als solchen. Gegenwärtig ist weder der Kampf der ›Nationalen Bewaffneten Kräfte‹ oder der ›Karlistischen Milizen‹ gemeinsame Tradition Europas, nicht einmal der Kampf Piłsudskis, Mannerheims oder Denikins ist Gegenstand kollektiven Gedächtnisses und gemeinsamer Dankbarkeit. Die Ehrerbietung für den bewaffneten Antikommunismus ist Maßstab der wirklichen Verdammung des Unheils des Kommunismus. Dies zu erreichen erfordert internationale Anstrengungen der Menschen, die aufrichtig wünschen, daß Europa auf seinen eigentlichen Grundlagen errichtet

54 Ebenda. S. 25.

wird. Der Kommunismus war die Negation alles dessen, was das geistige Erbe Europas ausmacht: der christlichen Religion, der nationalen Traditionen, der Menschenwürde. Der Antikommunismus hingegen war die praktische Bekräftigung alles dessen, was das geistige Erbe Europas ausmacht.«⁵⁵

CARL SCHMITT – IDEOLOGE DER IV. REPUBLIK?

Unter diesem Titel veröffentlichte Marian Dobrosielski Anfang 2007 einen den ideologischen Wurzeln der Geschichtspolitik der Gestalter der »IV. Republik« gewidmeten Artikel.⁵⁶ Er wandte sich damit einer bereits mehrere Monate zuvor von ihm in der »Trybuna« aufgeworfenen Frage wieder zu, die er unter dem Eindruck des bereits erwähnten Artikels von Adam Leszczyński in der »Gazeta Wyborcza« gestellt hatte.⁵⁷ Dort hatte Leszczyński die These vertreten, daß es nicht möglich sei, die Wurzeln der von der Kaczyński-Strömung betriebenen Geschichtspolitik ohne die Lektüre von Carl Schmitt, einem wichtigen Denker ihrer Hauptideologen, richtig zu erfassen.

In völliger Übereinstimmung mit Leszczyński in dieser Hinsicht bejaht Dobrosielski die von ihm gestellte Frage. Er beleuchtet in diesem Zusammenhang lediglich die Situation in Polen, ohne auf die internationale Dimension der Wirkungen, die von den Theorien des deutschen Staats- und Verfassungsrechtlers Carl Schmitt ausgehen, weiter einzugehen. Die Tatsache, daß im Zusammenhang mit der starken Zuwendung nicht nur der »Neuen Rechten« in der Bundesrepublik Deutschland zu den antiliberalen, autoritären, rassistischen und expansionistischen Lehren des »Kronjuristen des Dritten Reiches«⁵⁸ eine intensive Debatte um Carl Schmitt, mit gezielten Versuchen, ihn von seiner eindeutig profaschistischen Grundeinstellung reinzuwaschen,⁵⁹ geführt wird, steht naturgemäß bei Dobrosielski und noch weniger bei den Bewunderern und

55 Ebenda. S. 24f.

56 Siehe Marian Dobrosielski: Carl Schmitt – ideolog IV RP? In: Dziś. Warszawa 18(2007)2. S. 100–112.

57 Siehe Adam Leszczyński: Polityka historyczna. Wielki strach. In: »Gazeta Wyborcza«, Warszawa vom 7. April 2005.

58 Andreas Koenen: Der Fall Schmitt. Sein Aufstieg zum Kronjuristen des Dritten Reiches. Darmstadt 1995.

Erben seines Gedankengutes in Polen im Hintergrund der aktuellen geschichtspolitischen Diskussionen. Der Verlockung, hierauf an dieser Stelle weiter einzugehen, muß bedauerlicherweise hier widerstanden werden, zumal das sich um Schmitt und sein Werk rankende Schrifttum in der BRD (und anderen europäischen Ländern) sich kaum noch überblicken läßt.⁶⁰

Für den hier behandelten Problemkreis ist allerdings die Tatsache relevant, daß sich seit etwa zehn Jahren auch in Polen eine verstärkte Hinwendung zu Schmitt feststellen läßt. Einer der einflußreichsten Ideologen der neuen Geschichtspolitik, Marek A. Cichocki, hat 2000 eine von ihm eingeleitete und übersetzte Sammlung wichtiger Bestandteile des gesamten Theoriegebäudes Schmitts in Polen herausgegeben.⁶¹ Kurz darauf, 2003, begründete Cichocki zusammen mit Dariusz Karłowicz eine jährlich erscheinende strikt konservative philosophisch-theologische Zeitschrift mit dem einem der besonders einflußreichen Werke Schmitts entlehnten Titel »Teologia polityczna« (»Politische Theologie«), die zwar nicht ausschließlich der Popularisierung Schmittschen Gedankengutes dienen soll, jedoch ist eine sehr große Nähe dazu unverkennbar.

Sowohl Leszczyński als auch Dobrosielski, zwar von unterschiedlichen Blickwinkeln ausgehend, belegen überzeugend, daß die weiter oben skizzierte Geschichtspolitik der Gruppierung um die Brüder Kazcyński (wie übrigens auch die Politik in anderen Bereichen) sehr nachhaltig von den Ideen Carl Schmitts beeinflußt sind, auch wenn nicht ausdrücklich darauf Bezug genommen wird. Einen zentralen Platz nimmt dabei Schmitts »Begriff des Politischen« ein. In einer seiner besonders be-

59 Siehe Stefan Vogt: Der Durchschnittsdeutsche. In: *Jungle World*. Berlin (2002)10 (27. Februar 2002). – Thomas Assheuer: Zur besonderen Verfügung: Carl Schmitt. In: *Die ZEIT – Kursbuch* 166. Hamburg (2006)4. S. 12–19. – Martin Blumentritt: Die politische Theorie Carl Schmitts als Urbild der »Neuen Rechten«. In: <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr157s.htm>.

60 Siehe Hermann Klenner: [Rezension zu] Carl Schmitt: *Staat, Großraum, Nomos*. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969, herausgegeben, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Günter Maschke, Duncker & Humblot Berlin 1995. In: *Utopie kreativ*. Berlin (Januar 1996)63. S. 81ff. – Allein die Liste empfohlener Literatur zu dem Schmitt-Artikel in der Internet-Enzyklopädie »Wikipedia« gibt für den Zeitraum ab Beginn der neunziger Jahre über 50 Titel an, wobei die Zeitschriftenliteratur bei weitem nicht vollständig erfaßt ist.

61 Siehe Carl Schmitt: *Teologia polityczna i inne pisma*. Wybór, przekład i wstęp Marek A. Cichocki. Kraków 2000.

kannten Arbeiten unter diesem Titel aus dem Jahre 1927⁶² erklärt er die Unterscheidung in Freund und Feind als die spezifische Unterscheidung, auf die sich politisches Handeln zurückführen lasse. Alle Gegensätze und Widersprüche in der Gesellschaft, seien es ethnische, wirtschaftliche, religiöse oder moralische, gingen, sofern sie stark genug würden, in politische Gegensätze über und teilten letzten Endes die Menschen in Freund und Feind. Allgemeingültigkeit und Konsequenzen dieses von Schmitt entwickelten Freund-Feind-Schemas als eigentlicher Angelpunkt allen politischen Handelns ergibt sich aus seiner Erläuterung: »Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein; er muß nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen. Er ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene Normierung, noch durch den Spruch eines »unbeteiligten« und daher »unparteiischen« Dritten entschieden werden können.«⁶³ Wie sich unschwer daraus folgern läßt, gilt daher nach Schmitt auch Gewalt als Mittel der Konfliktlösung als durchaus legitim.

In seinem bereits genannten Artikel über die Geschichtspolitik des Kaczyński-Lagers verweist Leszczyński u. a. auch auf sehr aktuelle Bezüge der Vertreter der gegenwärtigen Geschichtspolitik auf Schmitt. Er schreibt: »Die Ansichten Schmitts erklären auch den ostentativen Unglauben der Anhänger der Geschichtspolitik an die Versöhnung. Die Möglichkeit, daß es vielen Deutschen, Juden oder Ukrainern wirklich darum gehe, kommt in ihren Schriften nicht vor. Die polnische Gemeinschaft ist von Feinden umgeben (ohne Gegner gibt es ja keine politische Gemeinschaft). Im Angesicht des Feindes kann man sich nur ergeben oder kämpfen – und dem Kampfe dient die Geschichtspolitik.« Und notfalls wird auch, wie der Autor weiter ausführt, der »Feind«, vor allem der innere, durch bewußte Fälschungen, Übertreibungen oder Unterschlagungen von Realitäten, »erfunden«, um der eigenen These von »Bedro-

62 Erstmals erschienen als Artikel im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, in überarbeiteter Fassung als eigenständige Publikation 1932.

63 Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Berlin 1932. S. 27.

hung« (und notwendiger rigoroser Abwehr der vom Feind ausgehenden Gefahren zu begegnen) Glaubwürdigkeit zu verschaffen.

In nur mittelbarem Zusammenhang mit dem zweifelsfrei bestehenden starken Einfluß der Ansichten Schmitts auf die geschichtspolitischen Konzeptionen der seit 2005 in Polen die politische Landschaft maßgeblich prägenden Kräfte sei hier gewissermaßen am Rande auf die nachhaltigen Wirkungen auch weiterer Bestandteile des Schmittschen Ideengebäudes auf Theorie und Praxis der gegenwärtigen extrem konservativen Politik verwiesen: die Hervorhebung des Stellenwertes von Recht, Ruhe und Ordnung,⁶⁴ seine Kritik des Parlamentarismus und gleichzeitige Lobpreisung autoritärer Formen der Ausübung der Staatsgewalt u. a. m.

Auf die Frage, inwieweit es berechtigt sei, Carl Schmitt als geistigen Vater der gegenwärtig in Polen intensiv diskutierten Konzeption der »IV. Republik« zu bezeichnen, sei abschließend Marian Dobrosielskis Antwort, die er am Schluß seines zitierten Artikels gibt, angeführt. Er schreibt: »Ich weiß nicht, ob Carl Schmitt einer der Inspiratoren der PiS-Ideologie der IV. Republik Polens ist. Ich wiederhole, daß Schmitts fundamentale Kategorie des ›Politischen‹ von der Freund-Feind-Unterscheidung, auf die man alle politischen Motive und Handlungen zurückführen kann, nicht nur anachronistisch, sondern auch außergewöhnlich gefährlich und schädlich ist. Es ist aber offensichtlich, daß sich die Führer der PiS dieser Kategorie und nahezu aller sich daraus ergebender Konsequenzen, wie sie von Schmitt beschrieben worden sind, in der Praxis sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik bedienen.

In der Ära der Globalisierung und der gegenseitigen Abhängigkeit im Grunde genommen aller Staaten der Welt, als der dominierenden Tendenz der Außen- und Sicherheitspolitik großer und kleiner Staaten, und insbesondere Polens, muß eine *authentische Partnerschaft* bei der Lösung eigener und gemeinsamer, regionaler, kontinentaler und globaler Probleme, Krisen und Herausforderungen angestrebt werden. Das Bauen

64 »Die Leistung eines normalen Staates besteht aber darin, innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Befriedung herbeizuführen, ›Ruhe, Sicherheit und Ordnung‹ herzustellen und dadurch eine normale Situation zu schaffen, welche die Voraussetzung dafür ist, daß Rechtsnormen überhaupt gelten können, weil jede Norm eine normale Situation voraussetzt und keine Norm für eine ihr gegenüber völlig normale Situation Geltung haben kann. Diese Notwendigkeit führt in kritischen Situationen dazu, daß der Staat als politische Einheit von sich aus, solange er besteht, auch den ›inneren Feind‹ bestimmt.« (ebenda. S. 46).

auf den »Begriff des Politischen«, also die Unterscheidung in der Innen- und Außenpolitik in *Freunde und Feinde*, führt zu einer Situation, in der viele Staaten in Polen, wenn nicht einen Feind, so aber doch zumindest ein Land sehen werden, das die Lösung von Problemen, Krisen und Herausforderungen – politischen, ökologischen, energetischen, wirtschaftlichen, humanitären und anderen – erschwert.«

SONJA STRIEGNITZ

[Rezension zu] Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin. Berlin: R.O.S.S.I. 2006. 283 S., 93 Abbildungen

Am Tag des offenen Denkmals kann man sie alljährlich an markanten Punkten im weiten Oval des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park interessierten Bürgern Berlins und Gästen der Stadt engagiert und kenntnisreich Fakten und Zusammenhänge von Entstehung und Geschichte dieses Gedenkkomplexes für die im Kampf gegen den deutschen Faschismus gefallenen sowjetischen Armeeangehörigen erklären sehen: Helga Köpstein. Nun hat sie eine fundierte Gesamtschau über die drei Ehrenmale in Berlin vorgelegt und damit eine spürbare Lücke in der Berlin-Literatur geschlossen. In seiner Entstehung ist das Buch nicht alltäglich. Die Autorin, deren Spezialgebiet die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von Byzanz ist, hat an Forschungen ihres 1981 verstorbenen Ehemannes, des Historikers Horst Köpstein, angeknüpft. Er hatte für seine Recherchen über die Geschichte des Ehrenmals im Treptower Park auch Schüler aus dem Stadtbezirk Treptow, Mitglieder einer Arbeitsgemeinschaft Junger Historiker, begeistert und zusammengetragenes Material veröffentlicht. Helga Köpstein hat diese Publikation, überarbeitet und ergänzt, 1987 neuerlich herausgebracht. Seither hat sie dieses Thema nicht mehr losgelassen.

In dem nun vorliegenden Band hat sie anhand von zahlreichen Dokumenten aus Archiven und Privatbesitz, Berichten von Zeitzeugen (insbesondere der sowjetischen Akteure, der Verantwortlichen aus der SMAD sowie namentlich der Architekten und Bildhauer Jakow Belopolski und Frau Wera, Lew Kerbel, Konstantin Solowjow, Jewgeni Wuschetitsch, Wladimir Zigal, die die Vfn. auch persönlich befragte) und der das Thema betreffenden oder tangierenden Literatur ein detailliertes Bild über die Geschichte des Ehrenmals im Tiergarten, eingeweiht am 11. November 1945 (Kapitel 1), im Treptower Park, eingeweiht am 8. Mai 1949 (Kapitel 3), und in der Schönholzer Heide, eingeweiht am 7. November 1949 (Kapitel 4), gezeichnet. Im Zentrum steht dabei eindeutig das Treptower Ehrenmal, was dessen von seinen Schöpfern konzipiertem inhaltlichen

und künstlerischen Anspruch als zentraler Ort für die Würdigung der sowjetischen Befreiungstat entspricht. Dem chronologischen Ablauf des Geschehens folgend, beschreibt die Vfn. im zweiten Kapitel die Umgestaltung der vorgefundenen Bestattung sowjetischer Armeeinghöriger in Treptow und Schönholz in Ehrenfriedhöfe, die damit verbundene Umbettung der Kriegstoten, die Herausbildung und Bestätigung des künstlerischen Konzepts für die Gedenkkomplexe. An dieser Stelle erfährt der Leser übrigens aufschlußreiche Einzelheiten über eine bis 1974 weitgehend unbekannte deutsche gewerkschaftliche Initiative: die Aufstellung eines Gedenksteins für die gefallenen Rotarmisten im Treptower Park am Vorabend der ersten Nachkriegsmaifeier 1946, also vor Anlage des Ehrenmals. Auch bei ihren Führungen durch das Ehrenmal macht die Vfn. stets auf diesen bescheidenen Stein und die Geschichte seiner Aufstellung aufmerksam.

Helga Köpstein hat alle Aspekte der Entstehung der jeweiligen Anlage differenziert ausgeleuchtet: die Wahl des Ortes, die Beschaffung des benötigten Materials, die Arbeitsabläufe, die Heranziehung deutscher Firmen und Arbeitskräfte, die Sorge für die sozialen Belange der am Bau Beteiligten, die gärtnerische Gestaltung der Anlagen, die terminliche Planung und Realisierung. Sie spannt den Bogen vom Platz der Ehrenmale (vor allem des Treptower) im politischen Ritual der DDR bis zur Beschreibung ihres heutigen Zustands und ihrer Wahrnehmung durch die Berliner und ihre Gäste.

Die Vfn. vermittelt historische Tatsachen über die Rahmenbedingungen für die Anlage der sowjetischen Ehrenmale in der Viersektoren- und schließlich gespaltenen Stadt. Während für das in unmittelbarer Nähe der einstigen Zentren der faschistischen Macht im Tiergarten (britischer Sektor) geplante und errichtete erste Ehrenmal die Zustimmung der britischen Militärbehörden problemlos erfolgte und diese sogar Gebäude für die Unterbringung der am Bau beteiligten Sowjetsoldaten bereitstellten, legte sich über die nur wenig später beginnende Errichtung der Ehrenmale Treptow und Schönholz sehr bald der Hauch des Kalten Krieges. Gravierende Auswirkungen hatte die Spaltung der Stadt durch die Währungsreform und die Einführung der D-Mark in den Westsektoren. Nicht nur, daß wichtige am Bau beteiligte Betriebe und Werkstätten wie die Bildgießerei Noack und die Glas- und Mosaikwerkstatt August Wagner in den Westsektoren ansässig waren, mußten von den zuständigen SMAD-Stellen wiederholt Verzögerungen bei der Bezahlung der auftragsgemäß erbrachten Leistungen zugelassen werden, weil es Engpässe in

ihren eigenen Westmarkbeständen gab. Das führte mitunter zu heute kurios anmutenden Überlegungen über Äquivalenzzahlungen. Es wurde sogar die Bezahlung mit Braunkohle erwogen, wie dies die Firmen selbst vorschlugen!

Hervorhebenswert an dieser Publikation ist, daß die Vfn. gleichzeitig mit der Behandlung ihres Hauptgegenstandes immer wieder berlin-, betriebs- und kunstgeschichtliche Exkurse unternimmt. So erinnert sie beispielsweise an die Vorgeschichte des Standortes Ehrenmal Tiergarten (das einzige im Zentrum der Stadt) mit der nahegelegenen Siegessäule und einstigen kaiserlichen Siegesallee und den damit verbundenen faschistischen städteplanerischen Ambitionen. Über den Treptower Park erfährt der Leser viel Wissenswertes – über die parkgestalterische Vergangenheit, aber auch über den Park als Stätte proletarischer Veranstaltungen. Sorgfältig geht die Vfn. den betrieblichen und künstlerischen Traditionen der Friedenauer Bildgießerei Noack nach, die unter den überaus schwierigen Nachkriegsbedingungen bedeutendste Bronzearbeiten in hoher Qualität für alle drei Ehrenmale fertigte. Ähnliches betrifft die Bronzegießerei des Lauchhammer-Werkes oder die interessanten Ausführungen über die Kunst des Mosaikhandwerks und die Geschichte der mit Mosaikarbeiten für die Ehrenmale Treptow und Schönholz von den sowjetischen Bauherren betrauten Mosaik- und Glasmalerei August Wagner mit ihren Werkstätten in Neukölln.

Bis zum heutigen Tag ist die Geschichte der Ehrenmale mit Legenden verbunden, die in Printmedien und Berlin-Literatur auch immer neu belebt werden. Argumentiert widerlegt die Vfn. die angebliche Verwendung von Baumaterial, insbesondere Granit, aus der Reichskanzlei für das Treptower und Schönholzer Ehrenmal und weist nach, daß das von den Nazis für künftige Siegesbauten angelegte Steinlager Fürstenberg die Hauptquelle für das Material war. Lediglich acht Säulen aus der Reichskanzlei sind für die Gestaltung des Eingangsbereichs zum Ehrenmal Schönholz genutzt worden. Überzeugend sind auch die ausführlichen Darlegungen im Zusammenhang mit der Frage, was für die Zentralfigur des Treptower Ehrenmals – den Soldaten mit dem Kind auf dem Arm – als Vorlage diente: Nicht die historisch verbürgte Tat des Gardesergeanten Massalow, der während der Berliner Straßenkämpfe ein weinendes Kleinkind aus den Trümmern rettete, diente dem Bildhauer Wutschetsch als Anregung, sondern er schuf dieses Monument als symbolische Verallgemeinerung der künstlerischen Grundidee des Denkmalkomplexes, worauf er selbst stets mit Nachdruck verwies.

Das gründlich recherchierte Buch wird durch zahlreiche Illustrationen ergänzt, darunter Fotos, die die Vfn. selbst machte. Es enthält im Anhang Werkbiographien der bedeutendsten beteiligten Architekten und Bildhauer sowie – auszugsweise – heute geltende Gesetze und Verträge der BRD, die die Ehrenmale betreffen. Wünsche bleiben kaum offen. Indes bedarf wohl die Frage der Kostenübernahme für die Errichtung der Ehrenmale weiterer Untersuchung. Diese Mittel dürften doch eher den Besatzungskosten zugeschlagen und nicht – wie die Vfn. gelegentlich schreibt – von sowjetischer Seite getragen worden sein. Mehr wünschte sich der Leser darüber zu erfahren, wie sich die drei »Großbaustellen« im Nachkriegsberlin in der Tätigkeit der zentralen Berliner Behörden bzw. – nach Spaltung der Stadt – des Ostberliner Magistrats reflektierten. An manchen Stellen muß die Vfn. auch heute noch wegen unzugänglicher oder fehlender Quellen mehr vermuten, als daß sie historisch stichhaltig belegen kann. Nichtsdestoweniger ist ein Buch entstanden, das unsere Kenntnisse über den Gegenstand entschieden bereichert. Wer sich unvoreingenommen für die Geschichte der drei sowjetischen Ehrenmale in Berlin interessiert, sollte es lesen, zumal in Zeiten fortgesetzter Bilder- und Denkmalstürmerei im Osten der Stadt und des Landes.

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen — Grenzen — Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S. [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zweitausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286.]. – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-

chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331 bis 336.]. – *Band 3(1): Leipzig 2001*. 362 S. [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig — Sachsen — Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Radischtschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig — Gelehrter — Politiker. S. 89–98. – Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Auf-ruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmidt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aus-siedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347.]. – *Band 3/2 (9): Leipzig 2001*. 379 S. [Enthält u. a. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. S. 9–35. – Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren. S. 37–51. – Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution. S. 53–78. – Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Pilsudski und Lenin. S. 79–103. – Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. S. 105–127. – Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa. S. 129–150. – Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen. S. 151–169. – Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. S. 171–177. – Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka). S. 179–191. – Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien. S. 193–218. – Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern. S. 219–250. – Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion — in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. S. 251–284. – Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland. S. 285–306. – Hilmar Walter: Dositej Obradović und Johann Christoph Adelung. S. 307–316. – Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den Mitteleuropa-Plä-

nen von Constantin Frantz. S. 317–327. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markova »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«. S. 329–353.]. – *Band 4: Leipzig 2002. 374 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa. S. 9–54. – Eckart Mehls: Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung. S. 55–61. – Erwin Lewin: Nation als Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht. S. 63–83. – Sonja Striegnitz: »Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«. Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie unter den Narodniki Rußlands (1907/1908). S. 85–94. – Wolfgang Geier: Vergleichende Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas. S. 95–127. – Achim Engelberg: Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro. S. 129–136. – Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. S. 137–168. – Jens Becker: Der Balkan — eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa. S. 169–178. – Erhard Crome: Wohin geht Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation. S. 179–230. – Karl-Heinz Gräfe: Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens. S. 231–246. – Holger Politt: Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen. S. 247–262. – Achim Beinsen: Islamismus und »Muslimanstvo« als Elemente bosnisch-muslimischen Partikularismus. S. 263–304. – Dokument: Alija Izetbegović: The Islamic Declaration. S. 305–351. – Holger Politt: »Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz (Bautzen, 7./8. Juni 2002). S. 353–357.]. – *Band 5: Leipzig 2003. 297 S.* [Enthält u. a. Eckhart Mehls: Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft? Visionen und Realitäten des »Sozialismus im Weltmaßstab«. S. 11–41. – Ernst Laboor: Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Gennadi Sjuganows These vom »liberalen Faschismus«. S. 43–68. – Hannes Hofbauer: Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration. S. 69–85. – Borisas Melnikas: Transformationen in den baltischen Ländern. Die nationalen Beziehungen, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung (mit einem statistischen Anhang von Bernd Reichelt). S. 88–125. – Holger Politt: Polens »Rückkehr nach Europa«. Ein Rückblick als Ausblick. S. 127–145. – Manfred Jähnichen: Die deutsche Spätromantik — ein Beispiel für die deutsch-serbischen Kulturbeziehungen auch in unserer Zeit. S. 147 bis 160. – Eckart Mehls: Einführung in die Maiski-Denkschrift »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung« vom 10. Januar 1944. S. 163–168. – Dokument: Aufzeichnung des Leiters der Kommission des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur »Wiedergutmachung der der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zugefügten Schäden« (in Originalsprache). S. 169–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. S. 203–229. – Achim Engelberg: Essayistische Impressionen vom Balkan. S. 231–254. – Ernstgert Kalbe: Internationale Konferenzen zur Eröffnung des Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Mai 2003 in Moskau. S. 257–270. – Julian Orwic: In Warschau eröffnete das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den ostmitteleuropäischen Raum. S. 271–274. – Hannes Hofbauer: Rewriting history in a period of transformation. Contemporary history in the Balkans and its impacts on Europe. S. 275–282.]. – *Band 6 (Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen): Leipzig 2004. 339 S.* [Enthält u. a. Helmut Bock: Die

Russische Revolution: Epochenzäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte. S. 17–62. – Sonja Striegnitz: Ein sozialrevolutionäres Gegenkonzept zum sowjetischen Sozialismus. Wiktor M. Tschernows Buch »Konstruktiver Sozialismus«. S. 63–75. – Uwe-Jens Heuer: Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur? Aktuelle Implikationen. S. 77–104. – Horst Schützler: Sie über sich. Ansichten in Rußland über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR. S. 105 bis 119. – Ernstgert Kalbe: Volkdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell. S. 121–164. – Wolfgang Geier: Macht und Geist im Staatssozialismus. S. 165–190. – Eckart Mehls: Zu einigen spezifischen Aspekten des Verhältnisses der polnischen Intelligenz zur »Macht« in der Volksrepublik Polen. S. 191–196. – Michael Brie: Der sowjetische Staatsparteiisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. S. 197–233. – Helga Watzin-Heerdegen: Die Wahlen in Rußland 2003/2004. S. 237–259. – Dokument: Entwurf des Statuts des Informationsbüros Kommunistischer Parteien (Einführung von Ernstgert Kalbe, übersetzt von Olaf Kirchner). S. 261–274. – »Zwecks materieller Unterstützung ausländischer Linksparteien ...«. Dokumentation über die Einrichtung und Tätigkeit eines internationalen Fonds (übersetzt von Sonja Striegnitz). S. 275–283. – Wolfgang Grabowski: Rußland, die EU und der Kaukasus. S. 287–291. – Wolfgang Grabowski: Zur russischen Asienpolitik. S. 293–302. – Ernstgert Kalbe: Abgründe: Die Autobiographie Alexander Jakowlews. S. 303–311. – Ernstgert Kalbe: Gleichschaltung unter Stalin. Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa. S. 313–324].

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher **Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Volker Hölzer**

Band 7(1): Die Russische Revolution von 1905/07 – Generalprobe für 1917? Leipzig 2005. 283 S. [Enthält u. a. Sonja Striegnitz: War das die »Generalprobe« für 1917? Die Revolution von 1905/07 in Rußland: Aspekte, neue Sichten. S. 13–36. – Claus Remer: Zu sozialen und nationalen Auseinandersetzungen in der Ukraine vor und während der Revolution 1905/07. S. 37–45. – Sonja Striegnitz: Zur Herausbildung antisemitischer Positionen russischer »Rechter« (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917). S. 47–81. – Jörg Roesler: Das »Manchester des Ostens«. Aufstieg und Fall der Stadt Łódź zwischen industrieller Revolution und postsozialistischer Deindustrialisierung. S. 83–104. – Eckart Mehls: »... dass weder Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug genießen sollen«. Zu František Palackýs Konzept der Gleichberechtigung der Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaat. S. 107–120. – František Palacký: Ausgewählte Dokumente. S. 121–138. – Erwin Lewin: Zu historischen Aspekten der albanischen Nationwerdung im 20. Jahrhundert. S. 139–181. – Hilmar Walter: Gesellschaftlicher Wandel und Sprachentwicklung in Bulgarien (zu einigen soziolinguistischen Zusammenhängen). S. 183–206. – Sonja Striegnitz: Rezension zu Pervaja revoljucija v Rossii: Vzgljad čerez stoletie. S. 209–214. – Claus Remer: Die Sowjetunion aus der Sicht des Thüringer Demokraten Professor Dr. Hermann Anders Krüger. S. 215–224. – Olaf Kirchner: Die »Komintern« in den Sektionen Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland – Versuch eines regionalen Profils. S. 225–268.]. – *Band 7(2): Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. Völkerrecht und Historisches, Befreiung*

oder Vertreibung. Leipzig 2005. 285 S. [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Sowjetische und weitere regionale Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. S. 17–52. – Jörg Roesler: Die Lösung der Polnischen Frage als Prüfstein für die Realisierbarkeit alliierter Nachkriegskonzeptionen in Osteuropa. S. 53–80. – Eckart Mehls: »Bevölkerungstransfer« als Bestandteil der Nachkriegsregelungen für Osteuropa. Historische Hintergründe, Konzeptionsbildung, Ergebnisse. S. 81–117. – Wolfgang Geier: Ostmittel- und Südosteuropa in der Nachkriegspolitik der Westalliierten von 1943 bis 1948. S. 119–139. – Erwin Lewin: Zur internationalen Position Albaniens in der Nachkriegsordnung. S. 141–150. – Dokumente zur demokratischen Nachkriegsordnung in Osteuropa. S. 151–247. – Jörg Kronauer: Ein Netzwerk gegen das Potsdamer Abkommen. S. 251–253. – Julian Bartosz: Polen und Jalta – verzerrte Geschichte. Superpatrioten empören sich über russischen Vorwurf der Unaufrichtigkeit. S. 255–256. – Matthias Eickhoff: Ungarn 1945: Befreiung oder Eroberung? S. 257–261. – 8. Mai 1945. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS zum 60. Jahrestag der Befreiung nach der Vorlage von Jürgen Hofmann. S. 263–268]. – *Band 8(1): Osteuropakunde an der Leipziger Universität und in der DDR. Leipzig 2006. S. 1–376* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Slawen- und Ost-/Südosteuropakunde im 18. und 19. Jahrhundert. S. 19–46. – Volker Hölzer: Zur Entwicklung der historischen Osteuropawissenschaft an der Universität Leipzig Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1945. S. 47–68. – Ernstgert Kalbe: Zur historiographischen Osteuropadisziplin in Leipzig von 1945 bis zum Ende der DDR. S. 69–98. – Eckart Mehls/Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Seminar – Institut – Fachbereich. Die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin: Blick auf ein halbes Jahrhundert. S. 99–131. – Willi Beitz: Slawistische Literaturwissenschaft an der Leipziger Universität. S. 133–152. – Adelheid Latchinian: Armin T. Wegner – ein deutscher Dichter im »Zeitalter der Extreme«, totgeschwiegen, maßstabsetzend. S. 153–184. – Sarkis Latchinian: Der Völkermord an den Armeniern: Hintergründe für seine Leugnung durch die Türkei und für die Mitschuld Deutschlands. S. 185 bis 209. – Horst Richter: Persönliches zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Ökonomen der UdSSR. S. 213–223. – Jörg Roesler/Gerd Neumann: Wissenschaftliche Zusammenarbeit in der RGW-Forschung – Zwei Interviews. S. 225–246. – Eva Müller: Von der Mittelschule in Iwanowo, UdSSR (1936 bis 1946) zum Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig (1947 bis 1951). Erinnerungen. S. 247–288. – Olaf Kirchner: Historiographie im Wandel – Reflexionen der sowjetischen Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland. S. 289–309. – Erhard Hexelschneider: Als Michail Scholochow Ehrendoktor der Philologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig wurde. S. 311–335. – Erhard Hexelschneider: Migranten aus Rußland im heutigen Leipzig. Statistisches – Auswanderungsmotive – Situation – Probleme. S. 337–368. – Ernstgert Kalbe: Zum »Lexikon zur Geschichte Südosteuropas«. S. 369–376]. – *Band 8(2): Osteuropakunde an der Leipziger Universität und in der DDR. Leipzig 2006. S. 377–707* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe/Volker Hölzer: Auswahl von Dokumenten über historische und andere Disziplinen der Osteuropakunde an der Leipziger Universität. S. 387–462. – Lutz-Dieter Behrendt: Friedrich Braun und die osteuropäische Geschichte an der Leipziger Universität in den Jahren der Weimarer Republik. S. 463–491. – Bernd Koenitz: Persönlicher Rückblick auf die Bohemistik und Slowakistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig. S. 493–527. – Dietmar Endler: Persönliche Anmerkungen zur jüngeren Geschichte der Bulgaristik in Leipzig. S. 529–539. – Uwe Büttner: Zu den bulgaristischen Disziplinen an der Leipziger Universität. S. 541–578. – Erwin Lewin/Dieter Nehring:

Forschungen zur albanischen Sprache, Kultur und Geschichte, Neubeginn und Traditionen. S. 579–613. – Redaktionell: Günter Rosenfeld zum 80. Geburtstag. S. 615–617. – Günter Rosenfeld: Nachlese zu historischen und aktuellen Entwicklungen in der UdSSR. Artikel aus dem »Neuen Deutschland« zwischen 1994 und 2005. S. 619–683].

Texte zur Literatur

Heft 4: »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. Leipzig 2001. o. S. – *Heft 3:* Rosa Luxemburg und die Künste. Leipzig 2004. 230 S. (2. unveränd. Aufl. 2007).

Texte zur Philosophie

Heft 3: Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

Diskurs

Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S. – *Heft 12:* Helmut Bock: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S. – *Heft 24:* Erwin Lewin: Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942–1943/44). Neue Quellen zu Akteuren und Zielen. Leipzig 2007. 195 S.

Texte zur politischen Bildung

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht — eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche — eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

Monographien

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Ist sozialistische Marktwirtschaft möglich? Pro und Kontra. Beiträge des Kolloquiums in Leipzig am 21. April 2001. Hrsg. von Eva Müller, Horst Richter, Joachim Tesch. Leipzig 2001. 148 S.

Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. 335 S. (Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band III).

Achim Beinsen: Die bosnischen Muslime im Zerfallsprozeß Jugoslawiens. Dispositive »ethnischer« und »ethnonationaler« Differenzierung. Leipzig 2002. 315 S. (Reihe Hochschulschriften. Band 2).

Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Bd. 1: Erinnerungen. Beiträge zu seinem Werk. Bibliographie. Leipzig 2003. 115 S.

Winfried Schröder: Vom Reifen der Alternativen. Ralf Schröders Lesarten der russischen und sowjetischen Literatur. Dokumente und Texte. Bd. 2. Leipzig 2003. 223 S.

Wege zur Weltanschauung. Ehrenkolloquium für Dieter Aner anlässlich seines 70. Geburtstages 2. September 2003 Leipzig. Leipzig 2004. 46 S.

Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges (Protokoll des Kolloquiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zum Thema »Kriege im 21. Jahrhundert« am 11. Oktober 2003 in Dresden). Globale Analysen. Bd. 2. Hrsg. von Ernst Voit, Wolfgang Scheler. Berlin 2004. 306 S.

Ralf Schröder – zu Leben und Werk. Briefe aus Bautzen II, Debatten über Bulgakow, Ehrenburg, Aitmatow, Trifonow, Tendrjakow. Bd. 3. Hrsg. von Willi Beitz und Winfried Schröder. Leipzig 2005. 322 S.

Leipzig und Russland. Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg. von Erhard Hexelschneider und Alita Liebrecht. Leipzig 2007. 268 S.

Willi Beitz: Scholochow und Stalin. Ein Beitrag zur Kontroverse um den Literaturnobelpreisträger. Leipzig 2007. 88 S.

Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

»Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S. [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/GottfriedSchramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981ff.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus — Nationalitäten — Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postso-wjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.
Wissenschaftliche Halbjahreshefte.
Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe

4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen — Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija — »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830 bis 1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198 bis 203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa — ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]. – 7. Jahrgang: Heft 2. Berlin 1998. 244 S. [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126–145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194.]. – 8. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1999. 195 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichtsschreibung und das Problem Sarmatismus. S. 29 bis 68. – Holger Politt: 1918 — Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191.]. – 8. Jahrgang: Heft 2. Berlin 1999. 218 S. [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – 9. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2000. 194 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millennium und zu einer Publikation. S. 9 bis 44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45 bis 55. – Sylvia Meyerewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus knappheitssoziologischer Sicht — allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191.]. – 9. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2000. 194 S. [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43 bis 56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180.]. – 10. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2001. 225 S. [Enthält u. a. Anne Schnirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten — Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meyerewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163–176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177 bis 194. – Besprechungen. S. 195–223.]. – 10. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2001. 240 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Auf der Suche nach der russischen Identität: Der Eurasismus zwischen 1920 und 1935. Kulturhistorische und kulturosoziologische Befunde. S. 97

bis 118. Lutz-Dieter Behrendt: Institute der Roten Professur und sowjetische Nationalitätenpolitik. Zu den Chancen nichtrussischer Kader zwischen 1921 und 1938. Einige kulturosoziologische Gesichtspunkte. S. 119–156. – Helmut Steiner: Privatization and the Emergence of New Business Elites in Russia. S. 157–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu »Social Studies on Eastern Europe«. Bd. 1: Rußland — wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. S. 203–220.]. – *11. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2002. 248 S.* [Enthält u. a. Christian E. Gracza: Das magyarische Christentum unter Großfürst Géysa (Géza) und König Stephan (István) I. zwischen Byzanz und Rom. S. 27–108. – Friedbert Ficker: Bartholomäus Kopitar, Franz von Miklošić, Vuk Karadžić und die Berliner Akademie. S. 175–184.]. – *12. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2003. 188 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Historische Streiflichter aus Montenegro, dem Land der Schwarzen Berge, serbischen Crna Gora, venezianischen Montagna Negro. S. 107–124. – Besprechungen. S. 172–186.]. – *12. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2003. 1708 S.* [Enthält u. a. Julia Schatte: Die Russische Orthodoxe Kirche und andere Konfessionen in der Rußländischen Föderation. S. 99–117.]. – *13. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2004. 187 S.* [Enthält u. a. Roland Opitz: Dostoevskijs Wirkung im deutschen Sprachraum. S. 71–88. – Julia Schatte: Ein Höhepunkt der Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen 2003/2004: Die Rußländische Föderation als Gastland der Frankfurter Buchmesse. S. 89–103. – Ernstgert Kalbe: Sowjetische Osteuropa-Politik 1944 – (1948) – 1953 in Dokumenten russischer Archive. S. 131–156. – Besprechungen. S. 157–174.]. – *13. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2004. 204 S.* [Enthält u. a. Julia Schatte: Pressefreiheit contra »Putinisierung«. Zum Wandel der politischen Kultur in der Rußländischen Föderation. S. 91–110. – Besprechungen. S. 174 bis 194.]. – *14. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2005. 188 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert/Christian Erten/Robert Balazic: Der Einfluß von managementrelevanten Kulturstandards auf die internationale Projektarbeit am Beispiel von Slowenien und Österreich. S. 21–39. – Julia Schatte: Die Illusion von Freiheit – Rußlands Rückzug von der Demokratie. S. 105–124. – Besprechungen. S. 150–178.]. – *14. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2005. 169 S.* [Enthält u. a. Christian C. Allesch: Der Einfluß von Lev S. Vygotski auf die neuere Kulturosoziologie. S. 11–21. – Steffi Nickel: Vsevolod Mejerchol'd und Vjačeslav Ivanov. Vom Zarenreich zum Stalinismus. S. 23–50. – Julia Schatte: Macht und Ohnmacht der Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Transformationsprozeß der Rußländischen Föderation. S. 51–72. – Richard Albrecht: Armenozid. Aktuelle Hinweise zum historischen Armeniemord. S. 93–124. – Besprechungen. S. 143–166.]. – *15. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2006. 167 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Cultural Clash and Corporate Identity in ostdeutschen Betrieben während der 1990er Jahre. S. 7–26. – Sylvia Meyerewert: The cultural standard research and its implications for managing multinational teams. Cooperation with Croatians and Slovenes – the Austrian Perspective. S. 27–48. – Julia Schatte: Vom Garanten für die Freiheit zum ungekrönten Monarchen – das Image Vladimir Putins. S. 49–62. – Vladimir Kmeljic: Ethik und Definitionsmacht. Zur Genesis und Prävention von Genozid in Hinsicht auf zwei wichtige Veröffentlichungen zum Völkermords an den Armeniern. S. 91–112.]. – *15. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2006. 164 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Sephardim im südöstlichen Europa. Kulturhistoriographische Notizen. S. 7–36. – Richard Albrecht: Serbozid 1941–1945. Über den dritten europäischen Völkermord im 20. Jahrhundert. S. 37–56. – Willi Beitz: Michail Scholochov und Stalin – Aspekte einer Beziehung. S. 57–78. – Balint Balla: Für Europa – in der südöstlichsten Stadt Deutschlands. Notizen zu einer wissenschaftlichen Veranstaltung. S. 79–87. – Besprechungen. S. 135–163.]. – *16. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2007. 227 S.*

[Enthält u. a. Dersislava Lilova: Barbarians, Civilized People and Bulgarians: Definition of Identity in Textbooks and the Press (1830–1878). S. 43–65. – Richard Albrecht: Genozig – Armenozid. Gruppen-, Kollektiv- und Völkermorde. Literaturbericht. S. 67 bis 94. – Julia Schatte: Armenien und Rußland – eine Partnerschaft mit Zukunft. S. 95 bis 102. – Erhard Crome: Sozialismus-Debatten. S. 115–130. – Besprechungen. S. 183 bis 213].

Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen. Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier: Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten. Wiesbaden 2001. X, 276 S.

Wolfgang Geier: Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten: Sigmund von Heyberstein, Adam Olearius, Friedrich Christian Weber, August von Haxthausen. Wiesbaden 2004. X, 208 S.

Wolfgang Geier: Südosteuropa-Wahrnehmungen. Reiseberichte, Studien und biographische Skizzen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2006. XVIII, 266 S.

Zu den Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. 1951–1955 Studium der Geschichte und Bulgaristik an der Leipziger Universität, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa; 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum Ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Als Assistent, Oberassistent und beauftragter Dozent für südosteuropäische Geschichte am Institut für Geschichte der volksdemokratischen Länder Europas an der Philosophischen Fakultät tätig (1955–1968), danach Hochschullehrer am Franz-Mehring-Institut (1969–1974) der Karl-Marx-Universität Leipzig. Lehrstuhlinhaber und Wissenschaftsbereichsleiter für Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Sektion Geschichte der Leipziger Universität (1974 bis zur Abwicklung 1990/1991). Mitherausgeber der »Jahrbücher für Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas« (1959–1990). Mitglied des Nationalkomitees der DDR für Balkanistik (1965–1990), das der »Association Internationale d'Etudes Sud-Est-Europeen« angehörte. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die zugleich der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. angehört. Kalbe legte zahlreiche Monographien bzw. monographische Studien vor, u. a. »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (1963), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (1974), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (1993), »Nationwerdung oder nationale Wiedergeburt in Südosteuropa« (in »Das lange 19. Jahrhundert. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät«, 1999), »Die Zerstörung Jugoslawiens. Vom Zerfall der südslawischen Föderation zum NATO-Krieg« (in »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät« 44(2001)1), »Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs« (in »Diskurs« (2001)8), »Sowjetische Osteuropa-Politik 1944–1953 in Dokumenten russischer Archive« (in »Kultursoziologie«, (2004)1). Kalbe ist Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente« (1995ff.) und verantwortlicher Herausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« (1994ff.).

Prof. Dr. sc. Horst Schützler (geb. 1935); studierte von 1954 bis 1958 Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1956 spezialisierte er sich auf das Fachgebiet Geschichte der UdSSR. Von 1958 bis Ende 1992 war er an der Fachrichtung bzw. Sektion Geschichte bzw. am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität in

Lehre, Forschung und Wissenschaftsorganisation als Oberassistent, ab 1971 als Dozent (1963 Promotion A, 1978 Promotion B) und ab 1981 als ordentlicher Professor sowie 1979–1990 als Leiter des Bereichs Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems tätig und forschte insbesondere zur Geschichte Rußlands, der Sowjetunion, Osteuropas und der deutsch-russischen/sowjetischen Beziehungen. Darüber hinaus arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien sowie ehrenamtlich in gesellschaftlichen Funktionen, so von 1980 bis 1990 als Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der Humboldt-Universität. Schützler ist Autor, Mitautor bzw. Mitherausgeber zahlreicher Publikationen, u. a. »Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart« (Berlin 1975), »Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart« (Berlin 1976), »Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917–1983« (Berlin 1985, zusammen mit Günter Rosenfeld), »Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen: 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918« (Berlin 1987, zusammen mit Sonja Striegnitz), »Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940« (Berlin 1991, zusammen mit Michael Rosenbusch und Sonja Striegnitz), »Aufstieg und Zerfall einer Weltmacht. Die Sowjetunion von 1917 bis 1991« (Bamberg 1994, zusammen mit Martin Hoffmann und Florian Osburg), »Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?« (Berlin 1997, zusammen mit Wladislaw Hedeler und Sonja Striegnitz).

Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkriegs, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht« (Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht, Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier (geb. 1937); studierte Philosophie, Soziologie und Kulturgeschichte in Jena und Leipzig. Nach Promotion (1974) und Habilitation (1980) war er bis 1981 in der jugend- und kultursoziologischen Forschung tätig, danach bis Anfang 2001 Hochschullehrer am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Seit Oktober 2000 ist Geier Gastprofessor an der Universität Klagenfurt (Österreich). Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, Geschichte der Kulturauffassungen und Kulturwissenschaften (Propädeutik) sowie Religionen, Konfessionen und Kirchen in der Kulturgeschichte des östlichen Europas. Geier ist Begründer und Präsident der »Gesellschaft für Kulturosoziologie« e. V. Leipzig, verantwortlicher Herausgeber der wissenschaftlichen Hefte (seit 1992) und wissenschaftlichen Halbjahresbände (seit 1995) von »Kulturosoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente« und Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wan-

del. Leipziger Jahrbücher« (seit 1994 Hefte, seit 1999 Jahrbücher). Im letzten Jahrzehnt veröffentlichte er u. a. »Zur Soziologie des Postkommunismus« (1994), »Geschichte und Kultur Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas« (in »Wieser-Enzyklopädie des Europäischen Ostens«, 1999); »Zeitbrüche im Osten« (1995), »Rußland und Europa« (1996), »Bulgarien zwischen Ost und West« (2001) und »Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten« (2004). Geier ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Leipzig.

Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor für osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und der Volksrepublik Polen. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident. Außer zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte der UdSSR, Polens und der Tschechoslowakei legte er 1998 das autobiographische Buch »Unzumutbar. Ein Leben in der DDR« vor.

Dr. Wolfgang Grabowski (geb. 1937); studierte bis 1961 am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau. 1973–1977 war er Leiter der Abteilung Sowjetunion im Ministerium für Auswärtigen Angelegenheiten der DDR, 1977–1984 Gesandter der Botschaft der DDR in der UdSSR, 1985–1988 Botschafter der DDR in Syrien und Jordanien und 1988–1990 Botschafter der DDR in Indien. Seit Juli 1992 ist er Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und seit Januar 2003 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Russischen Föderation in Moskau.

